Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

8. Oktober 1979
Jg. 7 Nr. 41

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

US-Imperialismus muß Panamakanalzone übergeben

z.pel. 76 Jahre lang hat der US-Imperialismus 1432 km² des nationalen Territoriums Panamas besetzt gehalten und zum Stützpunkt gegen den Befreiungskampf der lateinamerikanischen Völker ausgebaut. Die US-Imperialisten haben Riesenprofite aus dem Kanal gezogen. Er verbilligte ihnen z.B. den Transport der Tonne Holz von Seattle nach New York von 49 auf 41 $. Am 1.10. mußte nun US-Vizepräsident Mondale unter Jubeldemonstrationen zehntausender Panamaer den ersten Teil der Kanalzone übergeben. Auf die Drohung des US-Kongresses mit „Intervention bei Anwesenheit sowjetischer oder kubanischer Truppen“ erklärte Präsident Royos, „der unbeugsame Wille des panamaischen Volkes werde politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität sowie Selbstbestimmung der Republik von Panama garantieren.“

Kann Carter Südsee-Atommüll-Lagerplan durchsetzen?

z.mif. Ein Atommüll-Lager auf „unangezweifeltem Territorium der USA“ will Carter im Pazifik anlegen, also *außerhalb* des von den USA kolonisierten UNO-Treuhandgebietes Mikronesien. Die Insel soll „unbewohnt und auch nicht von Eingeborenen besiedelt“ sein. Die Wahl fiel jetzt auf Palmyra, zwischen Hawaii und Fidschi gelegen, vier Quadratmeilen groß, in Privatbesitz. Die US-Imperialisten wollen dort den Atommüll aus Südkorea, den Philippinen, Taiwan und Japan lagern. Nach dem „Atom für den Frieden“ – Programm muß jedes Land, das US-Kernkraftwerke kauft, den Atommüll an die USA abliefern, zur Atombombenbauverhinderung. Die Staaten des Südpazifik, unter Druck der Massen, die jahrelang den Atomversuchen auf Bikini und Umgebung ausgesetzt waren – die Strahlen wirken noch –, haben scharf protestiert.

Saudi-Arabien und Irak für gemeinsamen Schutz des Golfes

z.acr. Saudi-Arabien und der Irak haben bereits am 17.9. einen Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit abgeschlossen. Während die russischen Sozialimperialisten von ihren Stützpunkten in Südjemen aus

Selbstbestimmung der Republik von Panama garantieren.“

Kann Carter Südsee-Atommüll-Lagerplan durchsetzen?

z.mif. Ein Atommüll-Lager auf „unangezweifeltem Territorium der USA“ will Carter im Pazifik anlegen, also außerhalb des von den USA kolonisierten UNO-Treuhandgebietes Mikronesien. Die Insel soll „unbewohnt und auch nicht von Eingeborenen besiedelt“ sein. Die Wahl fiel jetzt auf Palmyra, zwischen Hawaii und Fidschi gelegen, vier Quadratmeilen groß, in Privatbesitz. Die US-Imperialisten wollen dort den Atommüll aus Südkorea, den Philippinen, Taiwan und Japan lagern. Nach dem „Atom für den Frieden“ – Programm muß jedes Land, das US-Kernkraftwerke kauft, den Atommüll an die USA abliefern, zur Atombombenbauverhinderung. Die Staaten des Südpazifik, unter Druck der Massen, die jahrelang den Atomversuchen auf Bikini und Umgebung ausgesetzt waren – die Strahlen wirken noch –, haben scharf protestiert.

Saudi-Arabien und Irak für gemeinsamen Schutz des Golfes

z.acr. Saudi-Arabien und der Irak haben bereits am 17.9. einen Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit abgeschlossen. Während die russischen Sozialimperialisten von ihren Stützpunkten in Südjemen aus
und über Afghanistan auf dem Landweg weiter an den Golf vordrängen, bemühen sich die westlichen Imperialisten, ihre Stützpunkte in Oman auszubauen. Sie drängten jetzt den Sultan von Oman, „bei der Sicherung des Golfes“ „die Mithilfe *europäischer Staaten*, namentlich der Bundesrepublik und Großbritanniens, ins Auge“ zu fassen, „sowie die Präsenz amerikanischer Minensuchboote“ (Neue Zürcher Zeitung, 30.9./1.10.). Der irakische Verteidigungsminister erklärte nach einem Besuch Kuwaits und Bahrains am 22.9., die Verteidigung des Golfes sei ausschließlich Sache der Staaten der Region.

Afghanistan nach dem Sturz des „geliebten Führers“ Taraki

z.gek. Nach Meldungen der westlichen Kriegsberichterstatter in Kabul hat sich die Aufstandsbewegung inzwischen auf 23 von 29 Provinzen ausgeweitet. Im Bezirk Hasarak haben sich Regierungstruppen kampflos einer vereinigten Islamischen Streitmacht von 4000 Kämpfern ergeben. In Kabul kam es zu einem Handgranatenanschlag auf die Botschaft der Sowjetunion. Es zirkulieren Flugblätter von Mitgliedern der „Volkspartei“ (Khalq) des Regimes, worin sie den regierenden Putschhelden Amin anklagen, die proklamierten Ziele der Partei verraten zu haben. – Nach indischen Berichten sind die sowjetischen Truppen in Afghanistan – bisher ca. 3000 „Berater“, d.h. Offiziere, Piloten, Techniker, Geheimdienstpolizisten etc. – durch 10 Kompanien regulärer Kampftruppen verstärkt worden, vor allem zum Schutz der Flughäfen rund um Kabul.

Dritte Welt gegen Krediterpressungen des Währungsfonds

Forderungsprogramm zur IWF-Tagung / Zähes Ringen der Imperialisten um Märkte und Kapitalanlagesphären

z.ulg. Zur diesjährigen Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Belgrad hat die „Gruppe der 77“, der Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt, erstmals ein gemeinsames Sofortprogramm aufgestellt. Gefordert wird darin u.a., daß die Möglichkeiten des IWF zu seinen berüchtigten Krediterpressungen eingeschränkt werden und die Imperialisten zusätzliche Mittel in die Internationale Entwicklungsagentur, die zinsvergünstigte Kredite vergibt, einzahlen. Schließlich, daß die Ausgabe von Sonderziehungsrechten, Rechengeld des IWF, mit dem sich die Imperialisten in der Hauptsache selbst bedienen, künftig mit zusätzlichen Zahlungen an die Dritte Welt verkoppelt wird.

Bisher kann ein Mitgliedsland ohne Bedingungen nur 25% der von ihm selbst in den Fonds eingezahlten Quote als Kredit in fremder Währung zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten aufnehmen. Für jede weitere 25%-„Scheibe“ muß es sich vom Währungsfonds ein „Sanierungsprogramm“ diktieren lassen. Vom Währungsfonds, das heißt von den westlichen Imperialisten, denn das Stimmrecht im IWF richtet sich nach den Quoten. Und davon besitzen die USA, Japan und die EG-Länder allein 52,51%, also die Mehrheit, während alle Länder der Dritten Welt zusammen über nicht einmal ein Drittel der Stimmen verfügen. Die „Gruppe der 77“ fordert Erhöhung der ohne Bedingungen ziehbaren Kredite auf 50% der Quote.

Die IWF-Kredite sind selbst meist nicht sehr hoch – an das am tiefsten beim Fonds verschuldete Land, die Philippinen, belaufen sie sich auf 1 Mrd. DM –, doch sie sind praktisch Bedingung für Kredite der imperialistischen Banken. Um für exportiertes Kapital den gehörigen Extraprofit zu garantieren, verhängt der IWF regelmäßig: Lohnsenkung, Verbrauchssteuererhöhung, Abwertung. Nur ein Beispiel aus einer Presseerklärung des IWF: 28.8. Stand-by-Abkommen mit *Zaire* über 118 Mio. Sonderziehungsrechte (SZR, 1 SZR = 2,31 DM). „Das Programm schließt... die Fortführung einer flexiblen Wechselkurspolitik (also fortgesetzte Abwertung)

Bisher kann ein Mitgliedsland ohne Bedingungen nur 25% der von ihm selbst in den Fonds eingezahlten Quote als Kredit in fremder Währung zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten aufnehmen. Für jede weitere 25%-„Scheibe“ muß es sich vom Währungsfonds ein „Sanierungsprogramm“ diktieren lassen. Vom Währungsfonds, das heißt von den westlichen Imperialisten, denn das Stimmrecht im IWF richtet sich nach den Quoten. Und davon besitzen die USA, Japan und die EG-Länder allein 52,51%, also die Mehrheit, während alle Länder der Dritten Welt zusammen über nicht einmal ein Drittel der Stimmen verfügen. Die „Gruppe der 77“ fordert Erhöhung der ohne Bedingungen ziehbaren Kredite auf 50% der Quote.

Die IWF-Kredite sind selbst meist nicht sehr hoch – an das am tiefsten beim Fonds verschuldete Land, die Philippinen, belaufen sie sich auf 1 Mrd. DM –, doch sie sind praktisch Bedingung für Kredite der imperialistischen Banken. Um für exportiertes Kapital den gehörigen Extraprofit zu garantieren, verhängt der IWF regelmäßig: Lohnsenkung, Verbrauchssteuererhöhung, Abwertung. Nur ein Beispiel aus einer Presseerklärung des IWF: 28.8. Stand-by-Abkommen mit Zaire über 118 Mio. Sonderziehungsrechte (SZR, 1 SZR = 2,31 DM). „Das Programm schließt... die Fortführung einer flexiblen Wechselkurspolitik (also fortgesetzte Abwertung)
..., die Einführung einer Einkommenspolitik (also planmäßige Lohnsenkung) ein. (...) Angesichts der Haushaltsschwierigkeiten sieht das Programm keine weiteren Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor für 1979 und die Beseitigung der Lohnindexierung vor.“

Die Ursache der Zahlungsbilanzdefizite, die zahlreiche Länder der Dritten Welt stets von neuem zur Kreditaufnahme beim IWF zwingen, ist die fortwährende Verschlechterung der Austauschverhältnisse ihrer Produkte auf dem Weltmarkt. Um Maschinen und Industrieprodukte von den Imperialisten zu kaufen, müssen sie immer größere Mengen Rohstoffe zu immer ungünstigeren Preisen hergeben. So ist der Dollarpreis von aus den imperialistischen Ländern in die Dritte Welt exportierten Maschinen von 1974 bis 1977 durchschnittlich um 42% gestiegen, der Preis von aus der Dritten Welt importiertem Öl dagegen nur um 22%, von anderen Rohstoffen sogar nur um 17%. Die vom IWF verfügten Abwertungen bedeuten, daß die nationale Arbeit des betroffenen Landes auf dem Weltmarkt noch weniger zählt und die meist unersetzlichen Produktions- und Lebensmittelimporte aus den imperialistischen Ländern noch teurer werden. Neues Zahlungsbilanzdefizit und neue IWF-Erpressung folgen auf dem Fuße.

Auf der Belgrader Konferenz haben die Imperialisten mit ihrer Stimmenmehrheit die Forderungen der Dritten Welt rundweg abgelehnt. Auf mehr haben sie sich nicht einigen können, trotz zahlreicher Versuche, in Hamburg wie in Belgrad, ihre Interessenwidersprüche vorab zu schlichten. Einig sind sie sich nur, den Kursfall des Dollars, in dem die Rohstoffpreise ausgedrückt werden, weiter zu nutzen, um sich die Reichtümer der Dritten Welt immer billiger anzueignen. Der italienische Haushaltsminister frohlockte schon öffentlich, im nächsten Jahr würden die Rohstoffpreise „spontan“ fallen.

Keineswegs wollen sich dagegen die westeuropäischen und japanischen Imperialisten mit dem Versuch der Supermacht einverstanden erklären, ihnen mit billigen Dollars Exportmärkte abzunehmen. Zur „Dollarstützung“ hat-

stischen Ländern in die Dritte Welt exportierten Maschinen von 1974 bis 1977 durchschnittlich um 42% gestiegen, der Preis von aus der Dritten Welt importiertem Öl dagegen nur um 22%, von anderen Rohstoffen sogar nur um 17%. Die vom IWF verfügten Abwertungen bedeuten, daß die nationale Arbeit des betroffenen Landes auf dem Weltmarkt noch weniger zählt und die meist unersetzlichen Produktions- und Lebensmittelimporte aus den imperialistischen Ländern noch teurer werden. Neues Zahlungsbilanzdefizit und neue IWF-Erpressung folgen auf dem Fuße.

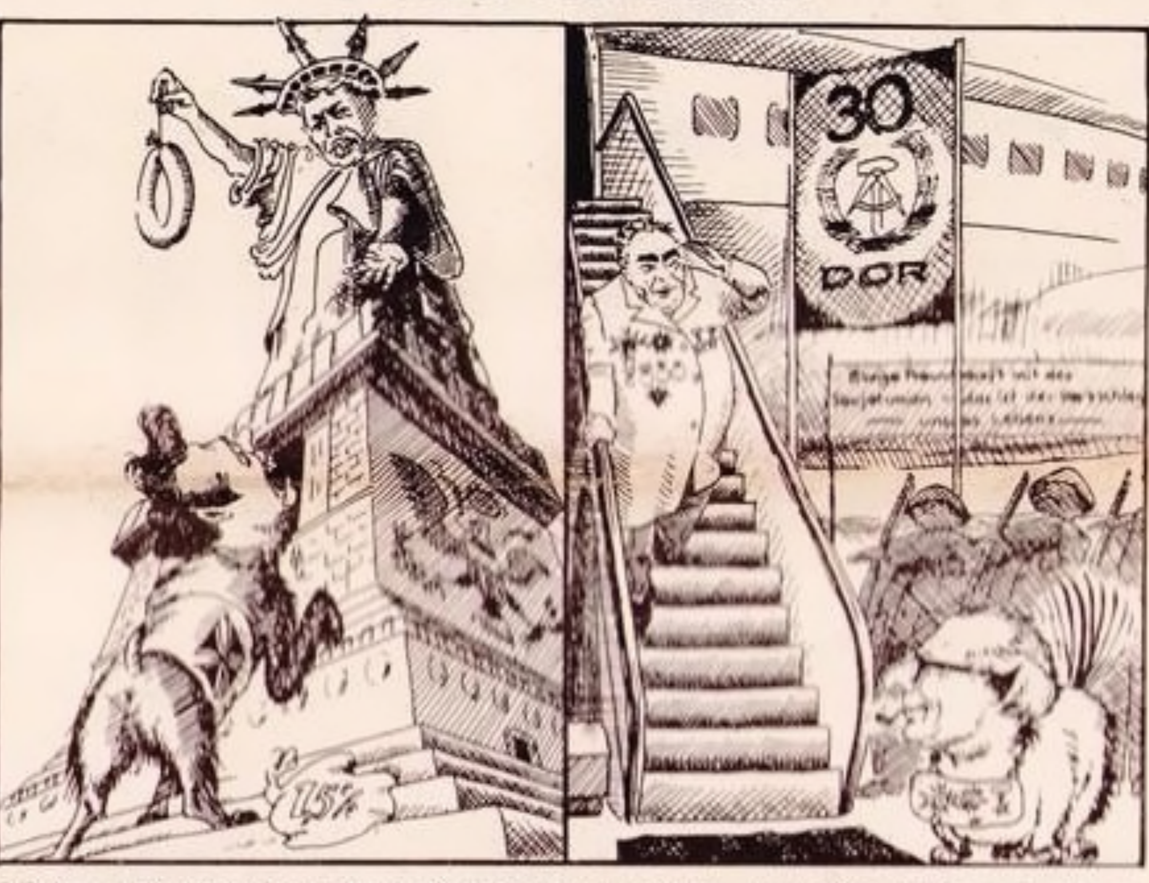
Auf der Belgrader Konferenz haben die Imperialisten mit ihrer Stimmenmehrheit die Forderungen der Dritten Welt rundweg abgelehnt. Auf mehr haben sie sich nicht einigen können, trotz zahlreicher Versuche, in Hamburg wie in Belgrad, ihre Interessenwidersprüche vorab zu schlichten. Einig sind sie sich nur, den Kursfall des Dollars, in dem die Rohstoffpreise ausgedrückt werden, weiter zu nutzen, um sich die Reichtümer der Dritten Welt immer billiger anzueignen. Der italienische Haushaltsminister frohlockte schon öffentlich, im nächsten Jahr würden die Rohstoffpreise „spontan“ fallen.

Keineswegs wollen sich dagegen die westeuropäischen und japanischen Imperialisten mit dem Versuch der Supermacht einverstanden erklären, ihnen mit billigen Dollars Exportmärkte abzunehmen. Zur „Dollarstützung“ hat-
ten sie deshalb den Vorschlag lanciert, beim IWF ein „Substitutionskonto“ einzurichten, auf das sie „überschüssige“ Dollars einzahlen wollen. Die US-Imperialisten sollen den Zins dafür zahlen und den Kurs garantieren. Die wollen nicht. Aus Empörung darüber verlor das Organ der Frankfurter Banker den gewohnten vornehmen Ton: „Befürworter des ‚Substitutionskontos‘ meinen, es müsse Druck hinter die Sache gemacht werden; es solle nicht zu sehr an den Details herumgebastelt werden, sonst werde nichts daraus.“ (FAZ, 4.10.) Tatsächlich wird jetzt mindestens ein Jahr „herumgebastelt“.

Wie auch bisher nichts aus dem „Angebot“ der westdeutschen Großbanken geworden ist, neue „Carter-Bonds“ für die US-Regierung aufzulegen und sich auf diese Weise an der Steuerplünderung der amerikanischen Volksmassen zu beteiligen. Die US-Banker, die selber 5% höhere Zinsen nehmen, klagen über „zu hohe Zinsen“ in Westdeutschland. Es sollten lieber die Steuern erhöht werden, die sie im Gegensatz zu den Zinsen nicht zu zahlen haben. Bundesbankpräsident Emminger, ganz außer sich, gab zu Protokoll: „Es ist lächerlich, ja, ja, schreiben Sie nur, es ist lächerlich, ich wiederhole es, von Geldverknappung zu sprechen, wenn das Geld überhaupt nicht knapp ist.“ (24 Ore 5.10.)

Je näher die bevorstehende Weltmarktkrise rückt, desto erbitterter wird das Ringen der Imperialisten um Exportmärkte und Kapitalanlagesphären. Hauptkampfmittel in diesem Ringen sind Lohnsenkung und Rohstoffplünderung. Die Kämpfe, die die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und die Völker der Dritten Welt dagegen führen, stärken sich gegenseitig.

Zweimal Souveränität

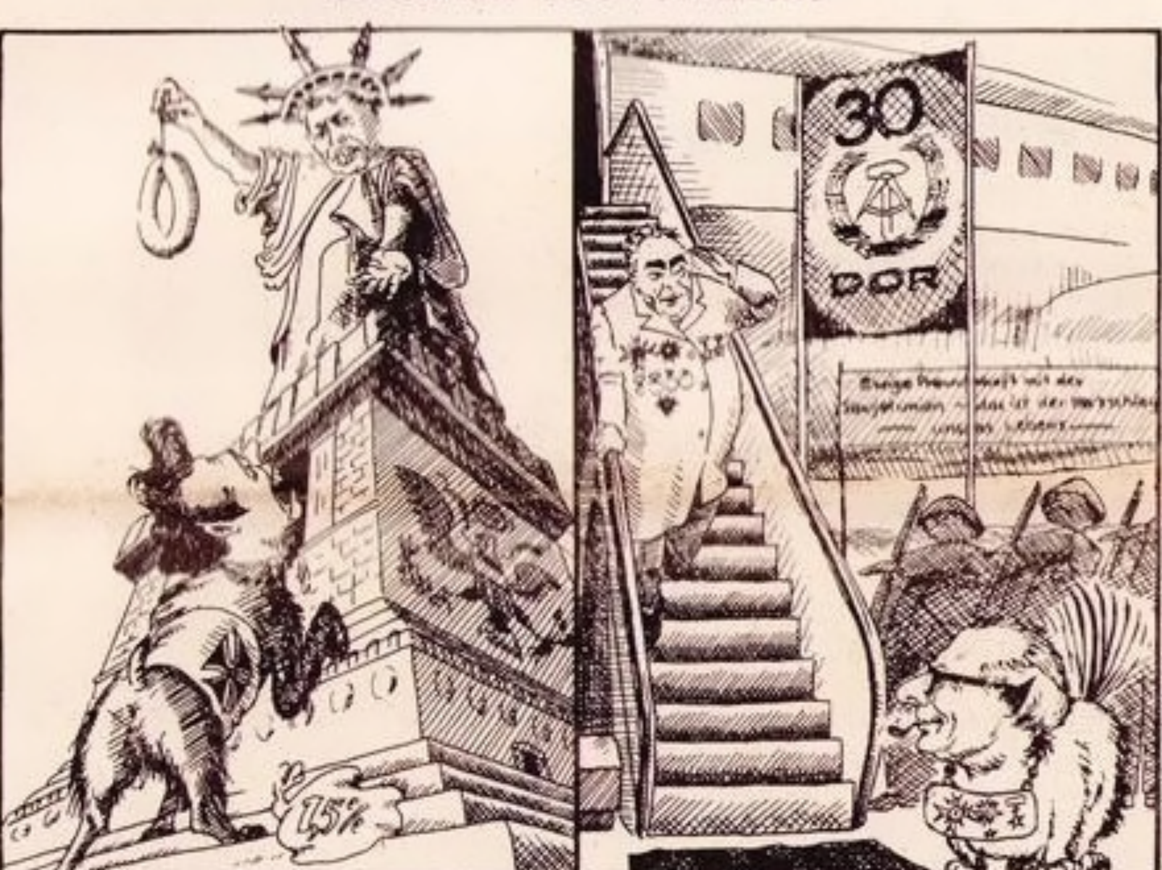


ER hatte die Westfront noch einmal sehen wollen. Auch eine höfliche Geste an die Statthalter des Westprotektorats, diese beschwerliche Reise nach Berlin (DDR). Unübersehbar Honeckers Dankbarkeit, als er IHM das Gesicht leckte. – Apel soll beim Rapport in Washington geknurrt haben! Der US-Verteidigungsminister verlangt die Erhöhung des „deutschen Rüstungsbeitrages“ um jährlich echte 3%. Bei Landung im Kriegsfall müssen die US-Truppen alles fertig vorfinden. Besatzungstruppen sind auch teuer. Oder sollen sie zurück ...? Nein, jaulte Apel. Aber größeren Brocken für unsere Rüstungsindustrie?! schielte er

gen und sich auf diese Weise an der Steuerplünderung der amerikanischen Volksmassen zu beteiligen. Die US-Banker, die selber 5% höhere Zinsen

klasse in den imperialistischen Ländern und die Völker der Dritten Welt dagegen führen, stärken sich gegenseitig.

Zweimal Souveränität



ER hatte die Westfront noch einmal sehen wollen. Auch eine höfliche Geste an die Statthalter des Westprotektorats, diese beschwerliche Reise nach Berlin (DDR). Unübersehbar Honeckers Dankbarkeit, als er IHM das Gesicht leckte. – Apel soll beim Rapport in Washington geknurrt haben! Der US-Verteidigungsminister verlangt die Erhöhung des „deutschen Rüstungsbeitrages“ um jährlich echte 3%. Bei Landung im Kriegsfall müssen die US-Truppen alles fertig vorfinden. Besatzungstruppen sind auch teuer. Oder sollen sie zurück ...? Nein, jaulte Apel. Aber größeren Brocken für unsere Rüstungsindustrie?! schielte er
von unten rauf. Keine Zusage. Dagegen die 3%, 700 Mio. DM für 1980 mußte Apel, knurrend wie gesagt, zusagen. Die Lohnsteuerprogression soll sie im nächsten Jahr in die Kassen bringen.

Ohne Sieg über die Aggressoren kein Sieg über den Hunger

Die Bundesregierung fällt dem kampucheanischen Volk in den Rücken

z.ges. Nach Angaben der Regierung des Demokratischen Kampuchea sind bisher eine halbe Million Kampucheaner das direkte Opfer der sowjetisch-vietnamesischen Aggression geworden. Eine weitere halbe Million ist am Hunger zugrundegegangen, mit dem die Aggressoren das Land überziehen. Das ist weit mehr als ein Zehntel der kampucheanischen Bevölkerung von 7,8 Millionen vor Beginn der Invasion. Nur ein Volk, das Herr seiner selbst ist und weiß, was es verteidigt, kann unter diesen grausamen Umständen am Widerstandskrieg festhalten. Wann gab es in der Geschichte Deutschlands ein solches Beispiel?

Die Bundesregierung lauert nur darauf, daß sich das Opfer der Aggression und die Aggressoren gegenseitig entkräften. So könnten die westlichen Imperialisten die Früchte der sowjetisch-vietnamesischen Aggression einheimsen und ihre Vertreibung von 1975 wieder rückgängig machen. Hinter den Krokodilstränen lachen die Schweinsäuglein. Genscher in der UNO: „Dieses schwergeprüfte Volk braucht eine Regierung, die seinen Willen ausdrückt und von allen Staaten der Region anerkannt wird.“ Drückt das Volk, indem es unter Führung seiner Regierung den Widerstandskrieg führt, nicht hinreichend Willen aus? Reicht die Anerkennung des Demokratischen Kampuchea durch die Asean-Staaten und die übergroße Mehrheit der UNO-Mitglieder Genscher noch nicht? „Weder das mörderische Pol-Pot-Regime noch das von fremden Truppen eingesetzte Heng Samrin-Regime erfüllen diese Voraussetzung.“ Also will Genscher dem Volk eine neue Regierung aufzwingen. Die frei erfundenen und durch die Tatsachen des Widerstandskrieges allein schon längst widerlegten Verleumdungen des Demokratischen Kampuchea haben nur den Zweck, die einen Marionetten durch andre abzulösen, um auf jeden Fall die vom Volk erkämpfte Staatsform und Regierung loszuwerden. Drahtzieher dabei ist der US-Imperialismus. Einstweilen gibt man sich humanitär: „Die hungernden und verhungernden Menschen Kambodschas können jedoch nicht warten, bis eine politische Lösung gefunden ist.“ Für das kampucheanische Volk braucht niemand anders Lösungen zu suchen. Es kennt die Lösung: es kämpft gegen die Aggessoren. Genscher ist damit nicht zufrieden, denn wenn das kampucheanische Volk dabei siegt, haben die westlichen Imperialisten davon genauso wenig wie die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren.

Widerwillig hatte die Bundesregierung für die Aufrechterhaltung des UNO-Sitzes der rechtmäßigen Regierung des Demokratischen Kampuchea gestimmt. Mit seiner Rede vor der UNO wollte Genscher den bindenden Charakter dieser Entscheidung für die BRD wieder rückgängig machen. Er will freie Hand gegenüber dem kampucheanischen Volk wie gegenüber dem eigenen. Erst ein paar Tage vorher hatte das Auswärtige Amt ein Verbot der Sammlung für das Demokratische Kampuchea beim niedersächsischen Innenministerium angeregt. Aber die Lage ist nicht einfach und die herrschende Klasse wird sich nicht einig: auf Antrag des KBW hat das Landgericht Hannover das Sammlungsverbot wieder außer Kraft gesetzt. Dran gehalten hat sich eh niemand. Unter anderem berief sich das Gericht auf die UNO-Entscheidung. Wenn Genscher wirklich gegen den Hunger wäre, dann wäre er auch für das kampucheanische Volk und seinen Kampf.

Elektromonopole rüsten für den Kampf um Marktanteile und planen neue Akkordsysteme



Die Siemens-Kapitalisten verschärfen den Akkord. Gestützt auf ihre Erfahrungen aus der Produktion in Westberlin planen sie jetzt die Einführung akkordähnlicher Systeme unter den Angestellten (Seite 10).



z.bep. **Während sich bei den Kommunalwahlen in NRW für die großen Parteien wenig geändert hat, bejubeln die „Grünen" einen Erfolg.** Der KBW hat nicht kandidiert. Die DKP hat mit 0,7 % ein Zehntelprozent gewonnen und absolut 5000 Stimmen verloren, ist aber jetzt in 5 Stadt- oder Gemeinderäten vertreten (vorher 1). 0,61 % aller Stimmen sind für 13 Wählergemeinschaften abgegeben worden, die weder „grün" noch „bunt", z.T. aber ausdrücklich bürgerlich oder auch christlich sind. Alle „Grün-Bunten" zusammen haben 76134 Stimmen (0,9 %). In 14 von 51 kreisfreien Städten und Kreisen haben sie kandidiert und dort 3,07 % der Stimmen erreicht. „Toller Erfolg" (Arbeiterkampf)? Anlaß des Jubels ist mehr, daß sie in Münster, Bielefeld und Leverkusen, sowie in 3 oder 4 Gemeinden in die Parlamente gelangt sind. Das zumeist deswegen, weil sie die Unterstützung bestimmter Kämpfe, z.B. gegen Kernkraftanlagen oder Stadtsanierungen, versprochen haben. Jetzt muß man dafür sorgen, daß sie das auch machen.

dann wirklich etwas nutzen kann, wenn das betriebliche Gesundheits- und Sicherheitswesen nicht durch Staat und Kapitalisten kontrolliert werden.

z.tit. **Der „verruchte" „Runderlaß 230" war der Vorwand für die 5. Arbeitsförderungsgesetznovelle, auf deren Grundlage jetzt eine Verordnung entsteht, die den Runderlaß in den Schatten stellt.** Die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) hat am 3.10. einen entsprechenden Beschluß Ehrenberg zur Genehmigung vorgelegt; „unzumutbar" ist demnach: Teilzeitarbeit, sofern sie auf Abruf ist; wenn die neue Arbeitsstelle außerhalb des Tagespendelbereichs liegt *und* aufsichtsbedürftige Kinder nicht ausreichend versorgt sind; der Kapitalist den im neuen Gewerk gültigen *Tarif* nicht zahlt (das Drücken des *Effektiv*lohnes der gesamten Branche ist hier das Ziel); der neue Nettolohn unter der Arbeitslosen*hilfe* liegen würde. Während noch im Runderlaß als Mindestlohn bei Arbeitslosengeldbeziehern das Arbeitslosen*geld* festgelegt war, was eine „zumutbare" Lohnsenkung von 32% bedeutet, sind jetzt 42% zumutbar. Nach wie vor wird das Wochenpendeln festgeschrieben, ausgenommen ist nur der Fall, daß die Kinder nicht ausreichend versorgt sind, wobei der Nachweis vom Arbeiter zu führen ist – was ausreichend ist, liegt sowieso im Benehmen der BfA.

z.frb. **Forschungsminister Hauff hat auf seiner USA-Reise (3. – 9.10.) vor allem einträgliche Geschäfte auf dem Gebiet der Kohletechnologie abgeschlossen.** Zur Zeit sind nur westdeutsche und US-imperialistische Konzerne in der Lage, Anlagen für Kohleverflüssigung und -vergasung anzubieten. Das Weltmonopol soll sich lohnen. Seit 1974 wurde über die jetzt vereinbarte westdeutsche Beteiligung an einer Anlage für 6000 t Kohle/Tag in den USA verhandelt. Während Benzin aus Kohlehydrierung derzeit 2 – 3 mal mehr kostet als aus Erdöl gewonnenes, soll es auf Basis der Kohlevergasung bei billiger Kohle schon konkurrenzfähig sein. In der BRD liegt Kohlegas laut Ruhrchemie AG 25% über dem Marktpreis, in Verbindung mit Hochtemperatur-Kernreaktoren könne der Preis auf 5% über Marktpreis gedrückt werden. Die Bedenken der Regierung: „So können z.B. aus zusätzlichen Auflagen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erhebliche Kostensteigerungen erwachsen." Je bedenkenloser die Spekulation, desto billiger das Produkt. – Bei der Kohlevergasung entsteht zunächst Rohgas, aus dem synthetisches Erdgas, Methanol, Ammoniak und schließlich Benzin gewonnen werden kann. Für den ersten Teil des Verfahrens, die Kohlevergasung, haben sich Lurgi und Krupp-Kuppers dank reichsdeutscher und in Südafrika weiter gepflegter Erfahrung einen technologischen Vorsprung geholt, von dem die westdeutschen Imperialisten in jeder Hinsicht profitieren wollen. Die Bundesregierung will Anfang 1980 ihre Baupla-

SPD: Mit neuer Energie ans Plündern

„Entsorgungskompromiß" BDI-geprüft / Ehmke stellt Opportunisten in den Schatten

z.mif. Die Festlegung in Sachen Entsorgung, hat lauten Beifall des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gefunden: „Damit sind entscheidende Voraussetzungen für jetzige und künftige Genehmigungsverfahren geschaffen". Im laufenden Prozeß um den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf soll die erste Baugenehmigung erwirkt werden.

Beschlossen ist: Festhalten an der integrierten Entsorgung, d.h. Bau von Wiederaufbereitungsanlagen, in denen aus verbrauchten Brennstäben das noch nutzbare Uran zur Wiederverwendung aufbereitet wird; wann aber und wo diese gebaut werden, wird Mitte der 80er Jahre entschieden, in Gorleben nicht; bis dahin werden „Kompaktlager" direkt bei den Kernkraftwerken und „Zwischenlager" als Sammelstellen gebaut, davon eines in Niedersachsen, eins in Nordrhein-Westfalen. Die Bourgeoisie hatte ihrem geschäftsführenden Ausschuß noch einmal den Marsch geblasen. Am 18. September schrieb der Deutsche Industrie- und Handelstag: „Die politischen Entscheidungen müssen also noch im Jahre 1979 getroffen werden."

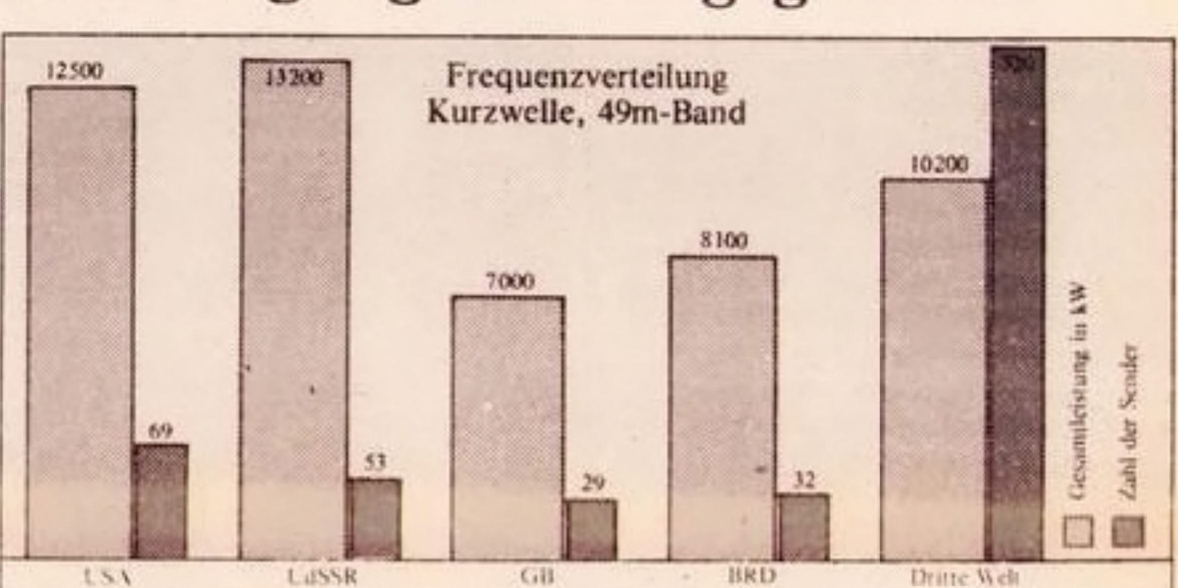
Die Bourgeoisie ist zuversichtlich, daß die getroffene Festlegung die Grundlage bietet, um bis ins unterste Verwaltungsgericht jede juristische Handhabe gegen den Bau von Kernkraftwerken zu beseitigen. Zahlreiche Bürgerinitiativen stellen sich auf den Standpunkt des Atomgesetzes von 1959, das die Regelung von Entsorgung und Endlagerung von Atommüll vorschreibt. Die Hoffnung, vom Standpunkt der Gesetze der Bourgeoisie aus gegen deren Energieprogramm anzukommen, ist wirklich grundlos.

Im „Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim SPD-Parteivorstand" vom September (Vorsitz Ehmke, Mitglieder Eppler, Hauff u.a.), der die Grundlage des jetzt vom Parteivorstand verabschiedeten „Leitantrags zur Kernenergie" bildet, wird davon ausgegangen, daß das wichtigste das *Einsparen* von Energie sei, insbesondere von *Strom*, dies wiederum insbesondere im *Haushalt*. Denn „in der Industrie wurden die bisher größten Energiesparerfolge erzielt, so daß diese Verbrauchergruppe mit ca. 35% des Endenergieverbrauchs nunmehr erst an zweiter Stelle rangiert." Daher ran an die Arbeiterhaushalte: „Die wachsende Nachfrage nach Strom für die Direktheizung kann durch eine sozial verträgliche Tarifänderung eingedämmt werden." Insgesamt gilt: „Bei diesen Einsparungsvorschlägen darf es keine Tabus geben." Ein Tabu wird gerade beseitigt, laut der „Zweiten Verordnung zur Änderung der Bundestariftordnung Elektrizität" werden die Kosten pro Kilowattstunde erhöht, „um energiesparendes Verhalten lohnender zu machen."

Einerseits also die Preise hochtreiben. Andererseits Entwicklung „neuer Energiequellen", ob Sonne, Wind, Geothermik, Biochemie, Ehmke ist nicht zimperlich: „Sollten die Forschungsarbeiten hierzu für die Bundesrepublik zu einem negativen Ergebnis führen, bliebe immer noch zu prüfen, ob nicht unter industriepolitischen Aspekten der Aufbau einer geeigneten Industrie für den Export stromerzeugender Solaranlagen (besonders in sonnenreiche Entwicklungsländer) sinnvoll wäre." Für „verstärkte Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher Energien" zu Felde zu ziehen, wie es die Verfasser des „Aufrufs zur Großdemonstration in Bonn am 14.10." vorschlagen, heißt daher Eulen nach Athen tragen. Die Kalkulation der Bourgeoisie geht vielmehr so: Sind die Preise für Energie wirklich hochgetrieben und muß für „umweltfreundliche Energie" nochmal extraviel geblecht werden, dann erscheint Atomstrom wirklich als billigeres Übel, und immense Profite kämen rein.

Weltrundfunkkonferenz: Imperialistisches Monopol auf die Frequenzbelegung wird angegriffen

z.pek. Am 27. September hat die Weltrundfunkkonferenz in Genf ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist von der ITU, der UNO-Sonderorganisation für das Fernmeldewesen, organisiert und wird während zehn Wochen die Neuaufteilung der Sendefrequenzen der Rundfunk- und Fernsehstationen festlegen. Die Entscheidungen der Konferenz haben bindenden Charakter und gelten bis zum Ende des Jahrhunderts. Es liegen 14000 Anträge auf Frequenzbelegungen vor.



Die bestehende Frequenzaufteilung geht auf die letzte Weltrundfunkkonferenz 1959 in Genf zurück, bei der die Imperialisten die Sendebereiche noch weitgehend unter sich aufteilen konnten. Seither haben die unabhängig gewordenen Staaten der Dritten Welt ihre eigenen Radiostationen errichtet, deren Sendeleistung jedoch infolge des imperialistischen Monopols auf die Frequenzbelegung beschränkt ist. Insbesondere auf den Kurzwellenbändern, die im Gegensatz zu UKW, Mittel- und Langwelle große Reichweiten ermöglichen, betreiben die Imperialisten ein weltweites Netz von leistungsstarken Sendeanlagen. Diese Auslandssender nutzen sie vor allem als Waffen der Hetze und Infiltration gegen die

Gesamtleistung aller Stationen von VOA höher als die Leistung sämtlicher Radiostationen der Dritten Welt. Aber auch der *BBC-Auslandsdienst* und die *Deutsche Welle* stehen dem nicht viel nach. Die französischen Imperialisten betreiben neun Sender in den überseeischen Kolonialterritorien. Die Sozialimperialisten haben ihre Propagandasendungen, die sie in alle Teile der Welt ausstrahlen, seit den sechziger Jahren von 600 Stunden pro Woche auf gegenwärtig 2000 Stunden ausgedehnt und haben in der Gesamtleistung der Sender die USA bereits übertroffen.

quenzen nach dem Prinzip „ein Land – eine Stimme" fordern. Außerdem haben sie ihre gegenseitige Unterstützung bei der Errichtung von Sendestationen und beim Betrieb von Rundfunksatelliten vereinbart.

In den vergangenen Jahren haben mehrere regionale Rundfunkkonferenzen stattgefunden, bei denen die Länder der Dritten Welt die ausgedehnte Frequenzbelegung durch die Imperialisten eindämmen konnten. Mit den 1975 beschlossenenen Mittelwellenplänen für Europa, Afrika und den Nahen Osten sowie für Asien und den Pazifik wurden die Sendebereiche für die



z.bep. **Während sich bei den Kommunalwahlen in NRW für die großen Parteien wenig geändert hat, bejubeln die „Grünen" einen Erfolg.** Der KBW hat nicht kandidiert. Die DKP hat mit 0,7 % ein Zehntelprozent gewonnen und absolut 5000 Stimmen verloren, ist aber jetzt in 5 Stadt- oder Gemeinderäten vertreten (vorher 1). 0,61 % aller Stimmen sind für 13 Wählergemeinschaften abgegeben worden, die weder „grün" noch „bunt", z.T. aber ausdrücklich bürgerlich oder auch christlich sind. Alle „Grün-Bunten" zusammen haben 76134 Stimmen (0,9 %). In 14 von 51 kreisfreien Städten und Kreisen haben sie kandidiert und dort 3,07 % der Stimmen erreicht. „Toller Erfolg" (Arbeiterkampf)? Anlaß des Jubels ist mehr, daß sie in Münster, Bielefeld und Leverkusen, sowie in 3 oder 4 Gemeinden in die Parlamente gelangt sind. Das zumeist deswegen, weil sie die Unterstützung bestimmter Kämpfe, z.B. gegen Kernkraftanlagen oder Stadtsanierungen, versprochen haben. Jetzt muß man dafür sorgen, daß sie das auch machen.

z.urb. **Von 128 auf 290 verdoppelte sich die Anzahl der als Berufskrankheiten von den Berufsgenossenschaften angezeigten Fälle von Asbeststaublungenerkrankungen von 1970 – 1977.** Von 6345 auf 9241 stiegen im gleichen Zeitraum die angezeigten Fälle von schweren Hauterkrankungen einschließlich Hautkrebs. „Jeder fünfte Krebsfall sei durch die Einwirkungen der Arbeitswelt verursacht", so ein Arzt auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin. Dies hieße allein 30000 von 150000 tödlichen Krebsfällen im Jahr. Seit langem hat die Arbeiterbewegung dagegen den Kampf aufgenommen. So führte die Bezirksleitung der IG Metall Hamburg bereits 1973 eine Arbeitstagung für Betriebsräte der Norddeutschen Werftindustrie durch, nach der durchgesetzt wurde, daß der Einsatz von Asbestmaterialien im Schiffbau drastisch reduziert wurde. Jetzt hat der Internationale Metallarbeiterbund ein Verbot der Arbeit mit Asbest gefordert. Der DGB legte Anfang Oktober ein „Zehnpunkteprogramm gegen krebserzeugende Stoffe in der Industrie" vor, in dem er fordert: Den personellen und qualitativen Ausbau der Berufsgenossenschaften; den Aufbau eines Systems der Erfassung und Auswertung beruflicher Erkrankungen und ihrer Ursachen durch die Berufsgenossenschaften, Verhütungsprogramme gegen krebserzeugende Arbeitsstoffe wie z.B. Asbest und das Recht auf Arbeitsverweigerung mit diesen Stoffen. Die Erfahrungen der Arbeiter mit den Berufsgenossenschaften, wie auch dem betrieblichen Sicherheits- und Gesundheitswesen zeigen deutlich, daß die Durchsetzung solcher Forderungen

Gebiet der Kohletechnologie abgeschlossen. Zur Zeit sind nur westdeutsche und US-imperialistische Konzerne in der Lage, Anlagen für Kohleverflüssigung und -vergasung anzubieten. Das Weltmonopol soll sich lohnen. Seit 1974 wurde über die jetzt vereinbarte westdeutsche Beteiligung an einer Anlage für 6000 t Kohle/Tag in den USA verhandelt. Während Benzin aus Kohlehydrierung derzeit 2 – 3 mal mehr kostet als aus Erdöl gewonnenes, soll es auf Basis der Kohlevergasung bei billiger Kohle schon konkurrenzfähig sein. In der BRD liegt Kohlegas laut Ruhrchemie AG 25% über dem Marktpreis, in Verbindung mit Hochtemperatur-Kernreaktoren könne der Preis auf 5% über Marktpreis gedrückt werden. Die Bedenken der Regierung: „So können z.B. aus zusätzlichen Auflagen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erhebliche Kostensteigerungen erwachsen." Je bedenkenloser die Spekulation, desto billiger das Produkt. – Bei der Kohlevergasung entsteht zunächst Rohgas, aus dem synthetisches Erdgas, Methanol, Ammoniak und schließlich Benzin gewonnen werden kann. Für den ersten Teil des Verfahrens, die Kohlevergasung, haben sich Lurgi und Krupp-Kuppers dank reichsdeutscher und in Südafrika weiter gepflegter Erfahrung einen technologischen Vorsprung geholt, von dem die westdeutschen Imperialisten in jeder Hinsicht profitieren wollen. Die Bundesregierung will Anfang 1980 ihre Bauplanung vorlegen. Größte Sorge dabei: die Standortsuche.

z.kam. **Gscheidles neue Telefongebührenordnung beginnt zu wirken.** Mit der Senkung der Übernahme- und Neuanschlußgebühr auf 40 DM (bisher 100 bzw. 200 DM) rührt er die Werbetrommel, um die neuen Telefongebühren im nächsten Jahr durchsetzen zu können. Seine Pläne für 1980 zum einen: Ausdehnung des Zeittaktes für Ferngespräche tagsüber – eine willkommene Gebührenerleichterung bis zu 50% für die Kapitalisten; Einführung des „Billigtarifs" (ersetzt die jetzigen Nachttarife); sowie ein Zuckerl von 15 freien Gebühreneinheiten (macht 3 Mark 45) monatlich. Zum anderen: Ortsgespräche (bisher zeitlich nicht begrenzt) werden bis Anfang 1980 für die Hälfte aller Telefonbenutzer bereits in Nahgespräche (Umkreis: 20 km) *mit Zeittakt* (8 Minuten pro Gebühreneinheit = 23 Pfennig) umgewandelt sein. Die Grundgebühr von 27 DM wird *nicht* gesenkt. Und die Gespräche zum sog. „Mondscheintarif" (nachts zwischen 22 und 6 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen – wo weniger geschäftlich als vielmehr privat telefoniert wird) werden *bis zu 60% verteuert*. Die Volksmassen kriegen die straffen Zügel der staatlichen Gebührenplünderung (20 Mrd. DM Gewinn in 4 Jahren aus Telefongebühren) zu spüren, und die Kapitalisten freuen sich über die billige Dienstleistung.

z.mal. **Mehrwertsteuer auf Arzneimittel: Die BRD hat den höchsten Satz in der EG.** Die CSU will mit der Forderung nach halbem Satz „wie bei den Lebensmitteln" ihren Ruf aufbessern.

Weltrundfunkkonferenz: Imperialistisches Monopol auf die Frequenzbelegung wird angegriffen

z.pek. Am 27. September hat die Weltrundfunkkonferenz in Genf ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist von der ITU, der UNO-Sonderorganisation für das Fernmeldewesen, organisiert und wird während zehn Wochen die Neuaufteilung der Sendefrequenzen der Rundfunk- und Fernsehstationen festlegen. Die Entscheidungen der Konferenz haben bindenden Charakter und gelten bis zum Ende des Jahrhunderts. Es liegen 14000 Anträge auf Frequenzbelegungen vor.

Frequenzverteilung Kurzwelle, 49m-Band: 12500, 69, 13200, 53, 7000, 29, 8100, 32, 10200; USA, UdSSR, GB, BRD, Dritte Welt; Gesamtleistung in kW, Zahl der Sender

Die bestehende Frequenzaufteilung geht auf die letzte Weltrundfunkkonferenz 1959 in Genf zurück, bei der die Imperialisten die Sendebereiche noch weitgehend unter sich aufteilen konnten. Seither haben die unabhängig gewordenen Staaten der Dritten Welt ihre eigenen Radiostationen errichtet, deren Sendeleistung jedoch infolge des imperialistischen Monopols auf die Frequenzbelegung beschränkt ist. Insbesondere auf den Kurzwellenbändern, die im Gegensatz zu UKW, Mittel- und Langwelle große Reichweiten ermöglichen, betreiben die Imperialisten ein weltweites Netz von leistungsstarken Sendeanlagen. Diese Auslandssender nutzen sie vor allem als Waffen der Hetze und Infiltration gegen die nationale Befreiung der Völker der Dritten Welt.

So verfügt *Voice of America* (VOA), der Propagandasender der US-Imperialisten, über Sendestationen in Griechenland, Marokko, Liberia, Britannien, Japan und auf den Philippinen. Im 49-Meter-Kurzwellenband ist die

Gesamtleistung aller Stationen von VOA höher als die Leistung sämtlicher Radiostationen der Dritten Welt. Aber auch der *BBC-Auslandsdienst* und die *Deutsche Welle* stehen dem nicht viel nach. Die französischen Imperialisten betreiben neun Sender in den überseeischen Kolonialterritorien. Die Sozialimperialisten haben ihre Propagandasendungen, die sie in alle Teile der Welt ausstrahlen, seit den sechziger Jahren von 600 Stunden pro Woche auf gegenwärtig 2000 Stunden ausgedehnt und haben in der Gesamtleistung der Sender die USA bereits übertroffen.

Die Länder der Dritten Welt haben sich im Rahmen der Bewegung der Blockfreien gegen das Rundfunk- und Fernsehmonopol der Imperialisten zusammengeschlossen. Auf der letzten Gipfelkonferenz in Havanna haben sie ein Aktionsprogramm beschlossen, in dem sie die Verteilung der Radiofre-

quenzen nach dem Prinzip „ein Land – eine Stimme" fordern. Außerdem haben sie ihre gegenseitige Unterstützung bei der Errichtung von Sendestationen und beim Betrieb von Rundfunksatelliten vereinbart.

In den vergangenen Jahren haben mehrere regionale Rundfunkkonferenzen stattgefunden, bei denen die Länder der Dritten Welt die ausgedehnte Frequenzbelegung durch die Imperialisten eindämmen konnten. Mit den 1975 beschlossenenen Mittelwellenplänen für Europa, Afrika und den Nahen Osten sowie für Asien und den Pazifik wurden die Sendebereiche für die nationalen Radiosender der Dritten Welt ausgedehnt. Auf der jetzigen Weltradiokonferenz wurde „nach dreitägiger personalpolitischer Auseinandersetzung" gegen den Widerstand der Imperialisten der argentinische Delegierte Roberto Severini zum Vorsitzenden gewählt.



Vom Bundesfinanzminister wird die Senkung dieses Steuersatzes „als haushaltsmäßig nicht zu vertreten" zurückgewiesen. Immerhin brachte die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel 1978 1,6 Milliarden in den Steuersäckel. Praller Steuersack auch über die Arzneimittelmehrwertsteuer, das ist des Finanzministers Ziel. Ehrenberg, sonst so sehr auf Kostendämpfung bedacht, gibt Flankenschutz. Er will ab 1982 den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner einführen. Somit werden die Volksmassen über zwei Wege geschröpft. Mit der Steuer auf Arzneimittel streicht der Staat selbst noch am Sterbebett Steuergelder ein.

z.gih. **„Die Justiz ist mit den Problemen besser fertig geworden, als gemeinhin angenommen wird", so Justizministerin Donnep, NRW, zum Widerstand der Volksmassen gegen das neue Scheidungsrecht.** 140 Richtervorlagen und Verfassungsbeschwerden liegen derzeit beim Bundesverfassungsgericht. Lagen die Scheidungen 1976 bei 108363 und im 1. Halbjahr 1977 bei 72959, so gingen sie im 2. Halbjahr, nach Inkrafttreten des Gesetzes, auf 1760 zurück. In NRW sehen die Zahlen so aus:

1960	14000
1970	20000
1975	26000
1976	28000
1977, 1. Halbjahr	17000
1977, 2. Halbjahr	570
1978	11500

Was vorher mit widerlichster Schnüffelei nicht gelungen ist, versucht die Bourgeoisie jetzt zusätzlich über Lohnraub zu erreichen: Die Ehe als kleinster Hort der bürgerlichen Gesellschaft zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu schützen. Und das Ehrenbergministerium kann lachen: Bei „50 bis 60% aller Scheidungsverfahren – müssen neben Rentenanwartschaften aus der gesetzlichen Sozialversicherung auch Betriebsrenten ausgeglichen werden". Um eine Rentenanwartschaft von 100 DM zu haben, müssen 17049,93 DM in die Rentenkasse eingezahlt werden. Bei 11500 Scheidungen 1978 in NRW wären das allein zwischen 98,0 Mio. und 117,9 Mio. DM. Hinzu kommen die Einsparungen durch die Geschiedenenwitwenrenten, die mit Einführung des Versorgungsausgleichs ersatzlos gestrichen wurde (§§ 1265, 1266 RVO in der seit 1.7.77 geltenden Fassung) und die Einsparungen durch Tod eines der Ehepartner.

z.gek. **Seit dem 1. Juli 1979 sind alle Länderregister der Justiz, einschließlich der Erziehungsregister und Verkehrsstrafregister, in ein Bundeszentralregister überführt.** Zwei Verwaltungsvorschriften des Justizministers enthüllen den Ausbau des staatlichen Spitzelsystems. Z.B. können „Ermittlungen der örtlichen Ordnungs(-polizei-)behörde" „über tatsächliche Angaben des Antragstellers (für ein polizeiliches Führungszeugnis) und seine persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse" mit eingespeichert werden; „vertrauliche Durchführung der Erhebungen" ist verlangt (§ 30,4, 1. BZRVwV). Auskünfte kann eine Behörde auch selbst einholen. Von einer Mitteilung an den Betroffenen „kann abgesehen werden, wenn da-

Anhaltende Aktionen gegen das ,,Autonomie"statut

Spanische Regierung verstärkt Unterdrückung, um den EG-Bedingungen zu genügen

z.zik. Am 25. Oktober soll in drei der vier baskischen Provinzen Spaniens über die Annahme oder Ablehnung des ,,Autonomiestatuts" abgestimmt werden. Angetrieben von den US-Imperialisten und den Imperialisten in der EG, die die Unterdrückung der baskischen wie auch der anderen unterdrückten Nationen in Spanien zur Bedingung für den EG-Beitritt machen, hat die Regierung im Juli den Statutentwurf verabschiedet.

Mit dem Referendum will sich die Regierung die Zustimmung des baskischen Volkes zu seiner weiteren Unterdrückung holen. Was das Statut vorsieht, ist nicht die nationale Selbstbestimmung, sondern eine beschränkte Selbstverwaltung unter der Fuchtel der spanischen Zentralregierung. Sobald diese das ,,allgemeine Interesse des (spanischen, Red.) Staates gefährdet" sieht, hat sie nach dem Statut das Recht, ,,auf eigene Initiative" Truppen zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung in das ,,autonome" Baskenland zu legen. (s. auch KVZ Nr. 31/1979)

Die Vorlage des Statuts hat im Baskenland zu einer Polarisierung der politischen Kräfte geführt: Die bürgerliche Nationale Partei PNV, die Sozialistische Partei des Baskenlandes PSE-PSOE und die revisionistische PCE treten für die Durchsetzung des Statuts ein. Die ETA führt weiterhin den bewaffneten Kampf für die nationale Selbstbestimmung Euskadis. Das Parteienbündnis Herri Batasuna, der politische Arm der ETA, bekämpft das Statut und ruft zum Boykott des Referendums bzw. Nein-Abstimmung auf. Den Kern der Bewegung für das nationale Selbstbestimmungsrecht Euskadis bilden die baskischen Arbeiter. Ihre Triebkraft ist der Kampf gegen die Ausbeutung durch spanische, europäische und amerikanische Kapitalisten, die durch die Zentralregierung gesichert wird. Erst am 29. September demonstrierten 3000 Arbeiter in Iruna (Pamplona) gegen den – der spanischen Regierung von der OECD aufgezwungenen – Wirtschaftsplan, gegen die Lohnleitlinie der Regierung von 1,7% für das zweite Halbjahr, gegen den Entwurf für ein Arbeitsstatut, in dem das Streikrecht eingeschränkt ist, für die Unterstützung der ETA, für eine Amnestie für alle baskischen politischen Gefangenen und gegen das Autonomiestatut. Am 16. September wurden in Donostia (San Sebastian) unter dem Beifall der 7000 Teilnehmer einer Kundgebung zur Unterstützung der ETA und für das nationale Selbstbestimmungsrecht die spanische, französische und die amerikanische Flagge von dem Gebäude heruntergeholt, in dem gerade die Filmfestspiele stattfanden. Die Polizei wagte nicht einzugreifen.

Angesichts des unverminderten

teienbündnis Herri Batasuna, der politische Arm der ETA, bekämpft das Statut und ruft zum Boykott des Referendums bzw. Nein-Abstimmung auf. Den Kern der Bewegung für das nationale Selbstbestimmungsrecht Euskadis bilden die baskischen Arbeiter. Ihre Triebkraft ist der Kampf gegen die Ausbeutung durch spanische, europäische und amerikanische Kapitalisten, die durch die Zentralregierung gesichert wird. Erst am 29. September demonstrierten 3000 Arbeiter in Iruna (Pamplona) gegen den – der spanischen Regierung von der OECD aufgezwungenen – Wirtschaftsplan, gegen die Lohnleitlinie der Regierung von 1,7% für das zweite Halbjahr, gegen den Entwurf für ein Arbeitsstatut, in dem das Streikrecht eingeschränkt ist, für die Unterstützung der ETA, für eine Amnestie für alle baskischen politischen Gefangenen und gegen das Autonomiestatut. Am 16. September wurden in Donostia (San Sebastian) unter dem Beifall der 7000 Teilnehmer einer Kundgebung zur Unterstützung der ETA und für das nationale Selbstbestimmungsrecht die spanische, französische und die amerikanische Flagge von dem Gebäude heruntergeholt, in dem gerade die Filmfestspiele stattfanden. Die Polizei wagte nicht einzugreifen.

Angesichts des unverminderten

Kampfes der baskischen Nation haben die alten Franco-Generale in der Spitze der spanischen Armee nach militärischer Intervention im Baskenland gerufen. Doch würde die Regierung Suarez *jetzt* zu diesem Schritt greifen, das Referendum am 25. Oktober würde mit einiger Sicherheit für die Regierung negativ ausfallen.

Die spanische Regierung ist aber schon jetzt entschlossen, *nach* dem Referendum die Besatzungstruppen in den baskischen Provinzen zu verstärken. Das wurde auf einem Treffen zwischen Suarez, dem Innenminister und den Generälen der drei Waffengattungen Ende September festgelegt. Bereits Ende des letzten Jahres sind die Polizeitruppen in Euskadi auf 10000 Mann verstärkt und Anti-Terrorismus-Einheiten in der Stärke von 600 Mann eingerichtet worden.

Um die alten faschistischen Offiziere nach und nach aus der Armeespitze zu verdrängen, brütet die Regierung Suarez seit einem Jahr an einer ,,Heeresreform", die im wesentlich den Aufstieg jüngerer, der republikanischen Monarchie günstiger gesinnter Offiziere erleichtert. ,,Demokratisierung" war eine der Bedingungen für den EG-Beitritt. Die alten Haudegen Francos an der Spitze der Armee könnten durch allzu schnelles und forsches Handeln die Klassengegensätze unnötig verschärfen und den Prozeß der Angleichung des Unterdrückungsapparates an EG-Normen gefährden.

Eine bedeutendere Reform der faschistischen Gesetze ist die Reform des zivilen Strafkodex. Der Entwurf dafür wurde am 20. September vom spanischen Innenministerium vorgelegt. Todesstrafe und Arbeitslager werden abgeschafft, im selben Atemzug wird die Höchststrafe – für ,,Terrorismus"delikte – von 30 auf 35 Jahre erhöht, die für die anderen Delikte auf 25 Jahre gesenkt. Gefängnisstrafen unter sechs Monaten werden nicht mehr verhängt, dafür wird die Geldstrafe eingeführt. Der Gehalt der Reform stellt sich als verschärfte Bestrafung des revolutionären Kampfes, Entlastung der Gerichtsbarkeit und Mästung der Staatskasse heraus.

In Vorbereitung ist weiter die verbesserte bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der Polizei: personelle Aufstockung der Polizeitruppen; Verdoppelung der Streifenwagen; Anschaffung weiterer gepanzerter Fahrzeuge ,,vor allem für den Einsatz im Baskenland"; Bildung von sogenannten Polizeikernen, d.h. Zusammenfassung mehrerer Kommissariate unter einem Kommando; Verbesserung der Einrichtungen des Erkennungsdienstes DNI.

Als Maßnahme direkt gegen den Befreiungskampf des baskischen Volks sind Verbotsvorbereitungen gegen die Herri Batasuna eingeleitet worden. Telesforo Monzon, der Vorsitzende von Herri Batasuna, und zwei weitere Parlamentsabgeordnete dieser Organisation sind wegen ,,Unterstützung terroristischer Aktionen" angeklagt, die Staatsanwaltschaft hat die Aufhebung ihrer Immunität beantragt. Dieser Organisation galt die Drohung des spanischen Kriegsministers Sahagun bei der Beerdigung des unfreiwillig verschiedenen Militärgouverneurs der Provinz Gipuzkoa: ,,Es ist für mich unbegreiflich und *unerträglich*, daß irgendjemand diese Mörder (die ETA, Red.) politisch unterstützen kann." Die baskische Sektion der Sozialistischen Partei Spaniens bläst in dasselbe Horn: ,,Jedes Land hat sein Kreuz, und unseres ist dieser Mann (Monzon, Red.)." ,,Es ist eine Schmach für das Baskenland, diesen Mann zu haben."

Die spanische Regierung kann sich bei der Unterdrückung revolutionärer Organisationen nach wie vor auf die faschistischen Gesetze stützen. Artikel 22 der spanischen Verfassung von 1978 lautet: ,,1. Das Recht auf Vereinigung wird gewährt. 2. Vereinigungen, die Ziele verfolgen oder Mittel benutzen, die als Vergehen definiert sind, sind illegal. (...) 4. Die Vereinigungen können nur kraft eines begründeten Gerichtsbeschlusses aufgelöst oder ihre Aktivitäten untersagt werden." Was ein Vergehen ist, ist nach wie vor im faschistischen Strafgesetzbuch definiert. Es rächt sich, daß der faschistische Apparat unangetastet geblieben ist.



geschafft, im selben Atemzug wird die Höchststrafe – für ,,Terrorismus"delikte – von 30 auf 35 Jahre erhöht, die für die anderen Delikte auf 25 Jahre gesenkt. Gefängnisstrafen unter sechs Monaten werden nicht mehr verhängt, dafür wird die Geldstrafe eingeführt. Der Gehalt der Reform stellt sich als verschärfte Bestrafung des revolutionären Kampfes, Entlastung der Gerichtsbarkeit und Mästung der Staatskasse heraus.

In Vorbereitung ist weiter die verbesserte bürgerkriegsmäßige Ausrüstung

Organisationen nach wie vor auf die faschistischen Gesetze stützen. Artikel 22 der spanischen Verfassung von 1978 lautet: ,,1. Das Recht auf Vereinigung wird gewährt. 2. Vereinigungen, die Ziele verfolgen oder Mittel benutzen, die als Vergehen definiert sind, sind illegal. (...) 4. Die Vereinigungen können nur kraft eines begründeten Gerichtsbeschlusses aufgelöst oder ihre Aktivitäten untersagt werden." Was ein Vergehen ist, ist nach wie vor im faschistischen Strafgesetzbuch definiert. Es rächt sich, daß der faschistische Apparat unangetastet geblieben ist.



Die Forderungen des spanischen Volkes nach Republik und Auflösung des faschistischen Apparates sind bis heute nicht erfüllt. Bild: Kundgebung 1977.



,,ZANU (PF): keine Neokolonie in Zimbabwe", ,,ZANLA – Kern der Armee Zimbabwes", ,,Alle Macht an die Patriotische Front", ,,Kein Ausverkauf in Zimbabwe" – Plakate auf der Kundgebung am ersten Tag der Konferenz.

Rhodesien-Konferenz: Briten wollen sich mit Erpressung aus ihrer schlechten Lage retten

z.hef.London. Am letzten Mittwoch legte die britische Regierung ihren detaillierten Verfassungsentwurf für Zimbabwe auf der Londoner Rhodesien-Konferenz vor. Er schlage Vertagung bis Montag vor und wolle dann ein Ja oder Nein haben, sagte Außenminister Lord Carrington bei der Verteilung des Texts. ,,Das ist doch ein Ultimatum in Wirklichkeit, oder?" ließ er sich am Abend im Fernsehen fragen. ,,Nein, das ist kein Ultimatum. Das ist: Sag mir am Montag, ob du diese Verfassung akzeptierst oder nicht." Bei Ablehnung seien weitere Verhandlungen sinnlos, deutete er an. BBC-Südafrikaspezialist Humphries entwickelt Carringtons taktischen Plan im Einzelnen:

,,Trotz Lord Carringtons kompromißloser Haltung kann das britische Team nicht wirklich daran glauben, daß die Konferenz an dieser Frage scheitern wird. Beamte des Außenministeriums und Vertreter der sogenannten Frontstaaten werden versuchen, bis Montag die Patriotische Front hinüberzuziehen. Wenn ihnen das nicht gelingt, dann ist Schluß, und Bischof Muzorewa, der der neuen Verfassung zustimmen wird, erhält möglicherweise die Anerkennung seiner Regierung."

Bislang ist die Konferenz überhaupt nicht nach den Vorstellungen der britischen Imperialisten verlaufen. Erst haben sie einer Tagesordnung zustimmen müssen, in der die Diskussion der Machtübergabe festgelegt ist, dann ist es ihnen trotz intensiver Versuche nicht gelungen, die Patriotische Front aufzuspalten oder die Frontstaaten gegen die Patriotische Front auszuspielen. Jetzt wollen sie sich mit einem Erpressungsversuch aus dieser Lage herausretten. Entweder stimmt die Patriotische Front zu, oder die Konferenz platzt und Muzorewa wird anerkannt.

Und was soll die Patriotische Front akzeptieren? Nur ein Beispiel der vielen Unverschämtheiten, der Abschnitt ,,Schutz gegen Wegnahme des Eigentums" unter ,,Grundrechte." ,,Jede Person wird davor geschützt sein, daß

nen:

,,Trotz Lord Carringtons kompromißloser Haltung kann das britische Team nicht wirklich daran glauben, daß die Konferenz an dieser Frage scheitern wird. Beamte des Außenministeriums und Vertreter der sogenannten Frontstaaten werden versuchen, bis Montag die Patriotische Front hinüberzuziehen. Wenn ihnen das nicht gelingt, dann ist Schluß, und Bischof Muzorewa, der der neuen Verfassung zustimmen wird, erhält möglicherweise die Anerkennung seiner Regierung."

Bislang ist die Konferenz überhaupt nicht nach den Vorstellungen der britischen Imperialisten verlaufen. Erst haben sie einer Tagesordnung zustimmen müssen, in der die Diskussion der Machtübergabe festgelegt ist, dann ist es ihnen trotz intensiver Versuche nicht gelungen, die Patriotische Front aufzuspalten oder die Frontstaaten gegen die Patriotische Front auszuspielen. Jetzt wollen sie sich mit einem Erpressungsversuch aus dieser Lage herausretten. Entweder stimmt die Patriotische Front zu, oder die Konferenz platzt und Muzorewa wird anerkannt.

Und was soll die Patriotische Front akzeptieren? Nur ein Beispiel der vielen Unverschämtheiten, der Abschnitt ,,Schutz gegen Wegnahme des Eigentums" unter ,,Grundrechte." ,,Jede Person wird davor geschützt sein, daß

ihr Eigentum zwangsweise erworben wird, es sei denn, diese Erwerbung ist im Interesse der Verteidigung, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Moral, der öffentlichen Gesundheit, der Stadt- und Landplanung, der Entwicklung oder Nutzung dieses oder eines anderen Eigentums in einer Weise, daß es der Allgemeinheit nützt, oder im Fall nicht voll genutzten Landes, für die Besiedlung zu landwirtschaftlichen Zwecken. Wenn Eigentum für diese Zwecke verlangt wird, *dann wird der Erwerb nur rechtmäßig sein, wenn das Gesetz die sofortige Zahlung einer angemessenen Entschädigung vorsieht und da, wo die Erwerbung angefochten wird, eine gerichtliche Entscheidung eingeholt wird.*" ,,*Entschädigungen, die für den Verlust von Land an einen Bürger Zimbabwes oder jemanden, der normalerweise seinen Wohnsitz in Zimbabwe hat (oder an eine Firma, deren Anteilseigner mehrheitlich solche Personen sind) gezahlt werden, dürfen innerhalb einer angemessenen Frist in jedes Land aus Zimbabwe heraustransferiert werden, ohne Abzüge, Steuern oder Gebühren auf Grund dieses Transfers ...*"

Dies ,,Grundrecht" darf zehn Jahre lang nicht verändert werden, es sei denn, das Parlament stimmt einstimmig für eine Änderung, aber für sieben Jahre haben die weißen Siedler 20% der Sitze im Parlament.

Muzorewa hat, wie vorher mit Carrington ausgemacht, am Freitag zugestimmt und sich auch mit der von Carrington geplanten Wahl unter britischer Kontrolle einverstanden erklärt. Er forderte die Aufhebung der Sanktionen. Eine Minute nach Muzorewa war der britische Regierungssprecher auf der Bühne des Pressezentrums und begrüßte im Namen des stellvertretenden Außenministers ,,wärmstens die Stellungnahme Bischof Muzorewas und seiner Delegation ... Ich sehe jetzt auch der Stellungnahme der Patriotischen Front entgegen."

Ein Sprecher der Patriotischen Front sagte am Freitag: ,,Nein, wir werden sie (die Verfassung) nicht so annehmen, wie sie ist, wir werden unsere Auffassung dazu darlegen, welchen Bereichen wir zustimmen und welchen nicht. Wir werden sie nicht als

solche Personen sind) gezahlt werden, dürfen innerhalb einer angemessenen Frist in jedes Land aus Zimbabwe heraustransferiert werden, ohne Abzüge, Steuern oder Gebühren auf Grund dieses Transfers ..."

Dies ,,Grundrecht" darf zehn Jahre lang nicht verändert werden, es sei denn, das Parlament stimmt einstimmig für eine Änderung, aber für sieben Jahre haben die weißen Siedler 20% der Sitze im Parlament.

Muzorewa hat, wie vorher mit Carrington ausgemacht, am Freitag zugestimmt und sich auch mit der von Carrington geplanten Wahl unter britischer Kontrolle einverstanden erklärt. Er forderte die Aufhebung der Sanktionen. Eine Minute nach Muzorewa war der britische Regierungssprecher auf der Bühne des Pressezentrums und begrüßte im Namen des stellvertretenden Außenministers ,,wärmstens die Stellungnahme Bischof Muzorewas und seiner Delegation ... Ich sehe jetzt auch der Stellungnahme der Patriotischen Front entgegen."

Ein Sprecher der Patriotischen Front sagte am Freitag: ,,Nein, wir werden sie (die Verfassung) nicht so annehmen, wie sie ist, wir werden unsere Auffassung dazu darlegen, welchen Bereichen wir zustimmen und welchen nicht. Wir werden sie nicht als

Ganzes akzeptieren. – Und wenn Lord Carrington am Montag sagt, er will eine Antwort, Ja oder Nein? – Nun, er kann nichts diktieren. Wir sind zu Verhandlungen hierhergekommen, nicht um uns etwas diktieren zu lassen."

---

durch die Erfüllung öffentlicher Aufgaben erheblich erschwert wäre" (§ 18). Getilgt werden Angaben, auch nach den Verjährungsfristen, dann nicht, wenn ,,die Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder das zwingend gebietet". D.h. dann wird an die Computer des Bundeskriminalamtes oder des Verfassungsschutzes überspielt. Im Etat 1980 steigen die Ausgaben des BKA für Datenverarbeitung von 35,0 auf 44,2 Mio. DM.

z.rev. **Innenminister Baum versicherte auf dem Jahresvertretertag des BGS-Verbandes, daß der ,,Bundesgrenzschutz für die 80er Jahre gut gerüstet" ist und jederzeit in der Lage ist, ,,als qualifizierte Bundespolizei einen Beitrag zur inneren Sicherheit zu leisten."** Z.B. bei der Absicherung der Bohrlöcher in Gorleben. Dazu werden die BGS-Einheiten von 21500 Mann bis 1982 um 2666 aufgestockt. Von diesen Neuen kommen 2205 in das ,,Ausbauprogramm innere Sicherheit" und nur 461 in den Grenzschutzdienst. Neue Waffen bekommt die Bürgerkriegstruppe auch zur – so Baum – ,,Steigerung der Reichweiten und Intensität der polizeilichen Einsatzmittel." Auch an die Schwierigkeiten, die die Bourgeoisie beim Aufbau von Bürgerkriegstruppen hat, hat der Minister gedacht. An ,,innerer Geschlossenheit und Disziplin" soll es dem BGS nicht fehlen. Ähnlich wie beim Unteroffizierskader in der Bundeswehr sollen auch beim BGS die Polizeivollzugsbeamten aus dem mittleren Dienst die Mannschaften in den Griff bekommen. Wenn sie den genügenden Gehorsam an den Tag legen, können sie neuerdings mit der höheren Besoldungszulage nach dem Beamtentarif A9 und Zulage rechnen. Reicht die Disziplin nicht hin, redet ein Vollzugsbeamter gegen die 80 Überstunden, die ihm monatlich angehängt werden können, oder verhält er sich nicht ,,beamtenwürdig" auf der Straße, so kann mit der Änderung der Disziplinarordnung vom 17. September *jeder* Führer einer Hundertschaft *jedem* Polizeivollzugsbeamten aus dem mittleren Dienst eine Geldstrafe verhängen. Ein Sechstel des Gehalts kann diese Geldstrafe hoch sein, was z.B. bei BAT A 7 Dienstaltersstufe 2 und 2 Kindern 320,- DM ausmacht monatlich, für einen Zeitraum, der mit der Strafe festgelegt wird.

z.erm. **Die Katholische Bischofskonferenz hat am 27. September den Hirtenbrief ,,Dem Leben dienen – Zur Situation nach der Änderung des § 218" in 2 Millionen Auflagenhöhe an die Pfarreien verteilen lassen.** Die Familien, die zur Abtreibung gezwungen sind, werden darin als ,,gewissenlos" und ,,oberflächlich" beschimpft: ,,zahlreiche Frauen scheinen es als unerträgliche Zumutung zu empfinden, daß sie Kindern das Leben schenken und für sie als Mutter da sein sollen" und ,,anscheinend halten manche den Embryo für einen seelenlosen Klumpen". Folglich sprechen die Bischöfe den Familien auch das Recht auf freie Entscheidung ab: ,,Das Gewissen muß sich ... an Maßstäben orientieren, die dem eigenen Verfügen und Meinen entzogen und in der unverrückbaren sittlichen Ordnung begründet sind." – 64% der 1978 offiziell über die Beratungsstellen durchgeführten Abtreibungen, beklagt die Kirche, seien mit der ,,Notlagenindikation" begründet worden, im ersten Vierteljahr 79 sogar 71,7%. Auch dem Staat ist diese Entwicklung ein Dorn im Auge. Wie er die Spitzelstellen vollständig gegen die Volksmassen durchsetzen kann, darüber hat es gerade in den letzten Monaten heftige Debatten gegeben. Die Bischofskonferenz fordert höhere Gefängnisstrafen: ,,der Staat müsse wissen, daß der Verzicht auf Strafandrohung zur Verpflichtung wird, ... das Töten zu gewähren." Die Kirche will ,,unbürokratisch helfen" – mit dem Ausbau eigener Beratungsstellen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 06:* Handel · *Heft 07:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 08:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 09:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 10:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 11:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 10 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 11 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



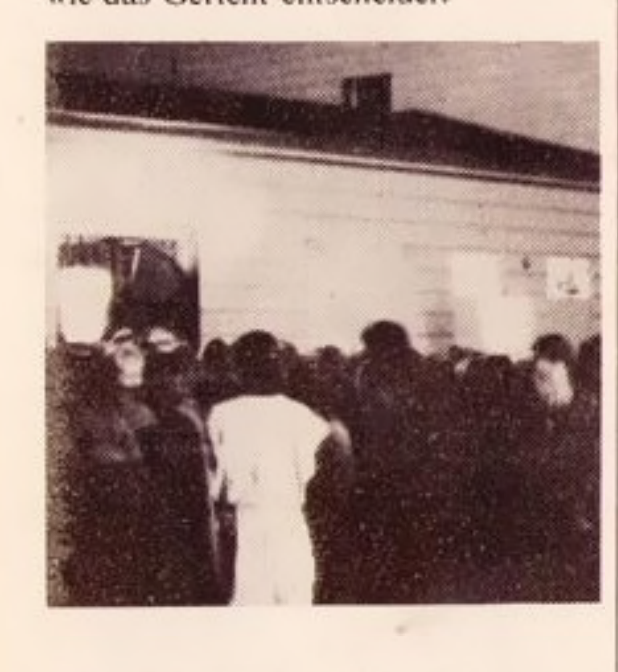
r.mio. **Am 4./5. Oktober fand die 13. Konferenz der für Umweltschutz zuständigen Minister des Bundes und der Länder in Goslar statt.** Der eigentlichen Tagung vorausgegangen war eine Besichtigung des Atommüllagers Asse II bei Wolfenbüttel, wo gegenwärtig Temperaturversuche mit inaktiven Stoffen in 750 Meter Tiefe stattfinden, die eventuell für das geplante Lager in Gorleben von Bedeutung sind. Am Tage zuvor hatten die Grüne Liste, Evangelische Studentengemeinde, verschiedene Gruppen von Atomkraftgegnern sowie Bürgerinitiativen u.a. zu einer Umweltschutzdemonstration in Goslar aufgerufen, an der auch 15 – 20 Bauern mit ihren Traktoren teilnahmen gegen den geplanten Bau der Nordharzautobahn A 36. Wer von den Umweltministern Maßnahmen „zugunsten der Bürger und nicht der Industrie" erhoffte, wie große Teile der ca. 250 Demonstranten, sah sich getäuscht. Neben einem „Appell an die Industrie" hatte man für die Preußag, die den Nordharz mit Blei und Cadmium verseucht, einen 1,778 Mio. DM Bundeszuschuß auf Lager, damit eine freiliegende 100-Tonnen-Halde überdacht werden kann. Daneben wurde über einen Bußgeldkatalog diskutiert, mit dem man die Kapitalisten nicht trifft, aber die Volksmassen schröpft.

b.wir. Hamburg. **Hilflose Versuche des Senats, die Fragebogenaktion an der G 5 zu unterbinden.** Auf eine Kleine Anfrage der CDU hat der Senat geantwortet, daß er „die von der zuständigen Behörde getroffene Maßnahme, diese Fragebogenaktion zu verhindern, für gerechtfertigt hält". Dem Senat sei nicht bekannt, ob die Fragebögen inzwischen ausgewertet wurden. Sie sind es. Über 500 Schüler haben den Fragebogen ausgefüllt – in allen 3 Blockzügen bis vor wenigen Tagen. Der Schülerrat hat die Auswertung veröffentlicht. Hervorstechende Ergebnisse: 40% der Schüler gaben an, daß sie vor Beginn der Ausbildung ein Praktikum ableisten mußten. Im Bereich der Zahntechnik mußten 45,9% der Auszubildenden Praktika zwischen 3 und 12 Monaten bei einer Bezahlung von 200 bis 400 DM pro Monat ableisten. Der niedrigste Wert für angelernte Kräfte liegt nach einer Erhebung des „Deutschen Zahntechniker Verbandes" bei 1 635 DM. 41% der Auszubildenden müssen ausbildungsfremde Arbeiten machen: Schneeschippen, Straße fegen, Reinigungsarbeiten, Botengänge, kleinere Reparaturen, Einkäufe, Schuhe putzen, Fenster streichen, 3 Tage lang Briefe falten, Kaffee kochen, abwaschen, Rasen mähen, Reparaturen am Segelboot u.ä. In einer Resolution fordern der Schülerrat und die Schülervollversammlung die Gremien der Schule und die Gewerkschaften auf, sie bei der Beseitigung dieser Mißstände zu unterstützen.

b.wiv. **Brokdorf-Prozeß in Schleswig. 4 Gemeinden und 250 „Einzelpersonen" klagen gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung.** Bauern aus der Wilstermarsch und Fischer kommen

digen Behörde getroffene Maßnahme, diese Fragebogenaktion zu verhindern, für gerechtfertigt hält". Dem Senat sei nicht bekannt, ob die Fragebögen inzwischen ausgewertet wurden. Sie sind es. Über 500 Schüler haben den Fragebogen ausgefüllt – in allen 3 Blockzügen bis vor wenigen Tagen. Der Schülerrat hat die Auswertung veröffentlicht. Hervorstechende Ergebnisse: 40% der Schüler gaben an, daß sie vor Beginn der Ausbildung ein Praktikum ableisten mußten. Im Bereich der Zahntechnik mußten 45,9% der Auszubildenden Praktika zwischen 3 und 12 Monaten bei einer Bezahlung von 200 bis 400 DM pro Monat ableisten. Der niedrigste Wert für angelernte Kräfte liegt nach einer Erhebung des „Deutschen Zahntechniker Verbandes" bei 1 635 DM. 41% der Auszubildenden müssen ausbildungsfremde Arbeiten machen: Schneeschippen, Straße fegen, Reinigungsarbeiten, Botengänge, kleinere Reparaturen, Einkäufe, Schuhe putzen, Fenster streichen, 3 Tage lang Briefe falten, Kaffee kochen, abwaschen, Rasen mähen, Reparaturen am Segelboot u.ä. In einer Resolution fordern der Schülerrat und die Schülervollversammlung die Gremien der Schule und die Gewerkschaften auf, sie bei der Beseitigung dieser Mißstände zu unterstützen.

b.wiv. **Brokdorf-Prozeß in Schleswig. 4 Gemeinden und 250 „Einzelpersonen" klagen gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung.** Bauern aus der Wilstermarsch und Fischer kommen
jeden Tag, um ihre Interessen auch vor Gericht zu vertreten. Schon am ersten Tag wurde deutlich, welchen Kurs das Gericht gehen will: auf Absegnung der 1. Teilerrichtungsgenehmigung, denn schon länger drängen VEBA, HEW und die IHK's auf zügigen Weiterbau. Bild: Kundgebung vor dem Ballhaus „Hohenzollern", die am letzten Donnerstag durchgeführt wurde. Vor 200 Teilnehmern, darunter Delegationen von mehreren BI's aus Schleswig-Holstein, betonte H. Voss, daß die Bauern den Bau nicht hinnehmen werden, egal wie das Gericht entscheidet.



Kiel. **Das Kultusministerium hat ein Diskussionspapier zur Fortentwicklung der Oberstufe der Gymnasien in Schleswig-Holstein veröffentlicht.** In den 12 Grundsätzen werden als gravierendste Punkte folgende genannt: Kurswahlen finden nicht mehr vor jedem Semester (jedes halbe Jahr), sondern nur noch einmal im Jahr statt. Der Schüler kann nur noch einmal im Jahr einen Kurs wechseln. Die Belegpflichten in den Kernfächern werden ausgeweitet, für andere Fächer wie Philosophie, Kunst usw. wird die Einrichtung eines Leistungskurses erschwert. Die Anrechnungsmöglichkeiten von guten Leistungen aus dem sogenannten Einführungsjahr (vorher Vorsemester) fällt weg. Die Stunden für die Leistungskurse werden von 6 auf 5 reduziert, um den inhaltlichen Anforderungsstand zu den Grundkursen (3 Std.) zu verringern.

b.dam. Flensburg. **Die gesamte Kompressorenproduktion soll vom Hauptwerk Alsen ins Werk Flensburg gelegt werden.** Dies beschloß die Betriebsleitung Danfoss Ende September. Betont wurde von der Betriebsführung, daß dadurch keine neuen Arbeitsplätze in Flensburg geschaffen würden. Momentan wird die gesamte Flensburger Produktion umgerüstet. Die alte Maschinerie für die Herstellung des alten Kompressor-Modells PW wird ver-



schrottet bzw. verkauft, die dritte Halle ist mit der neuen Maschinerie ausgerüstet worden. Jetzt soll die neue Maschinerie aus Dänemark dazukommen. Die Danfoss-Kapitalisten aus Dänemark nutzen jetzt den niedrigeren Lohnstandard der westdeutschen Arbeiter für die Konkurrenz, verdient doch eine deutsche Arbeiterin am Band durchschnittlich 8,04 DM Tariflohn, eine dänische Arbeiterin 9,26 DM Tariflohn.

b.rad.Hamburg. **Der Kapitalist Rath läßt Transporte für die Tiefbohrungen in Gorleben durchführen.** Die Transporte waren kurzfristig blockiert worden. Eine Unterschriftensammlung gegen die Transporte ist von 100 Menschen unterstützt worden. Rath, der einen kleinen Betrieb in Ottensen (Hamburg-Altona), Am Born 2, betreibt, hat seine Arbeiter angewiesen, sich weder zu den Transporten, die vor allem nachts stattfinden, noch zur Wiederaufbereitungsanlage zu äußern. – In Lüchow haben die Landwirte ihre Forderungen bekanntgemacht: „Für Albrecht ist uns der Sprit zu schade", als dieser am 6.10. in Lüchow auf dem Niedersachsentag zum Heimatschutz sprach. Stattdessen standen auf der Strecke von Uelzen nach Lüchow auf den Feldern ihre Wagen. „Besatzer raus aus dem Wendland", „Albrecht go home" stand dort. Die Landwirte

schrottet bzw. verkauft, die dritte Halle ist mit der neuen Maschinerie ausgerüstet worden. Jetzt soll die neue Maschinerie aus Dänemark dazukommen. Die Danfoss-Kapitalisten aus Dänemark nutzen jetzt den niedrigeren Lohnstandard der westdeutschen Arbeiter für die Konkurrenz, verdient doch eine deutsche Arbeiterin am Band durchschnittlich 8,04 DM Tariflohn, eine dänische Arbeiterin 9,26 DM Tariflohn.

b.rad.Hamburg. **Der Kapitalist Rath läßt Transporte für die Tiefbohrungen in Gorleben durchführen.** Die Transporte waren kurzfristig blockiert worden. Eine Unterschriftensammlung gegen die Transporte ist von 100 Menschen unterstützt worden. Rath, der einen kleinen Betrieb in Ottensen (Hamburg-Altona), Am Born 2, betreibt, hat seine Arbeiter angewiesen, sich weder zu den Transporten, die vor allem nachts stattfinden, noch zur Wiederaufbereitungsanlage zu äußern. – In Lüchow haben die Landwirte ihre Forderungen bekanntgemacht: „Für Albrecht ist uns der Sprit zu schade", als dieser am 6.10. in Lüchow auf dem Niedersachsentag zum Heimatschutz sprach. Stattdessen standen auf der Strecke von Uelzen nach Lüchow auf den Feldern ihre Wagen. „Besatzer raus aus dem Wendland", „Albrecht go home" stand dort. Die Landwirte
bereiten jetzt den Kampf gegen die Nötigungsprozesse vor, welche am Freitag, den 12.10., vor dem Amtsgericht Uelzen unter Vorsitz von Richter Ulmer beginnen sollen.

b.suk. **Bei hohem Lärmpegel können Hauseigentümer erneut 50% Zuschuß kassieren, wenn sie z.B. Fenster mit Schalldämmung einbauen.** (Senatsbeschluß 18.9.) In Neubausiedlungen müssen 65 Dezibel (dB) tagsüber überschritten sein, bei bestehenden Straßen 75. 65 dB entspricht einem Schreibmaschinensaal, 70 lebhaftem Straßenverkehr. Ab 65 dB ist mit Gesundheitsschäden zu rechnen. Wollen die Wohnungskapitalisten ihre Häuser an großen Straßen teuer vermieten, müssen sie den Lärm dämpfen. Die Mieter zahlen doppelt, die Zuschüsse aus Steuern und die Mieterhöhung.

b.kav. Kiel. **Städtisches Krankenhaus: Freundlichste Mitarbeiter per Wettbewerb gesucht.** Fragebögen sollen bei der Aufnahme der Patienten vergeben werden. Als Gewinn winkt das Bild eines namhaften Kieler Künstlers. Der Personalrat hat dieses Beurteilungssystem nicht unterstützt.



Stoltenberg: Gemeinden an noch kürzerer Leine

Reform des kommunalen Finanzausgleichs: Mehr zweckgebundene Zuweisungen

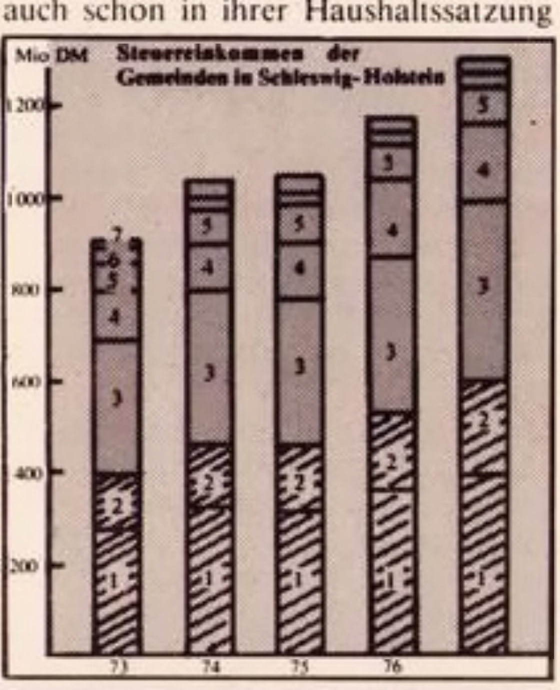
r.hör. Von zwei Seiten her versucht die schleswig-holsteinische Landesregierung die kommunale Eigenständigkeit der Gemeinden zu untergraben und sie finanziell und politisch zu knebeln: Erst sollen die Gemeinden durch die zum 1. Januar 1980 geplante Steuergesetzänderung (Wegfall der Lohnsummensteuer, welche zu 100% den Gemeinden zufiel) und der Streichung der Ansiedlungsabgaben für Bauherren sowie der Getränkesteuer und Vergnügungssteuer wesentliche Einnahmen gestrichen werden, wodurch sie sich zwangsläufig beim Finanzkapital mehr verschulden müssen. Dann soll den Gemeinden durch den kommunalen Finanzausgleich das Defizit gestopft werden, wobei die Landesregierung den größten Teil dieser Mittel zweckgebunden vergibt und sich so den politischen Einfluß sichert.

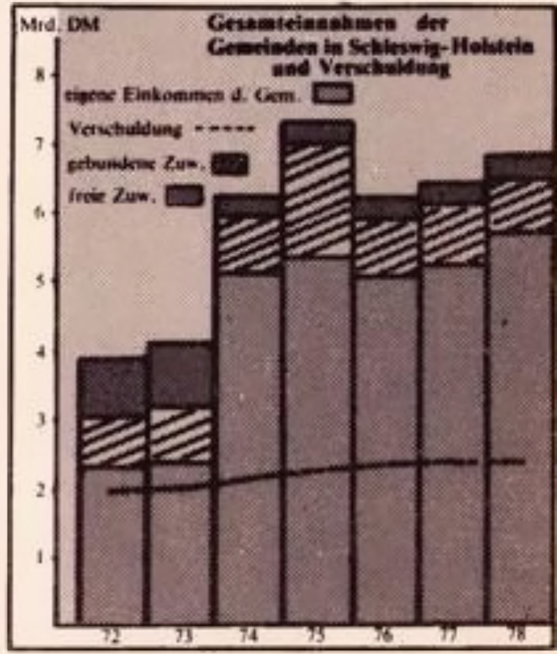
Als „Investition in die Demokratie" versucht Innenminister Barschel die geplanten Gesetzentwürfe zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs und zur Novellierung des Kommunalabgabengesetzes zu verkaufen. Um 125 Mio. DM auf 957 Mio. DM soll die Finanzausgleichsmasse erhöht werden und mit ihr auch die zweckgebundenen Zuweisungen gegenüber den frei verfügbaren. (1977 0,75 Mrd. DM zweckgebundener Mittel gegenüber 0,25 Mrd. DM frei verfügbaren). Von 1962 bis 1974 stieg nach einer Untersuchung von Klein und Gleitze der Anteil der objektgebundenen Zuweisungen von 1962 gleich 15% auf 1974 gleich 29% der gemeindlichen Investitionen in Westdeutschland an, während die Finanzierung aus laufenden eigenen Einnahmen rückläufig war.

Der nächste Angriff nach der Abschaffung der Lohnsummensteuer der Kapitalisten ist die Senkung der Hebesätze für die Gewerbesteuer. Mit diesem Gedanken spielt Barschel bereits, nachdem er feststellt, daß einige Gemeinden durch Steuergesetzänderung des Bundes mit Mehreinnahmen rechnen können. „Sie (die Gemeinden) werden diese Mehreinnahmen zum Teil weitergeben in Form von Steuerentlastungen an die gewerbliche Wirtschaft..." Die Gemeinden werden sich ihrerseits aus der finanzpolitischen Zwickmühle durch Steigerung der kommunalen Gebühren herauszuretten versuchen, wie es die Stadt Kiel auch schon in ihrer Haushaltssatzung 1979 angekündigt hat.

Das linke Schaubild zeigt die Entwicklung der Steuereinkünfte der Gemeinden Schleswig-Holsteins. Schraffiert sind die Steueraufkommen aus Lohn- und Einkommenssteuern der Volksmassen dargestellt, darüber die Steuern von den Kapitalisten. (Von unten nach oben: 1 = Lohnsteuer, 2 = Einkommenssteuer, von beiden erhalten die Gemeinden 16%, 3 = Gewerbesteuer, 4 = Grundsteuer B, 5 = Lohnsummensteuer, 6 = Grundsteuer A, 7 = sonstige Steuern)

Das rechte Schaubild zeigt die Entwicklung der Gesamteinnahmen der Gemeinden Schleswig-Holsteins, darüber den kommunalen Finanzausgleich, der unterteilt ist nach zweckgebundenen und frei verfügbaren Zuweisungen.



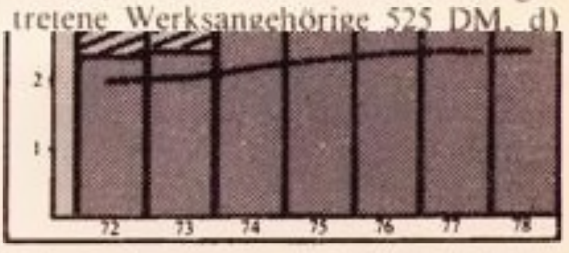


Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Spezialnachrichtendienste 04: Maschinenbau / Elektrotechnik / Fahrzeugbau / Schiffbau

n. **Hamburg, 3.10.79. ... Auf der Großen Funktionärsversammlung der IG Metall Hamburg, an der ca. 500 Vertrauensleute aus den Hamburger Betrieben der Metallindustrie teilnahmen, stand die Beratung um den Zusammenschluß für den Lohnkampf im Vordergrund.** Ortsverwaltungsvorsitzender MÜLLNER (der auch Vorstandsmitglied der IG Metall ist) legte in seinem Einleitungsreferat dar, daß großer Unmut in den Betrieben wegen des Lohnes sei. In einigen Betrieben konnte bereits ein Nachschlag durchgesetzt werden. Die Diskussionen in den meisten Betrieben würde sich darum drehen, die unteren Einkommen verstärkt anzuheben und die Einkommensstruktur zu verändern. Er begrüßte die Initiativen der Vertrauensleutekörper von Haller und Meurer und von AEG N4 in diesem Zusammenhang, die 170 bzw. 175 DM Festgeld, mindestens 8% fordern.... Alle Redner vertraten darum, daß die unteren Lohngruppen gestrichen werden müssen und auf jeden Fall eine Festgeldforderung aufgestellt werden muß. ... Vor-

gebundener Mittel gegenüber 0,25 Mrd. DM frei verfügbaren). Von 1962 bis 1974 stieg nach einer Untersuchung von Klein und Gleitze der Anteil der objektgebundenen Zuweisungen von 1962 gleich 15% auf 1974 gleich 29%





Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Spezialnachrichtendienste 04: Maschinenbau / Elektrotechnik / Fahrzeugbau / Schiffbau

n. Hamburg, 3.10.79. ... Auf der Großen Funktionärsversammlung der IG Metall Hamburg, an der ca. 500 Vertrauensleute aus den Hamburger Betrieben der Metallindustrie teilnahmen, stand die Beratung um den Zusammenschluß für den Lohnkampf im Vordergrund. Ortsverwaltungsvorsitzender MÜLLNER (der auch Vorstandsmitglied der IG Metall ist) legte in seinem Einleitungsreferat dar, daß großer Unmut in den Betrieben wegen des Lohnes sei. In einigen Betrieben konnte bereits ein Nachschlag durchgesetzt werden. Die Diskussionen in den meisten Betrieben würde sich darum drehen, die unteren Einkommen verstärkt anzuheben und die Einkommensstruktur zu verändern. Er begrüßte die Initiativen der Vertrauensleutekörper von Haller und Meurer und von AEG N4 in diesem Zusammenhang, die 170 bzw. 175 DM Festgeld, mindestens 8% fordern.... Alle Redner vertraten darum, daß die unteren Lohngruppen gestrichen werden müssen und auf jeden Fall eine Festgeldforderung aufgestellt werden muß. ... Vor-
standsmitglied PREIS erklärte in seinem Schlußwort, daß der Vorstand auch für Forderungen ist, die man durchsetzen kann...

n. **Bielefeld, 5.10.79. Die Vertrauensleutekörper von Gildemeister und Thyssen-Rheinstahl haben für die Lohnbewegung 79/80 die Aufstellung einer Forderung nach 200DM/12% mehr Lohn und Gehalt beschlossen.** Von Mitgliedern der Vertrauenskörperleitung der beiden Bielefelder Betriebe ist dieser Beschluß als Antrag in der Vertreterversammlung am 4.10.79 gestellt worden. Auf der Vertreterversammlung gab es Auseinandersetzungen um die Höhe der Forderung, ihre Form wurde begrüßt. Schließlich wurde sich so geeinigt, daß beschlossen wurde, daß die Vertreterversammlung die Forderung der beiden Vertrauensleutekörper zur Kenntnis nimmt, vor einer endgültigen Beschlußfassung aber erst weitere Beschlüsse von anderen Vertrauensleutekörpern abwarten will.

n. **Westberlin. Brief von zehn Kollegen der Robert Bosch GmbH, Bereich Elektronik an Finanzminister MATTHÖFER:** Wie war es mit der kleinen Steuerreform Anfang des Jahres? Die kleinen Verdiener unter 1 700 DM haben von der Steuererleichterung ganze 10 DM und nicht einmal das mehr im Portemonaie. Und das ist sofort wieder für Preiserhöhungen draufgegangen. Uns haben Sie und der Bundestag die Mehrwertsteuererhöhung beschert und den Kapitaleignern eine Steuer gestrichen: die Lohnsummensteuer. Es ist doch offensichtlich, wer der Gewinner bei dieser Reform war. Wir sind dieses Jahr für die Durchsetzung einer hohen Lohnforderung, z.B. 170 DM/ 8% mindestens, und wir sind nicht bereit, uns das Geld durch eine neuerliche „Steuererleichterung" wegnehmen zu lassen. Wenn Sie schon eine Reform der Steuern wollen, dann aber eine richtige, eine, die in unserem Interesse ist: 1 500 DM steuerfrei im Monat, damit nicht die, die sowieso schon wenig haben, auch noch einen großen Teil an die Steuer abgeben müssen. Eine Erhöhung des Steuerfreibetrages pro Jahr um 2000 DM würde für uns auch schon einige hundert DM mehr im Jahr ausmachen. i.A. von 10 Kollegen der Robert Bosch GmbH.

n. **Wolfsburg, 3.10.79. Aushang des Betriebsrates der VW-Werke.** „Am Dienstag, dem 2. Oktober 1979, wurde in Wolfsburg zwischen dem Gesamtbetriebsrat und dem Vorstand über eine Sonderprämie für das Jahr 1979 verhandelt. Als Ergebnis konnte für rund 101 000 Werksangehörige eine Erhöhung der Sonderprämie gegenüber der des Vorjahres um 40% erzielt werden. Das Ergebnis im Einzelnen sieht folgendermaßen aus: a) Im Jahre 1979 eingetretene Werksangehörige 100 DM, b) in den Jahren 1970 bis 1978 eingetretene Werksangehörige 420 DM, c) im Jahr 1969 und früher eingetretene Werksangehörige 525 DM, d) im Jahre 1979 eingetretene Auszubildende, Jungarbeiter und Jungboten 150 DM. Die Auszahlung erfolgt am 5. Dezember 1979 in voller Höhe, die gesetzlichen Abzüge werden mit der Abrechnung einbehalten. Die Auszahlung der Weihnachtsgratifikation erfolgt am 3.12.79."

r.mar. **Betriebsversammlung VW Braunschweig, 1.10., gegen neue Pausenregelung und für Lohnerhöhung.** Die Intensivierung der Schweißauspressung, die die Betriebsführung seit der Verlängerung der Akkordpausen ab 1.9. betreibt mit Neuaustaktungen und Springereinsatz, ist auf der Versammlung unter erheblichen Druck gekommen. Ein Arbeiter verlas den Brief von 43 Arbeitern der ET Lackieranlage, Halle 3, in dem die sofortige Rücknahme der Springerregelung gefordert wurde. Der Braunschweiger Betriebsrat, der sich in einem Beschluß gegen die Springerregelung ausgesprochen hatte, erklärte: „Wir lassen hier nicht eine Produktionssteigerung auf dem Rücken der Kollegen austragen! Der Betriebsrat ist grundsätzlich für einen festen Pausenplan für Akkordlöhner. Aber wir haben der Werksleitung den noch viel zu entgegenkommenden Vorschlag gemacht, daß statt bisher 48 Minuten, nur noch 24 Minuten besprungen werden. Allerdings werden wir genau prüfen, ob überhaupt besprungen werden muß." – Mit großem Beifall bekräftigte die Versammlung die Forderungen nach Rücknahme der Springerregelung und die Senkung der Stückzahlen. Werksführer Zorn machte eine klägliche Figur, als er die Springerregelung als Beitrag zur Einschränkung der gesundheitsschädlichen Nachtschichten verkaufen wollte. Im Nacken gesessen hat ihm, daß sich der Betriebsrat weigert, bis zur Änderung der Pausenregelung Überstunden zu genehmigen. Am letzten Donnerstag mußte Zorn zugestehen, daß nur noch 2 mal 12 Minuten besprungen werden.

b.anr. **300 Bauern und Bürger aus Moorfleet und Umgebung demonstrierten am Samstag gegen die HCH-Emissionen bei Boehringer.** Die Bürgeraktion fordert nach wie vor: Einstellung aller Emissionen! Entlassungen aufgrund dieser Maßnahme sind zu untersagen! Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse! Vollständige Entschädigung und Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzfläche! Bisher wurde erreicht, daß die Emission von 25 auf 9 mg HCH pro Kubikmeter Luft reduziert wurde. Außer für 20 Tonnen Porree im April haben die Bauern keine Entschädigungszahlungen von Boehringer erhalten. Auf eine



Aufrechnung der Bauern hat Boehringer noch nicht reagiert. Die Bauern schätzen, daß etwa 25% der Ernte durch Boehringer verseucht wurden.

Hamburg. **HDW: 200 Arbeiter der Bordmontage gegen die Pläne der Kapitalisten, Programmlohn einzuführen.** Um das Akkordsystem zu verschärfen und die Arbeitshetze zu vergrößern und damit die Ausbeutung der

Gesamtschülervertretung Bremen: Demonstration gegen die Bildungspolitik des Senats

r. svr. Zwei Tage vor den Wahlen zur Bürgerschaft haben in Bremen 150 Schüler und Berufsschüler an einer Demonstration der Gesamtschülervertretung teilgenommen. Die bürgerlichen Parteien haben in ihrem Wahlkampf das Thema Schule besonders herausgestellt. Während die SPD die Abschaffung der Auslese durch die Gesamtschule verspricht, und die CDU das dreigliedrige Schulsystem in den Himmel hebt, hat die GSV in ihrem Aufruf zur Demonstration geschrieben:

,,Die Lage an den Bremer Schulen und die Maßnahmen des Bildungssenats erfordern einheitliches Handeln aller Bremer Schüler, Berufsschüler, Lehrer und Eltern.'' Es folgt im Aufruf die Schilderung der verschiedenen Maßnahmen des Senats, die Auslese und Unterdrückung an den Schulen und Berufsschulen zu verschärfen, die Schulpflicht und insbesondere den Berufsschulunterricht abzubauen und die Rechte der Schüler und ihrer Vertretungen mit dem neuen Schulverwaltungsgesetz zu liquidieren. Weiter wird deutlich, daß die Interessen, die der Senat in bezug auf die Ausbildung der Jugendlichen vertritt, denen der Schüler, Eltern und Lehrer genau entgegengesetzt sind. Sein Bildungssystem dient der Bereitstellung von Arbeitskräften für die Kapitalisten, nach deren Bedürfnissen er die Auslese mit Hilfe des Notensystems betreibt. Es dient nicht der umfassenden Ausbildung, sondern der Dressur.''

Aufgerufen wird zur Demonstration unter den Forderungen: ,,Weg mit dem Tossenspapier, Gegen die Aufspaltung der Schüler in Schulzentren, Rücknahme der Schulteilung im Bremer Westen, Weg mit allen Formen der Differenzierung an den Gesamtschulen, Gegen den Ausfall des Berufsschulunterrichts, Weg mit dem Blockunterricht, Weg mit der 7:5/8:4-Regelung, Für 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Wochentagen, Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, Weg mit dem Schulverwaltungsgesetz, Vollständige Satzungshoheit der Schulervertretungen, Uneingeschränktes Vollversammlungs- und Streikrecht für Schüler und Berufsschüler, Weg mit dem Notensystem, Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr!''

Obwohl der Termin der Demonstration recht kurzfristig war, und so nicht mehr viel Zeit blieb für die Mobilisierung, so wurde trotzdem beschlossen, die Demonstration am 5.10., also noch vor den Wahlen durchzuführen, um der Propaganda der bürgerlichen Parteien die eigenständigen Forderungen der Schülerbewegung entgegenzusetzen. So hat sich auch ziemlich schnell die Unterstützung der Demonstration hergestellt, indem z.B. der Bezirksvorstand Bremen-Nord der GEW und die Mitgliederversammlung der Referendare der GEW ihre Solidarität mit der Demonstration erklärt und die Forderungen der Schüler unterstützt haben.

Die Revisionisten des SSB (Jugendorganisation der DKP) haben dagegen alles Mögliche versucht,um das Zustandekommen dieser Demonstration und die Mobilisierung dafür zu verhindern. Angefangen damit, daß sie im Parlament dagegen aufgetreten sind, bis dahin, daß sie die Demonstration statt durch die Innenstadt in die Neustadt geführt haben, um dort nach einer Abschlußkundgebung von 2 Minuten Dauer die Schüler wieder nach Hause zu schicken. Der Vorstand der GSV, der vom SSB besetzt wird, hat buchstäblich nichts getan, um für die Demonstration zu mobilisieren.

Mit dem Plan jedoch, die Demonstration von der Innenstadt und der Stadthalle, in der zur gleichen Zeit der Kanzler Schmidt im Rahmen der Wahlpropaganda der SPD sprach, fernzuhalten, sind die Revisionisten nicht durchgekommen. Die überwiegende Mehrheit der Demonstration führte im Anschluß an die Abschlußkundgebung die Demonstration auf dem Rückweg durch die Innenstadt fort, um auf der Großveranstaltung der SPD in der Stadthalle mit Kanzler Schmidt die Forderungen der Schüler aufzuzeigen und die SPD bei ihrem Wahlkampfrummel damit zu konfrontieren. So muß der Weser-Kurier vom 6.10. denn auch vermelden, daß es Sprechchöre und Zwischenrufe gegeben hat, als Koschnick auf seiner Veranstaltung auf die Bildungspolitik zu sprechen kam.

Der Aufruf der GSV und die Demonstration selbst sind eine gute Grundlage dafür, daß sich die Bewegung der Schüler und Berufsschüler entfalten kann. Indem die verschiedenen Bewegungen zusammengefaßt sind in klaren Forderungen und das gemeinsame Interesse aller Abteilungen der lernenden und arbeitenden Jugend herausgearbeitet ist, nämlich das Interesse an der Abschaffung der Auslese und Unterdrückung und für die Einheitsschule. Begreift man diesen Aufruf als ein Programm der GSV für die kommenden Auseinandersetzungen mit dem Bildungssenat, dann wird deutlich, daß er ein großer Fortschritt für die Bewegung ist.



Kriegsproduktion bleibt unangetastet – ,,Rathausskandal'' soll beendigt werden

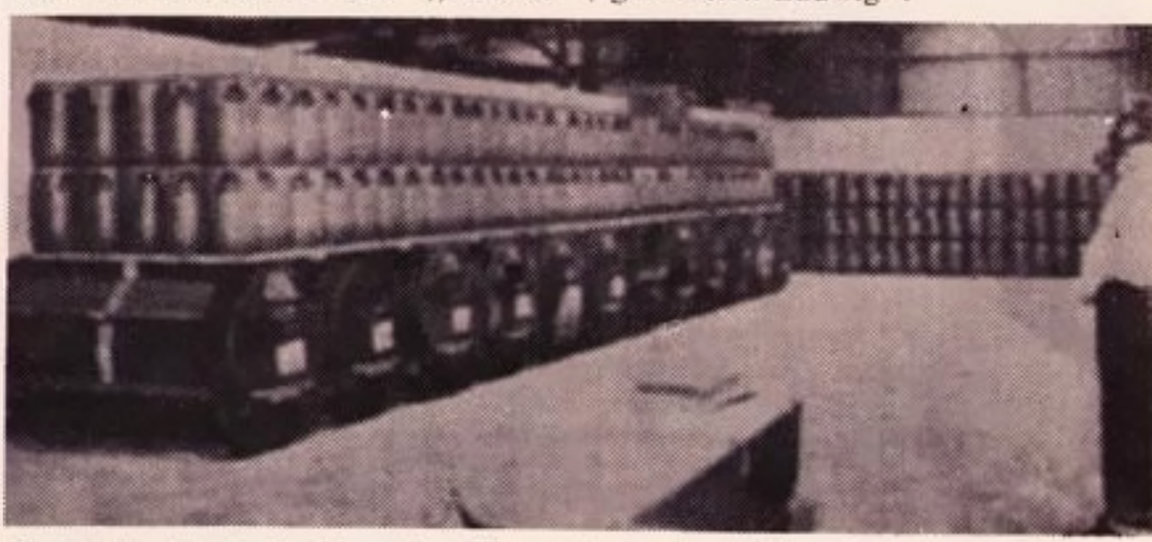
b.chn. Auf der Sitzung der Eidelstedter Bürgerinitiative ,,Giftmüll-Skandal'' berichteten einige Mitglieder der BI, wie sie im Rathaus abgefertigt wurden, als sie die Forderungen der Eidelstedter Bürger überbringen wollten.

Die Senatoren, die in der Woche zuvor noch von ,,rückhaltloser Aufklärung des Skandals'' getönt hatten, verschanzten sich nun in ihren Dienstzimmern und schickten nach langem Hin und Her einen Vorzimmerbeamten heraus, der sich lediglich dazu herabließ, eine Empfangsquittung auszustellen. Seitdem haben die Brüder nichts wieder von sich hören lassen, geschweige denn die Forderung nach uneingeschränkter Kontrolle über die Aufräumungsarbeiten und die dabei zu treffenden Maßnahmen zum Schutze der Bewohner erfüllt. Zu diesem Verhalten haben sie allerdings Anlaß genug, verfolgen sie doch hartnäckig das Ziel, die Produktion von chemischen Kriegswaffen bei Stoltzenberg zu vertuschen.

Stoltzenberg wird als ,,Chemiker aus Leidenschaft'' aufgebaut und als spinniger Giftmischer. Gleichzeitig hetzte man die Staatsanwaltschaft und die Pressemeute auf den Vater des getöteten Oliver Ludwig. Im Rabels-Bericht schließlich werden zwar akribisch alle mit Stoltzenberg befaßten untergeordneten Behörden aufgezählt, die Auftraggeber und Abnehmer der Stoltzenberg-Produkte, Bundeswehr und Polizei, blieben wieder draußen. Jetzt, nach erfolgter Notschlachtung von Dahrendorf, hockt man im Untersuchungsausschuß zusammen und räsoniert einträchtig darüber, ob Klose die eine oder andere Notiz am Sonntag oder Montag gelesen hat. Den Anwohnern ist es nicht verborgen geblieben, daß das eilig mit Sichtblenden abgeschirmte Betriebsgelände Stoltzenberg nur noch von hohen Militärs und einigen Giftgasspezialisten der Bundeswehr betreten werden darf; die Kampfstoffe wurden denn auch zur weiteren Verwendung in das Bundeswehrdepot Munsterlager transportiert.

Sieben Wochen will der Senat jetzt vergehen lassen, um – nach erfolgter ,,Beruhigung'' – die Ausgrabungen vornehmen zu lassen. Einige Anwohner berichteten, daß schon jetzt fleißig gebuddelt wird, um dann, wenn die offiziellen Grabungen erfolgen, das Ergebnis ,,Nichtszufinden'' vorweisen zu können. Auf die Taktik des Senats, den Skandal durch den ,,Untersuchungsausschuß'' im Rathaus begraben zu lassen, läßt sich die Bürgerinitiative nicht ein. Sie beschloß daher, verstärkt Unterschriften für ihre Forderungen zu sammeln und eine Resolution zu übernehmen, die von vielen Schülern und Eltern an der Schule des getöteten Oliver Ludwig unterzeichnet worden ist. ,,Wir sind der Ansicht'', heißt es in der Resolution, die an Bürgermeister Klose gerichtet ist,,,daß mit diesem Vorgehen der Staatsanwaltschaft (Verfahren gegen den Vater von Oliver Ludwig, d.Red.) von den wahren Verursachern des Unglücks und seiner schweren Folgen, der Fa. Stoltzenberg und ihren Hauptauftragsgebern, der Bundeswehr und Polizei, sowie von der Unfähigkeit des Hamburger Staates abgelenkt werden soll ...

Wir fordern deshalb die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Herrn Ludwig''.



Depot für chemische Kampfstoffe – alles steht griffbereit für den Kriegsfall.

Arbeitszeitverkürzung – Lehrer bereiten Kampfmaßnahmen vor

b.ots. ,,Steht uns in Sachen Lehrerarbeitslosigkeit ein heißer Herbst bevor?'' – so drückt die bürgerliche Presse ihre Furcht vor den Kampfmaßnahmen aus, mit denen sich die Lehrer auf die Verhandlung der Ministerpräsidenten am 14.11. über das ,,Stillhalteabkommen'' über die Arbeitszeit für Lehrer vorbereiten. Die Bewegung unter den Lehrern entwickelt sich stärker, als es die Ministerpräsidenten erwartet haben. Hatten sie bei ihrem letzten Gespräch im Juli dieses Jahres noch jeden Anspruch auf eine Arbeitszeitverkürzung in Abrede gestellt, so wird es für den November nach den letzten Aktionen der Lehrer schwieriger, es nur bei unverbindlichen Erklärungen zu belassen.

Der neue schleswig-holsteinische Kultusminister Bendixen, auf einer Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Nordfriesland der GEW am 24.9. zur Stellungnahme aufgefordert, versuchte plumpe Verbrüderung. Als ,,Kollege'' kenne er die Belastungen der Lehrer. Diese hätten ihre Ursache aber nicht in der Politik der Landesregierung, sondern in den pädagogischen Anforderungen durch die immer schwieriger werdenden Schüler. Im

hätten sich alle Landesregierungen darauf geeinigt, sich öffentlich nicht festzulegen.

Diese Manöver werden von den in der GEW organisierten Lehrern angegriffen. Beständig hat die Landesregierung in den letzten Jahren die Arbeitsbelastung erhöht. Allein schon die Zahl der Erlasse, die zur Änderung der Lehrpläne, zur Ausweitung der Mitarbeitspflicht in Gremien usw. von der Landesregierung in den letzten 7 Schuljahren verabschiedet worden sind, belaufen sich auf 90. Noch nicht berücksichtigt sind die Erlasse, die den hinzugekommenen Verwaltungsaufwand in diesen Jahren festlegten. Umfangreicher geworden sind die Tätigkeiten zur Prüfung und Sortiererei unter den Schülern, so die mit Einführung der Orientierungsstufe verbundenen Orientierungsstufengutachten. Umfangreicher werden die zusätzlichen Veranstaltungen, an denen die Lehrer mit ihren Klassen teilzunehmen haben. – Gleichzeitig versucht die Landesregierung den Anteil der arbeitslosen Lehrer und derjenigen mit Angestelltenverträgen ständig zu erhöhen. Jetzt hat die Landesregierung in ihrer Haushaltsplanung bis 1985 pro-

deshauptausschußsitzung die nächsten Kampfmaßnahmen beraten. Am 13.11. soll in Neumünster eine zentrale Protestveranstaltung stattfinden. Hier sollen Stoltenberg und Bendixen Stellung beziehen. Einige GEW-Gliederungen, der Kreisverband Lübeck und die Fachgruppen Gymnasien auf Landesebene fordern darüberhinaus die Durchführung einer Demonstration am Veranstaltungsort in Neumünster. Dies kann dem weiteren Zusammenschluß der Lehrer und der Verbindung mit anderen Teilen des Volkes dienen. Stattfinden wird diese Demonstration aber erst, wenn die vorliegenden Beschlüsse von weiteren Teileinheiten der GEW unterstützt werden.

In den Kreis- und Ortsverbänden und den Schulgruppen steht jetzt die Vorbereitung der Aktionen am 13. November an. Ihre erfolgreiche Durchführung ist eine wichtige Unterstützung der dann in einigen anderen Bundesländern durchgeführten Streikaktionen. Viele gute Aktionsmöglichkeiten, z.B. die demonstrative Nichterledigung aller Zusatzaufgaben, die probeweise Einführung der 40-Stundenwoche werden beraten. Zur Organisierung dieser Maßnahmen sind Personal-

Notensystems betreibt. Es dient nicht der umfassenden Ausbildung, sondern der Dressur.''

Aufgerufen wird zur Demonstration unter den Forderungen: ,,Weg mit dem Tossenspapier, Gegen die Aufspaltung der Schüler in Schulzentren, Rücknahme der Schulteilung im Bremer Westen, Weg mit allen Formen der Differenzierung an den Gesamtschulen, Gegen den Ausfall des Berufsschulunterrichts, Weg mit dem Blockunterricht, Weg mit der 7:5/8:4-Regelung, Für 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Wochentagen, Einstellung aller ausgebildeten Lehrer, Weg mit dem Schulverwaltungsgesetz, Vollständige Satzungshoheit der Schulervertretungen, Uneingeschränktes Vollversammlungs- und Streikrecht für Schüler und Berufsschüler, Weg mit dem Notensystem, Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr!''

Obwohl der Termin der Demonstration recht kurzfristig war, und so nicht mehr viel Zeit blieb für die Mobilisierung, so wurde trotzdem beschlossen, die Demonstration am 5.10., also noch vor den Wahlen durchzuführen, um der Propaganda der bürgerlichen Parteien die eigenständigen Forderungen

kundgebung die Demonstration auf dem Rückweg durch die Innenstadt fort, um auf der Großveranstaltung der SPD in der Stadthalle mit Kanzler Schmidt die Forderungen der Schüler aufzuzeigen und die SPD bei ihrem Wahlkampfrummel damit zu konfrontieren. So muß der Weser-Kurier vom 6.10. denn auch vermelden, daß es Sprechchöre und Zwischenrufe gegeben hat, als Koschnick auf seiner Veranstaltung auf die Bildungspolitik zu sprechen kam.

Der Aufruf der GSV und die Demonstration selbst sind eine gute Grundlage dafür, daß sich die Bewegung der Schüler und Berufsschüler entfalten kann. Indem die verschiedenen Bewegungen zusammengefaßt sind in klaren Forderungen und das gemeinsame Interesse aller Abteilungen der lernenden und arbeitenden Jugend herausgearbeitet ist, nämlich das Interesse an der Abschaffung der Auslese und Unterdrückung und für die Einheitsschule. Begreift man diesen Aufruf als ein Programm der GSV für die kommenden Auseinandersetzungen mit dem Bildungssenat, dann wird deutlich, daß er ein großer Fortschritt für die Bewegung ist.

mit Stoltzenberg befaßten untergeordneten Behörden aufgezählt, die Auftraggeber und Abnehmer der Stoltzenberg-Produkte, Bundeswehr und Polizei, blieben wieder draußen. Jetzt, nach erfolgter Notschlachtung von Dahrendorf, hockt man im Untersu-



Depot für chemische Kampfstoffe – alles steht griffbereit für den Kriegsfall.

Arbeitszeitverkürzung – Lehrer bereiten Kampfmaßnahmen vor

b.ots. ,,Steht uns in Sachen Lehrerarbeitslosigkeit ein heißer Herbst bevor?'' – so drückt die bürgerliche Presse ihre Furcht vor den Kampfmaßnahmen aus, mit denen sich die Lehrer auf die Verhandlung der Ministerpräsidenten am 14.11. über das ,,Stillhalteabkommen'' über die Arbeitszeit für Lehrer vorbereiten. Die Bewegung unter den Lehrern entwickelt sich stärker, als es die Ministerpräsidenten erwartet haben. Hatten sie bei ihrem letzten Gespräch im Juli dieses Jahres noch jeden Anspruch auf eine Arbeitszeitverkürzung in Abrede gestellt, so wird es für den November nach den letzten Aktionen der Lehrer schwieriger, es nur bei unverbindlichen Erklärungen zu belassen.

Der neue schleswig-holsteinische Kultusminister Bendixen, auf einer Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Nordfriesland der GEW am 24.9. zur Stellungnahme aufgefordert, versuchte plumpe Verbrüderung. Als ,,Kollege'' kenne er die Belastungen der Lehrer. Diese hätten ihre Ursache aber nicht in der Politik der Landesregierung, sondern in den pädagogischen Anforderungen durch die immer schwieriger werdenden Schüler. Im

übrigen könne er sich zur Zeit nicht festlegen, weil dies möglicherweise das Ergebnis der Ministerpräsidentenversammlung beeinflussen könne. Daher

hätten sich alle Landesregierungen darauf geeinigt, sich öffentlich nicht festzulegen.

Diese Manöver werden von den in der GEW organisierten Lehrern angegriffen. Beständig hat die Landesregierung in den letzten Jahren die Arbeitsbelastung erhöht. Allein schon die Zahl der Erlasse, die zur Änderung der Lehrpläne, zur Ausweitung der Mitarbeitspflicht in Gremien usw. von der Landesregierung in den letzten 7 Schuljahren verabschiedet worden sind, belaufen sich auf 90. Noch nicht berücksichtigt sind die Erlasse, die den hinzugekommenen Verwaltungsaufwand in diesen Jahren festlegten. Umfangreicher geworden sind die Tätigkeiten zur Prüfung und Sortiererei unter den Schülern, so die mit Einführung der Orientierungsstufe verbundenen Orientierungsstufengutachten. Umfangreicher werden die zusätzlichen Veranstaltungen, an denen die Lehrer mit ihren Klassen teilzunehmen haben. – Gleichzeitig versucht die Landesregierung den Anteil der arbeitslosen Lehrer und derjenigen mit Angestelltenverträgen ständig zu erhöhen. Jetzt hat die Landesregierung in ihrer Haushaltsplanung bis 1985 pro-

jektiert, bis dahin 720 Planstellen abzubauen.

Der schleswig-holsteinische Landesverband der GEW hat auf einer Lan-

deshauptausschußsitzung die nächsten Kampfmaßnahmen beraten. Am 13.11. soll in Neumünster eine zentrale Protestveranstaltung stattfinden. Hier sollen Stoltenberg und Bendixen Stellung beziehen. Einige GEW-Gliederungen, der Kreisverband Lübeck und die Fachgruppen Gymnasien auf Landesebene fordern darüberhinaus die Durchführung einer Demonstration am Veranstaltungsort in Neumünster. Dies kann dem weiteren Zusammenschluß der Lehrer und der Verbindung mit anderen Teilen des Volkes dienen. Stattfinden wird diese Demonstration aber erst, wenn die vorliegenden Beschlüsse von weiteren Teileinheiten der GEW unterstützt werden.

In den Kreis- und Ortsverbänden und den Schulgruppen steht jetzt die Vorbereitung der Aktionen am 13. November an. Ihre erfolgreiche Durchführung ist eine wichtige Unterstützung der dann in einigen anderen Bundesländern durchgeführten Streikaktionen. Viele gute Aktionsmöglichkeiten, z.B. die demonstrative Nichterledigung aller Zusatzaufgaben, die probeweise Einführung der 40-Stundenwoche werden beraten. Zur Organisierung dieser Maßnahmen sind Personal-

versammlungen geplant, und zur Verbesserung der Verbindung mit Schülern und Elternvertretungen gemeinsame Erklärungen und Aktionen.



Werftarbeiter zu steigern, wollen die HDW-Kapitalisten in Hamburg und Kiel auf den Werften den Programmlohn einführen. In einer Unterschriftenliste, die ,,Weg mit dem Programmlohn'' fordert, schlossen sich 200 Arbeiter der Bordmontage zusammen, Diese Forderung schickten sie an den Vertrauensleutekörper der IG Metall bei HDW, den Betriebsrat, die Ortsverwaltung der IG Metall und den Vorstand der IG Metall, der die Forderung unterstützt.

Hamburg. **AEG N4: Einstimmiger Beschluß 175 DM, mindestens .** Die Vertrauensleute von AEG N4 fordern einstimmig zur Tarifrunde 175 DM Festgeld, mindestens 8%. Sie haben diesen Beschluß der Tarifkommission und der Großen Funktionärskonferenz mitgeteilt.

b.ped. Flensburg. **Am 2.10.1979 hat Richter Hilderscheid den Assessor Drude nicht als Verteidiger zugelassen.** Es geht um einen Strafprozeß wegen Widerstand gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit im Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Cl. U. Monica. Abgesprochene Begründung: Langjährige Nichtzulassung als Rechtsanwalt. Bisher fünf Kieler Anwälte haben sich in einer weiteren gemeinsamen Erklärung für die Zulassung ausgesprochen.

r.obj. **ÖTV-Hauptvorstand macht Diskussionsvorschlag für die Tarifrunde 1979/80.** Der Heuertarifvertrag (HTV-See) ist von der ÖTV zum 31.12.79 gekündigt worden. In einem Flugblatt wurde der Vorschlag bekannt gemacht. Die Grundheuern, Festheuern und Gehälter sollen um 5% angehoben werden. Als soziale Komponente soll die monatliche ,,Seefahrtszulage'' erhöht werden. Für befahrene Seeleute um 99 DM, für ungelernte Seeleute um 70 DM und für die Junggrade um 31 DM. ,,Die geldwerten Leistungen sollen um 8% angehoben werden.'' Die Seeleute werden aufgefordert, bis spätestens 30. November der ÖTV mitzuteilen, ob sie mit dem Vorschlag einverstanden sind oder ob sie andere Vorschläge haben. Sie werden aufgefordert, sich nur für solche Forderungen auszusprechen, ,,für deren Durchsetzung (sie) im Konfliktfall auch bereit (sind), Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen.'' Nach Beendigung der Umfrage wird der geschäftsführende Hauptvorstand die Forderung beschließen.

Veranstaltungskalender

Kampuchea und Vietnam – zwei völlig entgegengesetzte Wege nach dem Sieg über den US-Imperialismus. Unterstützung des Demokratischen Kampuchea in seinem Widerstandskrieg. Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen! Ohne Ende der Aggression kein Ende des Elends und Hungers.

Hamburg, 28.10.1979, 10.00 Uhr (Ort wird noch bekanntgegeben). Es spricht Hans-Gerhart Schmierer, Sekretär des KBW.



Nach dem Sieg über den US-Imperialismus baut das Volk das Land auf.

Demonstration der GEW für Arbeitszeitverkürzung

Hamburg, Donnerstag, 11. Oktober, 16.00 Uhr, im Anschluß an die drei Personalversammlungen der Gewerbe-, der Volks- und Realschul- und der Gymnasiallehrer im Campus der Universität Hamburg, Abmarsch Moorweide, beim Dammtor-Bahnhof

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Zeichenkurs

Hamburg, Freitag, 12. Oktober, 18.00 bis 21.00 Uhr, HfbK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, II. Stock

Musikzug

Kiel, Sonnabend, 13. Oktober, öffentliche Probe, Kindergarten Zastrowstraße

Hamburg, Montag, 15.10. bis Donnerstag, 18.10.1979. Noten, Rhythmik, Harmonie; ein Grundkurs; jeweils 19.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.

Hamburg, Mittwoch, 10. Oktober, 19.30 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer

Sportgruppen

Kiel, Sonntag, 14. Oktober, 10 Uhr, Raisdorf Schwimmbad, Treffpunkt 9.30 Uhr, Kiel-Wilhelmsplatz

Hamburg, Sonntag, 14. Oktober, 10 Uhr, Stadtparkwiesen

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung

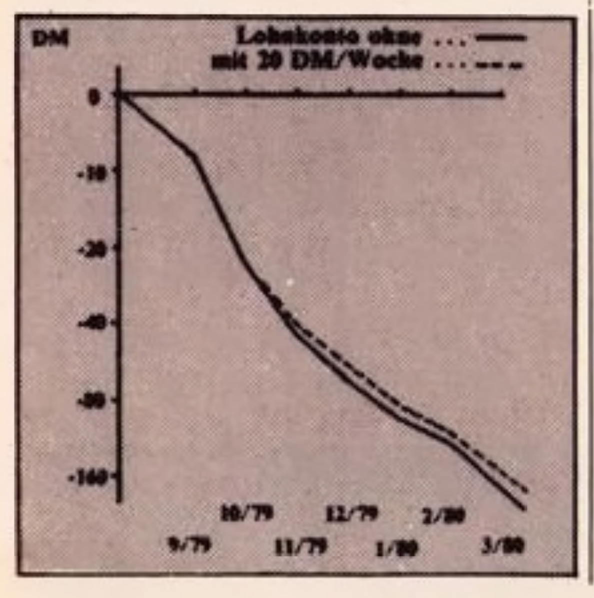
Flensburg, Montag, 8. Oktober, und Freitag, 19. Oktober, jeweils 9.15 Uhr, Landgericht Südergraben, gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Verteilens der Volksmiliz

Prozeß wegen Aktion gegen § 218-Beratungsstelle

Hamburg, Montag, 15. Oktober, 9.00 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingplatz, Raum 181, Verhandlung wegen Nötigung und Diebstahl, weil gegen die Bespitzelung durch die Beratungsstelle der Pro Familia in Hamburg Aktionen durchgeführtworden waren

Bauer-Druck: Die 20 DM mehr in der Woche sind eher zu wenig

b.brp. Noch hat sich die Bauer-Geschätsleitung nicht zu der von den Vertrauensleuten und der Betriebsversammlung einstimmig erhobenen Forderung nach Erhöhung der Übertarife um 20 DM in der Woche geäußert. Es sind einfache Tatsachen, die diese Erhöhung notwendig machen: Wir sind davon ausgegangen, daß ein Bauer-Arbeiter (Ecklohn plus 100 DM Übertarif) im März 79 einen bestimmten Teil seines Lohns für 5 kg Kartoffeln, 4 kg Äpfel, 5 kg Brot, 2 kg Schweinekotelett und 50 l Benzin ausgibt. Auch nach der Tariferhöhung um 4,9% will er nur *diesen* Teil weiterhin für die 5 Waren ausgeben. Wir haben anhand der Verbraucherpreise aus der Monatsstatistik der Frankfurter Allgemeinen Zeitung errechnet, daß trotz Lohnerhöhung und trotz Urlaubsgeld der Arbeiter bei Kartoffeln mit 3 DM, bei Äpfeln mit 2,22 DM und bei Benzin mit 0,97 DM im August 5,77 DM im Minus ist. –



Im Schaubild ist dargestellt, wie sehr der Arbeiter bei einer monatlichen Verteuerung der 5 angegebenen Waren um 0,5% bei einem Nettolohn von 2100 DM ins Minus gerät: Im März 1980 wären es 191,97 DM. Seine Reproduktion kann der Arbeiter auch dann nicht mehr ausreichend gewährleisten, wenn ab November die 20 DM von den Bauer-Kapitalisten gezahlt werden, nur um 18,25 DM weniger gerät er ins Minus. Die 20 DM mehr in der Woche sind eher knapp bemessen, und schon gar nicht ein Vorgriff auf die Tariferhöhung, die nächstes Jahr kräftig sein muß.

Keine Lüge zu dreist zur Verleumdung des Demokratischen Kampuchea

b.mak. Rechtzeitig zur 34. Generalversammlung der UNO, die den Sitz der rechtmäßigen Regierung des Demokratischen Kampuchea bestätigt hat, bringt der „Stern“, von der „Linken“ gehätscheltes Journal aus Hamburg, einen ekelhaften Aufguß altbekannter Lügen über den Befreiungskampf des Volkes von Kampuchea.

Vor der Befreiung Pnom Penhs am 17.4.75 hatten sich bis zu 3 Millionen Menschen in der Stadt zusammengezogen, die vor den Bomben der US-Imperialisten und dem Hunger nicht in die befreiten Gebiete hatten fliehen können. Phnom Penh war eine Stadt zur kolonialen Kontrolle des Landes, in der das landwirtschaftliche Mehrprodukt von Kolonialisten, Kompradoren und Großgrundbesitzern verpraßt wurde – „Paris des Ostens“, erinnert sich der Lump im „Stern“. Die sofortige und umfassende Evakuierung der Stadt nach der Befreiung und die Eingliederung der Massen in die landwirtschaftlichen Kooperativen war der einzig richtige Weg, eine Hungerkatastrophe und den Gegenangriff der Konterrevolution in Phnom Penh zu verhindern, und insbesondere die Ernährungsfrage ein für alle mal zu lösen. Zwei Jahre später hat das Demokratische Kampuchea bereits Reis exportieren können. Zum x-ten Male wird im „Stern“ daraus „ein riesiges Konzentrationslager“, in dem die „Mordbanden der Roten Khmer“ jahrelang blutig wüteten, bis die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren ein Ende machten. 3 ½ Millionen Menschen sollen dabei umgekommen sein. Merkwürdig nur, daß vor der Invasion 1979 8 Mio. Menschen in Kampuchea lebten, 1962 aber erst 5,7 Mio.

Hinter der milden Kritik des „linken“ „Stern“ an Vietnams Hegemoniestreben steckt augenzwinkerndes Einverständnis: so ist Machtpolitik nun einmal. Man wär nur selber gern dabei – wenigstens mit Hilfstransporten als Teil einer „weltweiten Rettungsaktion“. Aber das Bild vom wehrlosen Khmer-Volk, das nun „bedrohter“ noch entspricht nur dem Wunschtraum des imperialistischen Schreiberlings, nicht der Wirklichkeit: unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas wird das kampucheanische Volk auch im Widerstandskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression den Sieg erringen. Die Volksmassen Westdeutschlands unterstützen es dabei – auch gegen das Sammlungsverbot, wie es z.B. der Hamburger Senat verhängt hat.

Nach der schlechten Ernte: Anziehen der Steuerschraube

b.mee. Unter dem Motto „Steuergerechtigkeit für die Landwirtschaft“ ... DM berechnet werden. Auf diese Weise würde rechnerisch ein Gewinn von

bringt der „Stern“, von der „Linken“ gehätscheltes Journal aus Hamburg, einen ekelhaften Aufguß altbekannter Lügen über den Befreiungskampf des Volkes von Kampuchea.

Vor der Befreiung Pnom Penhs am 17.4.75 hatten sich bis zu 3 Millionen Menschen in der Stadt zusammengezogen, die vor den Bomben der US-Imperialisten und dem Hunger nicht in die befreiten Gebiete hatten fliehen können. Phnom Penh war eine Stadt zur kolonialen Kontrolle des Landes, in der das landwirtschaftliche Mehrprodukt von Kolonialisten, Kompradoren und Großgrundbesitzern verpraßt wurde – „Paris des Ostens“, erinnert sich der Lump im „Stern“. Die sofortige und umfassende Evakuierung der Stadt nach der Befreiung und die Eingliederung der Massen in die landwirtschaftlichen Kooperativen war der einzig richtige Weg, eine Hungerkatastrophe und den Gegenangriff der Konterrevolution in Phnom Penh zu verhindern, und insbesondere die Ernährungsfrage ein für alle mal zu lösen. Zwei Jahre später hat das Demokratische Kampuchea bereits Reis exportie-

tig wüteten, bis die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren ein Ende machten. 3 ½ Millionen Menschen sollen dabei umgekommen sein. Merkwürdig nur, daß vor der Invasion 1979 8 Mio. Menschen in Kampuchea lebten, 1962 aber erst 5,7 Mio.

Hinter der milden Kritik des „linken“ „Stern“ an Vietnams Hegemoniestreben steckt augenzwinkerndes Einverständnis: so ist Machtpolitik nun einmal. Man wär nur selber gern dabei – wenigstens mit Hilfstransporten als Teil einer „weltweiten Rettungsaktion“. Aber das Bild vom wehrlosen Khmer-Volk, das nun „bedrohter“ noch entspricht nur dem Wunschtraum des imperialistischen Schreiberlings, nicht der Wirklichkeit: unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas wird das kampucheanische Volk auch im Widerstandskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression den Sieg erringen. Die Volksmassen Westdeutschlands unterstützen es dabei – auch gegen das Sammlungsverbot, wie es z.B. der Hamburger Senat verhängt hat.

Nach der schlechten Ernte: Anziehen der Steuerschraube

b.mee. Unter dem Motto „Steuergerechtigkeit für die Landwirtschaft“ will die SPD für die kleinen und mittleren Bauern die Buchführungspflicht einführen. Nennen tun sie sie Schuhkartonbuchführung, um sie als einfach und primitiv zu verharmlosen. Die CDU will die Anhebung der Durchschnittssätze, nach denen nichtbuchführungspflichtige Bauern bisher besteuert wurden.

Ein Bauer mit 40 ha (davon 20 ha Getreide) wäre zwar buchführungspflichtig, aber wie viele andere weigert er sich, seine Bücher dem Staat offenzulegen. Deswegen ist er bisher nach Durchschnittssätzen folgendermaßen besteuert worden: 1. Grundbetrag = 1/12 des Wirtschaftswertes des Hofes (aus dem Einheitswertbescheid) = 84000 DM : 12 = 7000 DM
2. Arbeitsleistung des Bauern und seiner Familie pro AK = 4600 DM (1,5 Fam. AK) = 4600 x 1,5 = 6900 DM
3. 2,5% Betriebsleiterzuschlag vom Wirtschaftswert = 84000 x 2,5% = 2100 DM
4. Nutzungswert der Wohnung = 1/18 des Wohnungswertes im Einheitswertbescheid = 13000 : 18 = 722 DM
gleich insgesamt 16722 DM.

Nach den bisher gültigen Durchschnittssätzen müßte der Bauer 16722 DM jährlich versteuern, d.h. keine Einkommenssteuer zahlen. Die CDU will diese Durchschnittssätze anheben, wie, das hat sie noch nicht gewagt herauszulassen. Wahrscheinlich ist die Heraufsetzung der Einheitswerte. Die jetzigen stammen von 1964. Bei Angleichung an tatsächliche Preise würde der Wirtschaftswert des 40 ha Hofes ca. 300000 DM betragen, der Wohnungswert ca. 50000 DM, und die Arbeitskraft müßte pro Jahr mit 25000 DM berechnet werden. Auf diese Weise würde rechnerisch ein Gewinn von 72777 DM zu versteuern sein.

Unverfroren und polemisch zugleich trat Stoltenberg auf dem Landesbauerntag in Rendsburg den SPD-Vorschlägen entgegen: „Ich kann nicht einsehen, daß man von allen kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben Aufzeichnungen verlangen will, wenn das Ziel größerer Steuergerechtigkeit auch über eine Anpassung der jetzigen Durchschnittssätze der Besteuerung zu erreichen ist.“ Er soll sich vorsehen, denn die diesjährige Ernte hat so manchem Bauern nicht einmal den Gewinn gebracht, den er nach bisherigen Durchschnittssätzen zu versteuern hat.

Von den 20 ha Getreide des 40 ha Betriebes waren 6 ha Roggen. Dieser hatte sich hingelegt und war mit Unkraut durchwachsen. Statt 50 dz/ha hat er 30 dz/ha mit 32% Feuchtigkeit gedroschen. Die 7 ha Wintergerste standen dünn, weil sie z.T. ausgewintert waren, Ertrag: 28 dz/ha. Der Bauer hat schon einmal das doppelte gedroschen. Für den Roggen hat die Mühle 1900 DM Trocknungskosten berechnet. 6210 DM statt 13700 DM, die eingeplant waren, hat der Roggen gebracht. Der Aufwand an Dünger, Saatgut, Grundsteuern usw. ist gerade gedeckt.

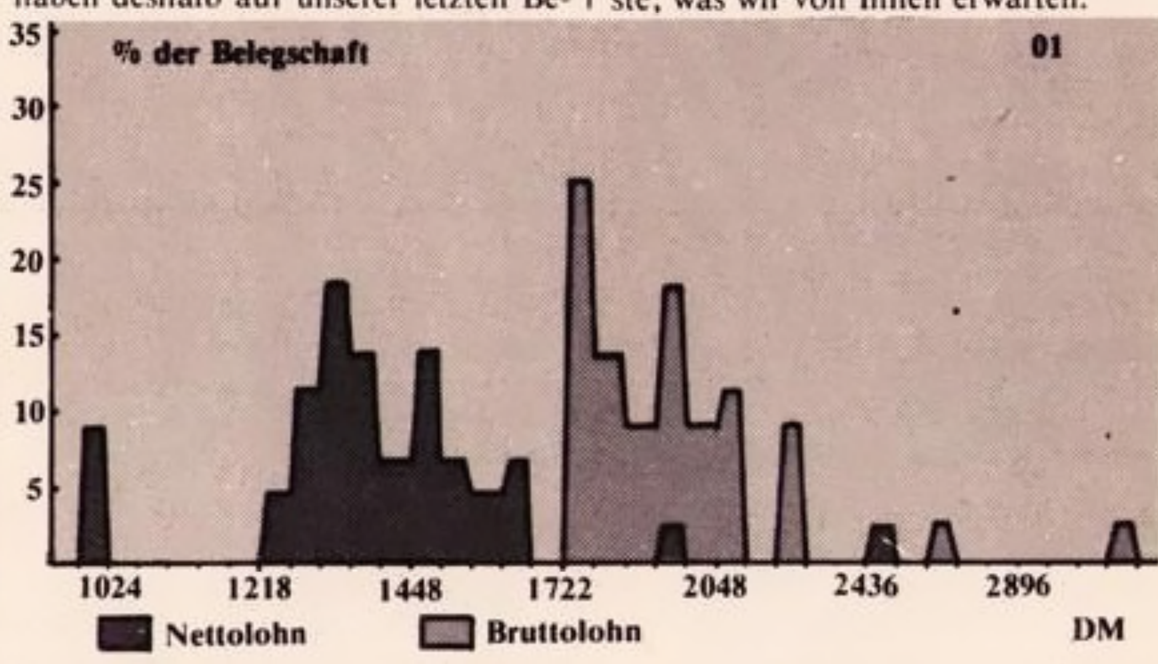
Jetzt will die Regierung dem Bauern die Buchführung aufzwingen oder die Durchschnittssätze anheben. Die zusätzliche Besteuerung wird dazu führen, daß er aus der Mehrarbeit die Steuern aufbringen muß und zu den Betrieben zählt, die im Laufe der Jahre aufgeben müssen.

VAW: Spaltung wird durch Lohnabzüge größer

Brief von 5 VAW-Arbeitern an Matthöfer

b.stk. Durch das System der Lohnabzüge ist es der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat zum einen gelungen, einen großen Teil der Lohngelder, die sie an die Lohnabhängigen zahlen müssen, wieder an sich zu reißen und zum anderen, die Belegschaften noch weiter aufzuspalten. Die hell gerasterte Kurve in Schaubild 01 zeigt die Verteilung der Bruttolöhne in der Abteilung Profilweiterbearbeitung bei VAW Neumünster. Man sieht, daß die meisten Kollegen zwischen 1700 DM und 2300 DM brutto verdienen, was eine nicht unerhebliche Spaltung bedeutet. Geschuldet ist das einmal der ziemlich großen Differenz der verschiedenen Tariflohngruppen zueinander und außerdem der völlig willkürlichen Prämienverteilung, mit der die Geschäftsführung bewußt zu spalten versucht. Die dunkel gerasterte Kurve zeigt zum Vergleich die Verteilung der Nettolöhne. Man erkennt, daß die Spaltung durch die Lohnabzüge noch viel größer wird. Bei ein und demselben Bruttolohn können netto bis zu 400 DM Unterschied auftreten, je nach Steuerklasse. Dabei ergibt sich, daß je höher die Lohnklasse ist, desto mehr Kollegen sind verheiratet und Alleinverdiener und damit in der günstigen Steuerklasse 3, während in den niedrigen Lohngruppen die Kollegen entweder gar nicht verheiratet sind und damit in Steuerklasse 1 oder als Doppelverdiener in Steuerklasse 4 oder 5, in denen die Abzüge noch höher sind. Man wird sozusagen für seinen niedrigen Lohn, der es nicht ermöglicht, eine Familie zu ernähren, auch noch durch hohe Steuerabzüge bestraft.

Fünf Arbeiter von VAW haben jetzt einen Brief an den Bundesfinanzminister Matthöfer geschrieben, in dem es u.a. heißt: „(...) Wir haben von den „deutlich spürbaren Steuererleichterungen“, die sie versprochen haben, nichts gemerkt, desto mehr aber von der Mehrwertsteuererhöhung seit dem 1.Juli. Um nahezu 5% sind die Preise in den letzten Monaten gestiegen. Wir haben deshalb auf unserer letzten Betriebsversammlung besprochen, daß wir eine Tariflohnerhöhung von mindestens 170 DM brauchen, um nicht noch mehr zu Überstunden, Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit gezwungen zu sein. ... Die Steuerbelastung für uns Arbeiter ist unerträglich. Wir erwarten deshalb von Ihnen eine Steuersenkung, vor allem für die unteren und mittleren Einkommen. Wir sind der Meinung, daß Einkommen bis zu 1500 DM im Monat grundsätzlich nicht besteuert werden sollten. Eine sofortige Anhebung des Grundfreibetrages von derzeit 3690 DM im Jahr auf 25% des durchschnittlichen Bruttolohnes, d.h. auf 6825 DM im Jahr, ist das Mindeste, was wir von Ihnen erwarten.“



HAW will Arbeitstag unbegrenzt verlängern

1979 weniger Lebensmittel gekauft / Wochenarbeit zugenommen

b.güt. Es kommt vor, daß bei HAW Arbeiter in einem Monat mit 31 Tagen 33 Schichten verfahren. Die HAW-Kapitalisten lassen an den schichtfreien Tagen durcharbeiten. Häufig wird z.B. von der letzten Frühschicht (Ende 14.00 Uhr) am gleichen Tag auf Nachtschicht (Beginn 22.00 Uhr) gegangen, so daß innerhalb von 24 Stunden 16 Stunden gearbeitet werden muß.

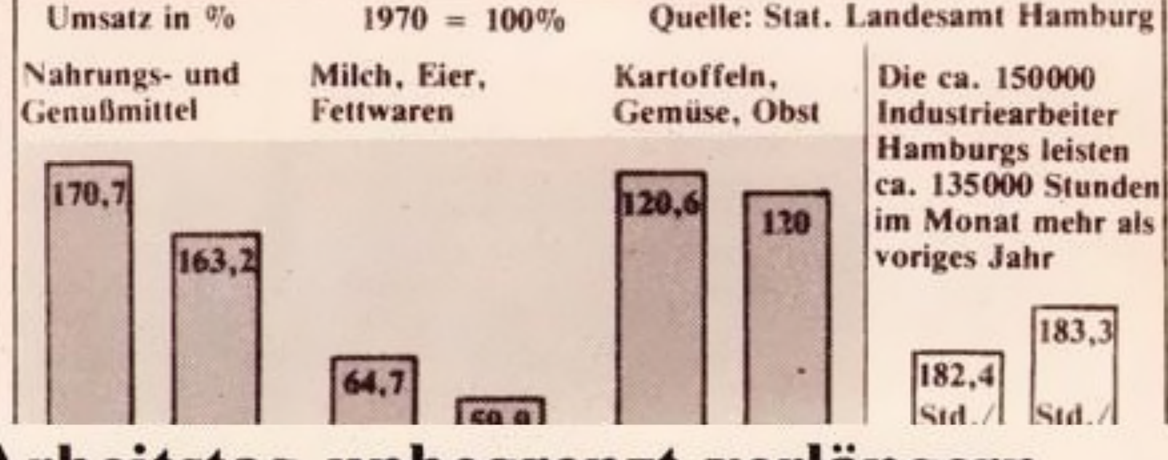
Die Überstundenarbeit gehört zum profitlichen Kalkül der HAW-Kapitalisten. Es gibt keine Abteilung, in der sie nicht durch Verlängerung des Arbeitstages den aus der Arbeitskraft gepreßten Mehrwert im Verhältnis zum verausgabten Lohn erhöhen wollen: Entladearbeiten im Hafen sollen gemacht werden, wenn das Schiff kommt – egal, ob das nachts oder am Wochenende ist. Verladetätigkeiten im Versand am Samstag gehören zum normalen Arbeitstag. Längere Reparaturarbeiten sollen möglichst nachts oder samstags durchgeführt werden. Freischichten in den Produktionsabteilungen sind die Regel, damit von 0.00 Uhr bis 0.00 Uhr reibungslos produziert wird.

Der Betriebsrat hat errechnet, daß

listen gelungen, den 8-stündigen Normalarbeitstag an 5 Wochentagen allseitig zu durchlöchern. Dabei ist ihnen sogar die von den Faschisten gegen die besiegte Arbeiterklasse durchgesetzte Arbeitszeitordnung (AZO) eine Fessel.

Beständig verletzen die HAW-Kapitalisten Vorschriften der AZO, die noch heute gültig ist. Z.B. muß nach der täglichen Arbeitszeit eine Pause von mindestens 11 Stunden eingehalten werden (§12, AZO) und in einer Abteilung dürfen an 30 Tagen im Jahr 2 Überstunden gemacht werden – darüberhinaus muß die Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes vorliegen (§6, AZO).

Die Kapitalisten wissen, daß sich nach dem 4,3%-Abschluß mit 13-monatiger Laufzeit der Zwang zu Überstunden für die Arbeiter verschärft hat. Im Schaubild ist nachgewiesen, daß die Industriearbeiter in Hamburg in diesem Jahr trotz Verlängerung des durchschnittlichen Arbeitstages nicht soviel Lebensmittel einkaufen konnten wie noch 1978. Durch gesteigerte Überstunden konnte die Senkung des Lebensstandards nicht aufgehalten werden, geschweige denn der durch Überstundenarbeit erhöhte Nahrungsbedarf wieder hereingeholt werden. Hohe Festgeldforderungen beim nächsten Tarifkampf durchzusetzen, ist für die Arbeiterklasse lebensnotwendig.



HAW will Arbeitstag unbegrenzt verlängern

1979 weniger Lebensmittel gekauft / Wochenarbeit zugenommen

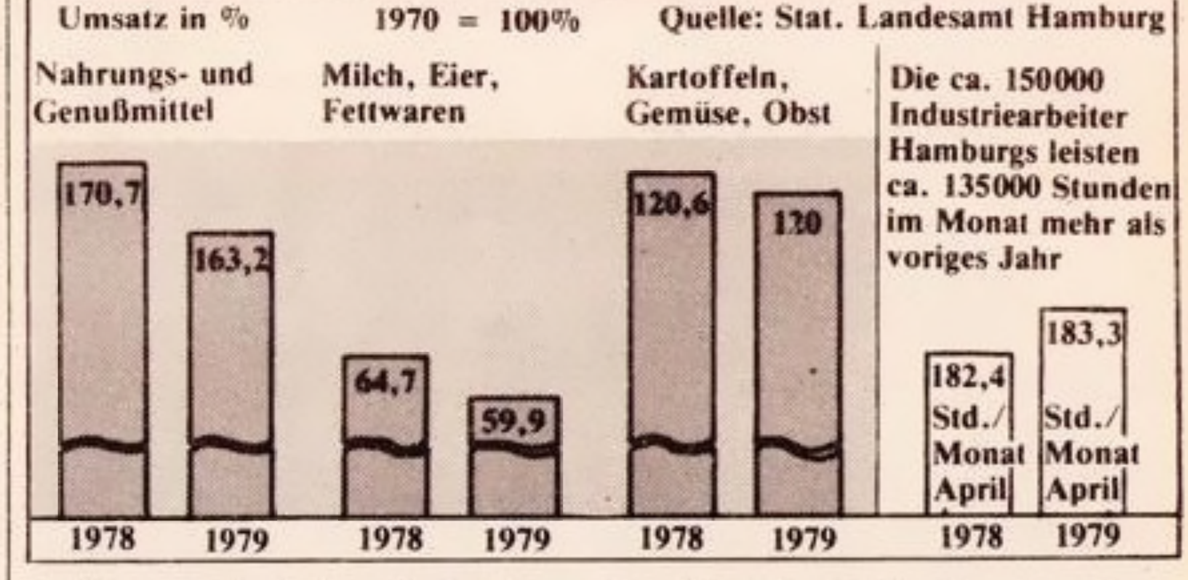
b.güt. Es kommt vor, daß bei HAW Arbeiter in einem Monat mit 31 Tagen 33 Schichten verfahren. Die HAW-Kapitalisten lassen an den schichtfreien Tagen durcharbeiten. Häufig wird z.B. von der letzten Frühschicht (Ende 14.00 Uhr) am gleichen Tag auf Nachtschicht (Beginn 22.00 Uhr) gegangen, so daß innerhalb von 24 Stunden 16 Stunden gearbeitet werden muß.

Die Überstundenarbeit gehört zum profitlichen Kalkül der HAW-Kapitalisten. Es gibt keine Abteilung, in der sie nicht durch Verlängerung des Arbeitstages den aus der Arbeitskraft gepreßten Mehrwert im Verhältnis zum verausgabten Lohn erhöhen wollen: Entladearbeiten im Hafen sollen gemacht werden, wenn das Schiff kommt – egal, ob das nachts oder am Wochenende ist. Verladetätigkeiten im Versand am Samstag gehören zum normalen Arbeitstag. Längere Reparaturarbeiten sollen möglichst nachts oder samstags durchgeführt werden. Freischichten in den Produktionsabteilungen sind die Regel, damit von 0.00 Uhr bis 0.00 Uhr reibungslos produziert wird.

Der Betriebsrat hat errechnet, daß 1978 durchschnittlich 9 Stunden täglich gearbeitet wurden. In der Lohngruppe II (angelernte Arbeiter) länger als in der Lohngruppe IV (Facharbeiter). Auf der Hütte waren im ersten Halbjahr 79 10% der geleisteten Arbeitsstunden Überstunden. Auf der Grundlage der ständigen Lohnsenkungen der letzten Jahre ist es den Kapitalisten gelungen, den 8-stündigen Normalarbeitstag an 5 Wochentagen allseitig zu durchlöchern. Dabei ist ihnen sogar die von den Faschisten gegen die besiegte Arbeiterklasse durchgesetzte Arbeitszeitordnung (AZO) eine Fessel.

Beständig verletzen die HAW-Kapitalisten Vorschriften der AZO, die noch heute gültig ist. Z.B. muß nach der täglichen Arbeitszeit eine Pause von mindestens 11 Stunden eingehalten werden (§12, AZO) und in einer Abteilung dürfen an 30 Tagen im Jahr 2 Überstunden gemacht werden – darüberhinaus muß die Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes vorliegen (§6, AZO).

Die Kapitalisten wissen, daß sich nach dem 4,3%-Abschluß mit 13-monatiger Laufzeit der Zwang zu Überstunden für die Arbeiter verschärft hat. Im Schaubild ist nachgewiesen, daß die Industriearbeiter in Hamburg in diesem Jahr trotz Verlängerung des durchschnittlichen Arbeitstages nicht soviel Lebensmittel einkaufen konnten wie noch 1978. Durch gesteigerte Überstunden konnte die Senkung des Lebensstandards nicht aufgehalten werden, geschweige denn der durch Überstundenarbeit erhöhte Nahrungsbedarf wieder hereingeholt werden. Hohe Festgeldforderungen beim nächsten Tarifkampf durchzusetzen, ist für die Arbeiterklasse lebensnotwendig.



Die Umsätze für Lebensmittel gehen von Juni 78 bis Juni 79 im Einzelhandel zurück. Die Lebensmittelmenge für die Bevölkerung ist noch niedriger, weil die Inflation nicht berücksichtigt ist. Obwohl die monatlichen Arbeitsstunden steigen, werden weniger Lebensmittl gekauft.

Fischereiarbeiterinnen: 3,50 DM Stundenlohn in Heimarbeit für Akkord

b.sal. Mittels Vergebung von Hausarbeit gewinnen die Unternehmer die Möglichkeit, ihre Produktion sofort bis zum gewünschten Umfang auszudehnen, ohne bedeutende Kapitalien und bedeutende Zeit für die Errichtung von Werkstätten usw. aufbringen zu müssen. „... Wo sind die Arbeiterhände geblieben, die in der häuslichen Wirtschaft freigesetzt worden sind. Die mit Arbeitern überfüllten Fabriken, die rasche Entwicklung der großen Hausproduktion geben eine klare Antwort“ (Lenin, Band 3, S.457). Das Krabbenpulen an der Nordsee ist eine dieser Hausarbeiten. Unter elenden Bedingungen sind gerade Menschen mit geringem Einkommen gezwungen, Krabben zu pulen, wenn sie ihre Arbeitskraft nicht anders verkaufen können bzw. an eine häusliche Arbeit gebunden sind. Arbeiterfamilien, in denen ein Lohn allein nicht ausreicht, um die ganze Familie zu ernähren, und alte Menschen, die ihre kärgliche Rente aufbessern müssen, gehen dieser Tätigkeit nach. „Die Krabbenpulerinnen tun es gern und können neun Mark die Stunde im Sitzen verdienen“, äußerte ein Meldorfer Fischhändler.

Die Tatsachen stellen sich anders dar. Montags um vier Uhr erhalten die Pulerinnen 20 bis 30 Pfund Krabben, die bis mittags fertig sein müssen. Je Pfund Krabbenfleisch werden 2,60 DM bis 3 DM gezahlt. Eine geübte Krabbenpulerin schält 20 Pfund in sechs Stunden und bekommt bei großen, leicht zu schälenden Krabben sieben Pfund Fleisch heraus. Das ergibt einen Gesamtlohn von 18,30 DM bis 21 DM, gleich 3,03 DM bis 3,50 DM in der Stunde im Akkord.

Ohne Sozialversicherung und die geringsten Arbeiterrechte sind die Krabbenpulerinnen den Fischereikapitalisten und den Schwankungen des kapitalistischen Warenmarktes ausgesetzt. – Als die Fischer im August weniger ausgelaufen sind, um den Krabbenerzeugerpreis über geringere Anlandungen einigermaßen halten zu können, hieß es für die Krabbenpulerinnen Kurzarbeit. Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben sie nur, wenn sie „ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder weitaus überwiegend aus dem Beschäftigungsverhältnis als Heimarbeiter beziehen.“ (§ 73 Arbeitsförderungsgesetz) Da es den Krabbenpulerinnen kaum möglich ist, von dem Hungerlohn zu leben, bekommen sie kein Kurzarbeitergeld. Deshalb sind sie gezwungen, zu Zeiten, in denen die Kapitalisten den Erzeugerpreis auf einen Tiefstand drücken – wie jetzt auf zwei Mark pro Kilo – und viele Krabben auf den Markt schleudern, große Mengen zu pulen, für Zeiten der „Flaute“ etwas vorzusorgen. Mit der zunehmenden Monopolbildung der fischverarbeitenden Industrie versuchen die Fischereikapitalisten, die Krabbenschälerei industriemäßig zu organisieren. Dabei planen sie, neuartige Krabbenschälmaschinen einzusetzen, die in einer Stunde 150 Pfund Krabben schälen. Das werden sie nutzen, um so den Lohn der Krabbenpulerinnen zu drücken. Dagegen bleibt ihnen nur, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um sich Vertretungsrechte gegenüber den Fischereikapitalisten zu verschaffen. So kann auch eine Einheit mit den Fischern für kostendeckende Erzeugerpreise hergestellt und durchgesetzt werden.

Wer an die 40-Stundenwoche glaubt, sollte gleich wieder gehen – Prof. Thieme zu Erstsemestern

b.ana. Der Kunstprofessor Möller hat sich in der letzten Woche in schwarzer Weste und weiter Cordhose als Zimmermann verkleidet den Erstsemestern vorgestellt. Bei ihm könnten die Studenten alles lernen. Zur Zeit arbeite er an einem Auftrag des Hamburger Senats, den Gefängnishof eines Jugendknastes künstlerisch zu gestalten. Und Fischer in Altenwerder habe er dazu gebracht, ihm bei der Fertigstellung eines überdimensionalen Folianten zu helfen, in den er allen Dreck und Müll, der in der Elbe schwimmt, reinkleben will. Erstaunen bei den Erstsemestern. Daß man damit Geld verdienen kann, und zwar reichlich! Die Studenten wollten wissen, was sie belegen müssen, wie sie ihre Prüfungen schaffen können. Es gäbe keine Lehrpläne an der Hochschule für Bildende Künste. Sie sollten überall mal reinschauen, und wo es ihnen nicht gefällt, weggehen. Vor allem müßten sie ihre Erfahrungen aus der Schülerzeit vergessen. Solche Erinnerungen haben ihre Tücken. Sie können dazu führen, daß Vorurteile und Neigungen ungebrochen und unkontrolliert zur Grundlage des Studiums gemacht werden. Hier hätte die Theorie ihre kritische Funktion, drohen die Professoren.

Das Gehirn muß trainiert werden wie Muskeln, erklärte der Fachhochschuldozent Wendusch letzte Woche den Erstsemestern. Denn, warum hat die europäische Zivilisation andere Kulturvölker, die früher auf einer sehr viel höheren Stufe gestanden haben als etwa die Germanen, so weit überholt? Weil wir exakte Begriffe gebildet haben! Einen Lehrplan hat dieser Kulturmensch nicht vorgelegt. Nach seiner ersten Vorlesung, berichtet ein Student, weiß keiner, welche Bedeutung die Physik für den Ingenieur hat, was sie lernen müssen und der Dozent ihnen beibringen will, aber daß sie büffeln müssen, ist jedem klar.

„Vergleichen Sie die Hausaufgaben mit dem 10000-Meter-Lauf", spöttelte Wendusch. „Wenn sich nach einigen Runden der innere Schweinehund meldet, dann müssen Sie eben eisern trainieren. Und ohne Prüfungsdruck würden Sie hier so unbeleckt rausgehen, wie Sie hineingekommen sind." Es sei besser, gleich am Anfang festzustellen, daß man einen falschen Beruf gewählt hat, als nachher einer von 800 fertigen Chemikern zu sein, wenn nur für 200 Stellen da sind, sagen die Professoren und verschärfen den Prüfungsdruck. Die Ergebnisse der zentralen Medizinerprüfungen sind jetzt bekannt. Mußten im März 50% aller Fragen richtig beantwortet werden, so im September 60%. Durch das Physikum fielen in Hamburg im März 11,6% und im September 28,8%; durch das 1. Staatsexamen 10,3% und jetzt 23,6%, und im 2. Staatsexamen konnten die Professoren die Durchfallquote von 2,2% auf 11,5% steigern – mehr als 400%!

Die Professoren haben ihre eigene Vorstellung davon, was die Studenten lernen sollen. Wer einen aufrechten Gang hat, hat auch einen aufrechten Charakter, gab der Anatomieprofessor Holstein im letzten Semester zum besten, als er Betrachtungen über die Wirbelsäule anstellte. Seine Vorlesung für das erste und zweite Semester begann um 7.45 Uhr. 700 Studenten mußten sie hören. Da der Saal zu klein war, mußten 100 Studenten stehen.

Dr. Dannecker, der den Medizinstudenten Chemie beibringen soll, wurde ganz närrisch, daß wegen der Studieneinführung für die Erstsemester seine Vorlesung ausfiel. In der Woche darauf war der 1. Mai, und er versuchte, die Studenten für Unterricht zu erwärmen. Da war aber nichts zu machen. Genauso mit Lehrveranstaltungen, die in der Woche auf einen Feiertag fielen. Die wollte er am Wochenende nachholen. Studenten sind da nicht hingegangen. In der ersten Stunde, die Dr. Dannecker gab, unterbrach ihn nach 45 Minuten ein Student und fragte, ob nicht eine Pause sei. Das wäre er aus der Schule gewohnt, und er sei müde. Dem Professor verschlug's fast die Sprache: Sitzfleisch sei nötig, wenn er hier bestehen wolle und wenn er noch keins habe, dann werde er es hier bekommen.

Sie müssen die 40-Stundenwoche als Student großzügig auffassen, reagierte Strauß, Dozent an der Fachhochschule, auf eine Forderung der Studenten. Er meckerte gleichzeitig darüber, daß die Studenten gegen ihn mal eine Wandzeitung aufgehängt hatten: Strauß läßt 50% durchfallen!

500 DM muß ein Medizinstudent in den ersten beiden Semestern für Bücher und Studienmaterial aufbringen. Früher bekamen sie wenigstens das zwei-monatige Krankenpflegepraktikum wie die Krankenpfleger bezahlt. Heute nicht mehr. Nur in Großhansdorf in der Lungenklinik bekommt man 300 DM. Da will aber keiner hin, weil man sich dort schnell ansteckt.

Früher haben die Studienanfänger ältere Semester gefragt, um sich zurechtzufinden. Dann haben die Fachschaftsräte Beratungen organisiert. Das wurde genutzt, um sich über den gewerkschaftlichen und politischen Kampf zu verständigen. Den Hochschulbeamten hat diese Art der Studienberatung nicht gefallen und sie haben eine zwangsweise Studienberatung unter ihrer Führung geschaffen, um den Kontakt zu den Professoren herzustellen! Im letzten Semester sind zwei Studenten von dieser Beratung ausgeschlossen worden, weil Diskussionen über das Vorgehen der Studenten gegen den Staat nicht Zielsetzung und Konzeption der Studienberatung sei. Nur, von 300 Studienanfängern am Fachbereich Medizin haben sich im letzten Semester 50 in einer Arbeitsgruppe gewerkschaftlich organisiert. So geht das an allen Instituten.

SPD ändert Hamburger Schulgesetz – weniger Rechte für die Massen

b.sul. Die Hamburger Bürgerschaft hat in aller Eile und auf einer Sondersitzung nach 2. Lesung am 3. Oktober das Schulgesetz geändert. § 12,4 „Die Gesamtschule ist Schulversuch" entfällt. Die Gesamtschule soll *eine* Regelschule neben den traditionellen Schulformen sein. Der § 25 „Staatliche Leistungen" erhält den Zusatz, daß die Schulformen entsprechend ihrer jeweiligen Unterrichtsgestaltung und der sich daraus ergebenden Organisationsstruktur mit Personal und Sachmitteln ausgestattet werden. Damit sollen die Gesamtschulen weiterhin entsprechende finanzielle Zuweisungen erhalten. Der § 41 „Aufsicht über das Schulwesen" wird erweitert. Der Senat kann durch Rechtsverordnung regeln, ob Schulen neu eingerichtet oder geschlossen werden, ob und wo Eingangsklassen eingerichtet werden, und daß Eingangsklassen auch in einem Schulgebäude einer anderen Schulform eingerichtet werden können.

Die SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft mitsamt ihrem linken Schwanz, der Bunten Liste, brüstet sich, dem Fortschritt per Gesetz gegen die Reaktion zum Durchbruch verholfen zu haben. Der Hamburger Senat hat die Gelegenheit genutzt, sich zusätzliche Kompetenzen zu verschaffen und die Staatsaufsicht auszudehnen.

Ausgegangen ist diese Gesetzesinitiative des Hamburger Senats vom Streit um die Einschulung von 118 Gesamtschülern in den Räumen des Gymnasiums Neu-Altona. Die Eltern eines Schülers legten Wert auf exlusive Beschulung ihres Kindes. Wo sie für ihn Besseres vorgesehen haben, soll ihm der Umgang – wenn auch nur auf dem Schulhof – mit einfachen Schülern verwehrt sein. Nur die Eltern eines Schülers hatten sich an das Oberverwaltungsgericht gewandt und dort Recht erhalten. Die Mehrheit der Eltern und Schüler des Gymnasiums Neu-Altona waren mit der Einrichtung der Gesamtschule einverstanden.

Der Protest der 118 Eltern folgte sofort. Sie forderten die sofortige Rücknahme des Urteils, damit ihren Kindern der weite Schulweg mit Schulbus nach Klein-Flottbek erspart bleibe. Das Gericht zog sich auf formale Argumente zurück. Der Hamburger Senat mußte durch die entsprechende Gesetzesänderung das Ansehen des Hohen Gerichts wiederherstellen. Schon während der Bürgerschaftswahlen sollte der Kampf gegen die Schulunterdrückung durch die Frage „Gesamtschulen ja oder nein" aufgefangen werden, um so der SPD Stimmen zu bringen und die Schulforderungen unter den Tisch zu wischen.

Strauß soll angekündigt haben, daß er bis 1981 die Gesamtschulen abschaffen will. Die Hamburger CDU hat andererseits inzwischen erklärt, daß sie sich selbstverständlich an das Gesetz hält, wenn es von der Parlamentsmehrheit, wenn auch gegen ihren Widerstand, verabschiedet sei. Wenn sich der Wille der Eltern im Rahmen des Gesetzes bewege, könne er auch respektiert werden.

An der Demonstration gegen das Urteil des OVG und für Gesamtschulen nahmen 1000 Menschen teil. Erreicht ist, daß den 118 Schülern der Gesamtschule Altona der weite Schulweg erspart ist. Der Kampf gegen die Schulunterdrückung, gegen das Kurs- und Notensystem, für eine einheitliche Ausbildung liegt vor ihnen.

LSV: Gegen Unterrichtsverkürzung Für 12 Stunden Berufsschulunterricht

b.uws. Mit Beginn des neuen Schuljahres hat die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen auf die weitere Verschlechterung der Ausbildung an den Berufsschulen in Schleswig-Holstein hingewiesen. Der Lehrer- und Raummangel an den Berufsschulen wurde von der Landesregierung weiterhin zur Unterrichtskürzung genutzt. Damit werden die Durchfallquoten bei den Prüfungen weiter steigen, wie sie z.B. bei Friseuren, im Gaststättengewerbe, bei den Tischlern und Arzthelferinnen bis zu 50% bekannt sind.

An den Berufsschulen in Kiel, Lübeck und Flensburg gibt es Protest der Schüler, die den sofortigen Beginn von Schulbaumaßnahmen, Bereitstellung von Räumen fordern und gegen Samstagsunterricht und Kürzung der Unterrichtsstunden für Lehrlinge sind.

rermangel.

Die LSV stellte auf ihrer letzten Konferenz heraus, daß sie auf 8 Stunden Berufsschulunterricht besteht, sowie 2 mal 6 Stunden an 2 arbeitsfreien Tagen fordert. Bei den Zeugnissen und Prüfungen darf keiner durchfallen. Dazu soll mit allen Gewerkschaftsvertretern in den Prüfungsausschüssen eine Beratung mit der LSV organisiert werden. Die auf der LSV-Konferenz anwesende Landesjugendsekretärin des DGB betonte die Zusammenarbeit von LSV und Gewerkschaft. Die Durchsetzung von 12 Stunden Berufsschulunterricht, den es in anderen Bundesländern bereits gibt, steht in diesem Jahr in Schleswig-Holstein auf der Tagesordnung. Deshalb plant die LSV im November Aktionen gegen Raum- und Lehrermangel und gegen die Unterrichtskürzung, für 12 Stunden Berufsschulunterricht und dafür,



wie Muskeln, erklärte der Fachhochschuldozent Wendusch letzte Woche den Erstsemestern. Denn, warum hat die europäische Zivilisation andere Kulturvölker, die früher auf einer sehr viel höheren Stufe gestanden haben als etwa die Germanen, so weit überholt? Weil wir exakte Begriffe gebildet haben! Einen Lehrplan hat dieser Kulturmensch nicht vorgelegt. Nach seiner ersten Vorlesung, berichtet ein Student, weiß keiner, welche Bedeutung die Physik für den Ingenieur hat, was sie lernen müssen und der Dozent ihnen beibringen will, aber daß sie büffeln müssen, ist jedem klar.

„Vergleichen Sie die Hausaufgaben mit dem 10000-Meter-Lauf", spöttelte

gann um 7.45 Uhr. 700 Studenten mußten sie hören. Da der Saal zu klein war, mußten 100 Studenten stehen.

Dr. Dannecker, der den Medizinstudenten Chemie beibringen soll, wurde ganz närrisch, daß wegen der Studieneinführung für die Erstsemester seine Vorlesung ausfiel. In der Woche darauf war der 1. Mai, und er versuchte, die Studenten für Unterricht zu erwärmen. Da war aber nichts zu machen. Genauso mit Lehrveranstaltungen, die in der Woche auf einen Feiertag fielen. Die wollte er am Wochenende nachholen. Studenten sind da nicht hingegangen. In der ersten Stunde, die Dr. Dannecker gab, unterbrach ihn nach 45 Minuten ein Student und fragte, ob

Das wurde genutzt, um sich über den gewerkschaftlichen und politischen Kampf zu verständigen. Den Hochschulbeamten hat diese Art der Studienberatung nicht gefallen und sie haben eine zwangsweise Studienberatung unter ihrer Führung geschaffen, um den Kontakt zu den Professoren herzustellen! Im letzten Semester sind zwei Studenten von dieser Beratung ausgeschlossen worden, weil Diskussionen über das Vorgehen der Studenten gegen den Staat nicht Zielsetzung und Konzeption der Studienberatung sei. Nur, von 300 Studienanfängern am Fachbereich Medizin haben sich im letzten Semester 50 in einer Arbeitsgruppe gewerkschaftlich organisiert. So geht das an allen Instituten.

Ausgegangen ist diese Gesetzesinitiative des Hamburger Senats vom Streit um die Einschulung von 118 Gesamtschülern in den Räumen des Gymnasiums Neu-Altona. Die Eltern eines Schülers legten Wert auf exlusive Beschulung ihres Kindes. Wo sie für ihn Besseres vorgesehen haben, soll ihm der Umgang – wenn auch nur auf dem Schulhof – mit einfachen Schü-

werden.

An der Demonstration gegen das Urteil des OVG und für Gesamtschulen nahmen 1000 Menschen teil. Erreicht ist, daß den 118 Schülern der Gesamtschule Altona der weite Schulweg erspart ist. Der Kampf gegen die Schulunterdrückung, gegen das Kurs- und Notensystem, für eine einheitliche Ausbildung liegt vor ihnen.

LSV: Gegen Unterrichtsverkürzung Für 12 Stunden Berufsschulunterricht

b.uws. Mit Beginn des neuen Schuljahres hat die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen auf die weitere Verschlechterung der Ausbildung an den Berufsschulen in Schleswig-Holstein hingewiesen. Der Lehrer- und Raummangel an den Berufsschulen wurde von der Landesregierung weiterhin zur Unterrichtskürzung genutzt. Damit werden die Durchfallquoten bei den Prüfungen weiter steigen, wie sie z.B. bei Friseuren, im Gaststättengewerbe, bei den Tischlern und Arzthelferinnen bis zu 50% bekannt sind.

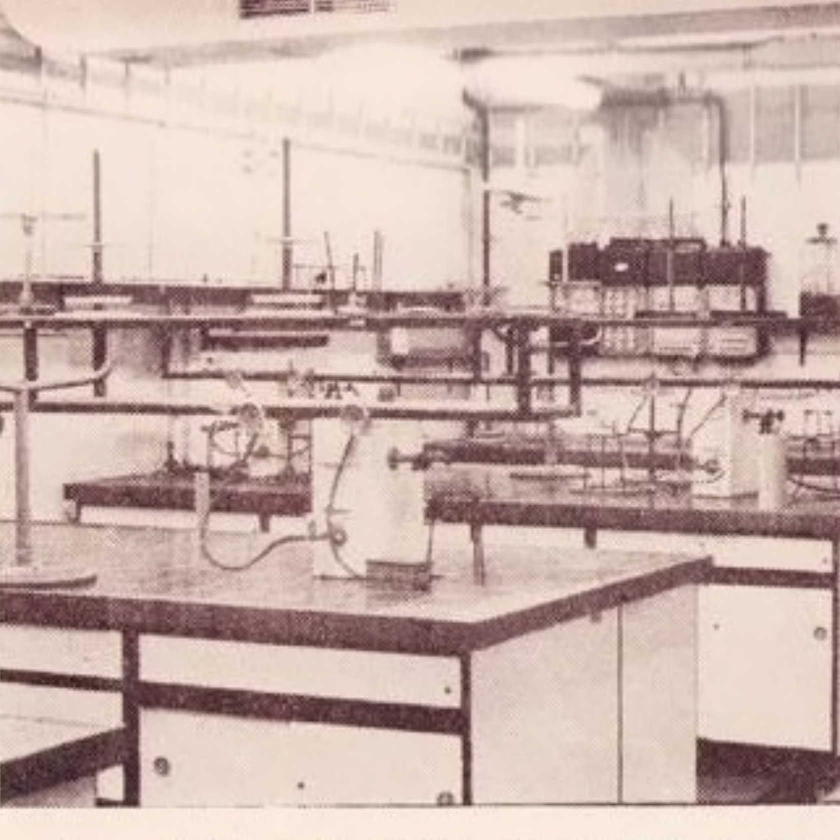
An den Berufsschulen in Kiel, Lübeck und Flensburg gibt es Protest der Schüler, die den sofortigen Beginn von Schulbaumaßnahmen, Bereitstellung von Räumen fordern und gegen Samstagsunterricht und Kürzung der Unterrichtsstunden für Lehrlinge sind.

An der Gewerbeschule II in Lübeck haben die Schüler durchgesetzt, daß dieses Jahr wieder alle Schüler 8 Stunden Unterricht erhalten. An der Berufsschule II/III in Kiel haben die Schüler die Einführung von Samstagsunterricht verhindern können. Für alle Unterstufen- und einige Mittelstufenklassen ist jetzt der Unterricht auf 6 Stunden gekürzt worden, wegen Leh-

rermangel.

Die LSV stellte auf ihrer letzten Konferenz heraus, daß sie auf 8 Stunden Berufsschulunterricht besteht, sowie 2 mal 6 Stunden an 2 arbeitsfreien Tagen fordert. Bei den Zeugnissen und Prüfungen darf keiner durchfallen. Dazu soll mit allen Gewerkschaftsvertretern in den Prüfungsausschüssen eine Beratung mit der LSV organisiert werden. Die auf der LSV-Konferenz anwesende Landesjugendsekretärin des DGB betonte die Zusammenarbeit von LSV und Gewerkschaft. Die Durchsetzung von 12 Stunden Berufsschulunterricht, den es in anderen Bundesländern bereits gibt, steht in diesem Jahr in Schleswig-Holstein auf der Tagesordnung. Deshalb plant die LSV im November Aktionen gegen Raum- und Lehrermangel und gegen die Unterrichtskürzung, für 12 Stunden Berufsschulunterricht und dafür,
daß keiner bei den Prüfungen durchfällt, wie Stände in den Orten und Kreisen, Kundgebungen und Demonstrationen. Vollversammlungen und ein Streik, noch in diesem Halbjahr, ist das Ziel. Auf der LSV-Konferenz am 24./25. November in der Jugendherberge in Plön geht es darum, daß ein Landesschülerrat gewählt wird, der die Arbeit in diese Richtung weiterführt.





8 Uhr Studienbeginn an der Fachhochschule. Der Unterricht endet um 15.30 oder 16.30 Uhr. Schularbeiten sind dann noch nicht gemacht. Rechts das Kellerloch ist das Labor für das qualitative und quantitative chemische Praktikum. Pro Analyse sind 10 Punkte zu kriegen. Wenn alles richtig ist. Bei 4 Fehlern werden 4 Punkte abgezogen. Dreimal muß man bei Fehlern die Analyse wiederholen. Jeder Fehler: Punktabzug. Oft haben die Studenten am Schluß Minuspunkte.

Kostendämpfung durch „Verbundmodell"

b.dam. 1973 hatte die schleswig-holsteinische Landesregierung ihren Krankenhausbedarfsplan veröffentlicht.

In Flensburg sollte 1978 eine der städtischen Kliniken, die Klinik Ost, geschlossen werden. 28000 Menschen in der Stadt Flensburg und im Kreis Schleswig-Flensburg haben sich dagegen mit ihrer Unterschrift ausgesprochen, ein Verein gegen die Schließung der städtischen Krankenanstalten wurde gegründet, der die Unterschriftensammlung organisierte. Auf den Druck hin wurde die Entscheidung des Sozialministeriums von den Kommunalpolitikern angegriffen, vorgeschlagen wurde dafür im wesentlichen von der regierenden SPD-Fraktion das Verbundmodell, das die Schließung aber ebenfalls befürwortet, dafür die Kostendämpfung durch einen städtischen Neubau im Bereich der kirchlichen Krankenanstalten, der Diakonissenanstalt und des Franziskushospitals vorsieht.

Im Stadtparlament wurde daraufhin ein ganzes Jahr um die Schließung der Klinik Ost nicht mehr verhandelt. Jetzt setzten im letzten Monat die Flensburger Krankenkassen neue „Schwerpunkte der Kostendämpfung", und die Krankenhausfrage kam erneut auf den Tisch der Ratsversammlung. Der AOK-Bericht von 78/79 nennt vor allem „die überdurchschnittliche Kostenaufwendung im Flensburger Raum für besorgniserregend". Dabei werden die Krankenhausbehandlungskosten besonders erwähnt. Die Kaufmännische Krankenkasse Verband Flensburg nannte ebenfalls die Krankenhauskosten mit einem Anstieg um 1,96% seit dem letzten Jahr zu hoch. Laut Stadtparlament Flensburg geht es jetzt gegen das Sozialministerium um die Einhaltung des Verbundmodells. Nachdem das Franziskus-Hospital jetzt den städtischen Neubau auf ihrem Gelände abgelehnt hat, verhandelt die Stadt nun mit der Diakonissenanstalt.

Das Programm bedeutet insgesamt Kostendämpfung: Schließung der Klinik Ost, nur eine Frauen- und Kinderabteilung soll städtisch neu auf dem Gelände der Diako gebaut werden, ansonsten Eingliederung der Kranken in die Diako. „Vier Erwartungen sind nach den Worten des Rektors Feilcke in die in der Diakonissenanstalt zu leistende Arbeit zu setzen: Ein Klima von Wärme und Menschlichkeit für die im Haus anvertrauten Menschen zu schaffen, eine hohe Leistungsfähigkeit mit technischem und wissenschaftlichem Apparat, ein kollegiales Miteinander und sparsamste Wirtschaftsführung" (FT, 1.10.79). Was er der Stadt damit anbietet, kann man aus Zahlen ersehen: Während die Zahl der zu versorgenden Kranken in den kirchlichen Krankenanstalten von 1975 bis 1978 von 457 auf 570 stieg, sank die Zahl des Krankenhauspersonals insgesamt in den gleichen Jahren von 1331 auf 988. Die Zahl der Pflegetage je Beschäftigten sind in der gleichen Zeit von 198 auf 318 gestiegen (Flensburger Zahlenspiegel, 1978).

Das Verbundmodell, das von den Fraktionen der SPD und CDU vorangetrieben werden soll, bedeutet Rationalisierung. Der SSW als „Oppositionspartei" im Flensburger Stadtparlament ist inzwischen nicht mehr für das vorgeschlagene Verbundmodell, sondern für eine „durchgreifende Modernisierung der Klinik Ost und Bau einer Städtischen Klinik mit Frauen- und Kinderabteilung auf städtischem Boden." Insgesamt läuft dieser Vorschlag auch nur auf das hinaus, was sowieso schon dort an der Klinik Ost passiert.



Die durchschnittliche Verweildauer ist von 22 auf 21 Tage seit 1975 gesenkt worden, die Zahl der Pflegetage je Beschäftigten sind von 281 1975 auf 296,3 1978 gestiegen, die Bettenzahl ist ab 1.7.1978 von 260 um 15 gesenkt worden.



Übung des Gaskrieges im Manöver „Harte Faust": Von Hubschraubern wurde verdünnte Zitronensäure zur Simulation versprüht. Wer nicht schnell genug die Gasmaske anlegte, bekam ein Schild „tot" umgehängt.

Giftgase zur Massenvernichtung – Erfindung der imperialistischen Bourgeoisie

r.scm. Im August 1914 wurde von der französischen Armee erstmals Kampfgas – von Gewehren abgefeuerte Tränengasgranaten – eingesetzt, dann im Oktober desselben Jahres von den deutschen Imperialisten ein Angriff mit dem Reizstoff Dianisidinchlorsulfonat geführt, als erster in einer Folge von Experimenten, die bereits 1915 bei einem Chlorgasangriff 5000 Tote zur Folge hatte und 1917 bis zur Entwicklung des Senfgases (Lost, Yperit, Gelbkreuz) führte.

91000 Menschen kamen im Ersten Weltkrieg durch den Gaskrieg ums Leben, den größten Anteil hatte das Senfgas daran. 1925 wurde im Genfer Abkommen die Ächtung der Anwendung von Gas durchgesetzt, die Sowjetunion gehörte zu den Unterzeichnern, die USA nicht. Die italienischen Faschisten traten das Abkommen mit Füßen, als sie 1936 gegen Äthiopien Senfgas einsetzten. Im selben Jahr wurde in den Labors der IG-Farben das Nervengift Tabun, später auch das noch stärkere Sarin und Soman entwickelt. 12000 t Tabun und eine Anlage zur Produktion von 7200 t Sarin pro Jahr besaßen die deutschen Imperialisten 1945.

Die Bundesregierung hat in den 50er Jahren ihren Verzicht auf die Herstellung chemischer Waffen erklärt, was sie nicht hinderte, jahrzehntelang die Giftgasproduktion bei Stoltzenberg selbst in Anspruch zu nehmen und Kampfgase polizeitaktisch einzusetzen (Tränengas, chemical mace). Giftgastanks für alle Fälle stehen in Munster offenbar bereit. Sie zu füllen, bedarf es kaum Aufwand. Verschiedene Pflanzenschutzmittel sind mit Kampfstoffen chemisch so eng verwandt, daß eine Produktionsumstellung auf letztere innerhalb kürzester Frist möglich ist.

einem Chlorgasangriff 5000 Tote zur Folge hatte und 1917 bis zur Entwicklung des Senfgases (Lost, Yperit, Gelbkreuz) führte.

91000 Menschen kamen im Ersten Weltkrieg durch den Gaskrieg ums Leben, den größten Anteil hatte das Senfgas daran. 1925 wurde im Genfer Abkommen die Ächtung der Anwendung von Gas durchgesetzt, die Sowjetunion gehörte zu den Unterzeichnern, die USA nicht. Die italienischen Faschisten traten das Abkommen mit Füßen, als sie 1936 gegen Äthiopien Senfgas einsetzten. Im selben Jahr wurde in den Labors der IG-Farben das Nervengift Tabun, später auch das noch stärkere Sarin und Soman entwickelt. 12000 t Tabun und eine Anlage zur Produktion von 7200 t Sarin pro Jahr besaßen die deutschen Imperialisten 1945.

Die Bundesregierung hat in den 50er Jahren ihren Verzicht auf die Herstellung chemischer Waffen erklärt, was sie nicht hinderte, jahrzehntelang die Giftgasproduktion bei Stoltzenberg selbst in Anspruch zu nehmen und Kampfgase polizeitaktisch einzusetzen (Tränengas, chemical mace). Giftgastanks für alle Fälle stehen in Munster offenbar bereit. Sie zu füllen, bedarf es kaum Aufwand. Verschiedene Pflanzenschutzmittel sind mit Kampfstoffen chemisch so eng verwandt, daß eine Produktionsumstellung auf letztere innerhalb kürzester Frist möglich ist.

Z.B. wurde E 605 gemeinsam mit Tabun entdeckt und hat ähnliche Zusammensetzung und Eigenschaften. *Lost* ist ein Hautgift, das in genügender Konzentration Kleidung und sogar normales Gummi durchdringt. Da es flüssig ist und nur schwer flüchtig, hält es sich auf besprühten Gegenständen monatelang. In reiner Form ist es geruchlos, und die ersten Wirkungen treten erst nach etwa einer Stunde auf. Das Gift ist aber bereits nach wenigen Minuten vollständig von der Haut aufgenommen, verätzt dieselbe und gelangt in die Blutbahn. Später treten dann bis zu 20 cm große Blasen auf, die sich entzünden und auch nach Abheilen empfindlich gegen Infektionen sind. Namentlich bei Kindern bewirkt das Gift Depressionen, die über die „normalen" Schockwirkungen hinaus gehen. In Tierversuchen hat Lost auch Krebs erzeugt. Lost greift die Zellkerne an und wirkt insofern ähnlich wie radioaktive Strahlung.

Das Nervengift *Tabun*, das auch in der Ostsee versenkt wurde, ist ebenfalls geruchlos und wirkt in kleinsten Mengen auch durch die Kleidung hindurch. Der Tod tritt durch Ersticken ein, da sich die Atemmuskulatur, wie die Muskulatur überhaupt verkrampft. Der Grund liegt in der Hemmung des Abbaus des Stoffes Azetylcholin, der als Mittler zwischen Nerven und Muskeln dient. Kommt ein elektrisches Signal an dem Nervenende an, wird Azetylcholin ausgeschüttet und der Muskel zum Zusammenziehen angeregt. Normalerweise wird es dann abgebaut, und der Muskel erschlafft. Das Nervengift verhindert dies, so daß es zur Verkrampfung kommt.

Blausäure, bei Stolzenberg ebenfalls produziert, greift die Zellatmung an und ruft Atemlähmung hervor. Da sie die Geruchsnerven lähmt, können geringere Konzentrationen nicht an ihrem Mandelgeruch erkannt werden. Das Gift wirkt sofort, aber nur bei hoher Konzentration verliert das Opfer innerhalb von 10 Sek. das Bewußtsein. Bis zu einer Stunde können bis zum Tod Erbrechen, Schwindel, Krämpfe

sind. Namentlich bei Kindern bewirkt das Gift Depressionen, die über die „normalen" Schockwirkungen hinaus gehen. In Tierversuchen hat Lost auch Krebs erzeugt. Lost greift die Zellkerne an und wirkt insofern ähnlich wie radioaktive Strahlung.

Das Nervengift *Tabun*, das auch in der Ostsee versenkt wurde, ist ebenfalls geruchlos und wirkt in kleinsten Mengen auch durch die Kleidung hindurch. Der Tod tritt durch Ersticken ein, da sich die Atemmuskulatur, wie die Muskulatur überhaupt verkrampft. Der Grund liegt in der Hemmung des Abbaus des Stoffes Azetylcholin, der als Mittler zwischen Nerven und Muskeln dient. Kommt ein elektrisches Signal an dem Nervenende an, wird Azetylcholin ausgeschüttet und der Muskel zum Zusammenziehen angeregt. Normalerweise wird es dann abgebaut, und der Muskel erschlafft. Das Nervengift verhindert dies, so daß es zur Verkrampfung kommt.

Blausäure, bei Stolzenberg ebenfalls produziert, greift die Zellatmung an und ruft Atemlähmung hervor. Da sie die Geruchsnerven lähmt, können geringere Konzentrationen nicht an ihrem Mandelgeruch erkannt werden. Das Gift wirkt sofort, aber nur bei hoher Konzentration verliert das Opfer innerhalb von 10 Sek. das Bewußtsein. Bis zu einer Stunde können bis zum Tod Erbrechen, Schwindel, Krämpfe

auftreten, bis die Atemlähmung einsetzt.

Alle starken Vergiftungen führen, falls man sie überlebt, zu einer hohen Empfindlichkeit des Körpers. Reflexartig kann z.B. Erschrecken die Vergiftungssymptome von neuem auslösen, wenn gar kein Gift mehr im Körper ist.

Entwicklung der Ausgaben der Sozialhilfe in Westberlin

r.crm. Am 29. September erschien in der „Berliner Morgenpost" ein Artikel aus Anlaß der neuen Erhebungen des Statistischen Landesamtes bezüglich der Sozialhilfe und deren Empfänger in Westberlin, die besagen, daß trotz eines Rückganges der Sozialhilfefälle von 145000 1977 auf 141345 1978 die Ausgaben um 46,9 Mio. DM auf 812,5 Mio. DM gestiegen sind. „Weniger Sozialfälle, aber mehr Kosten ... Wer sich näher für die Entwicklung der Sozialkosten in Berlin interessiert, stößt auf eine bemerkenswerte Plan- und Konzeptionslosigkeit des gesamten Sozialbereichs. Was in vielen Wirtschaftsunternehmen längst gang und gäbe ist, scheint für die Sozialverwaltung unerreichbares Ziel: die Aufstellung einer Sozialbilanz." (Morgenpost, 29.9.79)

Generell werden zwei verschiedene Arten der Zahlung von Sozialhilfe unterschieden. „Hilfe in besonderen Lebenslagen" wird gezahlt, wenn „der Hilfesuchende zwar in der Lage ist, für seinen laufenden Lebensunterhalt aufzukommen, die Aufbringung der Mittel zur Bestreitung eines besonderen Bedarfs aber über seine Kräfte hinausgeht" (Schellhorn, Jirasek, Seipp, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz). Im Jahr 1976 bezogen in Westberlin 60581 Personen „Hilfe in besonderen Lagen" und zwar davon u.a. 31630 in Form von Krankenhilfe und 19124 in Form von Hilfe zur Pflege (bei Bettlägerigkeit etc.). 1978 bezogen 63767 Personen „Hilfe in besonderen Lagen", davon 30872 als Krankenhilfe und 22190 als Hilfe zur Pflege. Die Kosten für diese Anzahl von Fällen der „Hilfe in besonderen Lagen" sind allerdings unverhältnismäßig stärker gestiegen: von 263,7 Mio. DM 1976 auf 473,97 Mio. DM 1978. Der Grund für diese doch erhebliche Steigerung liegt in den dauernden Lohnsenkungen der letzten Jahre in Verbindung mit den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG). Dort ist nämlich festgelegt (§ 79), ab welcher Einkommensgrenze der Empfänger der „Hilfe" nichts mehr zuzahlen muß. Diese Einkommensgrenze liegt für Familien in Westberlin bei 832 DM plus Miete. Daß die Kosten für „Hilfe in besonderen Lebenslagen" so gestiegen sind, heißt nichts anderes, als daß der Verdienst von immer mehr Menschen *unter* diese Grenze gerutscht ist und jetzt nichts mehr in Reserve ist.

Diese Tendenz wird noch bestätigt, wenn man sich die andere Form der Zahlung von Sozialhilfe ansieht, die „Hilfe zum Lebensunterhalt". Sie wird nur gezahlt, wenn der Bedarf zum Leben nicht aus dem voll anzurechnenden Einkommen und Vermögen bestritten werden kann. Die Zahl der Bezieher von „Hilfe zum Lebensunterhalt" hat sich zwar von 94111 im Jahr 76 über 109231 im Jahr 77 auf 104404 1978 verändert, der Geldbetrag aber hat sich von 437,6 Mio. 1976 auf 333 Mio. DM 1978 verringert. Erklären läßt sich das nur so, daß einerseits offenbar die Dauer der Zahlung von „Hilfe zum Lebensunterhalt" kürzer geworden ist und andererseits der einzelne Bezieher schlicht weniger gezahlt kriegt. Überhaupt sind die relativen „Steigerungsraten" der Sozialhilfe bemerkenswert: von 1976 auf 1977 3,29% durchschnittlich mehr pro Bezieher, 1977 auf 1978 ganze 3,17%. 1979 sind die Sozialhilfesätze gleich gar nicht heraufgesetzt worden. Weshalb u.a. die Bezugsdauer von „Hilfe zum Lebensunterhalt" sich stark verkürzt hat, betonte der Westberliner Senat auf eine kleine Anfrage am 26.9. hin: es sei rechtens, wenn Sozialhilfeempfänger vom Sozialamt dazu gezwungen würden, sich an sog. Arbeitskräfteverleiher für Stundenlöhne von um die 6 DM zu verkaufen, andernfalls sie ihren Anspruch auf Sozialhilfe verlören. Noch weitergehend sind die Bemerkungen des o.g. Kommentars zum § 20 BSHG über die „Gewöhnung" von Sozialhilfeempfängern „an Arbeit und Prüfung der Arbeitsbereitschaft":

„Als geeignet können z.B. Arbeiterkolonien, halboffene Arbeitseinrichtungen sowie besonders ausgewählte und überwachte Arbeitsstellen angesehen werden."

„Hilfe zur Pflege" – seit 1970 vervierfacht, neue Kürzungen in Planung

r.gör. Die „Hilfe zur Pflege" ist eine Form der Sozialhilfe. Sie betrifft „Personen, die infolge Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können" (Bundessozialhilfegesetz, § 68). Sie macht einen großen, langfristig wachsenden Anteil an der gesamten Sozialhilfe aus. In Niedersachsen machte ihr Anteil an der gesamten Sozialhilfe 1977 27,7% = 377 Mio. DM aus. Von 1970 bis 1977 haben sich die Ausgaben für diese „Hilfe zur Pflege" vervierfacht. Die Absicht der Regierungen, die Sozialhilfeausgaben zu kürzen, hat daher bei der „Hilfe zur Pflege" einen Schwerpunkt.

Zu diesem Zweck wurde 1977 eine spezielle statistische Erhebung durchgeführt, von der jetzt erste Ergebnisse veröffentlicht wurden (Stat. Hefte Niedersachsen, 8/79). Untersuchungszweck, so die offizielle Begründung, ist, „ob das Pflegerisiko sozialrechtlich richtig plaziert ist". Ausgangspunkt ist die Erkenntnis: „Das Ausmaß der Kosten und ihr schnelles Anwachsen sind im besonderen auf die hohen Heimkosten zurückzuführen.

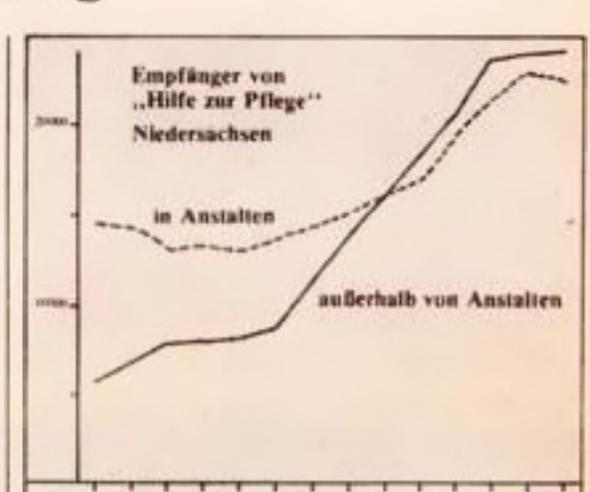
Die Ausgaben bei Unterbringung in Anstalten sind also rund 5 bis 6 mal größer als bei Familienunterbringung.

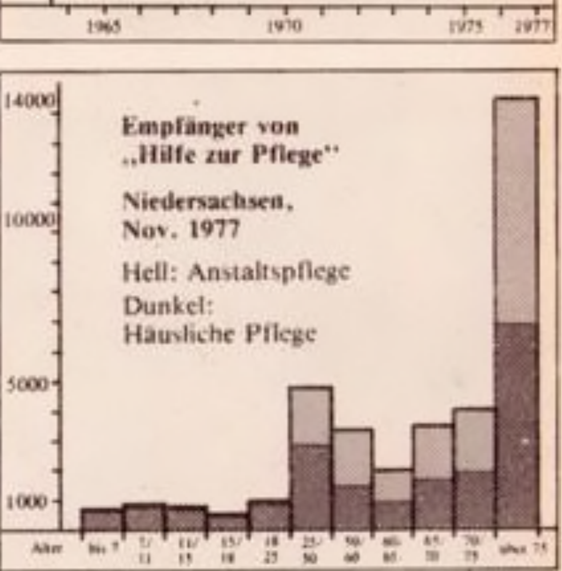
Ausgaben pro Empfänger von „Hilfe zur Pflege" (in DM / Jahr)

Jahr	außerhalb	in
	Anstalten	
1970	1207	5596
1972	1329	7250
1973	1341	8061
1974	1677	9001
1975	1970	10693
1977	2447	14090

Und sie sind auch schneller gestiegen: um 252% (bei Familienunterbringung: 203%) gegenüber 1970. Daraus folgt die hauptsächliche Strategie für die Kostensenkung. Nämlich den Anteil der in Anstalten Untergebrachten einzuschränken, immer mehr zu „häuslicher Betreuung" überzugehen, also immer mehr Kosten auf die Familien abzuwälzen. Dies ist das „Subsidiaritätsprinzip", dessen weitere Durchsetzung auch in Albrechts Regierungsprogramm verankert ist.

Die o.g. Statistik für den November





31630 in Form von Krankenhilfe und halt" hat sich zwar von 94111 im Jahr werden."

„Hilfe zur Pflege" – seit 1970 vervierfacht, neue Kürzungen in Planung

r.gör. Die „Hilfe zur Pflege" ist eine Form der Sozialhilfe. Sie betrifft „Personen, die infolge Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können" (Bundessozialhilfegesetz, § 68). Sie macht einen großen, langfristig wachsenden Anteil an der gesamten Sozialhilfe aus. In Niedersachsen machte ihr Anteil an der gesamten Sozialhilfe 1977 27,7% = 377 Mio. DM aus. Von 1970 bis 1977 haben sich die Ausgaben für diese „Hilfe zur Pflege" vervierfacht. Die Absicht der Regierungen, die Sozialhilfeausgaben zu kürzen, hat daher bei der „Hilfe zur Pflege" einen Schwerpunkt.

Zu diesem Zweck wurde 1977 eine spezielle statistische Erhebung durchgeführt, von der jetzt erste Ergebnisse veröffentlicht wurden (Stat. Hefte Niedersachsen, 8/79). Untersuchungszweck, so die offizielle Begründung, ist, „ob das Pflegerisiko sozialrechtlich richtig plaziert ist". Ausgangspunkt ist die Erkenntnis: „Das Ausmaß der Kosten und ihr schnelles Anwachsen sind im besonderen auf die hohen Heimkosten zurückzuführen. Die Entwicklung der Pflegesätze hat dazu geführt, daß ständig mehr ältere Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen mußten, da ihr Renteneinkommen bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit entweder ohnehin unter den Pflegekosten lag oder im Laufe der Zeit von deren Kostenanstieg überrundet wurde."

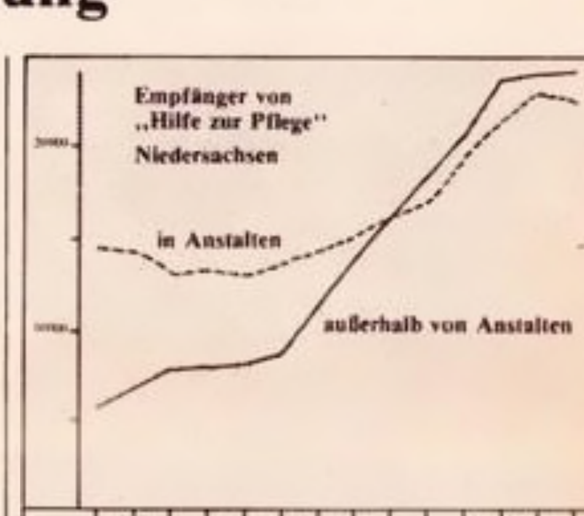
Die Ausgaben bei Unterbringung in Anstalten sind also rund 5 bis 6 mal größer als bei Familienunterbringung.

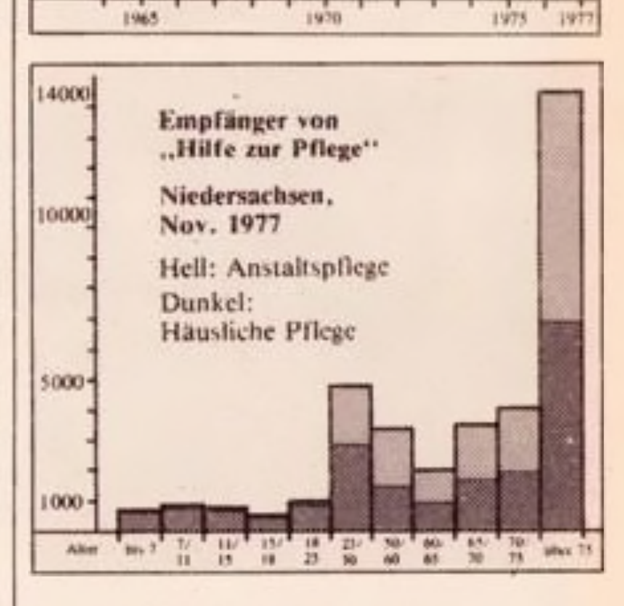
Ausgaben pro Empfänger von „Hilfe zur Pflege" (in DM / Jahr)

Jahr	außerhalb	in
	Anstalten	
1970	1207	5596
1972	1329	7250
1973	1341	8061
1974	1677	9001
1975	1970	10693
1977	2447	14090

Und sie sind auch schneller gestiegen: um 252% (bei Familienunterbringung: 203%) gegenüber 1970. Daraus folgt die hauptsächliche Strategie für die Kostensenkung. Nämlich den Anteil der in Anstalten Untergebrachten einzuschränken, immer mehr zu „häuslicher Betreuung" überzugehen, also immer mehr Kosten auf die Familien abzuwälzen. Dies ist das „Subsidiaritätsprinzip", dessen weitere Durchsetzung auch in Albrechts Regierungsprogramm verankert ist.

Die o.g. Statistik für den November 1977 zeigt: Von insgesamt 19025 Personen, die „*häusliche* Hilfe zur Pflege" erhielten, waren 14069 nicht alleinlebend; bei 165 wurden durch eine besondere Pflegekraft betreut. 4956 lebten allein, aber auch für sie gab es nur 267 Pflegekräfte, fast durchweg wurden sie durch Angehörige und Nachbarn gepflegt. Um „diese häusliche Pflegebereitschaft verstärkt zu nutzen", hat Arbeitsminister Ehrenberg erforschen lassen: „Auch von den Haushaltsvorständen, die eine solche häusliche Betreuung Kranker als Belastung empfinden, würden 81% sie bejahen, wenn ihnen medizinisch-pflegerische Hilfe zur Verfügung stünde". (Sozialpol. Informationen, 2.1.79)





Dr. rer. pol. E.A. DER STAAT IDEE & WIRKLICHKEIT
KAP. II: VOM WESEN DES STAATES

„Ein erprobter Weg zur Erschließung des Sinns ist die Frage nach dem, was wäre, wenn es in der heutigen Welt keinen Staat gäbe:"



„... Die Banken würden verschwinden, denn ... wer wäre dann noch bereit, bargeldlose Zahlungen entgegenzunehmen? ... Alle Industriebetriebe müßten ihre Tore schließen" (S.64 f.). „Armut, Hunger und Massensterben müßten in einer staatlosen Gesellschaft ohne Rechtsordnung und Polizei zum Kampf aller gegen alle führen ... Zunächst würden die Anständigen zugrunde gehen ... Niemand mehr, der für das Abwassersystem sorgte ... Ein weiterer apokalyptischer Reiter, die Pest, schwänge seine Geißel" (S.66).



„Armut, Hunger, Seuchen, Massensterben – in einer solchen Welt ist kein Platz mehr für Muße, ... jene große Voraussetzung aller Kultur" (S.66 u. 68).



„Das Geheimnis des Staates ist die Ordnung ... Das Prinzip dieser Ordnung ist die Gerechtigkeit. ... Gerechtigkeit heißt keineswegs jedem das Gleiche zu geben, sondern jedem das Seine – suum cuique tribuere" (S.72).



Fortsetzung folgt.

Waldarbeiter kämpfen gegen den mörderischen Akkordlohn

Die Mechanisierung hat die Arbeit noch härter gemacht / Den ganzen Tag die Säge in der Hand

z.frb. Die Waldarbeit ist eine Knochenarbeit, und sie ist durch die Mechanisierung keinesfalls leichter geworden, sondern im Gegenteil noch härter. Einmal im Jahr hat jeder seinen Unfall, rechnen die Waldarbeiter. Und alt wird auch keiner.

Die maschinelle Entrindung hat die Arbeiter in einen wahnsinnigen Drill gepreßt. Sie sind nur noch Zulieferer für die Maschine. Brachte früher die wechselnde Tätigkeit einen gewissen Ausgleich in der ohnehin harten Beanspruchung des Körpers, so ist dies mit der aufs höchste aufgegliederten Arbeit ganz weggefallen. Die Motorsäge wird kaum noch aus der Hand gelegt. Nach Untersuchungen der Gewerkschaft beträgt die Motorsäge-Zeit 36 – 52% der Gesamtarbeitszeit und 55 – 78% der reinen Arbeitszeit. Das erhöht Gefahr und Beanspruchung. Beim Entfernen der Äste etwa kommt leicht die Säge außer Kontrolle. Wird sie an einem Ast angesetzt und stößt dabei mit der Spitze an einen verborgenen anderen Ast, so schlägt sie blitzartig hoch. Schwere Verletzungen im Gesicht können die Folge sein. Vor allem, weil die Kapitalisten aus Sparsamkeitsgründen allzuoft noch Sägen ohne automatischen Kettenstopp für solche Fälle einsetzen lassen.

Die Kapitalisten haben es tatsächlich fertig gebracht, die gelöste zwei-Mann-Rotte zur hauptsächlichen Arbeitsgruppe zu machen. Bäume bis zu 35 cm Brusthöhendurchmesser müssen von einem Mann gefällt werden. Die Arbeitsvorschriften verlangen scheinheilig, daß beide Arbeiter der Rotte einen Sicherheitsabstand von zwei Baumlängen einhalten. Dadurch können sie sich wegen des Unterholzes und Motorenlärms noch nicht mal gegenseitig bemerkbar machen.

Folgende Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch Ernährung, Landwirtschaft, Forsten sprechen eine deutliche Sprache. Der Arbeitsaufwand je ha wird dort für das Jahr 1961 mit 31,05 Stunden angegeben, für 1971 mit 19,40 und für 1976 noch mit 13,3 Std. Auf den Kubikmeter berechnet sieht es genauso aus. Hat ein Arbeiter 1961 im Schnitt 7 Stunden für die Gewinnung eines Kubikmeter Holz gebraucht, so 1976 noch 3¼ Std. Das geht nicht nur in die Knochen, sondern erfordert auch hohe Geschicklichkeit und reiche Erfahrung. So hat der Anteil der Stammarbeiter gegenüber den vorübergehend Beschäftigten ständig zugenommen.

Die Zahl der Stammarbeiter betrug 1977 28800 (1964: 44600), zwischen 60 und 200 Tagen beschäftigt waren 14900 (38200), unter 60 Tagen 31200 (62900). Weit über die Hälfte der Stammarbeiter ist im Staatswald beschäftigt.

Den Durchschnittslohn gibt der Agrarbericht für das Wirtschaftsjahr 1976/77 mit 12,60 DM im Staatswald, 11,43 DM im Körperschaftswald und mit 10,67 DM im Privatwald an. Erkauft sind diese Löhne durch Akkordhetze. Die meisten Waldarbeiter arbeiten im Akkord. Seit 1. März beträgt der tarifliche Ecklohn 9,01 DM (Erhöhung um 3,9%). Im Akkord sind 115% des Ecklohns abgesichert, also 10,36 DM. Der Effektivlohn im Staatswald wird jetzt etwa bei 14 DM liegen.

Der Akkordlohn treibt die Waldarbeiter zu immer schnellerem Tempo und zur Ruinierung ihrer Gesundheit. Er führt dazu, daß auch die tariflich festgelegten Erholzeiten beim Motorsägen eine reine Farce sind. Zweifellos ist seine Beseitigung eine Hauptaufgabe der Gewerkschaft.

Seit 1972 wird die Entlohnung bei der Holzernte nach dem HET berechnet, ein wahres Wunderwerk an Spitzfindigkeiten. Die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten hat schon 1974 gekündigt, sich aber dann auf Verhandlungen über einen neuen Akkord eingelassen, den „erweiterten Sortentarif" EST für die Holzernte. Die Staatsvertreter erklärten bei den diesjährigen Tarifverhandlungen, der HET hätte wegen Struktur- und Manipulationsfehlern zu bis zu 19% zu hohen Löhnen geführt und deshalb müsse der neue Tarif so bemessen sein, daß sich eine 5% niedrigere Lohnsumme ergibt. Sie verweigerten eine Verhandlung über die Erhöhung des HET-Geldfaktors, wenn nicht gleichzeitig über die Einführung des EST verhandelt würde. Schließlich willigte die Tarifkommission der GGLF in eine zweite Erprobung des EST in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Saarland ein. Der Geldfaktor liegt jetzt 2,4% unter dem, was die Gewerkschaft zuvor als kostenneutral bezeichnet hatte. Der Akkord ist weiter festgeschrieben. Dabei ist der Druck der Waldarbeiter nach Beseitigung des Akkordlohns stark. Im Mai 1975 hatte die Bundesforstarbeiterkonferenz einen Übergang zum Zeitlohn (Monatslohn) gefordert. Dies wird weiter verfochten. Auf einer Veranstaltung des DGB Hessen am 20.9. in Wiesbaden wies ein Vertreter der GGLF auf die unerträglichen Arbeitsbedingungen in der Landesforstverwaltung hin. Er forderte u.a., daß die Dienststelle das Werkzeug stellt, auf 1000 ha 10 Waldarbeiter eingestellt werden (damit die 40-Stunden-Woche eingehalten werden kann) und Zeitlohn für Waldarbeiter.

„Die EG erstickt uns" – Französische Viehzüchter fordern höhere Erzeugerpreise



z.pel.Paris. 7000 Schaf- und Rinderzüchter gingen am 22.9. in Parthenay (Bretagne) auf die Straße, 15000 demonstrierten am 25.9. im Departement Creuse (Limousin), 20000 versammelten sich am gleichen Tag in Rodes im Südwesten Frankreichs. Die Gründe: Rindfleischpreise z.T. auf dem Stand von 1972 sowie das Vorhaben der EG-Kommission, am 30.10. eine Marktordnung für Hammelfleisch zu beschließen, die den Erzeugerpreis über den Wegfall der bestehenden Zölle für britische Hammel auf 7 FF pro kg Lebendgewicht drücken will. Gegenwärtig erhalten die Bauern 10,50 FF gegenüber 9 FF 1972. Die Wirtschaftskosten pro ha sind im gleichen Zeitraum von 1862 FF auf 2651 FF gestiegen. Die neue Marktordnung würde das Aus für Tausende bedeuten.

Die ungarische Bevölkerung zahlt einen hohen Preis für die landwirtschaftlichen Exporte

z.krk. 90% der 93000 km² Fläche Ungarns sind landwirtschaftlich nutzbar. Durch seine Lage im Karpaten-Becken sind Klima und Bodenverhältnisse für die Landwirtschaft günstig, was auch die große Anziehungskraft des Landes für Eroberer aller Art in der Geschichte begründet. Heute stammen 17 – 18% des Nationaleinkommens aus der Landwirtschaft, von den Gesamt-

lösten die traditionellen, widerstandsfähigeren ungarischen Sorten ab.

Zu solchem Abenteurertum treibt die ungarische Bourgeoisie die Tatsache, daß, obwohl die *Brutto*-Produktion seit Jahren *steigt*, die *Netto*-Produktion im Verhältnis zu den Investitionen *sinkt*. Machte der produzierte Neuwert im Verhältnis zu dem einge-

Die für die Kapitalistenklasse so erfreulichen Ergebnisse der Industrialisierung der Landwirtschaft, nämlich Intensivierung der Arbeit und Verminderung der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter wollen sich auch nicht in dem erwünschten Maße einstellen. Der Grund dafür liegt in dem Charakter der Genossenschaften. Sie sind heute kapitalistische Großbetriebe und in

Löhne werden vor allem in den schlechten LPGs gedrückt, sie bewirtschaften 28% der Anbaufläche und ihre Mitglieder verdienen um 15% weniger als der landwirtschaftliche Durchschnitt, der eh schon unter dem der Industrie liegt.

Die ungarische Landwirtschaft kann die Bevölkerung mit Lebensmitteln

Die Kapitalisten haben es tatsächlich fertig gebracht, die gelöste zwei-Mann-Rotte zur hauptsächlichen Arbeitsgruppe zu machen. Bäume bis zu 35 cm Brusthöhendurchmesser müssen von einem Mann gefällt werden. Die Arbeitsvorschriften verlangen scheinheilig, daß beide Arbeiter der Rotte einen Sicherheitsabstand von zwei Baumlängen einhalten. Dadurch können sie sich wegen des Unterholzes und Motorenlärms noch nicht mal gegenseitig bemerkbar machen.

Folgende Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch Ernährung, Landwirtschaft, Forsten sprechen eine deutliche Sprache. Der Arbeitsaufwand je ha wird dort für das Jahr 1961 mit 31,05 Stunden angegeben, für 1971 mit 19,40 und für 1976 noch mit 13,3 Std. Auf den Kubikmeter berechnet sieht es ge-

beiter zu immer schnellerem Tempo und zur Ruinierung ihrer Gesundheit. Er führt dazu, daß auch die tariflich festgelegten Erholzeiten beim Motorsägen eine reine Farce sind. Zweifellos ist seine Beseitigung eine Hauptaufgabe der Gewerkschaft.

Seit 1972 wird die Entlohnung bei der Holzernte nach dem HET berechnet, ein wahres Wunderwerk an Spitzfindigkeiten. Die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten hat schon 1974 gekündigt, sich aber dann auf Verhandlungen über einen neuen Akkord eingelassen, den „erweiterten Sortentarif" EST für die Holzernte. Die Staatsvertreter erklärten bei den diesjährigen Tarifverhandlungen, der HET hätte wegen Struktur- und Manipulationsfehlern zu bis zu 19% zu hohen Löhnen geführt und



z.pel.Paris. 7000 Schaf- und Rinderzüchter gingen am 22.9. in Parthenay (Bretagne) auf die Straße, 15000 demonstrierten am 25.9. im Departement Creuse (Limousin), 20000 versammelten sich am gleichen Tag in Rodes im Südwesten Frankreichs. Die Gründe: Rindfleischpreise z.T. auf dem Stand von 1972 sowie das Vorhaben der EG-Kommission, am 30.10. eine Marktordnung für Hammelfleisch zu beschließen, die den Erzeugerpreis über den Wegfall der bestehenden Zölle für britische Hammel auf 7 FF pro kg Lebendgewicht drücken will. Gegenwärtig erhalten die Bauern 10,50 FF gegenüber 9 FF 1972. Die Wirtschaftskosten pro ha sind im gleichen Zeitraum von 1862 FF auf 2651 FF gestiegen. Die neue Marktordnung würde das Aus für Tausende bedeuten.

Die ungarische Bevölkerung zahlt einen hohen Preis für die landwirtschaftlichen Exporte

z.krk. 90% der 93000 km² Fläche Ungarns sind landwirtschaftlich nutzbar. Durch seine Lage im Karpaten-Becken sind Klima und Bodenverhältnisse für die Landwirtschaft günstig, was auch die große Anziehungskraft des Landes für Eroberer aller Art in der Geschichte begründet. Heute stammen 17 – 18% des Nationaleinkommens aus der Landwirtschaft, von den Gesamt-exporten machen landwirtschaftliche Produkte 25% aus. (1977: 23%, davon 20,1% des Gesamtexports in RGW-Länder und 27,7% in kapitalistische und Entwicklungsländer.)

94% des bebauten Bodens gehören zum sog. sozialistischen Sektor (Staatsgüter, LPGs und die dazugehörenden hauswirtschaftlichen Parzellen). 1977 gab es 141 Staatsgüter mit einer durchschnittlichen Größe von 7043 ha und 1425 LPGs mit 3624 ha Durchschnittsfläche.

In den letzten 10 Jahren hat die ungarische Landwirtschaft mengenmäßig gute Ergebnisse erzielt. Nach Angaben der Weltbank steht Ungarn, was die Steigerung der Lebensmittelproduktion betrifft, nach Holland an zweiter Stelle in der Welt. In den letzten 6 Jahren ist die Getreideproduktion von jährlich 6 Mio. t auf 13 Mio. t gestiegen. 1978 war der Durchschnittsertrag bei Weizen 42,8 dz/ha, bei Mais 51 dz/ha, das sind auch im Vergleich zu den führenden imperialistischen Ländern gute Ergebnisse. Die wichtigsten Zweige der Tierproduktion sind die Schweine- und Geflügelzucht, in diesem Bereich ist 1978 der Plan für 1980 erfüllt worden.

1979 brach diese Entwicklung ab: die Weizenerträge sind um mehrere dz/ha niedriger als 1978, allein der Ertrag von 90000 ha ist weggefroren, ein Ergebnis von schlichtem Abenteurertum. Denn früher machten die mediterranen und sehr ertragsreichen Weizensorten ca. 2 – 3% der verwendeten Arten aus, 1979 aber schon 40% und lösten die traditionellen, widerstandsfähigeren ungarischen Sorten ab.

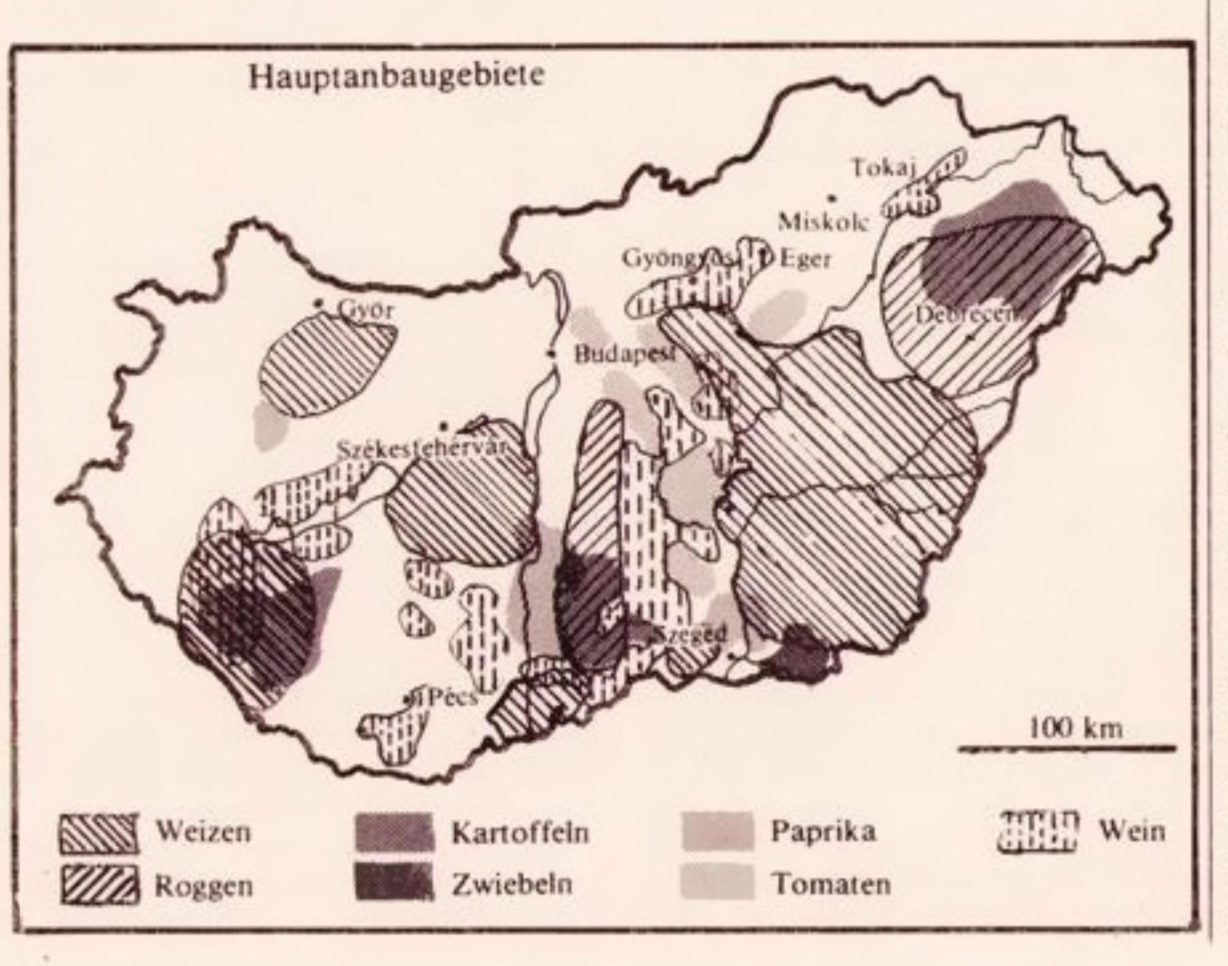
Zu solchem Abenteurertum treibt die ungarische Bourgeoisie die Tatsache, daß, obwohl die *Brutto*-Produktion seit Jahren *steigt*, die *Netto*-Produktion im Verhältnis zu den Investitionen *sinkt*. Machte der produzierte Neuwert im Verhältnis zu dem einge-setzten konstanten Kapital am Anfang der 70er Jahre noch 84% aus, so sank er 1977 auf 65%. In den vergangenen 15 Jahren war für 1% Steigerung der landwirtschaftlichen *Brutto*-Produktion eine Steigerung der Industrieaufwendungen von 5 – 7% und der entsprechenden Importe um 2% notwendig.

Wie für die Industrie, so gilt auch für die kapitalistische Landwirtschaft (denn die LPGs sind kapitalistische Großbetriebe), daß mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit der Wert des einzelnen Produkts sinkt. Der Schmälerung ihres Profits wollen die Kapitalisten durch die Ausweitung der Produktion entgehen. Da gebunden an gewisse natürliche Bedingungen, kann die landwirtschaftliche Produktion nicht beliebig ausgeweitet werden. Das fürt zu Raubbau am Boden, und das Ziel kann immer mehr nur durch potentiert steigende Investitionen erreicht werden. Die „internationale Arbeitsteilung" des RGW und die daraus resultierende einseitige „Spezialisierung" der Industrie Ungarns beschleunigt diese Tendenz erheblich durch die Verteuerung der notwendigen Produktionsmittel. Denn nur 40% der in der Landwirtschaft verwendeten Industrieprodukte (Maschinen, Dünger, usw.) werden im Lande hergestellt. Für den Maisanbau werden Maschinen aus den USA importiert. Kunstdünger ist in Ungarn in den letzten Jahren um 10 – 20% teuerer geworden, der Rohstoff für die Herstellung: sowjetisches Erdgas. Die Eiweißkomponente für Kraftfutter muß ebenfalls importiert werden, Kostenpunkt: 500 $/t.

Die für die Kapitalistenklasse so erfreulichen Ergebnisse der Industrialisierung der Landwirtschaft, nämlich Intensivierung der Arbeit und Verminderung der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter wollen sich auch nicht in dem erwünschten Maße einstellen. Der Grund dafür liegt in dem Charakter der Genossenschaften. Sie sind heute kapitalistische Großbetriebe und in den Jahren 1958 – 60 wurden die Bauern mit brutalster Gewalt in die LPGs gezwungen. Aber trotz Brutalität wäre der Schritt mißglückt, hätten diese Vereinigungen nicht gewisse Züge wirklicher Genossenschaften. Dazu gehört die Wahl des Vorsitzenden durch die Mitglieder und die Beschäftigungspflicht der Genossenschaften, d.h. kein Mitglied kann entlassen werden, was der Ausbeutung gewisse Schranken setzt. Dies gilt heute noch. Ergebnisse in der Steigerung der Ausbeutung hat die Bourgeoisie trotzdem erzielt:

die Schichtarbeit ist ausgeweitet worden, ⅓ der Beschäftigten leistet im Jahr 250 zehnstündige Arbeitstage. Die Löhne werden vor allem in den schlechten LPGs gedrückt, sie bewirtschaften 28% der Anbaufläche und ihre Mitglieder verdienen um 15% weniger als der landwirtschaftliche Durchschnitt, der eh schon unter dem der Industrie liegt.

Die ungarische Landwirtschaft kann die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgen. Die Produktion wird hauptsächlich aus Exportgründen fieberhaft gesteigert, einmal, um den RGW-Verpflichtungen nachzukommen (1978 550 Mio. Rubel), aber vor allem, um die schwer negative Handelsbilanz Ungarns mit den westlichen Ländern aufzubessern. (1960: landwirtschaftlicher Export im Wert von 106 Mio. $, 1970: 290 Mio. $, 1978: 1 Mrd. $), auch wenn die Produktionspreise *höher* sind als der Erlös und die Weltmarktpreise. *Diese* Differenz wird der Bevölkerung in Form von höheren Preisen abgepreßt. 1980 soll der Anteil der Landwirtschaft über 30% der Gesamtexporte in kapitalistische Länder ausmachen.



Branntweingesetz geändert: Staatssäckel füllen, Wettbewerb steigern

z.doj. Seit Erhebung der Branntweinsteuer vor 100 Jahren stieg die Besteuerung pro Kopf um mehr als das 10fache, während der Verbrauch ständig sank. Über das Branntweinmonopolgesetz sichert die deutsche Bourgeoisie sich zudem seit 1919 die direkte staatliche Verfügung über Herstellung und Preise. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde es 1950 wieder in aller Schärfe installiert und damit 50 Mio. DM mehr herausgeholt. Um jetzt gegenüber der EG-Konkurrenz – v.a. in Frankreich und England wurde die industrielle Branntweinproduktion durchgesetzt und damit verbilligt – standhalten zu können, hat die BRD-Regierung im September das Branntweinmonopolgesetz verändert. Die westdeutschen Monopolpreise liegen über den EG-Preisen und sollen gesenkt werden durch Senkung der staatlichen Ankaufspreise für die zur Ablieferung verpflichteten Brennereien. Große Betriebe können auf Antrag von der Ablieferungspflicht befreit werden und unterliegen den EG-Marktbedingungen. So wird die Konzentration ungeheuer beschleunigt und Hunderten von kleinen Brennereien die Existenz geraubt. Das beweglich gemachte Abzugssystem bringt erkleckliche 15 Mio. DM mehr in den Staatssäckel und läßt dabei den Weg offen für eine erneute Branntweinsteuererhöhung in einigen Jahren.

Fischereibetriebe werden ruiniert – Konzerne subventioniert

z.brp. Mit 40000 DM Verlust für 1979 rechnen die Krabbenfischer an der schleswig-holsteinischen Westküste aufgrund der gesunkenen Erzeugerpreise und der hohen Gasölpreise. Bereits 1978 mußten 8 Betriebe hier aufgeben. An der Ostseeküste ergeht es den Fischern ähnlich: Der diesjährige Erlös aus dem Dorschfang wird wegen der geringen Fangquoten und der niedrigen Dorschpreise 4500 DM kaum übersteigen. 1978 mußten 247 Fischer in Schleswig-Holstein abwracken. Die Bundesregierung zahlte 2,35 Mio. DM Abwrackprämie, durchschnittlich 9514 DM pro Betrieb. Ab 15. Juli erhöhte sie die Abwrackprämien von 500 DM auf 1500 DM je BRT für Ostseekutter über 23 m Länge. Küstenkutter bis zu 19 m Länge bekommen – mit Ausnahme der Ostseefischer – keine Zuschüsse mehr für Neuausrüstung auf neue Fangarten und für die Abwrackung. Bisher konnten auch kleine Betriebe diese Zuschüsse beantragen, so wurden 1979 sieben Krabbenkutter aus dem EG-Agrarfonds mit 899000 DM bezuschußt. Die Zuschüsse der Bundesregierung – 13 Mio. DM für Investitionen und 60 Mio. DM zur „Anpassung der Kapazitäten in der Hochsee- und Küstenfischerei" – sollen nur noch den Fischkonzernen zugute kommen, wie dem Nordsee-Kon-

Fischereibetriebe werden ruiniert – Konzerne subventioniert

z.brp. Mit 40000 DM Verlust für 1979 rechnen die Krabbenfischer an der schleswig-holsteinischen Westküste aufgrund der gesunkenen Erzeugerpreise und der hohen Gasölpreise. Bereits 1978 mußten 8 Betriebe hier aufgeben. An der Ostseeküste ergeht es den Fischern ähnlich: Der diesjährige Erlös aus dem Dorschfang wird wegen der geringen Fangquoten und der niedrigen Dorschpreise 4500 DM kaum übersteigen. 1978 mußten 247 Fischer in Schleswig-Holstein abwracken. Die Bundesregierung zahlte 2,35 Mio. DM Abwrackprämie, durchschnittlich 9514 DM pro Betrieb. Ab 15. Juli erhöhte sie die Abwrackprämien von 500 DM auf 1500 DM je BRT für Ostseekutter über 23 m Länge. Küstenkutter bis zu 19 m Länge bekommen – mit Ausnahme der Ostseefischer – keine Zuschüsse mehr für Neuausrüstung auf neue Fangarten und für die Abwrackung. Bisher konnten auch kleine Betriebe diese Zuschüsse beantragen, so wurden 1979 sieben Krabbenkutter aus dem EG-Agrarfonds mit 899000 DM bezuschußt. Die Zuschüsse der Bundesregierung – 13 Mio. DM für Investitionen und 60 Mio. DM zur „Anpassung der Kapazitäten in der Hochsee- und Küstenfischerei" – sollen nur noch den Fischkonzernen zugute kommen, wie dem Nordsee-Kon-zern, der Anfang des Jahres für jeweils 2,5 Mio. DM zwei Fangfabrikschiffe modernisierte.

Sozialimperialisten bedrohen Fischbestand in der Barents-See

z.coi. „Die 1975er Jahresklasse (des arktischen Dorsches) scheint mehr als halbiert worden zu sein zwischen den Wintern 1977 – 78. D. h. es muß 1978 eine starke Dezimierung dieser Jahresklasse stattgefunden haben, obwohl solch drei Jahre alter Fisch nach den geltenden Regulierungsbestimmungen nicht im Übermaß gefangen werden darf", faßte der norwegische Fischereiminister das Ergebnis einer Untersuchung des Meeresforschungsinstituts in Bergen auf der Jahresversammlung des Fischerverbandes von Finnmark (Nordspitze Norwegens) zusammen. (Klassekampen, 20.9.79) Grund ist die Raubfischerei der Sozialimperialisten. Das Untersuchungsgebiet umfaßte den Teil der Barents-See, der nach internationalem Recht zu Norwegen gehört, d. h. innerhalb der 200-Meilen-Zone und westlich zur Mittellinie zur Sowjetunion. Anfang 1978 war noch im gesamten Gebiet der 75er Dorschjahrgang mit 71,7% zahlenmäßig dominierend. Dabei war dessen Überzahl im Gebiet östlich des 37. Meridians mit 82,7% höher als westlich. Entlang dieses Meridians verläuft die „Grauzone", für die sich die Sozialimperialisten von Norwegen das Fischereirecht vertraglich haben anerkennen lassen, ohne sich norwegischer Kontrolle unterwerfen zu müssen. Für das immerhin 9000 qkm große Gebiet östlich der Grauzone haben sie gar die Fischereioberhoheit abgepreßt.

SPD-Politik: Die Arbeiter vollständig den imperialistischen Staatsapparat zahlen lassen

z.frb. Verschiedentlich äußern Bourgeoisvertreter in der Debatte um Steuersenkungen, der Haushalt biete nicht den nötigen Spielraum für Steuersenkungen, und in unschuldiger Miene fügen sie hinzu, ohnehin würden die öffentlichen Haushalte zu Anfang 1980 mit Steuersenkungen belastet, die schon länger beschlossen sind. Selbst einige Gewerkschaftsfunktionäre sind solchen Behauptungen aufgesessen und spinnen sie weiter.

Der Schleier lichtet sich ein gutes Stück, wirft man einen Blick auf das, was die Regierung und ihr parlamentarischer Arm im letzten Jahr an Steuersenkungen veranlaßt haben und derzeit beraten. Gut 7,5 Mrd. DM Steuerausfälle werden die öffentlichen Haushalte – vor allem der Bundeshaushalt – 1980 zu verzeichnen haben, weil die Steuern für die Kapitalisten gesenkt und Vergünstigungen erhöht wurden.

Ab 1.1.1980 wird die Lohnsummensteuer ersatzlos entfallen. Sie erbrachte vergangenes Jahr 3,3 Mrd. DM. Bei der Gewerbeertragssteuer steigt der Freibetrag von 24000 DM auf 36000 DM. Steuerminderung 1980 etwa 670 Mio. DM. Ab 1981 wird der Freibetrag der Gewerbekapitalsteuer verdoppelt und ein Freibetrag für Dauerschulden bis 50000 DM eingeführt. Macht 1981 ca. 200 Mio. DM. Schon Ende vorigen Jahres wurde die Investitionszulage in regionalen Fördergebieten von 7,5% auf 8,75% erhöht. Kostet 1980 ca. 85 Mio. DM. Die Zulagen für Investitionen für Forschung und Entwicklung wurden auf 20% der Anschaffungskosten – bis 500000 DM – erhöht. Kostet 135 Mio. DM. Für Investitionen im Zonenrandgebiet wurden 84 Mio. DM mehr ausgeschüttet.

Den dicksten Brocken aber macht die Änderung der Körperschaftsteuer aus, die bereits 1977 in Kraft trat, aber erst dieses Jahr voll zur Wirkung kommt.

Die Körperschaftsteuer besteuert das „Einkommen“, nämlich den in der Bilanz ausgewiesenen Profit der Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaften, GmbH usw. Die Reform bestand darin, daß die Kapitalisten, an die der Profit ausgeschüttet wird, zusätzlich zu ihrer Dividende eine Steuergutschrift für die auf diese Dividende bezahlte Körperschaftsteuer erhalten. Diese Steuergutschrift können sie dann von der Einkommensteuer, die sie zahlen sollen, abziehen.

Für das letzte Geschäftsjahr haben sich die Kapitalisten aus den Aktiengesellschaften eine Dividende von 8,5 Mrd. DM ausgeschüttet. Davon waren über 3 Mrd. DM Steuergutschrift, die sie vor der SPD-Reform nicht erhalten hätten. Da die Kapitalisten und ihr Anhang ihre Steuer bekanntlich erst mit einigen Jahren Verzögerung abrechnen

Mio. DM. Die Zulagen für Investitionen für Forschung und Entwicklung wurden auf 20% der Anschaffungskosten – bis 500000 DM – erhöht. Kostet 135 Mio. DM. Für Investitionen im Zonenrandgebiet wurden 84 Mio. DM mehr ausgeschüttet.

Den dicksten Brocken aber macht die Änderung der Körperschaftsteuer aus, die bereits 1977 in Kraft trat, aber erst dieses Jahr voll zur Wirkung kommt.

Die Körperschaftsteuer besteuert das „Einkommen“, nämlich den in der Bilanz ausgewiesenen Profit der Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaften, GmbH usw. Die Reform bestand darin, daß die Kapitalisten, an die der Profit ausgeschüttet wird, zusätzlich zu ihrer Dividende eine Steuergutschrift für die auf diese Dividende bezahlte Körperschaftsteuer erhalten. Diese Steuergutschrift können sie dann von der Einkommensteuer, die sie zahlen sollen, abziehen.

Für das letzte Geschäftsjahr haben sich die Kapitalisten aus den Aktiengesellschaften eine Dividende von 8,5 Mrd. DM ausgeschüttet. Davon waren über 3 Mrd. DM Steuergutschrift, die sie vor der SPD-Reform nicht erhalten hätten. Da die Kapitalisten und ihr Anhang ihre Steuer bekanntlich erst mit einigen Jahren Verzögerung abrechnen
und abliefern, konnten sie dieses Jahr erstmals richtig ihre Steuergutschriften zur Wirkung bringen, weshalb die Einkommensteuer voraussichtlich um nur etwa 1,5% steigen wird – ganz im Gegensatz zu der gewaltigen Steigerung der Mehrwertmasse, die die Kapitalistenklasse sich aneignen konnte.

Jetzt bastelt die Regierung an einer neuerlichen Gesetzesänderung, die nach der Förderung der inneren Kapitalbasis die Profitjagden um die Erdkugel steuerrechtlich fördert. Es geht darum, die Profite, die die Finanzbourgeois durch ihren Kapitalexport erzielen, von der Besteuerung in Westdeutschland freizuhalten. Schon jetzt haben die westdeutschen Imperialisten zu diesem Zweck mit über 50 Staaten Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. In Entwicklungsländern konnten sich die Imperialisten oft Steuerfreiheit erpressen. Die Abkommen sehen dann eine „fiktive Steueranrechnung“ vor. Selbst wenn das Entwicklungsland, aus dessen Arbeitern der Profit gepreßt wurde, keine oder fast keine Besteuerung vornimmt, kann bei der Berechnung der Einkommensteuer in Westdeutschland dieser fiktive Betrag abgezogen werden.

Den Kapitalisten war dies nicht genug. Der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) widmet dem Anliegen einer Verbesserung der Abzugsmöglichkeiten im Ausland gezahlter Steuern von der inländischen Steuer in seinem Jahresbericht einen ganzen Abschnitt. Vor allem wird gefordert, die bisherige Anrechnung ausländischer Steuern auf die inländische Steuerschuld zu ersetzen durch Anerkennung sämtlicher irgendwie im Ausland gezahlter Steuern – nicht nur Einkommensteuern – als Betriebsausgaben. Und dies auch für Länder, für die ein Doppelbesteuerungsabkommen nicht besteht. Denn jede Betriebsausgabe mindert den zu versteuernden Gewinn, daher Steuersatz und Steuer.

Seit einem Jahr ist das Finanzministerium in der Angelegenheit tätig. Der BDI jubiliert: „Der BDI hat es im Interesse der stark exportorientierten deutschen Industrie begrüßt, daß die im internationalen Vergleich unzulänglichen deutschen Anrechnungsvorschriften jetzt endlich verbessert werden sollen.“ Anfang September hat die Regierung einen Gesetzentwurf beschlossen und vergangenen Mittwoch wurde er den Kapitalistenverbänden zur Begutachtung vorgelegt. Über das Ergebnis war nirgendwo was zu lesen. Dazu ist Matthöfer die Sache zu heikel, wo er unter Druck steht, die Lohnsteuern zu senken. Umgekehrt ist's richtig. Die Kapitalisten sollen zahlen für ihren Staat, und sie können zahlen. Durch progressive Besteuerung von Vermögen, Erbschaft und Einkommen.

Der Steuerdemagogen-Vorschlag der CDU/CSU hat jetzt den Bundesrat passiert und befindet sich auf dem Weg in den Bundestag. „Das Problem der heimlichen Steuererhöhungen kann langfristig nur durch ein Abflachen der Grenzsteuerbelastung entschärft werden“, heißt es in der Begründung. Dem ist nicht so. Im Gegenteil steigt

ein Doppelbesteuerungsabkommen nicht besteht. Denn jede Betriebsausgabe mindert den zu versteuernden Gewinn, daher Steuersatz und Steuer.

Seit einem Jahr ist das Finanzministerium in der Angelegenheit tätig. Der BDI jubiliert: „Der BDI hat es im Interesse der stark exportorientierten deutschen Industrie begrüßt, daß die im internationalen Vergleich unzulänglichen deutschen Anrechnungsvorschriften jetzt endlich verbessert werden sollen.“ Anfang September hat die Regierung einen Gesetzentwurf beschlossen und vergangenen Mittwoch wurde er den Kapitalistenverbänden zur Begutachtung vorgelegt. Über das Ergebnis war nirgendwo was zu lesen. Dazu ist Matthöfer die Sache zu heikel, wo er unter Druck steht, die Lohnsteuern zu senken. Umgekehrt ist's richtig. Die Kapitalisten sollen zahlen für ihren Staat, und sie können zahlen. Durch progressive Besteuerung von Vermögen, Erbschaft und Einkommen.

Der Steuerdemagogen-Vorschlag der CDU/CSU hat jetzt den Bundesrat passiert und befindet sich auf dem Weg in den Bundestag. „Das Problem der heimlichen Steuererhöhungen kann langfristig nur durch ein Abflachen der Grenzsteuerbelastung entschärft werden“, heißt es in der Begründung. Dem ist nicht so. Im Gegenteil steigt
die Lohnsteuerlast genauso weiter, wenn nicht die Höhe des Freibetrags an den jeweiligen jährlichen Durchschnittslohn (z.B. ein Drittel) gebunden wird. Und die Gesamtsteuerlast steigt weiter – ebenfalls mit der Inflation –, wenn nicht die indirekten Steuern gesenkt und schließlich beseitigt werden.

Neues MTM-System bei Siemens München geplant

Rationalisierung und verschärfte Arbeitshetze bei den Angestellten

z.anh. In 71 Betrieben in Westdeutschland und Westberlin wird gegenwärtig das MTM-System (Methods Time Measurement) zur Zeitaufnahme angewandt. Ursprünglich war es auf die Produktion beschränkt. Seit 1977 existiert eine Weiterentwicklung, das MTM-Bürodatensystem, aufgegliedert in Büromaschinendaten und Sachbearbeiterdaten.

Alle Arbeitsvorgänge werden beim MTM-System auf menschliche Grundbewegungen zurückgeführt: acht Grundbewegungen der Finger, Hände, Arme, zwei Blickfunktionen, neun Körperbewegungen. Wenn man berücksichtigt, über welche Entfernung ein Gegenstand bewegt werden muß, welcher Kraftaufwand, welcher Drehwinkel, welche Genauigkeit usw. notwendig ist, kann in vorhandenen MTM-Tabellen der entsprechende Zeitwert festgestellt werden. Die kleinste Einheit, 1 TMU (Time Measure Unit), entspricht dabei 0,036 sec. Inzwischen gibt es Kataloge über „Mehrzweckwerte“, d.h. typische zusammenhängende Bewegungsvorgänge, speziell für einzelne Branchen.

Die REFA-Spezialisten rühmen, daß dieses System gar keine Beobachtung oder Zeitstoppen nötig macht, sofern der Arbeitsablauf bekannt ist, da die Zeitwerte überall gültig sein sollen und eine einheitliche „Leistungsnormhöhe“ angeben. Sie gehen davon aus, daß sowohl bei der Einführung neuer Maschinerie oder neuer Arbeitsgänge in der Produktion gleich zu Beginn die Sollzeit exakt geplant werden kann.

Je nach Zeitaufwand, der in die Arbeitsvorbereitung gesteckt werden soll, und der angestrebten Genauigkeit haben sie abgeleitete Analysemethoden zur Verfügung. Beim Grundverfahren ist die Methode bereits so ausgefuchst, daß die Arbeitsvorgänge auf Einheiten, „Zeitbausteine“ von 8 TMU zerlegt werden. Allerdings sind dabei für die Analyse einer Grundzeit von 1 Minuten auch 200 Minuten nötig.

Bei Siemens München-Hofmannstraße wurde auf der letzten Betriebsversammlung vom Betriebsrat die geplante Einführung des MTM-Systems scharf angegriffen. Die Betriebsleitung hat erklärt, dies sei in den nächsten zwei Jahren nicht geplant; außerdem würden dann ohnehin nicht das Grundverfahren, sondern abgeleitete Verfahren angewendet, wo die Zeiteinheiten nicht so klein sind.

Tatsächlich wird die Rationalisierung unter den Angestellten mittels derartiger arbeitswissenschaftlicher Methoden bei Siemens direkt vorbereitet. Die Kapitalisten wollen die Kosten der Büroarbeit, die auf die Profitrate drückt, senken. Sie haben festgestellt, daß ihnen in den letzten 100 Jahren ei-

daß sowohl bei der Einführung neuer Maschinerie oder neuer Arbeitsgänge in der Produktion gleich zu Beginn die Sollzeit exakt geplant werden kann.

Je nach Zeitaufwand, der in die Arbeitsvorbereitung gesteckt werden soll, und der angestrebten Genauigkeit haben sie abgeleitete Analysemethoden zur Verfügung. Beim Grundverfahren ist die Methode bereits so ausgefuchst, daß die Arbeitsvorgänge auf Einheiten, „Zeitbausteine“ von 8 TMU zerlegt werden. Allerdings sind dabei für die Analyse einer Grundzeit von 1 Minuten auch 200 Minuten nötig.

Bei Siemens München-Hofmannstraße wurde auf der letzten Betriebsversammlung vom Betriebsrat die geplante Einführung des MTM-Systems scharf angegriffen. Die Betriebsleitung hat erklärt, dies sei in den nächsten zwei Jahren nicht geplant; außerdem würden dann ohnehin nicht das Grundverfahren, sondern abgeleitete Verfahren angewendet, wo die Zeiteinheiten nicht so klein sind.

Tatsächlich wird die Rationalisierung unter den Angestellten mittels derartiger arbeitswissenschaftlicher Methoden bei Siemens direkt vorbereitet. Die Kapitalisten wollen die Kosten der Büroarbeit, die auf die Profitrate drückt, senken. Sie haben festgestellt, daß ihnen in den letzten 100 Jahren ei-
ne Produktivitätssteigerung in der Produktion von 1000 % gelungen ist, im Bürobereich jedoch nur von 40 %. Die Siemens-Kapitalisten untersuchen jetzt für das „Büro von morgen“ die „Mensch-Maschine-Beziehung sowie die Kommunikation zwischen den Arbeitsplätzen mit dem Ziel, Anforderungen an die Geräte und Systeme zukünftiger Büroarbeitsplätze zu erkennen und Vorschläge für deren Dimensionierung abzuleiten. Sie lassen sich grob unterteilen und charakterisieren nach ihrem Aufwand für Informationsverarbeitung und Kommunikation.“

Als erste Ergebnisse haben sie dazu beispielsweise vorgelegt eine „Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für Schreibautomaten“. Danach beträgt diese bei



Arbeitsplätze in den „Büros von morgen“: Die Maschinerie soll die Arbeitsvorgänge standardisieren. Mittels MTM werden sie dann gemessen.

fünf Jahren Nutzung und täglichem Schreibaufwand von 20 DIN-A-4-Seiten (= 8,5 unterschriftsreife Seiten nach Korrektur) jährlich 74 000 DM, die Maschine hat sich nach 1,2 Jahren amortisiert. Die Zeiteinsparung beträgt im fünften Jahr 160 Minuten pro Tag. Gleichzeitig untersuchen sie jetzt in einem Testprojekt die „Bedienerakzeptanz“ von Schreibautomaten. Der Verfasser einer noch unveröffentlichten Untersuchung darüber gehört zur Bundeswehrhochschule in München. Der Betriebsrat der Hofmannstraße hat zu dem Test an 50 Schreibautomaten seine Zustimmung gegeben.

In den bisherigen Veröffentlichungen zu diesen Untersuchungen wird erklärt, daß die Zentralisierung bestimmter Arbeiten z.B. in Schreibsälen nicht unbedingt erfolgreich ist. Die Zuarbeit einzelner Arbeitsvorgänge ist bürokratisch und schwerfällig. Die Untersuchungen der Siemens-Kapitalisten laufen daher auf „Digitale Kommunikationsnetze“ hinaus, wo mehrere Einzelarbeitsplätze zusammengefaßt werden und nach Bedarf mit Telefonen, Büroferrnschreibern, Textautomaten,

Arbeitsplätze in den „Büros von morgen“: Die Maschinerie soll die Arbeitsvorgänge standardisieren. Mittels MTM werden sie dann gemessen.

fünf Jahren Nutzung und täglichem Schreibaufwand von 20 DIN-A-4-Seiten (= 8,5 unterschriftsreife Seiten nach Korrektur) jährlich 74 000 DM, die Maschine hat sich nach 1,2 Jahren amortisiert. Die Zeiteinsparung beträgt im fünften Jahr 160 Minuten pro Tag. Gleichzeitig untersuchen sie jetzt in einem Testprojekt die „Bedienerakzeptanz“ von Schreibautomaten. Der Verfasser einer noch unveröffentlichten Untersuchung darüber gehört zur Bundeswehrhochschule in München. Der Betriebsrat der Hofmannstraße hat zu dem Test an 50 Schreibautomaten seine Zustimmung gegeben.

In den bisherigen Veröffentlichungen zu diesen Untersuchungen wird erklärt, daß die Zentralisierung bestimmter Arbeiten z.B. in Schreibsälen nicht unbedingt erfolgreich ist. Die Zuarbeit einzelner Arbeitsvorgänge ist bürokratisch und schwerfällig. Die Untersuchungen der Siemens-Kapitalisten laufen daher auf „Digitale Kommunikationsnetze“ hinaus, wo mehrere Einzelarbeitsplätze zusammengefaßt werden und nach Bedarf mit Telefonen, Büroferrnschreibern, Textautomaten,
Fernkopierern, Arbeitsplatzcomputern und Hauspoststationen ausgerüstet sind. Gelobt wird die „gesteigerte Produktivität und Standardisierung von Prozeduren und Schnittstellen“ in diesem Konzept.

Offensichtlich werden die Siemens-Kapitalisten das MTM-Bürodatensystem für die Entwicklung dieses Konzepts nutzen. Für die einzelnen Bereiche ist es noch unterschiedlich ausgefeilt und exakt. Für die Fakturierung sollen z.B. die Grunddaten angewendet werden, für die Arbeit an Büromaschinen gibt es fertige „Zeitbausteine“. Danach unterscheidet z.B. das Kalkulationsblatt für das „Ausfüllen von Formblättern“ 19 einzelne „Bausteine“. Ein Beispiel zeigt, daß ein Arbeitsgang in 82 Einzelschritte zerlegbar ist und darüber schließlich ein Zeitsoll von 1,14 min. errechnet werden kann. Die Sachbearbeiterdaten dagegen sind untergliedert in Handhabungen, Maschinenbetätigungen, Körperbewegungen und „mentale Funktionen“.

Ersichtlich ist, daß dieses System mit der Entwicklung des „Büros von morgen“ abgestimmt und weiter entwickelt werden kann. Während bei der Zentralisierung bestimmter Tätigkeiten die Quantität z.B. von geschriebenen Seiten gesteigert wird, läßt sich die Schweißauspressung der Sachbearbeiter mit Hilfe der Einführung neuer Maschinerie weiter steigern, die Standardisierung verspricht den Kapitalisten die Festschreibung von Sollzeiten. Das System der Leistungs- und Sonderzulagen unter den Angestellten bereitet die Festigung akkordähnlicher Systeme unter den Angestellten bereits vor.

Die Siemens-Kapitalisten versprechen sich, in dem „Büro von morgen“ die Schweißauspressung gerade an den kombinierten Arbeitsplätzen zu verbessern. Notwendig ist dagegen, das Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme zu erkämpfen.

von 1,14 min. errechnet werden kann. Die Sachbearbeiterdaten dagegen sind untergliedert in Handhabungen, Maschinenbetätigungen, Körperbewegungen und „mentale Funktionen“.

Ersichtlich ist, daß dieses System mit der Entwicklung des „Büros von morgen“ abgestimmt und weiter entwickelt werden kann. Während bei der Zentralisierung bestimmter Tätigkeiten die Quantität z.B. von geschriebenen Seiten gesteigert wird, läßt sich die Schweißauspressung der Sachbearbeiter mit Hilfe der Einführung neuer Maschinerie weiter steigern, die Standardisierung verspricht den Kapitalisten die Festschreibung von Sollzeiten. Das System der Leistungs- und Sonderzulagen unter den Angestellten bereitet die Festigung akkordähnlicher Systeme unter den Angestellten bereits vor.

Die Siemens-Kapitalisten versprechen sich, in dem „Büro von morgen“ die Schweißauspressung gerade an den kombinierten Arbeitsplätzen zu verbessern. Notwendig ist dagegen, das Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme zu erkämpfen.
Der Abschluß von Betriebsvereinbarungen zur Arbeit an bestimmten Geräten ist ein wichtiger Schritt dazu. Der Betriebsrat in der Hofmannstraße verhandelt gegenwärtig eine Betriebsvereinbarung zur Arbeit an Bildschirmgeräten, die auf vier Stunden täglich begrenzt sein soll und wo bezahlte Erholzeiten festgelegt werden.



z.scc.Brüssel. **Mit ihrem Streik haben die Arbeiter der Limburgischen Kohlegruben die Rechnung der belgischen Kohlebarone durchkreuzt.** Diese nämlich hatten durch Neufestlegung der Lohngruppen 27% der Arbeiter niedriger stufen und so das allgemeine Lohnniveau innerhalb von drei Jahren um durchschnittlich 15% senken wollen. Daß dies nicht auf einen Schlag, sondern Schritt für Schritt durch Nichtauszahlung der Indexerhöhungen durchgeführt werden sollte, konnte die Arbeiter nicht im mindesten besänftigen: Am 24.9. traten die Übertagearbeiter erst in Beringen, tags darauf in Zolder, Waterschei und Winterschlag, schließlich in Eisden in den Streik. Die Gewerkschaftsführungen, die der Lohnkürzung zugestimmt hatten, konnten zur Unterstützung gezwungen werden. Als die Arbeiter in drei Orten nach Ankündigung eines Abkommens die Arbeit wieder aufnehmen, glauben die Kapitalisten zum Angriff übergehen zu können: In Beringen greift Reichswache die überwiegend türkischen Streikposten an – und wird in die Flucht geschlagen (Bild). Dieser Angriff hat die Wachsamkeit der Arbeiter geschärft: Am nächsten Tag ist der Streik wieder allgemein. Er dauert an.

z.rua. **Seit dem 17.9. streiken die 3000 Arbeiter des Kupferverarbeitungskomplexes La Oroya im Zentrum Perus.** Sie fordern Lohnerhöhungen von 10000 Soles im Monat (1 $ = 221,30 Soles), die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschafter. Nach einem Generalstreik am 19.7. hatte die Regierung die Löhne um 3000 Soles und die Mindestlöhne von 8900 auf 12000 Soles angehoben. Gleichzeitig jedoch stiegen die Preise für Mehl, Brot, Zucker, Reis und Nudeln um 30% und die Strom- und Fahrpreise um 25%. Unterm Strich bleibt für die Arbeiter Lohnsenkung. Der Mindestlohn deckt nur ⅓ der offiziellen Mindestreproduktionskosten. Am 28.9. haben auch die Arbeiter der Minen Cuajone und Toquepala, wo ¼ des peruanischen Kupfers produziert werden, beschlossen, für Lohnerhöhungen zu streiken.

z.anb. **Der Kolonialminister für Arbeitskraft, S.P. Botha, gab am 25.9. dem Jahreskongreß der Industriekammer in Johannesburg die Genehmigung von Gewerkschaftsrechten „für alle schwarzen Arbeiter“ bekannt.** Den Vorsitz der neuzuschaffenden Arbeitsgerichtsbehörde werde der Kolonialbeamte Wiehahn übernehmen, dessen Bericht die „Reform der südafrikanischen Arbeitsverhältnisse“ vorbereitet habe. Nachdem das Kolonialregime die Gewerkschaften der azanischen Arbeiter nicht zerschlagen konnte, sie im Gegenteil weiter erstarkt sind, sollen sie nun unter Polizeikontrolle registriert werden. Von den azanischen Arbeitern verlangt das Kolonialregime als Voraussetzung die Unterwerfung unter die kolonialen Paß- und Bantustangesetze, da sie sich „als Bürger Südafrikas oder der Homelands“ ausweisen müssen; dies, um das Koalitionsrecht in die Verfügungsgewalt der Gerichte zu bringen, die jedem gewerkschaftlichen Zusammenschluß die Registrierung verweigern können. Für die Masse der Wanderarbeiter würde dies bedeuten, den Status als „Fremdarbeiter“ im eigenen Land und die Zwangsdeportation in Reservate anzuerkennen. Der General Motors Konzern und die Anglo-American Corporation haben unmittelbar danach neue Investitionen angekündigt. – Die Zahl der die Buslinien boykottierenden Arbeiter (siehe KVZ 40/79) ist inzwischen auf über 10000 angewachsen.

z.mat.Sydney. **Die Gewerkschaft der australischen Hafenarbeiter WWF hat den Gewerkschaftsbund ACTU aufgefordert, eine Konferenz zur Organisierung des Uranboykotts durchzuführen.** Die Imperialisten drängen darauf, die über ½ Million Tonnen des seit 1970 neu entdeckten Uranoxids aus dem Land zu bekommen. Gegenwärtig wird nur in dem kleinen Bergwerk Mary Kathleen Uran abgebaut, für die Lagerstätten Ranger, Nabarlek und Yeelirrie liegt die Exportgenehmigung der Regierung vor. Abbau, Verarbeitung und Transport von Uran sind seit 1977 durch Beschluß des ACTU-Kongresses mit einem Boykott belegt, doch hat ACTU nichts dagegen unternommen, daß Mitgliedsgewerkschaften die Abbauvorbereitungen in Ranger und Nabarlek unterstützen. Die Reformisten wollten im September den Imperialisten mit einer Wechselbadtaktik zur Hilfe kommen. Während die Labourpartei den Boykott zu ihren „Grundprinzipien“ erklärte, legte der ACTU-Vorstand dem ACTU-Kongreß einen Antrag vor, den Boykott für Ranger und Nabarlek aufzuheben. Damit erlitten sie eine Abfuhr, mit 512 gegen 318 Stimmen wurde die Fortsetzung des Boykotts bestätigt. Angesichts der offenen Absicht des ACTU-Vorstandes, den Beschluß zu ignorieren, verlangt die WWF, die neben der größten Industriegewerkschaft AMWSU am entschiedensten für den Boykott kämpft, die Einberufung einer Sonderkonferenz innerhalb von sieben Wochen zur Durchsetzung des Beschlusses.

z.cht.Sydney. **Die Gewerkschaften in sechs Chemiebetrieben in Südaustralien setzen ihren Überstundenboykott für die Durchsetzung der 35-Stundenwoche fort.** Im Brennpunkt des Kampfes stehen die Arbeiter von Union Carbide, Altona. Als die Kapitalisten dort

Seit 30.9. sind die Tarife in der Kunststoffverarbeitung Hessen und Baden-Württemberg offen

z.sog. In Hessen und Baden-Württemberg schließt die IG Chemie mit den Kapitalisten der kunststoffverarbeitenden Industrie gesonderte Tarifverträge ab. Sie sind seit dem 30.9. gekündigt. Am 5.10. waren sowohl in Hessen als auch in Baden-Württemberg die ersten Verhandlungen. In Hessen haben die Kapitalisten überhaupt nichts angeboten; die Verhandlungen sind auf den 26.10. verschoben. In Baden-Württemberg haben die Kapitalisten 5% und Erhöhung des Urlaubs auf 30 Tage stufenweise bis 1986 angeboten; die nächsten Verhandlungen sind am 18.10. Die IG Chemie in Hessen fordert 8,5%, mindestens 120 DM; in Baden-Württemberg 8%, mindestens 125 DM.

Über ein Drittel der Arbeiter und Angestellten in der kunststoffverarbeitenden Industrie sind in diesen Bundesländern: 20000 in Hessen, 36000 in Baden-Württemberg. Hauptsächlich werden Kunststoffplatten, -rohre, -folien und -autozubehör produziert, die von der Bau-, Möbel- und Automobilindustrie weiterverarbeitet werden. Sodann gehören zur kunststoffverarbeitenden Industrie auch die Haushaltswaren-, Spielwaren- und Verpackungshersteller. Die Betriebe sind kleiner und der Anteil der Frauenarbeit ist höher als in der Chemieindustrie.

Die Tariflöhne sind niedriger. Im Lohntarifvertrag Hessen für die kunststoffverarbeitende Industrie gehen die Stundenlöhne von Lohngruppe Vb


Kunststoffbeschichtung von Spanplatten

7,50 DM bis LG I 10,09 DM; in der chemischen Industrie Hessen von LG I 8,59 DM bis LG VII 10,52 DM. Die Leichtlohngruppen, deren Streichung die IG Chemie für die chemische Industrie 1975 durchsetzen konnte, gibt es noch (Vb und IVb).

Der Zwang zu Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit ist dadurch noch größer, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt um noch eine Stunde über der in der chemischen Industrie. Auf die Tariflöhne, wie sie zur Zeit in Hessen gezahlt werden, würden die 5%, die die Kapitalisten in Baden-Württemberg geboten haben, gerade zwischen 64,87 DM und 87,28 DM bringen. Die 8,5%, mindestens 120 DM, die die IG Chemie Hessen fordert, sind in LG Vb bis LG IVa 120 DM, in LG III bis I zwischen 122,64 DM und 148,37 DM.

Einzelhandel Niedersachsen – DAG-Tarif für verbindlich erklärt

z.dos. Der Tarif für den Einzelhandel in Niedersachsen, den die Kapitalisten mit der DAG abgeschlossen haben, gilt jetzt für den gesamten Einzelhandel in Niedersachsen. Die DAG hatte im Juni die gemeinsamen Verhandlungen mit der HBV aufgekündigt und sich dem letzten Angebot der Kapitalisten gebeugt, das z.B. für die Lohngruppe II, in der die meisten sind, zwischen 50 DM und 77 DM ausmachte. Eine breite Mehrheit der Beschäftigten hatte sich bei einer Umfrage in den Betrieben gegen die Annahme dieses Angebots ausgesprochen und die Tarifkommission der HBV hat dieses Angebot ebenfalls abgelehnt. Die HBV hatte für Lohngruppe II 110,- bis 181,- DM gefordert und die Streichung des ersten Berufsjahres.

Mit dem Druck der Kampfaktionen der Beschäftigten im Genick haben einzelne Kapitalisten schon ab Mai eine „freiwillige" Zulage in Höhe dieses Abschlusses gezahlt. Jetzt haben sie mit staatlicher Hilfe diesen Tarif, der pure Lohnsenkung bedeutet, als allgemeingültig durchgesetzt. Das Landessozialministerium von Niedersachsen hat erklärt, daß ein „öffentliches Interesse an der Allgemeinverbindlichkeit des DAG-Tarifabschlusses vom 26.6.79 bejaht wird".

Die rechtliche Grundlage dafür stellt das Tarifvertragsgesetz in seiner Fassung vom 25.8.1969 dar, das dem Staat ermöglicht, sich direkt in die Lohnauseinandersetzung einzumischen. Paragraph 5 legt fest, daß auf Antrag eines Beteiligten (Kapitalisten, Gewerkschaften) das Landesarbeits- bzw. Sozialministerium einen Tarifausschuß einberufen kann. Diesem Tarifausschuß gehören je drei Vertreter jeder Seite an, die sich der Minister auch noch aus „Vorschlägen der Spitzenorganisationen" selbst auswählt. Im Einvernehmen mit der Mehrheit dieses Tarifausschusses kann der Minister einen Tarif als allgemeinverbindlich erklären. Wenn, wie im vorliegenden Fall, die Vertreter der DAG mit den Kapitalisten stimmen, wird der Tarif gegen die Stimmen der HBV-Vertreter rechtsgültig, obwohl sie die Mehrheit der Einzelhandelsbeschäftigten vertreten.

Das „öffentliche Interesse" hat sich einmal mehr als das der Kapitalisten herausgestellt. Allerdings hat bereits die Verschleppung der Tarifverhandlungen den Kapitalisten Raum gelassen für solche Unverschämtheiten. Ein Streik in der umsatzstarken Zeit des Sommerschlußverkaufs hätte die Bereitschaft der Kapitalisten zum Zahlen sicherlich erhöht.

Was soll es aber jetzt bringen, sich erneut an den bürgerlichen Staat zu wenden und eine Verfassungsbeschwerde gegen diese Verbindlichkeitserklärung einzulegen, wie es die HBV vorhat? Tarifhoheit muß gegen die Kapitalisten und ihren Staat durchgesetzt werden.

Stundenlöhne von Lohngruppe Vb DM und 148,37 DM.

Einzelhandel Niedersachsen – DAG-Tarif für verbindlich erklärt

Der Philips-Konzern: Auf zur großen Schlacht

Produktionsumrüstungen, -verlagerungen / Lohnsenkung, Steigerung der Ausbeutung

z.elb.Brüssel. Bei Philips, dem größten Konzern der Elektroindustrie Europas und nach dem US-Monopol General Electric dem zweitgrößten der Welt, ist einiges in Bewegung. Die belgische Wirtschaftszeitung „De Tijd" registriert dies in einer Ausgabe gleich mit drei Meldungen: über die Fusion von Philips mit Pertec in den USA, über die geplante Produktion eines neuen Videoplattensystems in Großbritannien, über den Kampf der Arbeiter und Angestellten von Philips in Hasselt (Belgien) gegen Rationalisierungen und Entlassungen.

Weltweit beuten die Philips-Kapitalisten 387900 Arbeiter und Angestellte aus; in 65 Länder aller Erdteile betreibt der niederländische Konzern Kapitalexport. Seine Hauptprodukte sind Radios, Fernseher und Plattenspieler, die zusammen mit Fernmeldegeräten und Kleincomputern über 50% des Umsatzes ausmachen, Haushaltsgeräte, Lampen und Batterien, Bildröhren und integrierte Schaltkreise.

Was sich in den Meldungen der „Tijd" andeutet, ist ein groß angelegter Plan der Philips-Kapitalisten, sich in scharfer Konkurrenz vor allem zu den japanischen Kapitalisten der Elektroindustrie die eigenen Weltmarktanteile zu sichern und auszubauen. Um sich in der aufziehenden Krise zu behaupten, gehen die Philips-Kapitalisten mit dem Kauf von 24,5% der Grundig-Anteile eine „beschränkte Zusammenarbeit" ein. So nennen sie die Ausdehnung ihres Marktanteils z.B. bei Fernsehern in Westdeutschland von 15%; Grundig hält 25%. Mit der Übernahme von 45% an Pertec Computer Corp., Produzent von Kleincomputern, stoßen die Philips-Kapitalisten tiefer auf den US-Markt vor und wollen sich durch die fortgeschrittenere Entwicklung dieser Produkte in den USA gleichzeitig gegenüber den europäischen und japanischen Konkurrenten Vorteile sichern.

Die folgende unvollständige Aufzählung beabsichtigter Produktionsumschichtungen, Entlassungen mag einen Einblick in die Vorbereitung auf größere Konkurrenzschlachten geben. In Colmans in Frankreich (Fernseher) sollen 103 Arbeiter, in der Kondensatorenfabrik in Joué-lès-Tours, ebenfalls Frankreich, 50 Arbeiter entlassen werden. Die Kapitalisten des Werks für integrierte Schaltkreise in Cean, Frankreich, haben die Stillegung der Produktion angekündigt. Im Fernseherwerk in Monza, Italien, wurden im letzten Jahr 120 Arbeiter entlassen, bei der Philips-Filiale IRI in Italien werden 500 Arbeiter umgesetzt. Das Fernsehröhrenwerk in Barcelona soll nach Großbritannien, der Produktionsbereich Lampen von Philips-Dänemark nach Westdeutschland verlegt werden. In der Lampenfabrik in Köln werden Arbeiter entlassen, in Krefeld ebenfalls. Das Fernsehröhrenwerk in Reichelsheim wird verkauft.

Im Werk Hasselt wollen die Philips-Kapitalisten einen Teil der Produktion von Plattenspielern auf Videokassettenrekorder umstellen und mithilfe umfangreicher Rationalisierungsinvestitionen von Anfang 1980 bis Mitte 1981 535 der 2790 Arbeiter und 165 der 806 Angestellten entlassen. Druck auf den Lohn, Senkung der Zahl der Arbeiter, Steigerung der Intensität der Arbeit durch den Einsatz neuer Maschinerie sind die Kernpunkte all dieser Maßnahmen.

Die Christlichen und Sozialistischen Gewerkschaften organisierten am 2. Juli in Hasselt gemeinsam einen 24-Stundenstreik, den alle Arbeiter und Angestellten befolgten. Daraufhin sahen sich die Kapitalisten für den 3. September zu Verhandlungen genötigt, in deren Verlauf es ihnen gelang, die Gewerkschaften der Angestellten aus der gemeinsamen Gewerkschaftsfront herauszubrechen. Mit einer paritätisch besetzten Kommission, in der über alle zukünftigen Entlassungen geredet werden soll, wollen die Kapitalisten die Gewerkschaften zu Handlangern ihrer Rationalisierungs- und Lohnsenkungsabsichten degradieren. Die Angestelltengewerkschaft ging darauf ein, aber 20% der Angestellten lehnten diesen Vertrag ab. Bei dem zweiten 24-Stundenstreik der Arbeiter am 24. September berichtete ein Arbeiter über die Erfahrungen mit einer solchen Kommission: „... wenn ich mir anschaue, wieviel Entlassungen Philips durchgeführt hat und wieviel wir verhindern konnten, dann ist das Ergebnis 264:0 zu unserem Nachteil." Direktor Hasselink höchstpersönlich unterzeichnete einen Brief an alle Arbeiter, in dem er sie auf den Konkurrenzkampf der Kapitalisten, der Rationalisierungen nun einmal mit sich bringe, verpflichten will.

Die Mehrzahl der 535 Entlassungen bei den Arbeitern in Hasselt sollen Frauen in der Montage sein. Genau an dieser Abteilung der Arbeiter setzen die Philips-Kapitalisten mit ihren Lohnsenkungsabsichten an. So z.B. mit dem sogenannten 4–0-System, was heißt, vier Tage Arbeit für vier Tage Lohn, in das sie auf „freiwilliger" Basis ca. 450 Montagearbeiterinnen gepreßt haben. Der Druck auf den Lohn aller Arbeiter durch dieses System reicht den Kapitalisten nicht, sie wollen es abschaffen. Die Sozialistische Gewerkschaftsführung dient sich ihnen an und schlägt den 5-Stundentag vor; freiwillig soll er sein und die geplanten Entlassungen verhindern. Einführung von Teilzeitarbeit also in großem Maßstab, die den Kapitalisten noch schärfere Auspressung der Arbeiter und drastische Senkung des Lohnniveaus ermöglicht.

Mit ihrem konzernweit durchgesetzten System des sog. Einheiten-Akkords haben sich die Philips-Kapitalisten eine Methode geschaffen, bei dem die Arbeiter ständig von Lohnrückstufungen bedroht sind: Eine bestimmte Anzahl von Einheiten muß bearbeitet werden, um auf den vollen Akkordsatz zu kommen. Arbeitet ein Arbeiter mehr, bekommt er nicht mehr bezahlt, arbeitet er weniger, wird er zurückgestuft. Mit der Einführung dieses Systems der Akkordarbeit haben die Philips-Kapitalisten einen Durchbruch erzielt gegen den Kampf der belgischen Arbeiterklasse, mit dem diese die Einführung von Akkordarbeit in Belgien verhindern konnte. Neben der ständigen Drohung mit Lohnsenkung nutzen die Philips-Kapitalisten den Einheiten-Akkord zu einem ausgefeilten System der Spaltung.

Der Lohn untergliedert sich in sechs Klassen – drei davon für Montagearbeiter, drei für Arbeiter mit längerer Ausbildung –, die bei den Montagearbeitern wiederum in sechs Einheiten-Stufen und nochmals nach Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit geteilt sind. So bringen es die Philips-Kapitalisten auf 491 Möglichkeiten der Bezahlung für 2790 Arbeiter. Ein 14-jähriger Jugendlicher bekommt nach diesem System in der untersten Stufe umgerechnet 7,50 DM pro Stunde brutto, ein Montagearbeiter im Höchstfall 12,86 DM, wenn er bereits acht Jahre lang ausgebeutet worden ist. Entscheidend für einen Erfolg der Arbeiter im Werk in Hasselt wird sein, inwieweit sie den Kampf gegen die Entlassungen mit dem Kampf gegen Spaltung und Lohnsenkung verbinden.




Demonstration am 2.2.1978 von 1000 der 1250 zehn Tage streikenden Arbeiter von Philips/Lommel (Belgien) gegen Rationalisierungen und Entlassungen.

---

versuchten, die Überstundenproduktion mit Angestellten fortzuführen, und Arbeiter entließen, besetzten die Arbeiter der Tagschicht am 21. August die Fabrik und halten sie seitdem besetzt. Der Kongreß des Gewerkschaftsbundes ACTU hat im September die Forderung nach der 35-Stundenwoche bekräftigt und seinerseits die Einleitung einer Kampagne zur Durchsetzung der Forderung beschlossen.

z.elb.Brüssel. **Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und halbstaatlicher Institutionen in Belgien streikten am 1.10. vier Stunden lang.** 70% der 900000 Beschäftigten befolgten den Streik für die Aufsummierung der Arbeitszeitverkürzung von 24 Minuten pro Tag auf einen freien Tag im Monat. In Brüssel demonstrierten ca. 3500 zum Parlament. Die Regierung sieht sich zu Verhandlungen gezwungen, will sie aber zwecks Spaltung Sektor für Sektor durchführen. – Nach fünf Wochen Kampfaktionen haben die Beschäftigten des Telefondienstes der Regierung die Streichung der untersten Lohngruppe abgetrotzt; der Lohn für die beiden folgenden Lohngruppen wird angehoben. Die Aufsummierung der Arbeitszeitverkürzung, wie sie auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst fordern, konnte nur für die 75% Schichtarbeiter erkämpft werden. Die Verwaltungsangestellten können im Rahmen der Einführung der Gleitzeit die täglichen 24 Minuten zu halben Tagen zusammenziehen.

z.scc. **Trotz Gerichtsurteilen, trotz täglich härterem Polizeiterror, trotz Verhaftungen dauert der Streik der 500 Maschinisten und Matrosen von Smit, Rotterdamer Hafen, seit dem 23.8. an.** Die Schlepperbesatzungen fordern inzwischen die 28,50 hfl brutto/Woche aus dem Tarifvertrag für die Hafenarbeiter, den diese in einer Urabstimmung bei 60% Beteiligung mit 76% der Stimmen angenommen haben. Die Smit-Kapitalisten bieten Streikbrechern seit Tagen eine Prämie von 3000 hfl. Einzelne Schlepper, die des Nachts unter Polizeischutz ausfahren sollten, konnten teils von aufmerksamen Streikposten daran gehindert, teils aufgebracht und zurückgefahren werden. Große Containerschiffe können den Hafen nach wie vor nicht anlaufen.

z.anb. **Wenige Wochen vor Beginn der Lohnverhandlungen für die schweizerische Druckindustrie haben sich die im Typographenbund organisierten Druckarbeiter auf ihrer zentralen Delegiertenversammlung für eine gemeinsame Front aller Beschäftigten der Branche ausgesprochen.** Damit ist die Gewerkschaftsbewegung in der Druckindustrie erneut gestärkt worden. Im Mai hatten die drei größten Einzelgewerkschaften, in denen bislang Arbeiter, Angestellte und Journalisten getrennt organisiert waren, einen gemeinsamen Kampffonds gegründet (KVZ 22/79). Im jetzigen „Höhenflug" des Franken wittern die Druckkapitalisten den Extraprofit; deshalb haben in der Ostschweiz drei der größten Druckereien ein Komplott gegen den Lohnkampf und zur Durchsetzung der Rationalisierung geschmiedet. Es sieht gemeinsame Reparaturdienste und Ersatzteillager vor sowie „gegenseitige Absicherung im Falle von Betriebsstörungen".

z.ulg.Rom. **Die italienischen Gewerkschaftsbünde haben eine Kampagne zur Organisierung der ausländischen Arbeiter in Italien eingeleitet.** Während über eine Million Italiener gezwungen sind, ihre Arbeitskraft im Ausland zu verkaufen, sind die italienischen Imperialisten in den letzten Jahren selbst dazu übergegangen, zwecks Lohnsenkung in Massenumfang billige Arbeitskraft zu importieren. Die Zahl der ausländischen Arbeiter liegt mittlerweile über 500000, etwa 400000 davon sind „Illegale" ohne Arbeitserlaubnis, gezwungen, weit unter Tariflohn und ohne Sozialversicherung zu arbeiten. Die meisten ausländischen Arbeiter kommen aus Afrika und aus den südeuropäischen Nachbarländern Griechenland und Jugoslawien. Ein großer Teil arbeitet als Hausangestellte, andere als Industrie- und Landarbeiter. Die sizilianischen Fischereikapitalisten heuern „illegale" Tunesier an, um alsdann widerrechtlich in tunesischen Territorialgewässern fischen zu lassen. Die Gewerkschaften fordern jetzt Legalisierung der eingewanderten Arbeiter, Ratifizierung der internationalen Konvention über die Gleichbehandlung ausländischer Arbeiter und Anwendung der Tarife und Arbeiterschutzgesetze.

z.anb. **Der 7. Kongreß der Internationalen Föderation der Arabischen Gewerkschaften (ICATU), der am 24.9. in Damaskus zusammentrat, hat die Mitgliedschaft der ägyptischen und der tunesischen Gewerkschaft suspendiert.** 1956 von 15 Gewerkschaften aus 13 arabischen Staaten gegründet, erhob die ICATU von Anfang an die Forderung nach Beendigung jeglicher imperialistischer Aggression und Einmischung in die Angelegenheiten der arabischen Nation. Damals war dies gegen die USA als dem Hauptfeind gerichtet. Ob an dieser Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung festgehalten wird oder die Sowjetunion, die seit 1968 vergeblich versucht hat, die ICATU zum Beitritt in den revisionistischen *Weltgewerkschaftsbund* zu bewegen, als „natürlicher Verbündeter" anzusehen ist, ist Gegenstand heftiger Auseinandersetzung in Damaskus.


1.1.79 Feier in Samed zum 14. Jahrestag der Palästinensischen Revolution

Kinderunfälle auf Schulwegen – Staatsherz für Kinder

z.erm. Erwachsene und Autofahrer sind der „Hauptfeind" der Kinder im Straßenverkehr – so will es auf jeden Fall die Bourgeoisie glauben machen mit ihren besonders in letzter Zeit betriebenen Kampagnen wie „Aktion vorbildliche Verkehrsfamilie" oder „Ein Herz für Kinder". Durch ihre Politik der Schulzusammenlegung zwingt die Bourgeoisie die Kinder zu längeren, gefahrvolleren Schulwegen und in die öffentlichen Nahverkehrsmittel, in „die Welt des Straßenverkehrs", die – so scheinheilig der CDU-Abgeordnete Straßmeir am 20.9. im Bundestag – „nun einmal auf die Welt der Erwachsenen eingerichtet ist".

101000 Kinder verunglückten 1969 im Straßenverkehr, 1978 waren es 132000. 70% der Unfälle der Kinder passieren in geschlossenen Ortschaften, 2552 mit Todesfolge. Am häufigsten verunglücken Kinder im Alter von 6–7 Jahren. 90000 der Unfälle 1978 geschahen auf dem Schulweg.

In Epsingen, einem Ort mit 90 Einwohnern im Kreis Soest, besuchten die Kinder 1964 noch die Zwergschule im Nachbardorf Meinigsen, was 10 Minuten Schulweg (1,5 km) waren. 1965: Auflösung der Schule in Meinigsen, Eingliederung nach Ampen, 40 Min. Anfahrtszeit. 1972: Schließung der Hauptschule Ampen, Angliederung an Borgeln, zusätzlich 10 Min. Weg. 1974: Auflösung der Hauptschule Borgeln, Eingliederung Schulzentrum Soest (bis zu 1 Std. Anfahrtzeit). Ein Beispiel von vielen.

4500 Unfälle passierten im letzten Jahr mit Schulbussen. Der Landfrauenverband Weser-Ems (21000 Mitglieder) hat u.a. aufgedeckt: 60% der Schulbusse sind überbesetzt, in Ostfriesland 85%. Der Verband fordert vom Kultusministerium: eine weitere Konzentration des Schulwesens muß unterbleiben! Weitere Forderungen sind: Gesicherte Wartehäuser; für jeden einen Sitzplatz im Bus; mehr Busse zur Verringerung der Wartezeiten; Erstellung von Fahrplänen entsprechend den Stundenplänen.

An zahlreichen Schulen führen derzeit Eltern Streiks durch, um gegen den Staat ihre Forderungen nach sicheren Schulwegen und besseren Busverbindungen durchzusetzen. Die Frage nach dem „Hauptschuldigen" für die steigenden Unfälle ist da geklärt.

Schulart	Schulen 1970	Schulen 1978	%-Anstieg (1970 = 100)	Schüler 1970	Schüler 1978	%-Anstieg (1970 = 100)
Vorschule	1303	3132	140	33422	70775	111,7
Grund/ Hauptschule	21504	17797	– 18	6347451	5718124	– 10,0
Realschule	2116	2488	17,5	863450	1350721	56,0
Gymnasium	2311	2442	5,6	1379455	2013353	45,9
Gesamtsch.	124	227	83,0	61492	206930	236,0

Ausbau des Einsatzes internationaler Jugendbrigaden in der UdSSR

z.dab. Auf dem ersten Treffen „werktätiger Jugendlicher aus den sozialistischen Ländern", das Ende September in Moskau stattfand, wurden die Möglichkeiten erörtert, „wie noch qualitätsgerechter und effektiver produziert werden könne" (Aktuelle Kamera, 22.9.79). Die Absicht der Sozialimperialisten ist es, verstärkt jugendliche Arbeitskraft aus den RGW-Ländern ihrer Profitproduktion zu unterwerfen. Auf den Beschluß des Komsomol 1963, „zwischen Gebiets-, Kreis- und Grundorganisationen des Komsomol und denen anderer sozialistischer Länder feste Beziehungen herzustellen", folgte der erste Austausch von Studentenbrigaden zwischen der DDR und der UdSSR 1966 und die Kampagne „Jugendobjekte der deutsch-sowjetischen Freundschaft" 1971 (Horizont 12/79). Seitdem leisten z.B. Studenten u.a. traditionell ihr 3. Semester als Arbeitssemester in Objekten des RGW-Komplexprogramms ab. In dem im Juni von dem Komsomol und der FDJ abgeschlossenen Programm für die Jahre 1980–85 wird ausdrücklich festgehalten: „Teilnahme der Jugendlichen unserer Länder an der Erhöhung

Eingesetzt werden sie an Baustellen, wo vorwiegend schwere körperliche Arbeit erforderlich ist. Deshalb sollten sie jung, kräftig und ledig sein, möglichst den Militärdienst absolviert haben, weil sie dann „meistens schon einen Beruf (haben)", „über gewisse Lebenserfahrungen (verfügen)" und „diszipliniert" sind (Presse der Sowjetunion 18/78). 6291 FDJler waren allein von 1975–78 an dem 260 km langen DDR-Abschnitt der Sojus-Erdgasleitung tätig; von 15000 Arbeitern 1977 waren 6450 Mitglieder von Jugendorganisationen aus den RGW-Ländern.

Abenteuerlust, die einzige Möglichkeit für Arbeiterjugendliche zu reisen und die niedrige Entlohnung in ihren Heimatländern – 600 Rubel im Monat sind etwa das Doppelte dessen, was Jugendliche in der DDR verdienen – sind der Grund für die Freiwilligkeit so vieler Jugendlicher, so daß noch immer mehr Bewerbungen als Arbeitsplätze vorhanden sind. Was die Jugendlichen dort erwartet, drücken z.B. die Bewohner Nordtjumens so aus: „12 Monate ist Winter, der Rest Sommer". In Gebieten bis zu -55° mit 98% Sümpfen

Vorschule	1303	3132	140	33422	70775	111,7
Grund/ Hauptschule	21504	17797	– 18	6347451	5718124	– 10,0
Realschule	2116	2488	17,5	863450	1350721	56,0
Gymnasium	2311	2442	5,6	1379455	2013353	45,9
Gesamtsch.	124	227	83,0	61492	206930	236,0

Ausbau des Einsatzes internationaler Jugendbrigaden in der UdSSR

z.dab. Auf dem ersten Treffen „werktätiger Jugendlicher aus den sozialistischen Ländern", das Ende September in Moskau stattfand, wurden die Möglichkeiten erörtert, „wie noch qualitätsgerechter und effektiver produziert werden könne" (Aktuelle Kamera, 22.9.79). Die Absicht der Sozialimperialisten ist es, verstärkt jugendliche Arbeitskraft aus den RGW-Ländern ihrer Profitproduktion zu unterwerfen. Auf den Beschluß des Komsomol 1963, „zwischen Gebiets-, Kreis- und Grundorganisationen des Komsomol und denen anderer sozialistischer Länder feste Beziehungen herzustellen", folgte der erste Austausch von Studentenbrigaden zwischen der DDR und der UdSSR 1966 und die Kampagne „Jugendobjekte der deutsch-sowjetischen Freundschaft" 1971 (Horizont 12/79). Seitdem leisten z.B. Studenten u.a. traditionell ihr 3. Semester als Arbeitssemester in Objekten des RGW-Komplexprogramms ab. In dem im Juni von dem Komsomol und der FDJ abgeschlossenen Programm für die Jahre 1980–85 wird ausdrücklich festgehalten: „Teilnahme der Jugendlichen unserer Länder an der Erhöhung
der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion ... sowie an der Erfüllung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration." (Junge Generation 9/79)

Eingesetzt werden sie an Baustellen, wo vorwiegend schwere körperliche Arbeit erforderlich ist. Deshalb sollten sie jung, kräftig und ledig sein, möglichst den Militärdienst absolviert haben, weil sie dann „meistens schon einen Beruf (haben)", „über gewisse Lebenserfahrungen (verfügen)" und „diszipliniert" sind (Presse der Sowjetunion 18/78). 6291 FDJler waren allein von 1975–78 an dem 260 km langen DDR-Abschnitt der Sojus-Erdgasleitung tätig; von 15000 Arbeitern 1977 waren 6450 Mitglieder von Jugendorganisationen aus den RGW-Ländern.

Abenteuerlust, die einzige Möglichkeit für Arbeiterjugendliche zu reisen und die niedrige Entlohnung in ihren Heimatländern – 600 Rubel im Monat sind etwa das Doppelte dessen, was Jugendliche in der DDR verdienen – sind der Grund für die Freiwilligkeit so vieler Jugendlicher, so daß noch immer mehr Bewerbungen als Arbeitsplätze vorhanden sind. Was die Jugendlichen dort erwartet, drücken z.B. die Bewohner Nordtjumens so aus: „12 Monate ist Winter, der Rest Sommer". In Gebieten bis zu -55° mit 98% Sümpfen
oder Seen, in provisorischen Unterkünften, arbeiten auf der Großbaustelle Tjumen, der größten Erdöl-und Erdgaslagerstätte der UdSSR, seit 1963 100000 von Jugendlichen.

Universität Hannover: Amtsübernahme versalzen







r.wal. Nach seinem 10. Satz verließ Wissenschaftsminister Pestel fluchtartig die feierliche Übergabe des Präsidentenamtes der Universität Hannover. Die Studenten forderten auf Transparenten die Anerkennung ihres AStA, den die Landesregierung zerschlagen und durch Oberregierungsrat Fündeling als Staatskommissar ersetzen will. Pestel wurde eine Urkunde überreicht, auf der er bestätigen sollte, daß er den ASta anerkennt. Als er sich weigerte, zu unterzeichnen, mußte die Veranstaltung abgebrochen werden. Der neue Präsident Seidel will die Amtsenthebung noch in dieser Woche durchführen. Der AStA bereitet eine Demonstration zu Semesterbeginn vor.

Afrika baut eigenes Hochschulwesen auf

Zum Beispiel Ghana: Entscheidend ist die Entfaltung der allgemeinen Volksbildung

z.scc. 1960, zu Beginn des Jahrzehnts, in dem sich die Völker Afrikas anschickten, das Joch des Kolonialismus zu zerbrechen, gab es auf dem afrikanischen Kontinent (außer den heute noch kolonial unterdrückten Rhodesien, Namibia und Südafrika) ganze 27 Universitäten. Wo die europäischen Kolonialherren überhaupt Universitäten hatten errichten lassen, einzig zu dem Zweck, eine schmale Schicht mittlerer Beamter für ihren Kolonialapparat heranzuziehen. Dementsprechend verfügten die 27 Universitäten über Platz für gerade ein paar tausend Studenten – bei einer Gesamtbevölkerung von damals rund 255 Millionen.

Knapp 20 Jahre später gibt es 74 Universitäten, von einer großen, rasch wachsenden Zahl von Fachhochschulen verschiedenster Richtungen abgesehen. 1976/77 studierten an diesen 74 Universitäten knapp 700000 Studenten. Die enormen Anstrengungen, die die afrikanischen Völker auf die Ausbildung ihrer Jugend verwenden, spiegeln sich in diesen allgemeinen Zahlen ebenso wider wie die gewaltigen Schwierigkeiten, die sie hinwegzuräumen haben.

Knapp 700000 Studenten im unabhängigen Afrika – das sind absolut nur wenig mehr, als im gleichen Jahr in Westdeutschland und Westberlin an Universitäten studierten: ein Student auf 550 Einwohner dort, einer auf 95 hier. Hinzu kommt: Über 70% der Studienplätze sind in den arabischen Ländern Nordafrikas konzentriert. Nach wie vor verfügen nicht alle afrikanischen Staaten über eigene Hochschulen, wie z.B. Mali oder Guinea; sind die Universitäten in anderen Ländern wie Tschad (800 Studenten) oder Gabun (600) sehr klein, die Kosten verhältnismäßig um so höher; müssen rund die Hälfte aller schwarzafrikanischen Studenten im Ausland, vorwiegend in Europa und den USA, studieren.

Während der Kolonialherrschaft konnten weit über 90% der afrikanischen Volksmassen weder lesen noch schreiben. Für den Nachwuchs der Siedler gab es wohlausgestattete Privatschulen; Missionsschulen sorgten für die zwar gottgefällige, aber wenig Kenntnisse vermittelnde Erziehung afrikanischer Kinder. Ghana z.B., von den britischen Kolonialherren Goldküste geheißen, zählte nach dem zweiten Weltkrieg ein paar tausend Schüler in Primärschulen, weniger als 1000 in Sekundarschulen. Im Kampf für die Erziehung ihrer Jugend, eine mächtige Triebkraft im Kampf für nationale Befreiung, begannen die Volksmassen in den 50er Jahren mit der Errichtung von Hunderten von Schulen im ganzen Land, ohne Ausstattung, ohne ausgebildetes Lehrpersonal, aber unter ihrer eigenen Kontrolle. Diese Schulen bildeten wesentliche Voraussetzung dafür, 1961, vier Jahre nach Erringung der Unabhängigkeit, die unentgeltliche, obligatorische und allgemeine Schulbildung vom 6. bis 16. Lebensjahr durchzusetzen. Damals, 1960/61, besuchten rund 590000 Schüler die sechsjährige Primär- bzw. anschließende vierjährige Mittelschule, neun Jahre später bereits 1,4 Millionen. Die Zahl der Schüler an den Sekundarschulen stieg von 16700 auf 48500.

Ohne die Entwicklung eines allgemeinen Volksbildungswesens, das unter großen Anstrengungen – so mußte und muß überhaupt erst die notwendige Zahl von Lehrern ausgebildet werden – und gegen manche Rückschläge aufgebaut wurde, wäre jeder Versuch, den Volksmassen zugängliche Universitäten zu schaffen, von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

So aber können 1961 die beiden von den Kolonialherren hinterlassenen Colleges in Universitäten umgewandelt, eine dritte neu gegründet werden. Die Zahl der möglichen Studienrichtungen erhöht sich bis 1970 auf 16, Schwerpunkte bilden, den politischen und wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechend, Landwirtschaft, Medizin, Maschinenbau- und Ingenieurswesen sowie die Naturwissenschaften.

Auch nach der Errichtung der Universitäten versperren die hohen Kosten der Jugend der ghanischen Arbeiter und Bauern weitgehend den Zugang zum Studium. Mitte der 60er Jahre konnte die Regierung gezwungen werden, jedem Studenten jährlich 500 new cedi und damit rund 75% zu den als notwendig veranschlagten Reproduktionskosten zuzuschießen; 1971 jedoch wurden diese allgemeinen Stipendien unter dem wachsenden Druck der Imperialisten wieder gestrichen. Während alle Studien- und Examensgebühren durch den Staat getragen werden, müssen die Studenten bzw. ihre Eltern ihre Lebenshaltungskosten in der Regel selbst bestreiten. Kostendeckende Stipendien erhalten bis zu 10% der Studenten; andere, die kein Stipendium erhalten, das Geld zum Studium aber nicht aufbringen können, können zinslose Darlehen beantragen, die innerhalb von zwölf Jahren nach Beendigung des Studiums zurückzuzahlen sind. Verglichen mit den schikanösen Bedingungen, die an das BAFöG geknüpft sind, und angesichts der Tatsache, daß Ghana ein Entwicklungsland ist, stellt auch diese verschlechterte Regelung eine große Errungenschaft der ghanischen Volksmassen dar.



Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 39 45 90
Kommunistischer Jugendbund (KJB)
Heide
1. Oktober 1979
40a1d0300n

sich gleich orientieren, ob der Schüler sich den Stoff hat einbläuen lassen oder ob er da nicht mitgemacht hat und dagegen rebelliert hat. In diesem Teil der Prüfung wird man dann auch nur die Fortführung des Auslesesystems finden.

In der schriftlichen Prüfung in den

Zwischenprüfung im Metallhandwerk

Westdeutschland und Westberlin an Universitäten studierten: ein Student auf 550 Einwohner dort, einer auf 95 hier. Hinzu kommt: Über 70% der Studienplätze sind in den arabischen Ländern Nordafrikas konzentriert. Nach wie vor verfügen nicht alle afrikanischen Staaten über eigene Hochschulen, wie z.B. Mali oder Guinea; sind die Universitäten in anderen Ländern wie Tschad (800 Studenten) oder Gabun (600) sehr klein, die Kosten verhältnismäßig um so höher; müssen rund die Hälfte aller schwarzafrikanischen Studenten im Ausland, vorwiegend in Europa und den USA, studieren.

Während der Kolonialherrschaft konnten weit über 90% der afrikanischen Volksmassen weder lesen noch schreiben. Für den Nachwuchs der Siedler gab es wohlausgestattete Privatschulen; Missionsschulen sorgten für die zwar gottgefällige, aber wenig Kenntnisse vermittelnde Erziehung afrikanischer Kinder. Ghana z.B., von den britischen Kolonialherren Goldküste geheißen, zählte nach dem zweiten Weltkrieg ein paar tausend Schüler in

So aber können 1961 die beiden von den Kolonialherren hinterlassenen Colleges in Universitäten umgewandelt, eine dritte neu gegründet werden. Die Zahl der möglichen Studienrichtungen

knüpft sind, und angesichts der Tatsache, daß Ghana ein Entwicklungsland ist, stellt auch diese verschlechterte Regelung eine große Errungenschaft der ghanischen Volksmassen dar.



Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 39 45 90
Kommunistischer Jugendbund (KJB)
Heide
1. Oktober 1979
40a1d0300n

Zwischenprüfung im Metallhandwerk

Nach der Hälfte der Lehrzeit müssen alle Lehrlinge die Zwischenprüfung ablegen. Müssen deshalb, weil ohne die Teilnahme an der Prüfung keiner zur Gesellenprüfung zugelassen wird. Angeblich besteht der Nutzen darin, daß wir unseren Wissensstand selbst kontrollieren können, sehen, was wir können und was nicht und eine gute Vorbereitung zur Gesellenprüfung haben. Da die Noten für die Einzelarbeiten wie für die Gesamtprüfung nicht bei der Gesellenprüfung berücksichtigt werden, scheint das auch wirklich zu stimmen. Tatsächlich aber steckt dahinter ein verstecktes System uns selbst anzutreiben, um noch besser die bürgerlichen Lehrinhalte in unsere Köpfe einzutrichtern und um noch genauer, sorgfältiger und schneller praktische Arbeiten auszuführen. Dabei sollen wir alle Kritik am Unterricht, den Lernzielen, an der Arbeit und der ganzen Unterdrückung verdrängen mit dem Gedanken an das Ziel, nämlich die Gesellenprüfung bestehen zu wollen und zu müssen.

Die hinterlistigen Absichten der Handwerkskammer und der staatlichen Schulaufsicht werden im Vergleich zwischen Gesellen- und Zwischenprüfung noch deutlicher. So waren dieses Jahr die Aufgaben in Fachkunde wie in Gemeinschaftskunde bei der Gesellenprüfung einfacher als in der Zwischenprüfung des gleichen Jahrgangs. Sehen wir uns jetzt noch die Ergebnisse der schriftlichen Prüfung bei der Innung Dithmarschen Nord an. Von neun Schülern haben bei vier Prüfungsfächern sechs Schüler weniger als 50% der Aufgaben in einem Fach und vier Schüler sogar in zwei Fächern richtig. Wenn man jetzt noch berücksichtigt, daß von den neun Schülern zwei Schüler ein abgeschlossenes Abitur haben und dementsprechend abgeschnitten haben, erkennt man den Druck, der auf den Schülern lastet.

Die Zwischenprüfung insgesamt bestand aus der praktischen und mündlichen Prüfung, durchgeführt von der Innung und der schriftlichen Prüfung durch die Schule.

Die Praktische, die einen Tag dauerte, bestand aus der Herstellung eines Paßstückes mit Gewindebolzen und zweier Schweißnähte, mit Elektrode und autogen geschweißt. Bei der Herstellung des Paßstückes benutzte man hauptsächlich die Feile und die Säge, wobei solche Arbeiten in den Betrieben so gut wie nie vorkommen. Warum werden aber dann solche geprüft? Erstens soll überprüft werden, ob wir in einer festgelegten Zeit eine Arbeit bis auf 1/10 mm genau ausführen können und das auch, wenn die Arbeit stumpfsinnig ist. Bei den Schweißnähten soll dagegen schon das geprüft werden, was größtenteils in den Betrieben anfällt, so auch das Schmieden eines „Auges", wie bei der Prüfung der Innung in Dithmarschen Süd.

Bei der mündlichen Prüfung fiel sofort auf, daß die Meister gezielt die Schüler nach speziellen Sachen abfragten. Sie hatten von der Schule die Zeugnisnoten vorliegen und konnten sich gleich orientieren, ob der Schüler sich den Stoff hat einbläuen lassen oder ob er da nicht mitgemacht hat und dagegen rebelliert hat. In diesem Teil der Prüfung wird man dann auch nur die Fortführung des Auslesesystems finden.

In der schriftlichen Prüfung in den Fächern Fachkunde, Fachrechnen und Gemeinschaftskunde / Betriebswirtschaft haben sich im wesentlichen die Punktzahlen niedergeschlagen, die bei Klassenarbeiten auch herauskommen. In Fachzeichnen haben von 24 Schülern neun Schüler nicht die Hälfte der Punkte erhalten, was die schlechteste Arbeit seit langem ist. In Fachrechnen waren es sechs Schüler. Meistens sind das Hauptschüler, denen nicht einmal vernünftig die Grundrechenarten, Dreisatz oder das Umstellen einer Formel beigebracht wurde. Geschweige denn, daß ihnen die physikalischen Zusammenhänge klargemacht wurden. Genauso wie kein Arbeiter verstehen wird, wieso die doppelte Anzahl von Arbeitern die doppelte Menge an Pumpen herstellen wird, wie es in einem Dreisatz berechnet werden sollte, weil ja gerade die Kapitalisten mit weniger Arbeitern noch mehr produzieren lassen.

Alle Beispiele dieser Prüfung wie auch die Absichten der Innungen beweisen eins vollständig: Wir brauchen keine Zwischenprüfung und müssen für ihre Abschaffung kämpfen!

Klassensprecherwahl an der Meldorfer Berufsschule

In der Metallklasse Mt02b der Berufsschule Meldorf ist der Klassensprecher unter den Forderungen 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen, Kontrollrecht der Gewerkschaften über die Berufsausbildung gewählt worden. Das ist ein guter Anfang, um den Kampf gegen das Schulgesetz fortzuführen.

v. Hassels Vorstoß für eine Neuauflage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

z.hev. Kai Uwe von Hassel, geb. 1913 in Deutsch-Ostafrika, Vater Offizier, er selbst einmal Ministerpäsident von Schleswig-Holstein, Verteidigungsminister und Präsident des Bundestages, machte gleich beim Start des Europaparlaments von sich reden. Er und der britische konservative Abgeordnete Fergusson fragten die Kommission, ob sie die Absicht habe, mit der NATO ,,und den kompetenten Stellen der Mitgliedsstaaten'' Gespräche über gemeinsame Programme für die Ausrüstung der Waffen, deren gemeinsame Forschung und Produktion aufzunehmen. – Tagesordnungspunkt Industriepolitik!

Die beiden hatten in ein Wespennest gestochen, in eines mit ziemlich langer Geschichte. Am 27.5.1952 war der Entwurf eines Vertrages für die Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft von der Bundesreprublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet worden. Der Vertrag ist nie ratifiziert worden und damit nie in Kraft getreten. Er scheiterte 2 Jahre später am Einspruch der französischen Nationalversammlung. Frankreich war gerade mit den Versuchen, die Volksbefreiungskriege in Vietnam und Algerien niederzuschlagen, voll beschäftigt. Die bereits weit vorangeschrittenen Vorarbeiten für eine westdeutsche Wiederbewaffnung signalisierten den französischen Imperialisten erneut die scharfe Konkurrenz des deutschen Kapitals um die Vorherrschaft in Europa, das ökonomisch am Erstarken war. Eine europäische Streitmacht hätte für Westdeutschland die Wiederbewaffnung bedeutet, die seine wirtschaftliche Potenz erst richtig zur Geltung gebracht hätte. Das eben hatte die französische Nationalversammlung verhindern wollen.

Obwohl der Vertrag nie in Kraft getreten ist, ist es durchaus nützlich, ihn zu kennen. Das hilft, die Gedankengänge, die zu von Hassels Antrag geführt haben, und damit auch die der westdeutschen Bourgeoisie zu sezieren. Artikel 12: ,,Bei bestehenden oder drohenden Unruhen im europäischen Gebiet'' greifen die europäischen Streitkräfte ein. Kein Mitgliedsstaat darf nationale Streitkräfte unterhalten (Artikel 9) außer für Einsätze in den Kolonien, den sog. ,,außereuropäischen Gebieten'' und außer Seestreitkräften zum Schutz der außereuropäischen Gebiete und der ,,Verbindungswege'' (Artikel 10). Die europäischen Verteidigungsstreitkräfte stehen dem NATO-Oberbefehlshaber zur Verfügung (Artikel 18). In den wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrags taucht dann genau das auf, wofür sich von Hassel soeben stark gemacht hatte. Die EVG hat ,,in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Nordatlantikpakt-Organisation so weit und so bald wie möglich die Bewaffnung, Ausrüstung, laufende Versorgung und Wehrbauten zu vereinfachen und zu vereinheitlichen'' (Artikel 102, § 1c). Die Bundesregierung, damals unter Adenauer, begründete ihr Interesse zu diesem Punkt so: Durch das gemeinsame Forschungsprogramm auf militärischem Gebiet ,,gewinnt Deutschland in diesem Rahmen Anschluß an die Ergebnisse der militärischen Forschungen, die in einer Zeit erzielt wurden, während der ihm eine Beteiligung auf diesem Gebiet untersagt war''. Von Hassel war seit 1953 Mitglied des Bundestages, damals ging's um Wiederbewaffnung, heute schon direkt um Vorherrschaft.

Das Echo auf den jüngsten Vorstoß dieses altgedienten Politikers mit den angeborenen und dann in Fleisch und Blut übergegangenen Wurzeln kaiserdeutscher Kolonialherrlichkeit war in Straßburg denn auch bei den französischen Abgeordneten ausgesprochen laut und aufgeregt. Dabei waren die Altgaullisten Messmer und Debré noch harmlos. Revisionistenführer Marchais stellte sie mit seinem Chauvinismus weit in den Schatten. Er donnerte gegen ,,die Konstituierung eines Neuaufgusses einer europäischen Armee'' mit der ,,so offenkundigen Möglichkeit für die Bundesrepublik Deutschland, Zugang zu Atomwaffen zu bekommen''. Das ,,Primat verteidigungspolitischer Souveränität der einzelnen Nationen'' dürfe niemals in Frage gestellt werden. Außerdem widerspräche das ganze den Römischen Verträgen, in denen eine Verteidigungsgemeinschaft nicht vorgesehen sei. Die westdeutschen Sozialdemokraten hielten von Hassels Vorstoß zwar für tagesordnungsmäßig zulässig – in der Industrie sei es ja so schwierig, zwischen ziviler und militärischer Produktion und Forschung zu unterscheiden – aber leider für zu ungeschickt und vor allem für zeitlich falsch. Vorerst gelte es eher, leiser aufzutreten und sich Vertrauen zu erschleichen, statt wie ein Elefant im Porzellanladen das so zarte Pflänzchen Europa mit so entscheidenden Fragen zu strapazieren. Die sozialdemokratische Taktik ist zweifellos hinterhältiger. Aber von Hassel hat immerhin vorgefühlt, und die westdeutschen Imperialisten wissen jetzt, woran sie sind.

Auf die Vorherrschaft in Europa jetzt so direkt loszumarschieren, wie es von Hassel mit seinem Baustein für eine europäische Verteidigungsgemeinschaft versuchte, verprellt gegenwärtig einen französischen Imperialismus, der sich noch selbst Hoffnungen auf die Vorherrschaft macht.

Dritter Neuentwurf des niedersächsischen Polizeigesetzes vorgelegt

r.kea. Letzte Woche hat die niedersächsische Landesregierung den neuesten Novellierungsentwurf des ,,Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (NSOG)'' verabschiedet. Das Gesetz soll noch in diesem Monat im Parlament behandelt und im Frühjahr 1980 spätestens beschlossen werden. Festzustellen ist, daß der Entwurf gegenüber dem alten Gesetz oder den Gesetzen in anderen Bundesländern nichts prinzipiell Neues bringt. Es soll einerseits die verschiedene Unterdrückungstätigkeit der Polizei neu geordnet werden und andererseits sollen die Polizei*befugnisse* wesentlich erweitert werden. Angefangen von der Personalienfeststellung und der Durchsuchung bis zur Festnahme und zum Waffeneinsatz werden die Möglichkeiten der Polizei erweitert und rechtlich abgesichert. Die rechtlichen Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, werden eingeschränkt. Die bürgerliche Presse, der der Gesetzentwurf im Wortlaut vorliegt, meldet über die juristische Ausweitung der Unterdrückungsmaßnahmen so gut wie nichts, machte aber viel Lärm darüber, daß der Gesetzentwurf gegenüber dem Musterentwurf der Innenministerkonferenz Maschinengewehre und Handgranaten nicht ausdrücklich als Polizeiwaffen festlegt.

Mit dem neuen Polizeigesetz will die Bourgeoisie das mit wenigen Änderungen seit 1951 bestehende alte Gesetz ablösen und der heutigen Entwicklung des Klassenkampfes sowie der von ihr erwarteten Entwicklung gerecht werden. Der erste Neuentwurf war noch unter der nidersächsischen SPD-Regierung Kubel ausgearbeitet und im Januar 1976 vorgelegt worden. Keine sieben Monate später, Ernst Albrecht war inzwischen durch Abgeordnetenkauf Ministerpräsident geworden, legte im August 1976 die CDU-Landesregierung einen eigenen Neuentwurf vor, der gegenüber dem SPD-Entwurf nur unwesentliche Änderungen aufzuweisen hatte. In den Fragen der ,,Inneren Sicherheit'' waren sich CDU und SPD seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze ziemlich einig. Beide damaligen Gesetzentwürfe, wie auch der heutige Entwurf stimmen im wesentlichen überein mit dem Musterentwurf der Innenministerkonferenz, in der ja bekanntlich CDU- und SPD-Regierungen gemeinsam sitzen.

Als in den Jahren 1976/77 die Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm in mehreren großen Demonstrationen gegen die Errichtung von Kernkraftwerken einen Aufschwung nahm, verzögerte sich die Verabschiedung des Polizeigesetzes erneut. Bei der Vorlage des Gesetzentwurfs entstand sofort Widerstand und Protest im Volk: Stellungnahmen gegen die Novellierung wurden unter anderem von gewerkschaftlichen Körperschaften, wie der Vertreterversammlung der IG Metall Wolfsburg verabschiedet. Erst jetzt, über dreieinhalb Jahre nach der Erstvorlage, nimmt die Albrecht-Regierung einen neuen Anlauf zur Durchsetzung dieses volksfeindlichen Machwerks. Nachdem die Marschrichtung zur Durchsetzung des Energieprogramms zwischen Bundesregierung und Landesregierungen ausgehandelt ist, einschließlich dem Plan, das atomare Endlager in Gorleben mit Polizeigewalt zu errichten, fehlt nur noch das gesetzliche Instrumentarium, um die Polizeitruppen, die seit Jahren auf- und ausgebaut werden, umfassend einsetzen zu können. Zu dem angeblich großen Zugeständnis in der Bewaffnungsfrage sagen die Worte des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff, aus einem Interview, das er im NDR gab, alles aus: ,,Es geht hier nicht um die Entscheidung eines Kampfes zwischen Falken und Tauben, sondern es geht um eine nüchterne und pragmatische Entscheidung. (...) Wir sind eben der Meinung, daß wir im normalen Fall mit den vorhandenen Waffen auskommen und daß wir in den – wenn Sie so wollen – anormalen Lagen, die dann ja immerhin noch unter der Situation des Art. 91 Grundgesetz stehen, dann auf den Bundesgrenzschutz, allerdings dann unter der Führung der niedersächsischen Polizei zurückgreifen können.''

Neues Kriegsdienstverweigerungs- und Zivilrecht: Arbeitsdienst und Kasernierung

z.mal. Der Zivildienst soll weiter ausgebaut werden. Darin sind sich die bürgerlichen Parteien einig. In der Bundestagsdebatte vom 27.6.79 hat Jahn die Zielvorstellungen der SPD genannt: Steigerung von jetzt 41000 Plätzen – davon zwei Drittel nicht besetzt – auf 60000.

Neue Möglichkeiten des Einsatzes von Zivildienstpflichtigen sind geplant und zum Teil schon verwirklicht: Umweltschutz, Landschaftsschutz, Zivilschutz. Angestrebt sind 10000 Plätze in diesem Bereich. Maßstab der Erschließung neuer Einsatzbereiche ist, so hat es das Bundesverfassungsgericht festgelegt, die ,,Gleichwertigkeit der Dienstplätze'' mit denen der Wehrpflichtigen. Ein Wehrpflichtiger in einem Pionierbataillon als Vergleichsmaßstab gesetzt, setzt wirklich ausdehnungsfähige Möglichkeiten, den Zivildienst zum Bundesarbeitsdienst auszubauen.

60000 unter dem Spaten, im Krankenhaus, im Altenheim unter der Dienstpflicht des Staates erfordert Überwachung und Kontrolle. Die ,,Gleichwertigkeit'' mit der Kasernenunterdrückung soll erreicht werden. Dazu dienen: weitere Ausdehnung der ,,dienstlichen Unterbringung'' – sprich Kasernierung –, zwingend vorgeschriebener vierwöchiger ,,Einführungskurs'' zu Beginn.

Dienststellen der Zivildienstverwaltung werden im Auftrag des Bundes auf der Ebene der Regierungsbezirke eingerichtet. Sie üben gegenüber dem Heer der 60000 Zivildienstpflichtigen die Disziplinargewalt und Arbeitsaufsicht aus. ,,Dieser bisher nicht vorhandene Unterbau für die Organisation des Zivildienstes soll helfen, die Fürsorge für die Zivildienstpflichtigen zu verbessern, soll zugleich aber auch eine bessere Überwachung des Zivildienstes möglich machen.'' So SPD-Jahn am 27.6. im Bundestag. In all den bisher genannten Punkten gibt es in den von CDU/CSU sowie SPD/FDP vorgelegten Gesetzentwürfen zur Neuordnung des Kriegsdienstverweigerungsrechts absoluten Gleichklang.

Entsprechend groß ist die Einigkeit, daß zur Erreichung dieses Zieles das Anerkennungsverfahren beschleunigt werden muß. Beschleunigung wird in den vorliegenden Gesetzentwürfen erreicht durch Ausschaltung des bisherigen Widerspruchsverfahrens. Ist ein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung abgelehnt, dann ist nur noch Klage vor dem Verwaltungsgericht möglich.

Nach dem alten Verfahren kann zur Zeit noch Widerspruch vor einer weiteren Prüfungskammer erhoben werden. Der Beschleunigung soll auch dienen, daß das Anerkennungsverfahren ohne mündliche Anhörung entschieden werden kann. Über den Umfang des Verzichts auf die mündliche Verhandlung gibt es Streit zwischen CDU/CSU und SPD/FDP.

Streit gibt es auch über die Dauer des Zivildienstes. Als Leitlinie dient beiden Gesetzentwürfen die ,,Gleichwertigkeit'' mit dem Wehrdienst. Die Länge des Wehrdienstes stellt das Verteidigungsministerium fest, wie es auch dessen Verlängerung über mehr Wehrübungen erreichen kann. Auf 16 bis 18 Monate wird es herauslaufen. Die Gesetzentwürfe liegen zur Zeit beim Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales. Dieser wird in diesem Monat darüber beraten.

Die Zivildienstpflichtigen haben in den letzten Jahren schon große Kämpfe gegen Kasernierung, Arbeitsdiensteinsatz und Disziplinarunterdrückung geführt. In Hamburg wurde am 6.9. Iven wegen der neuen Gesetzesnovelle zur Rede gestellt. Er hat sich ausgeschwiegen. Die Bourgeois-Parteien wissen, wohin sie wollen.

und zu vereinheitlichen'' (Artikel 102, § 1c). Die Bundesregierung, damals unter Adenauer, begründete ihr Interesse zu diesem Punkt so: Durch das gemeinsame Forschungsprogramm auf militärischem Gebiet ,,gewinnt Deutschland in diesem Rahmen Anschluß an die Ergebnisse der militärischen Forschungen, die in einer Zeit erzielt wurden, während der ihm eine Beteiligung auf diesem Gebiet untersagt war''. Von Hassel war seit 1953 Mitglied des Bundestages, damals ging's um Wiederbewaffnung, heute schon direkt um Vorherrschaft.

Das Echo auf den jüngsten Vorstoß dieses altgedienten Politikers mit den angeborenen und dann in Fleisch und Blut übergegangenen Wurzeln kaiserdeutscher Kolonialherrlichkeit war in Straßburg denn auch bei den französischen Abgeordneten ausgesprochen laut und aufgeregt. Dabei waren die Altgaullisten Messmer und Debré noch harmlos. Revisionistenführer Marchais stellte sie mit seinem Chauvinismus weit in den Schatten. Er donnerte gegen ,,die Konstituierung eines Neuaufgusses einer europäischen Armee'' mit der ,,so offenkundigen Möglichkeit für die Bundesrepublik Deutschland, Zugang zu Atomwaffen zu bekommen''. Das ,,Primat verteidigungspolitischer Souveränität der einzelnen Nationen'' dürfe niemals in Frage gestellt werden. Außerdem widerspräche das ganze den Römischen Verträgen, in denen eine Verteidigungsgemeinschaft nicht vorgesehen sei. Die westdeutschen Sozialdemokraten hielten von Hassels Vorstoß zwar für tagesordnungsmäßig zulässig – in der Industrie sei es ja so schwierig, zwischen ziviler und militärischer Produktion und Forschung zu unterscheiden – aber leider für zu ungeschickt und vor allem für zeitlich falsch. Vorerst gelte es eher, leiser aufzutreten und sich Vertrauen zu erschleichen, statt wie ein Elefant im Porzellanladen das so zarte Pflänzchen Europa mit so entscheidenden Fragen zu strapazieren. Die sozialdemokratische Taktik ist zweifellos hinterhältiger. Aber von Hassel hat immerhin vorgefühlt, und die westdeutschen Imperialisten wissen jetzt, woran sie sind.

Auf die Vorherrschaft in Europa jetzt so direkt loszumarschieren, wie es von Hassel mit seinem Baustein für eine europäische Verteidigungsgemeinschaft versuchte, verprellt gegenwärtig einen französischen Imperialismus, der sich noch selbst Hoffnungen auf die Vorherrschaft macht.

Arbeitsdienst und Kasernierung

z.mal. Der Zivildienst soll weiter ausgebaut werden. Darin sind sich die bürgerlichen Parteien einig. In der Bundestagsdebatte vom 27.6.79 hat Jahn die Zielvorstellungen der SPD genannt: Steigerung von jetzt 41000 Plätzen – davon zwei Drittel nicht besetzt – auf 60000.

Neue Möglichkeiten des Einsatzes von Zivildienstpflichtigen sind geplant und zum Teil schon verwirklicht: Umweltschutz, Landschaftsschutz, Zivilschutz. Angestrebt sind 10000 Plätze in diesem Bereich. Maßstab der Erschließung neuer Einsatzbereiche ist, so hat es das Bundesverfassungsgericht festgelegt, die ,,Gleichwertigkeit der Dienstplätze'' mit denen der Wehrpflichtigen. Ein Wehrpflichtiger in einem Pionierbataillon als Vergleichsmaßstab gesetzt, setzt wirklich ausdehnungsfähige Möglichkeiten, den Zivildienst zum Bundesarbeitsdienst auszubauen.

60000 unter dem Spaten, im Krankenhaus, im Altenheim unter der Dienstpflicht des Staates erfordert Überwachung und Kontrolle. Die ,,Gleichwertigkeit'' mit der Kasernenunterdrückung soll erreicht werden. Dazu dienen: weitere Ausdehnung der ,,dienstlichen Unterbringung'' – sprich Kasernierung –, zwingend vorgeschriebener vierwöchiger ,,Einführungskurs'' zu Beginn.

Dienststellen der Zivildienstverwaltung werden im Auftrag des Bundes auf der Ebene der Regierungsbezirke eingerichtet. Sie üben gegenüber dem Heer der 60000 Zivildienstpflichtigen die Disziplinargewalt und Arbeitsaufsicht aus. ,,Dieser bisher nicht vorhandene Unterbau für die Organisation des Zivildienstes soll helfen, die Fürsorge für die Zivildienstpflichtigen zu verbessern, soll zugleich aber auch eine bessere Überwachung des Zivildienstes möglich machen.'' So SPD-Jahn am 27.6. im Bundestag. In all den bisher genannten Punkten gibt es in den von CDU/CSU sowie SPD/FDP vorgelegten Gesetzentwürfen zur Neuordnung des Kriegsdienstverweigerungsrechts absoluten Gleichklang.

Entsprechend groß ist die Einigkeit, daß zur Erreichung dieses Zieles das Anerkennungsverfahren beschleunigt werden muß. Beschleunigung wird in den vorliegenden Gesetzentwürfen erreicht durch Ausschaltung des bisherigen Widerspruchsverfahrens. Ist ein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung abgelehnt, dann ist nur noch Klage vor dem Verwaltungsgericht möglich.

Nach dem alten Verfahren kann zur Zeit noch Widerspruch vor einer weiteren Prüfungskammer erhoben werden. Der Beschleunigung soll auch dienen, daß das Anerkennungsverfahren ohne mündliche Anhörung entschieden werden kann. Über den Umfang des Verzichts auf die mündliche Verhandlung gibt es Streit zwischen CDU/CSU und SPD/FDP.

Streit gibt es auch über die Dauer des Zivildienstes. Als Leitlinie dient beiden Gesetzentwürfen die ,,Gleichwertigkeit'' mit dem Wehrdienst. Die Länge des Wehrdienstes stellt das Verteidigungsministerium fest, wie es auch dessen Verlängerung über mehr Wehrübungen erreichen kann. Auf 16 bis 18 Monate wird es herauslaufen. Die Gesetzentwürfe liegen zur Zeit beim Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales. Dieser wird in diesem Monat darüber beraten.

Die Zivildienstpflichtigen haben in den letzten Jahren schon große Kämpfe gegen Kasernierung, Arbeitsdiensteinsatz und Disziplinarunterdrückung geführt. In Hamburg wurde am 6.9. Iven wegen der neuen Gesetzesnovelle zur Rede gestellt. Er hat sich ausgeschwiegen. Die Bourgeois-Parteien wissen, wohin sie wollen.

Der französische Imperialismus erhöht die Kriegsanstrengungen

Ausbau der force de frappe / Panzermanöver Saône 79 / Verstärkung der Interventionstruppen

z.pel.Paris. Am 7.10. ging ,,Saone 79'', das größte Manöver der französischen Armee seit dem 2. Weltkrieg, zu Ende. 17000 Soldaten, 900 Panzer, 120 Kampfhubschrauber der Armee und 200 Kampfflugzeuge der Luftwaffe waren vom französischen Generalstab in der Region Franche Comté nahe der Schweizer Grenze, etwa auf Höhe Basels, in eine ,,klassische Offensive'' gegen einen ,,aus dem Elsaß kommenden Gegner'' geworfen worden. Als Übungszweck gaben die Generäle die ,,Überprüfung der Operationsfähigkeit großer Panzereinheiten und die Koordinierung von Luft- und Bodenkräften'' an. Schwerpunkte: bewegliche Kampfführung, Flußüberquerungen.

Es kam der Bourgeoisie darauf an, die Effektivität der 1976 eingeleiteten Reorganisierung des Heeres zu testen. Mit dem Gesetz über das Militärprogramm für die Jahre 1977 – 82 hatte sie damals die Ziele dieser Reform wie folgt festgelegt: Straffung der operationellen Führung, Erhöhung der Feuerkraft, größere Beweglichkeit und Verkürzung der Eingreifszeit. Die Brigade als operationelle Einheit unterhalb der Divisionsebene wurde abgeschafft und das Verhältnis von Panzer- und Infanteriedivisionen auf 8:7 zugunsten der Panzerdivisionen geändert. Drei Infanteriedivisionen bekamen Spezialaufgaben. Neben der 27. Alpenjägerdivision wurden die 11. Fallschirmjägerdivision und die 9. Marineinfanteriedivision als Spezialeingreiftruppen gebildet. Die Ausrüstung mit Kampfhubschraubern (heute ca. 600), Luftabwehrraketen Roland und Panzerabwehrraketen Milan und Hot sollte beschleunigt werden.

Ähnelte schon das Manövergelände auffallend der Schwarzwaldhochebene und der sich nach Südosten anschließenden Schwäbischen Alb, so stellte Verteidigungsminister Bourges in seinem Bericht über die Ausführung des Militärprogrammes vor der Nationalversammlung am 2. Oktober klar, worum es bei diesem Manöver ging. ,,Als europäische Macht kann Frankreichs Schicksal nicht von dem des Kontinents getrennt werden ... Die französische Souveränität würde schwer bedroht, wenn seine direkten Nachbarn besetzt oder in der einen oder anderen Weise durch eine feindliche Macht kontrolliert würden. Wer könnte denn guten Glaubens versichern, daß ein Konflikt in Europa an unseren Grenzen haltmachen würde?''

Frankreich als führende imperialistische Macht Europas im Schatten der Konkurrenz der Supermächte und gegen sie aufzubauen, um sich so die Basis für die Ausdehnung des Einflusses in der Welt zu schaffen, dies ist das Ziel der französischen Militärpolitik. Um 100% hat die Bourgeoisie die Ausgaben für den imperialistischen Krieg zwischen 1974 und 1979 gesteigert. Das 77 Mrd. FF-Budget von 1979 soll 1980 um 24% auf 99,5 Mrd. erhöht werden. Es wird dann ca. 20% des Gesamthaushaltes ausmachen und knapp unter dem Etat Apels liegen. Der entscheidende Unterschied aber zu ihren westdeutschen Konkurrenten: Die französischen Imperialisten verfügen über Nuklearwaffen. Sind sie ihnen bei einem etwaigen Krieg um Europa nur von sehr begrenztem Wert – riskierten sie doch die Zerstörung der Kriegsbeute – so erlauben sie, die Raublust der imperialistischen Konkurrenten erheblich zu zügeln, und sind Grundlage für die eigenen Raubzüge gegen die Völker der Welt.

Seit 1966 hat die französische Finanzbourgeoisie ihre force de frappe der Kontrolle der imperialistischen Konkurrenz in der NATO entzogen. Sie besteht heute vor allem aus fünf atomgetriebenen und ab 1980 mit Mehrfachsprengkopfraketen ausgerüsteten Unterseebooten, den auf dem Albionplateau fest installierten Boden-Boden-Raketen und der taktischen Luftflotte. Eine bewegliche Fernrakete ist in der Entwicklung. Das Zerstörungspotential liegt bei insgesamt 50 Megatonnen.

Entsprechend frech treten die französischen Imperialisten heute auf. Während Giscard in Bonn zusammen mit Schmidt Salt II warm als wichtigen Schritt zum Weltfrieden unterstützt, erklärt sein Verteidigungsminister, wie die französischen Imperialisten auf diese *kriegsvorbereitende* Maßnahme der Supermächte zu reagieren gedenken: ,,Zu akzeptieren, daß der Weltfrieden von diesem Gleichgewicht (Salt) abhängt, heißt, die Teilung der Welt in zwei Lager und die Verewigung der Herrschaft der zwei Supermächte zu akzeptieren.''

So forderte dann auch der Vorsitzende der ,,Verteidigungskommission'' Paecht ,,eine dynamische Nuklearpolitik ..., um zu sehen, was uns im europäischen Rahmen möglich ist.'' Die jüngste Intervention des französischen Imperialismus in Zentralafrika, seine 15000 auf sechs Basen in Afrika und dem Indischen Ozean verteilten Söldner, die gleiche Anzahl von Paras in Frankreich in Reserve gehalten, der Beschluß über den Aufbau dreier weiterer Regimenter deuten an, daß der französische Imperialismus unter dem Mantel der Kritik an den Supermächten und der Anbiederung an die Staaten der Dritten Welt eine Expansionsoffensive zu starten gedenkt.





,,Frankreich hat eine Rolle in der Welt zu spielen'', so Verteidigungsminister Bourges. Atomboot ,,le terrible'' (Der Schreckliche). – Paras in Zentralafrika.

Zusammenbruch der dänischen sozialdemokratisch/liberalen Koalitionsregierung

z.bag.Aarhus. Die dänische Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Liberalen hat sich als untauglich erwiesen, das angeschlagene Finanzkapital zu sanieren. Zwar schaffte sie es, der Arbeiterklasse und den Volksmassen in den 13 Monaten ihrer Amtszeit stattliche Summen abzupressen: durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 20,25%, durch einen Tarifabschluß mit direkter Lohnsenkung und Energieabgaben. Aber die Kapitalisten wollen mehr. In ihrem Organ „Børsen" verlangten sie am 1.10. die Eintreibung von weiteren 15 Mrd. Kronen. Am gleichen Tag schlug der Vorsitzende des dänischen Industriellenverbandes die erwünschten Maßnahmen dazu vor: Lohnstop und Schluß mit den Teuerungszuschlägen, Senkung des Arbeitslosengeldes, größere Mobilität der Arbeitskraft, Förderung der Forschung und Investitionshilfen. Die Liberalen haben sich mit drei konservativen Parteien zu einem „Vierklee" zusammengeschlossen und sich zur Durchsetzung dieser Maßnahmen angeboten. Am 4.10. gaben sie den Angriffsplan auf die Arbeitslosenkassen bekannt: verschärfte Kontrolle der Unterstützungsberechtigung, Pflicht zur Umschulung, Schluß mit der gleitenden Anpassung an die Preissteigerungen, Senkung des Arbeitslosengeldes nach einem Jahr von 90 auf 80% des Lohns. Sozialdemokraten und Liberale waren mit einem ähnlichen Programm am Widerstand der Arbeiterklasse gescheitert. Deshalb fordert das „Vierklee" auch gleich schärfere Gesetze gegen die Streiks und Blockadeaktionen. Die Antisteuerpartei bietet als Kernpunkt Rationalisierungen im öffentlichen Dienst an. Welche neue Konstellation im 12-Parteien-Gefüge sich bei der Neuwahl am 23. 10. auch findet: das geplante Raubprogramm ist nicht leicht durchzusetzen.



Kopenhagen, 3.4.79. 400 Müllarbeiter blockieren das Rathaus. Sie fordern mehr Lohn.

Labour-Parteitag: Der „linke" Tony Benn soll den Griff um die Arbeiterbewegung festigen

z.hef.London. „Labour's Linke siegreich", war die Standardschlagzeile der letzten Woche. Gegen den Widerstand Callaghans hatte der Parteitag in Brighton zwei Anträge der „Linken" im Parteivorstand, geführt von Tony Benn, angenommen: Parlamentsabgeordnete gelten nicht mehr wie bisher automatisch als für die nächste Wahl aufgestellt, sondern müssen sich einer Abstimmung der örtlichen Parteiorganisation stellen. Und statt des Parteiführers hat jetzt der Vorstand die letzte Entscheidung über das Wahlprogramm. Callaghan setzte sich in der Frage der Wahl des Parteiführers durch, dieser wird weiterhin von der Parlamentsfraktion gewählt und nicht, wie gefordert, von einem Wahlmännergremium.

90% der ca. 6,6 Millionen auf dem Parteitag vorhandenen Stimmen waren in der Hand der Gewerkschaftsführer, weil die Mitglieder vieler Gewerkschaften automatisch als Labour-Mitglieder gelten (und zahlen), wenn sie nicht ausdrücklich ihren Austritt verlangen. Die Facharbeitergewerkschaften, vor allem die AUEW, setzten die Erfolge Benns durch.

Die Labour-Regierung hat mit ihrer Politik, insbesondere den Lohnleitlinien, große Empörung der Arbeiterklasse geerntet. Die Sozialdemokraten verloren krachend die Wahl, viele örtliche Organisationen sind kurz vor dem Zusammenbruch. Bessere „demokratische Kontrolle" durch die „linke" Basis der Partei bietet die Gewerkschaftssozialdemokratie der Arbeiterbewegung an, dazu die angeblich sozialistische Politik des Tony Benn.

In sein neues Buch „Argumente für den Sozialismus" schrieb Benn hinein: „Weil Großbritannien es nicht fertigbrachte, das nötige Kapital und die nötige Ausrüstung für die am höchsten ausgebildeten Arbeiter zur Verfügung zu stellen, geht die Entwicklung falsch herum. Wir ent-industrialisieren. Als Ergebnis sind wir in Gefahr, die wirtschaftliche Stärke zu verlieren, die wir als Basis für unseren Wohlfahrtsstaat brauchen." Um die „wirtschaftliche Stärke" nicht zu verlieren, fordert Benn dann mehr Investitionen, selbständige Energiepolitik, Verstaatlichungen etc. Benn zielt auf Strömungen in der Arbeiterbewegung, vor allem unter den Facharbeitern und degradierten Facharbeitern, wo er mit dem sozialchauvinistischen Ramsch Kräfte für die Bourgeoisie sammelt.

DDR: Renten mit Bedacht auf dem Existenzminimum

Auch die Erhöhung zum 30. Jahrestag ändert am Zwang zur Weiterarbeit nichts

z.hku. Zwei Wochen vor dem 30. Jahrestag der Gründung der DDR haben SED, Ministerrrat und Vorstand des FDGB eine Erhöhung der Renten zum 1.12.79 festgelegt. Die Mindestrenten steigen um 40 Mark; auf 270 Mark für diejenigen, die die Mindestzeit von 15 Jahren nicht erreichen, aber andere Voraussetzungen erfüllen, wie Frauen mit 5 Kindern; auf 280 bis 340 in Abstufungen, je nach Versicherungszeit, für die übrigen. Die über dem Mindestsatz liegenden Renten „werden in Abhängigkeit vom Jahr des Rentenbeginns bis 20% erhöht, soweit dadurch der jeweils mögliche Höchstbetrag nicht überschritten wird. Dadurch werden die Renten der ältesten Bürger am stärksten angehoben." (Neues Deutschland, 27.7.) Genaueres wird dazu nicht mitgeteilt.

Der Besuch Breschnews und die Unterzeichung des „Kooperationsabkommens" mit der UdSSR, das die Tributlieferungen der DDR bis 1990 absteckt, sind für die Arbeiter und die Volksmassen der DDR jedenfalls kein Grund zum Feiern. Nachdem ihnen durch die Machtergreifung des Revisionismus eine neue Ausbeuterklasse im Nacken sitzt, läßt sich auch die Einheit des „sozialistischen Vaterlandes" nicht mehr mit der bloßen Existenz dieses Staates begründen, die historisch ja tatsächlich gegen die Aggression der USA und der westdeutschen Imperialisten hat verteidigt werden müssen. Sollte der 30. Jahrestag aussichtsreicher Ausgangspunkt für neue Produktionsschlachten werden, war eine kräftige Förderung des Gedankens an Klassenversöhnung, Abstumpfung des Klassengegensatzes erforderlich. Gleichzeitig mit der Rentenerhöhung beschloß der Staatsrat der DDR eine Amnestie für Strafgefangene, mit Ausnahmen natürlich. Für die Unterdrückung jeglicher Klassenbewegung der Arbeiter sind die Instrumente dabei durch die Strafrechtsänderungen im August schon geschärft worden. Die Heraufsetzung der Renten ist Teil dieses politischen Manövers. Ausgangspunkt des Kalküls ist die elende Lage, in der – gerade die älteren – Rentner sich befinden.

Im Dezember 1977 betrug die durchschnittliche Altersrente in der DDR 302,43 Mark, die Invalidenrente 267,95 Mark und die Witwenrente – die grundsätzlich nur im Rentenalter gezahlt wird – 241,37 Mark (Stat. Jahrbuch der DDR 1978). Das waren bei der Altersrente 31% vom angegebenen Durchschnittslohn der Arbeiter und Angestellten. Eine Reproduktion, die auch nur annähernd der Reproduktion vor der Verrentung bzw. der noch tätigen Arbeiter entspricht, ist damit nicht möglich, vielmehr tritt ein schroffer Bruch mit Erreichung des Rentenalters (65 für Männer, 60 für Frauen) ein. Möglich bleibt eine Reproduktion, die grade das Existenzminimum garantiert, mit starken Einschränkungen schon bei allen höherwertigen Lebensmitteln und noch stärkeren bei Kleidung und anderen Gebrauchsgütern. Daran ändern die geringe Miete und verschiedene Verbilligungen nichts. Im Schaubild ist versucht, dieses Reproduktionsniveau darzustellen, indem die Durchschnittsrente in Stundenlohn umgerechnet ist und so dargestellt ist, wieviele Stundenlöhne für den Konsum bestimmter Güter aufgewendet werden müssen (nach den offiziellen Preisangaben).

(1) 1l Milch
(2) 1kg Kotelett
(3) 1kg Kaffee (mittl. Qual.)
(4) Hemd (Kunstfaser)
(5) Herrenschuhe (Leder)
197 Std. = 302,43 M (1977)

Der einzige Weg, diesen Bruch im Reproduktionsniveau auch nur zu mildern, ist die Weiterarbeit als Rentner. Über 600000 Rentner arbeiten heute in der DDR, bei den bis zu 70jährigen sind es 40%. Die Ausdehnung des Arbeiterkörpers über alle Schranken hinaus ist das erklärte Ziel der revisionistischen Rentenpolitik.

Die Rentenversicherung ist Teil der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, die der Staat über den FDGB kontrolliert. Für alle Zweige der Sozialversicherung werden 10% des Lohnes als Versicherungsbeitrag gezahlt – dazu kommen 12,5% vom Betrieb –, allerdings nur bis zur Grenze von 600 Mark. Die Rentenansprüche werden seit 1968 so berechnet: 110 Mark sind Grundbetrag für alle gleich. Dazu kommen für jedes Zurechnungsjahr 1% vom Durchschnittslohn; dieser Durchschnittslohn wird aus dem Lohn der letzten 20 Jahre, höchstens jedoch wiederum 600 Mark, berechnet. Daraus ergibt sich eine Höchstgrenze der Renten (bislang 410 Mark bei 45 Jahren); nach unten sind die erwähnten Mindestbeträge festgelegt. Gerade die Renten der Älteren liegen wegen der Bemessungsgrundlage kaum über den Mindestrenten.

Gegenüber diesem niedrigen Niveau sollen die Beschäftigten im staatlichen Unterdrückungsapparat mit abgestuften Vergünstigungen gebunden werden. Bei Bahn, Post und Gesundheitswesen erhalten sie statt 1% 1⅓% berechnet; Lehrer, Ärzte und Techniker haben eine Zusatzversorgung, so daß 60 – 80% des Lohnes erreicht werden. Ist der Arbeiter 25 Jahre in der Betriebskampfgruppe gewesen, wird die Rente um 100 Mark erhöht. Volkspolizei, NVA und Zoll erhalten eine nicht bekannte Erhöhung.

Ende der 60er Jahre hatte sich die Kluft zwischen Renten und Löhnen auf ein Viertel erweitert, die Lage wurde vor allem für die Facharbeiter immer unerträglicher. Die Revisionisten antworteten 1971 darauf mit der Schaffung einer freiwilligen Zusatzrentenversicherung, für die vom Lohn *über* 600 Mark Beitrag gezahlt wird, und zwar jetzt 10% für die Rente *allein*. Inzwischen zahlen 75% der Arbeiter in diese Zusatzversicherung. Der Vorteil für die neue Bourgeoisie ist vorderhand eine ziemlich rasche Auffüllung der Versicherungskassen und eine Entlastung des Staatshaushalts, der augenblicklich noch 45% der Ausgaben zuzahlt. Wo bereits eine Zusatzrente ausgezahlt wird, ist die Kluft zu den Löhnen etwas geschrumpft; umso krasser ist die Kluft dafür bei den alten Renten. Hier mußte etwas geschehen.

Die zum Jubeln beschlossene Rentenerhöhung wird am Reproduktionsniveau der Rentner qualitativ nichts ändern, den Zwang zur Weiterarbeit nicht mindern. Was wird sein? „Als erstes wird erstmal verkonsumiert", antwortete eine Rentnerin im Fernsehen der DDR. Kaffee, Kuchen und vielleicht ein Glas Wein. Die politische Wirkung kann nur sehr be-



„Lohnsteuersenkung" in Italien –
soll den Griff um die Arbeiterbewegung festigen

z.hef.London. „Labour's Linke siegreich", war die Standardschlagzeile der letzten Woche. Gegen den Widerstand Callaghans hatte der Parteitag in Brighton zwei Anträge der „Linken" im Parteivorstand, geführt von Tony Benn, angenommen: Parlamentsabgeordnete gelten nicht mehr wie bisher automatisch als für die nächste Wahl aufgestellt, sondern müssen sich einer Abstimmung der örtlichen Parteiorganisation stellen. Und statt des Parteiführers hat jetzt der Vorstand die letzte Entscheidung über das Wahlprogramm. Callaghan setzte sich in der Frage der Wahl des Parteiführers durch, dieser wird weiterhin von der Parlamentsfraktion gewählt und nicht, wie gefordert, von einem Wahlmännergremium.

90% der ca. 6,6 Millionen auf dem Parteitag vorhandenen Stimmen waren in der Hand der Gewerkschaftsführer, weil die Mitglieder vieler Gewerkschaften automatisch als Labour-Mitglieder gelten (und zahlen), wenn sie nicht ausdrücklich ihren Austritt verlangen. Die Facharbeitergewerkschaften, vor allem die AUEW, setzten die Erfolge Benns durch.

Die Labour-Regierung hat mit ihrer Politik, insbesondere den Lohnleitlinien, große Empörung der Arbeiterklasse geerntet. Die Sozialdemokraten verloren krachend die Wahl, viele örtliche Organisationen sind kurz vor dem Zusammenbruch. Bessere „demokratische Kontrolle" durch die „linke" Basis der Partei bietet die Gewerkschaftssozialdemokratie der Arbeiterbewegung an, dazu die angeblich sozialistische Politik des Tony Benn.

In sein neues Buch „Argumente für den Sozialismus" schrieb Benn hinein: „Weil Großbritannien es nicht fertigbrachte, das nötige Kapital und die nötige Ausrüstung für die am höchsten ausgebildeten Arbeiter zur Verfügung zu stellen, geht die Entwicklung falsch herum. Wir ent-industrialisieren. Als Ergebnis sind wir in Gefahr, die wirtschaftliche Stärke zu verlieren, die wir als Basis für unseren Wohlfahrtsstaat brauchen." Um die „wirtschaftliche Stärke" nicht zu verlieren, fordert Benn dann mehr Investitionen, selbständige Energiepolitik, Verstaatlichungen etc. Benn zielt auf Strömungen in der Arbeiterbewegung, vor allem unter den Facharbeitern und degradierten Facharbeitern, wo er mit dem sozialchauvinistischen Ramsch Kräfte für die Bourgeoisie sammelt.

USA und der westdeutschen Imperialisten hat verteidigt werden müssen. Sollte der 30. Jahrestag aussichtsreicher Ausgangspunkt für neue Produktionsschlachten werden, war eine kräftige Förderung des Gedankens an Klassenversöhnung, Abstumpfung des Klassengegensatzes erforderlich. Gleichzeitig mit der Rentenerhöhung beschloß der Staatsrat der DDR eine Amnestie für Strafgefangene, mit Ausnahmen natürlich. Für die Unterdrückung jeglicher Klassenbewegung der Arbeiter sind die Instrumente dabei durch die Strafrechtsänderungen im August schon geschärft worden. Die Heraufsetzung der Renten ist Teil dieses politischen Manövers. Ausgangspunkt des Kalküls ist die elende Lage, in der – gerade die älteren – Rentner sich befinden.

Über 600000 Rentner arbeiten heute in der DDR, bei den bis zu 70jährigen sind es 40%. Die Ausdehnung des Arbeiterkörpers über alle Schranken hinaus ist das erklärte Ziel der revisionistischen Rentenpolitik.

Die Rentenversicherung ist Teil der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, die der Staat über den FDGB kontrolliert. Für alle Zweige der Sozialversicherung werden 10% des Lohnes als Versicherungsbeitrag gezahlt – dazu kommen 12,5% vom Betrieb –, allerdings nur bis zur Grenze von 600 Mark. Die Rentenansprüche werden seit 1968 so berechnet: 110 Mark sind Grundbetrag für alle gleich. Dazu kommen für jedes Zurechnungsjahr 1% vom Durchschnittslohn; dieser Durchschnittslohn wird aus dem

Ist der Arbeiter 25 Jahre in der Betriebskampfgruppe gewesen, wird die Rente um 100 Mark erhöht. Volkspolizei, NVA und Zoll erhalten eine nicht bekannte Erhöhung.

Ende der 60er Jahre hatte sich die Kluft zwischen Renten und Löhnen auf ein Viertel erweitert, die Lage wurde vor allem für die Facharbeiter immer unerträglicher. Die Revisionisten antworteten 1971 darauf mit der Schaffung einer freiwilligen Zusatzrentenversicherung, für die vom Lohn über 600 Mark Beitrag gezahlt wird, und zwar jetzt 10% für die Rente allein. Inzwischen zahlen 75% der Arbeiter in diese Zusatzversicherung. Der Vorteil für die neue Bourgeoisie ist vorderhand eine ziemlich rasche Auffüllung der Versicherungskassen und eine Entlastung des Staatshaushalts, der augenblicklich noch 45% der Ausgaben zuzahlt. Wo bereits eine Zusatzrente ausgezahlt wird, ist die Kluft zu den Löhnen etwas geschrumpft; umso krasser ist die Kluft dafür bei den alten Renten. Hier mußte etwas geschehen.

Die zum Jubeln beschlossene Rentenerhöhung wird am Reproduktionsniveau der Rentner qualitativ nichts ändern, den Zwang zur Weiterarbeit nicht mindern. Was wird sein? „Als erstes wird erstmal verkonsumiert", antwortete eine Rentnerin im Fernsehen der DDR. Kaffee, Kuchen und vielleicht ein Glas Wein. Die politische Wirkung kann nur sehr be-
schränkt sein. Auf jeden Fall soll intensivere Ausbeutung damit begründet werden: „Vertrauen ist Grundlage für diesen Beschluß. Vertrauen auf die Kraft, den Tatendrang und neue Initiativen der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb zur Erhöhung der Arbeitsleistung für die allseitige Stärkung der DDR." (DDR-Fernsehen)



„Die Altersversorgung soll den Anreiz zu höheren Leistungen in der Periode des ‚arbeitsfähigen Alters' und das Interesse an der Weiterarbeit steigern."

„Lohnsteuersenkung" in Italien – Riesengeschäft für die Bourgeoisie

z.ulg.Rom. Einen selten dreisten Betrug hat die italienische Regierung mit dem am vorletzten Samstag verabschiedeten Haushaltsgesetz für 1980 ins Auge gefaßt. Unter der Flagge der Steuersenkung werden in Wirklichkeit – die Steuern erhöht. Wie das? In der ziemlich kühnen Hoffnung, so die Entwicklung einer politischen Bewegung gegen die Lohnsteuerplünderung aufhalten zu können, hat die Regierung für das nächste Jahr eine Senkung der Lohnsteuer angekündigt, für Verheiratete mit zwei Kindern z.B. um 7500 Lire (16,48 DM), für Ledige gar nur um 3000 Lire (6,59 DM) monatlich. Die Gewerkschaften hatten zwischen 10000 und 19000 Lire rückwirkend ab Anfang 1979 gefordert. Wir haben den Ertrag des Regierungsentwurfs für einen durchschnittlichen Industriearbeiter mit 500000 Lire (1100 DM) durchgerechnet, dessen Lohn nur um die die Teuerung *nicht* ausgleichenden Inflationszuschläge steigt, berechnet nach der von der Regierung eingeplanten Inflationsrate von 14,5%. Je nach Familienstand zahlt er jetzt zwischen 100 und 120 DM monatlich Lohnsteuer. Spätestens nach einem halben Jahr, als Lediger schon nach einem Vierteljahr, würde er *mehr* Lohnsteuer zahlen als vor der Reform, am Jahresende zwischen 18 und 28 DM mehr.

Damit schon im Januar absolut *nichts* von dem Reformertrag in den Händen der Arbeiter bleibt, hat die Regierung gleichzeitig beschlossen, die öffentlichen Tarife für Strom, Post, Telefon und Nahverkehr zu erhöhen. Geschätzter Ertrag: 2000 Mrd. Lire (4,4 Mrd. DM) jährlich gegenüber 1200 Mrd. Mindereinnahmen durch die „Steuersenkung". Mit sofortiger Wirkung wurden außerdem die Verbrauchssteuern auf „Luxusartikel" wie Bananen und Bier erhöht und eine Steuer auf Farbfernsehröhren in Höhe von 75000 Lire (165 DM) neu eingeführt.

Damit nicht genug: Die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung von jetzt 14,31% sollen um sechs bzw. (für Frauen) zehn Prozentpunkte gesenkt werden. Monatlicher Extraprofit pro ausgebeuteten Lohnabhängigen: 16000 Lire (35 DM). Die gesamte Kapitalistenklasse wird so 1980 2700 Mrd. Lire (5,9 Mrd. DM) aus Lohn in Profit verwandeln können, *zusätzlich* zu den 1680 Mrd., die die industriellen Kapitalisten schon seit 1977 auf diese Weise jährlich einstecken.

Statt wenigstens auf ihren ursprünglichen, auch schon unzureichenden Forderungen (s. KVZ 40) zu beharren, strotzen die bürgerlichen Gewerkschaftsführer schon vor den für Dienstag angesetzten Verhandlungen mit der Regierung vor „Verantwortungssinn". Der „Kompromiß" ist schon in der Mache. Wenn die Steuersenkung nicht wenigstens rückwirkend für 1979 in Kraft gesetzt würde, meinen die bürgerlichen Zeitungen, sei eine „Explosion" des Lohnkampfes kaum zu vermeiden. Und sonst?

Freiwillig werden die Steuern auch in Ungarn nicht gezahlt

z.krk. 100 Mio. Forint betragen die Steuerschulden der Budapester Bevölkerung, berichtet am 12.9. Népszabadság, Zentralorgan der USAP. 500000 von den über 2 Millionen Einwohnern Budapests müssen irgendeine Art Steuer errichten: Steuern auf Hausbesitz, Grundsteuer, Einkommenssteuer, Steuern für kleine Land- und Hilfswirtschaftlichen Betriebe, Weinverkaufs- oder auch Hundesteuer. 1978 kassierte der Stadtrat von Budapest 10 Mio. Forint allein als Geldbuße wegen verspätet eingezahlten Steuern. Im Durchschnitt zahlen 7 bis 10% der Bevölkerung ihre Steuern nicht freiwillig. Nun ruft Népszabadság die Bevölkerung auf, ihre Steuern bis zum 15. September als letzten Termin noch einzuzahlen. Wer auch bis zu diesem Zeitpunkt nicht gezahlt hat, muß über seine Steuerschuld hinaus für jeden Monat ab 1. Juli 1979 rückgängig 1% zusätzlich draufzahlen. Wer auch nach dieser Aufforderung stur bleibt, dem wird die Schuld mitsamt der Strafe direkt vom Lohn zurückbehalten. In Ungarn gibt es weder eine Lohnsteuer, noch indirekte Steuern auf einzelne Waren. Aber die Bourgeoisie kassiert über eine Art Umsatzsteuer, die auf die Preise draufschlagbar sind, und so wird es auch gemacht. Die Einführung einer Lohnsteuer wird debattiert. Einkommenssteuern zahlen die selbständig arbeitenden Handwerker oder Ärzte mit Privatpraxis und vor allem die Einzelbauern. Haussteuern zahlen nur die privaten Haus- und Wohnungseigentümer, der Staat und die Betriebe sind von dieser Steuer ausdrücklich befreit.

UdSSR stationiert Bodentruppen auf Kurilen

z.anb. Auf der japanischen Kurilen-Insel *Shikotan*, 64 km von der Nordküste Hokkaidos entfernt, haben die Sozialimperialisten Unterkünfte für 2000 Mann neugebaut und damit die seit Ende 1978 auf den Kurilen stationierten Bodentruppen auf 10000 Mann erhöht. Den Einsatztruppen stehen Lenkraketen und Kampfhubschrauber zur Verfügung, die in dem Fluzeugträger „Minsk" – seit Juli diesen Jahres der Pazifik-Flotte der UdSSR zugeteilt – ihre „mobile Einsatzbasis" haben. Der Protest der japanischen Regierung wurde vom sowjetischen Botschafter in Tokio als „Einmischung in innersowjetische Angelegenheiten" zurückgewiesen. Während die japanische Bourgeoisie die „Zusammenarbeit" mit den USA verstärken will, wächst der Widerstand der Volksmassen gegen beide Supermächte.

Die US-Imperialisten wollen mehr und billigeres Bauxit von Jamaica

z.rua. Die US-Imperialisten wollen ihre Bauxit-Lager im strategischen Reservefonds von gegenwärtig 200000 t auf 2 Mio. t ausdehnen. Bauxit ist Rohstoff für die Aluminiumproduktion und unverzichtbar für den Raketen- und Flugzeugbau. Die US-Imperialisten selbst verfügen kaum über Bauxitvorkommen, 88% ihres Bedarfs müssen sie importieren. Jamaica ist eines der größten bauxitproduzierenden Länder, die Reserven werden auf 2 Mrd. t geschätzt. Sie lagern in geringer Tiefe und sind leicht abbaufähig. Seit 1952 beuten fünf US-Gesellschaften die Bauxitvorkommen des Landes aus. 1955 erzwangen sie ein Abkommen, das die Exportsteuern pro Tonne Bau-

Philippinen: rasche Fortschritte in der Agrarrevolution

Marcos' Kriegsrecht kommt ins Wanken / Landreform für Mittel- und Großbauern

z.mam. ,,Überhaupt beeindrucken die Rebellen weniger mit Ideologie als mit praktischer Hilfe – gegen Großgrundbesitzer, Bürokraten und Polizisten. Informanten der Regierung werden sofort erschossen, als korrupt bekannten Geschäftsleuten und Politikern blüht gleiches, allerdings erst nach dreimaliger Warnung. Auf Samar, wo Dschungel, tropische Sümpfe und eine äußerst gering entwickelte Infrastruktur die NPA (New People's Army) schützen, haben die Partisanen für die Bauern ein System der Selbsthilfe, ,tiklos' genannt, eingerichtet. Auf Dorfplätzen halten sie dort Massenversammlungen ab, ziehen die rote Fahne auf und verkünden, daß sie 1980 den Malcanang, den Präsidentenpalast in Manila, erobern werden.'' So, etwas schaurig, berichtet Eberhard Haubold in der FAZ am 10. September über die Kämpfe der philippinischen Volksmassen gegen das seit 7 Jahren mit Kriegsrecht herrschende Marcos-Regime. Die US-Imperialisten, die das Regime stützen, machen gleichzeitig einige Anstrengungen, um eine mit ihnen verbundene bürgerliche Opposition auf die Beine zu stellen. Langatmig lassen sie den Kardinal Sin und den Vorgänger von Marcos, Diosdado Macapagal, in ihrer Presse zu Wort kommen, die die Aufhebung des Kriegsrechts fordern. Für die US-Imperialisten stehen ihre zwei bedeutendsten militärischen Stützpunkte in Südostasien, Subic Bay und Clark Airbase, auf dem Spiel; seit ihrem Rauswurf aus Indochina verfügen sie nur noch über insgesamt vier in diesem Gebiet. Dazu kommt ein Kapital in Höhe von 413 Mio. $, das die US-Imperialisten allein in der Zeit von 1970 bis 1978 dorthin exportiert haben.

Als neue Beschützer bieten sich die Sozialimperialisten den Ländern Südostasiens an, indem sie gegen die Agrarrevolutionen hetzen und gleichzeitig großzügige Kredite anbieten, z.B. für die Lieferung von Kernkraftwerken an die Philippinen. Die Philippinen, Thailand, Indonesien und Malaysia haben die Selbsteinladung der Pazifikflotte der Sozialimperialisten als Drohung verstanden und alle vier ASEAN-Länder haben sich einen derartigen ,,Besuch'' verbeten. Gegen die Philippinen wollten sie mit einem 4000-Tonnen-Zerstörer und einem 7000-Tonnen-Trainingsschiff mit 900 Mann Besatzung aufkreuzen, der sie in den ,,Gastländern'' auch noch Landurlaub gewähren wollten.

Auf den 7100 Inseln, die die Philippinen bilden, leben 45 Millionen Menschen, davon sind ca. 75% Bauern. Die Hauptinseln sind Luzon im Norden, Samar in der Mitte und Mindanao im Süden. Die Revolution der philippinischen Völker ist hauptsächlich eine Bauernrevolution, die sich gegen die Ausbeutung und die imperialistische Ausplünderung ihres Landes richtet. In den letzten Jahren und Monaten haben die Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten und unter ihrer Führung die ,,Neue Volksarmee'', New People's Army (NPA), sowie die Befreiungsorganisation des Moro-Volkes auf den südlichen Inseln, die Moro National Liberation Front (MNLF), ihre Zusammenarbeit intensiviert und ihre militärischen Angriffe auf die Armee und Polizei des Marcos-Regimes koordiniert. Ende August haben sie zur selben Zeit Angriffe auf die Regierungstruppen geführt, darunter Gefechte, die bis zu acht Stunden dauerten. Auf der Insel Samar konnten sich die Regierungssoldaten in einige Dörfer und Provinzstädte tagelang nicht wagen. 500 km von der Hauptstadt Manila entfernt hat die NPA ein Lager für militärische, medizinische und politische Ausbildung der eigenen Truppen und der Bauern dieses Gebiets eingerichtet.

1972 hat Marcos das Kriegsrecht über das Land verhängt und sich selbst über verschiedene Ermächtigungsgesetze zum Alleinherrscher ,,auf Lebenszeit'' erklärt. Er war der Garant für Profit und Sicherheit der Kapitalanlagen der westlichen Imperialisten auf den Philippinen. In der Broschüre ,,investment in den Philippinen'', 1973 von der Deutsch-Philippinischen Gesellschaft e.V. herausgegeben, werden Volk und Land wie warme Semmel angepriesen: ,,Die Philippinen haben einen natürlichen räumlichen Abstand zu den Unruheherden und der Einflußsphäre anderer politischer Systeme im Fernen Osten ... Jahrzehnte waren die Philippinen unter amerikanischem Einfluß. Dies bedeutet, daß sie den Erfordernissen westlicher Produktionsmethoden sehr aufgeschlossen sind ... Trotz der akuten Unterbeschäftigung ist der Gesundheitszustand auch derjenigen, die keine Arbeit gefunden haben, gut. Die ,Klansozialversorgung' überläßt sie niemals dem Elend ... Gesetzlicher Mindestlohn für einen Industriearbeiter pro Tag 8 Pesos (DM 3,40), für einen Landarbeiter pro Tag 5 Pesos (DM 2,15).'' Musik für die Ohren der imperialistischen Monopole.

Nach den USA haben Japan, Kanada, Hongkong, Großbritannien, die Schweiz, Australien und die Niederlande als größte Investoren zu den gesamten ausländischen Investitionen von 883 Mio. US-Dollar auf den Philippinen beigetragen. Gestützt auf die Großgrundbesitzer lassen sie auf Plantagen hauptsächlich Kokosnußpalmen, Bananen, Ananas, Zuckerrohr, Zitrusfrüchte und Tabak anbauen. Die Industriearbeiter werden über die Produktion von Halbfertigwaren, hauptsächlich in der Elektro- und der Autoteilezulieferindustrie ausgebeutet. So ist die Entwicklung der nationalen Wirtschaft fast vollständig unterdrückt worden und die einseitige Plantagenwirtschaft und die Zulieferabhängigkeit der Industrie machen die Philippinen gegenüber jeglichen Schwankungen des Weltmarkts vollkommen wehrlos.

Seit 1977 stagnieren die Exporte, überhaupt waren sie nur ein Jahr, 1973, um 0,5% höher als die Importe, die wiederum ständig steigen, so daß das Land im Juni letzten Jahres bereits mit 7231,1 Mio. $ bei den Imperialisten verschuldet war. Diese wirtschaftliche Entwicklung rüttelt jetzt auch am Lager der nationalen Bourgeoisie, auf dessen große Mehrheit sich das Marcos-Regime bisher stützen konnte. Empört berichtet z.B. die FAZ darüber, daß sich große Teile der Intelligenz der Revolution anschließen: ,,Sie (die NPA, d. Red.) profitieren offenbar von einer schon immer stark dezentralisierten, disziplinierten Organisation und von der Tatsache, daß immer wieder Tutoren und Studenten der angesehenen ,University of the Phillippines' sich auf Zeit in den Untergrund ,verabschieden' ...''. Eine andere wichtige Entwicklung ist die Ruinierung der Mittel- und Großbauern. So hatten z.B. die Pachtbauern der Bananenplantagen, die den US-Nahrungsmittelmonopolen Dole und Del Monte gehören, 1975 noch ein Einkommen von 10 Millionen Pfund Sterling, während die Konzerne 21 Millionen Pfund Profit machten. Mit der Übersättigung des japanischen Marktes, der der Hauptabnehmer der philippinischen Bananen war, sitzen sie jetzt nicht nur auf den Bananen, sondern sind gleichzeitig bei den imperialistischen Monopolen durch die Kredite für Düngemittel und Maschinen hoch verschuldet. Vorausgegangen war der Plantagenwirtschaft die Ruinierung der kleinen Bauern, ihre Degradation zu kleinen Pächtern oder in der Masse zu Landarbeitern zu den oben erwähnten Löhnen. Für den Erfolg der Revolution hat sich die Lage so in bezug auf ein breites Bündnis aller nationalen Klassen unter Führung der Arbeiter und Bauern gebessert.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, hat Marcos jetzt anläßlich der 7. Jährung der Verhängung des Kriegsrechts eine Agrarreform angekündigt, die darin bestehen soll, daß das Land im Distrikt der Hauptstadt Manila, wo über 8 Millionen Menschen leben, unter Staatsaufsicht gestellt wird und die Landbesitzer angewiesen werden, das Land an Pächter zu verkaufen, die schon mehr als zehn Jahre darauf wohnen. Nur bei Ablehnung der Pächter soll das Land an andere verkauft werden dürfen. Die kleinen Pächter sollen sich noch mehr verschulden, aber durch Privatbesitz an Grund und Boden für die Unterstützung des Marcos-Regimes wieder gewonnen werden. In seiner Bedrängnis hofft er, sich aus diesem Potential eine ,,Bürgerarmee oder ein Armeereservekommando von 900000 Offizieren und Mannschaften'' bilden zu können, die ,,gegen jene, die jetzt sein Regime untergraben würden, losschlagen.'' Vorsichtshalber hat er ein paar Tage später eine Solderhöhung für Militär und Polizei angekündigt, da die Berufsarmee von 200000 Mann ,,eventuell gespalten werden könnte.''





und Clark Airbase, auf dem Spiel; seit ihrem Rauswurf aus Indochina verfügen sie nur noch über insgesamt vier in diesem Gebiet. Dazu kommt ein Kapital in Höhe von 413 Mio. $, das die US-Imperialisten allein in der Zeit von 1970 bis 1978 dorthin exportiert haben.

Als neue Beschützer bieten sich die Sozialimperialisten den Ländern Südostasiens an, indem sie gegen die Agrarrevolutionen hetzen und gleichzeitig großzügige Kredite anbieten, z.B. für die Lieferung von Kernkraftwerken an die Philippinen. Die Philippinen, Thailand, Indonesien und Malaysia haben die Selbsteinladung der Pazifikflotte der Sozialimperialisten als Drohung verstanden und alle vier ASEAN-Länder haben sich einen der-

entfernt hat die NPA ein Lager für militärische, medizinische und politische Ausbildung der eigenen Truppen und der Bauern dieses Gebiets eingerichtet.

1972 hat Marcos das Kriegsrecht über das Land verhängt und sich selbst über verschiedene Ermächtigungsgesetze zum Alleinherrscher ,,auf Lebenszeit'' erklärt. Er war der Garant für Profit und Sicherheit der Kapitalanlagen der westlichen Imperialisten auf den Philippinen. In der Broschüre ,,investment in den Philippinen'', 1973 von der Deutsch-Philippinischen Gesellschaft e.V. herausgegeben, werden Volk und Land wie warme Semmel angepriesen: ,,Die Philippinen haben einen natürlichen räumlichen Abstand zu den Unruheherden und der Einflußsphäre anderer politischer Systeme im

jeglichen Schwankungen des Weltmarkts vollkommen wehrlos.

Seit 1977 stagnieren die Exporte, überhaupt waren sie nur ein Jahr, 1973, um 0,5% höher als die Importe, die wiederum ständig steigen, so daß das Land im Juni letzten Jahres bereits mit 7231,1 Mio. $ bei den Imperialisten verschuldet war. Diese wirtschaftliche Entwicklung rüttelt jetzt auch am Lager der nationalen Bourgeoisie, auf dessen große Mehrheit sich das Marcos-Regime bisher stützen konnte. Empört berichtet z.B. die FAZ darüber, daß sich große Teile der Intelligenz der Revolution anschließen: ,,Sie (die NPA, d. Red.) profitieren offenbar von einer schon immer stark dezentralisierten, disziplinierten Organisation und von der Tatsache, daß immer



Verarbeitung von Kokosnußfleisch



Kader der NPA berät sich mit den Bauern bei einem Dorftreffen

Schroffe Fronten bei den Verhandlungen um ein internationales Kautschukabkommen

z.rua. Nach Berechnungen des US-Instituts für Synthesekautschuk-Produktion von Anfang September wird der Weltverbrauch an Kautschuk bis 1989 von 12,4 Mio. t (1979) auf 18,8 Mio. t steigen. Die Produktion von Synthesekautschuk soll von gegenwärtig 8,4 Mio. t auf 13,5 Mio. t ausgedehnt werden. Synthesekautschuk wird auf Ölbasis hergestellt und ist wesentlich teurer als Naturkautschuk. Die Imperialisten wollen Druck auf die naturkautschukproduzierenden Länder, vor allem Südostasiens ausüben, durch Ausdehnung der Anbauflächen und Konzentration in kapitalistisch betriebenen Kautschukplantagen die Produktion innerhalb der nächsten zehn Jahre um 1,5 Mio. t zu steigern.

Die Produktion von Naturkautschuk ist kostenintensiv. Erst nach sieben Jahren kann von den Gummibäumen erstmals Latex in größerem Umfang gezapft werden. Um den Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft zu beschleunigen, verstärken Indonesien, Thailand, Malaysia und die Philippinen stattdessen den Anbau von Ölsaaten.

In diesem Jahr wird die Naturkautschukproduktion um 100000 t unter dem Verbrauch liegen. Im Mai erreichten die Kautschukpreise den höchsten Stand seit 30 Jahren. Nachdem die imperialistischen Reifenkonzerne ihre Lager bis zur Neige ausgeschöpft haben, treten sie jetzt verstärkt auf den Börsen in London und Singapur ins Geschäft. Einer der Hauptankäufer ist die sozialimperialistische Supermacht.

Mio. t auf 13,5 Mio. t ausgedehnt werden. Synthesekautschuk wird auf Ölbasis hergestellt und ist wesentlich teurer als Naturkautschuk. Die Imperialisten wollen Druck auf die naturkautschukproduzierenden Länder, vor allem Südostasiens ausüben, durch Ausdehnung der Anbauflächen und Konzentration in kapitalistisch betriebenen Kautschukplantagen die Produktion innerhalb der nächsten zehn Jahre um 1,5 Mio. t zu steigern.

Die Produktion von Naturkautschuk ist kostenintensiv. Erst nach sieben Jahren kann von den Gummibäumen erstmals Latex in größerem Umfang gezapft werden. Um den Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft zu beschleunigen, verstärken Indonesien, Thailand, Malaysia und die Philippinen stattdessen den Anbau von Ölsaaten.

In diesem Jahr wird die Naturkautschukproduktion um 100000 t unter dem Verbrauch liegen. Im Mai erreichten die Kautschukpreise den höchsten Stand seit 30 Jahren. Nachdem die imperialistischen Reifenkonzerne ihre Lager bis zur Neige ausgeschöpft haben, treten sie jetzt verstärkt auf den Börsen in London und Singapur ins Geschäft. Einer der Hauptankäufer ist die sozialimperialistische Supermacht.

Seit Anfang 1977 verhandeln die kautschukproduzierenden Länder mit den Imperialisten über ein Internationales Kautschukabkommen, das die Errichtung eines Ausgleichslagers und die Festlegung von Preisen zum Inhalt hat, um der imperialistischen Spekulation und Preisdrückerei einen Riegel vorzuschieben (s. KVZ 47/1978). Im Juli dieses Jahres ist es ihnen gelungen,



Kreppgummi-Fabrik im Demokratischen Kampuchea vor der sowjetisch-vietnamesischen Aggression

den Imperialisten die Zustimmung für die Errichtung eines Ausgleichslagers mit 400000 t und eine Preisbandbreite von 179 bis 242 Cents pro Kilo abzutrotzen. Über Finanzierung und Stationierung des Ausgleichslagers wurde keine Einigung erzielt.

Seit dem 24.9. findet in Genf die 4. Verhandlungsrunde statt. Die Länder der Dritten Welt fordern, daß die Kosten von den Imperialisten getragen werden, wie es von der UNCTAD-Konferenz 1974 in Nairobi beschlossen wurde. Der Standort des Lagers soll in einem kautschukproduzierenden Land sein. Die Imperialisten fordern von den kautschukproduzierenden Ländern, daß sie den Hauptteil der Kosten tragen, als ,,Gegenleistung'' für garantierte Mindestpreise. Sie fordern weiter, im Abkommen festzuschreiben,



Kreppgummi-Fabrik im Demokratischen Kampuchea vor der sowjetisch-vietnamesischen Aggression

den Imperialisten die Zustimmung für die Errichtung eines Ausgleichslagers mit 400000 t und eine Preisbandbreite von 179 bis 242 Cents pro Kilo abzutrotzen. Über Finanzierung und Stationierung des Ausgleichslagers wurde keine Einigung erzielt.

Seit dem 24.9. findet in Genf die 4. Verhandlungsrunde statt. Die Länder der Dritten Welt fordern, daß die Kosten von den Imperialisten getragen werden, wie es von der UNCTAD-Konferenz 1974 in Nairobi beschlossen wurde. Der Standort des Lagers soll in einem kautschukproduzierenden Land sein. Die Imperialisten fordern von den kautschukproduzierenden Ländern, daß sie den Hauptteil der Kosten tragen, als ,,Gegenleistung'' für garantierte Mindestpreise. Sie fordern weiter, im Abkommen festzuschreiben,

daß die Produzentenländer verpflichtet werden, ihre Produktion nicht zu reduzieren, sondern jährlich in beträchtlichem Maße zu steigern. Sie sollen weiter verpflichtet werden, sich vor Festlegung ihrer Produktionsplanung mit den Konsumentenländern zu konsultieren. Die Produzentenländer lehnen diese Anträge als Einmischung in ihre nationalen Angelegenheiten ab.

---

xit auf 0,60 $ begrenzte. Gestützt auf den im Juli 1974 erfolgten Zusammenschluß der bauxitproduzierenden Länder hat Jamaica im Herbst 1974 gegen die US-Imperialisten den 51%igen Mehrheitsbesitz des Staates an den bauxitabbauenden Betrieben durchgesetzt und die Exportsteuern auf 7,5% des Weltmarktpreises für Aluminium (z.Z. 3100 DM pro t) erhöht. Die US-Imperialisten verlangen jetzt von Jamaica, daß es bei einer Produktion von über 13 Mio. t die Steuer auf 4% reduziert. Um Druck auszuüben, hat ein US-Bankenkonsortium einen 450-Mio-$-Kreditantrag Jamaicas zum Ausgleich seines Währungsreserven-Defizits vorerst abgelehnt.

El Salvador: US-Herrschaft gerät ins Wanken

z.lup. Die Klassenkämpfe der Arbeiter und Bauern in El Salvador bringen diesen wichtigen Stützpunkt US-imperialistischer Herrschaft über Mittelamerika immer mehr ins Wanken. Nachdem Regierungstruppen am 14. September 2 Demonstranten erschossen hatten, beteiligten sich tags darauf über 2000 Arbeiter, Bauern und Intellektuelle an einer großen Beerdigungsdemonstration. Unter der Forderung nach Lohnerhöhungen und gegen Entlassungen wurden die Apex-Farm und eine Textilfabrik besetzt, die beide den US-Imperialisten gehören. Mindestens 8 Fabriken sind gegenwärtig von streikenden Arbeitern besetzt. Verschiedentlich wurden Kirchen besetzt, um Forderungen nach Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen Nachdruck zu verleihen. Durch Guerilla-Aktionen wurde mehrmals der Präsidentenpalast angegriffen, was die Armee mit wilden Schießereien beantwortete. Währenddessen führte der ,,Revolutionäre Volksblock'', eine der größten revolutionären Organisationen, dem Terror des Romero-Regimes trotzend, in der Universität der Hauptstadt eine Veranstaltung durch, die 700 Teilnehmer hatte und auf der der Sekretär ihrer Organisation sprach. Um den Druck der Massenbewegung zu brechen, haben die US-Imperialisten Romero zu einigen Manövern veranlaßt, die unter der Bezeichnung ,,Demokratisierungskampagne'' laufen, während sie gleichzeitig mit der Möglichkeit spielen, durch einen Militärputsch die Lage zu wenden. Währenddessen wächst die Einheit der revolutionären Organisationen: Die beiden größten haben jüngst Gespräche über einen Zusammenschluß aufgenommen.

Vorsitzender der Arbeiter- und Bauern-Partei der Türkei festgenommen

z.jük. Die türkische revolutionäre Tageszeitung ,,Aydinlik'' teilt in einer Pressemitteilung mit, daß der Vorsitzende der Arbeiter- und Bauern-Partei der Türkei, Dogo Perincek, von Militärbehörden festgenommen worden ist. Genosse Perincek, der auch ,,Chefkommentator'' von ,,Aydinlik'' ist, ist bis heute in Haft im Mamak-Gefängnis. Gerade über dieses Militärgefängnis hatte Genosse Perincek Enthüllungen organisiert. In dem Gefängnis erhalten faschistische Gefangene unter Aufsicht der Militärs große Vergünstigungen und haben die Möglichkeit, gefangene Revolutionäre zu bedrohen und zu verletzen. ,,Aydinlik'' hatte in den letzten Monaten verschiedene Dokumente über die ,,Konterguerilla'' und die ,,MHP'', die türkischen Faschisten, veröffentlicht. Die Zeitung hatte nachgewiesen, daß das ,,Gehirn der Konterguerilla'', einer Terrortruppe, die Anschläge auf die kämpfenden Volksmassen der Türkei und ihre Organisationen durchführt, direkt dem ,,Präsidium des Generalstabes'' der Armee untergeordnet ist. ,,Aydinlik'' veröffentlichte Daten, Personallisten und Schriftstücke. Der Haftbefehl wirft dem Genossen nun Falschmeldungen vor. Die Arbeiter- und Bauern-Partei hat verschiedene Proteste gegen die Inhaftierung organisiert.

,,Französische Truppen raus aus Zentralafrika!''

z.zik.Paris. Fast drei Wochen nach der Ersetzung Bokassas durch die Marionette Dacko haben die französischen Imperialisten Zentralafrika in ein Militärlager verwandelt. 1000 Paras kontrollieren inzwischen jeden Schritt der zentralafrikanischen Volksmassen, ein völliges Demonstrationsverbot und nächtliche Ausgangssperre wurden verhängt. In Kürze sollen 2000 französische Kolonialbeamte die Leitung des Staatsapparates übernehmen und die Ausplünderung der Uranressourcen des Landes vorbereiten. – Mit der Ersetzung Bokassas sind die französischen Imperialisten seinem Sturz durch die Volksmassen zuvorgekommen. Die Schüler und Studenten von Bangui, die den Kampf gegen Bokassa anführten, stehen auch jetzt an der Spitze der Bewegung gegen die Marionettenregierung. Auf den Demonstrationen in den letzten Wochen forderten sie demokratische Freiheiten, allgemeine Wahlen, Lohnerhöhungen und Preissenkungen für Grundnahrungsmittel. Ein Generalstreik der Schüler und Studenten für den letzten Montag wurde angesichts des Belagerungszustandes Banguis abgesagt, um, wie ein Sprecher der Gewerkschaft der Schüler erklärte, die Kräfte zu sammeln. Die Nationale Union der zentralafrikanischen Studenten hat am 22.9. in Paris erkärt: ,,Der französische Imperialismus trägt die volle Verantwortung für die Einsetzung und 14jährige Herrschaft Bokassas an der Spitze des neokolonialen Staates. (...) Der Sturz Bokassas setzt der Herrschaft des französischen Imperialismus über unser Land kein Ende. (...) Französische Truppen raus aus Zentralafrika!''

,,Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen''

z.maf. Die Vorgänger im Amte haben Wojtyla das Problem überlassen, eine Lesart der kirchlichen Lehre zu finden, die es erlaubt, den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker sowohl mit Worten zu unterstützen, wie vor allem einen zügelnden Einfluß auszuüben. Wojtyla hat sich bei Gelegenheit seiner Irland-UNO-Reise dem Problem genähert.

,,Der Frieden ist das Ergebnis vieler konvergierender Verhaltensweisen und Realitäten; er ist das Produkt moralischer Bedenken und ethischer Prinzipien, die sich auf die Botschaft des Evangeliums gründen und durch es gestärkt werden.

Ich möchte hier als erstes die Gerechtigkeit erwähnen. In seiner Botschaft zum Friedenstag 1971 sagte mein ehrwürdiger Vorgänger, dieser Pilger für den Frieden, Paul VI.: ,Wahrer Frieden muß auf Gerechtigkeit, auf ein Gefühl von der unantastbaren Würde des Menschen, auf die Anerkennung einer unauslöschbaren und glücklichen Gleichheit zwischen den Menschen, auf das Grundprinzip der menschlichen Brüderlichkeit, nämlich der Achtung und Liebe, die jedem Menschen geschuldet sind, weil er ein Mensch ist, gegründet werden.' Dieselbe Botschaft habe ich in Mexiko und Polen bekräftigt. Ich bekräftige sie hier in Irland. Jedes menschliche Wesen hat unveräußerliche Rechte, die respektiert werden müssen. Jede – ethnische, historische, kulturelle oder religiöse – menschliche Gemeinschaft hat Rechte, die respektiert werden müssen. Der Frieden ist bedroht, wenn immer eines dieser Rechte verletzt wird. Das Sittengesetz, der Wächter der Menschenrechte, der Schützer der Menschenwürde, darf von niemandem, keiner Gruppe und keinem Staat aus welchem Grund auch immer mißachtet werden, auch nicht aus Sicherheitsgründen oder im Interesse von Recht und Ordnung. Das göttliche Recht steht im Gericht höher als alle Staatsraison. Solange es Ungerechtigkeiten in irgendeinem der Bereiche gibt, die die Würde der menschlichen Person berühren, sei es auf politischem, sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet, sei es in der kulturellen oder religiösen Sphäre, wird es keinen wahren Frieden geben. Die Gründe der Ungleichheiten müssen durch eine mutige und objektive Einschätzung herausgefunden werden, und sie müssen beseitigt werden, so daß jede Person im vollen Maß ihrer Menschlichkeit sich entwickeln und wachsen kann.

Zweitens kann der Frieden nicht durch Gewalt herbeigeführt werden, der Frieden kann niemals in einem Klima des Terrors, der Bedrohung und des Todes blühen. Jesus selbst sagte: ,Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen' (Mt 26:52). Das ist Gottes Wort, und es gebietet dieser Generation gewalttätiger Menschen, von Haß und Gewalt abzulassen und Buße zu tun.

Ich geselle heute meine Stimme zu der Stimme von Paul VI. und meiner anderen Vorgänger, zu den Stimmen Eurer religiösen Führer, den Stimmen aller vernünftigen Männer und Frauen, und ich erkläre, mit der Überzeugung meines Glaubens an Christus und im Bewußtsein meiner Mission, daß Gewalt menschenunwürdig ist. Gewalt ist eine Lüge, weil sie sich gegen die Wahrheit unseres Glaubens, die Wahrheit unserer Menschlichkeit richtet. Gewalt zerstört, was sie zu verteidigen behauptet, die Würde, das Leben, die Freiheit menschlicher Wesen. Gewalt ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, weil sie den wahren Bau der Gesellschaft zerstört. Ich bete mit Euch, daß das sittliche Gefühl und die christliche Überzeugung der irischen Männer und Frauen niemals durch die Lüge der Gewalt verdunkelt und abgestumpft wird, daß niemand je Mord anders als Mord nennt, daß der Spirale der Gewalt niemals der Rang unvermeidlicher Logik oder notwendiger Vergeltung verliehen wird. Laßt uns gedenken, daß das Wort immer gilt: ,Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen'.''

Der Gedankengang ist schon beachtlich. Was ist der Friede? – ,,Produkt moralischer Bedenken und ethischer Prinzipien''. Der Friede wird so von der sozialen Basis, die er in der Arbeit hat, losgetrennt. Übrig bleibt die allgemeine Begehrlichkeit der Ausbeuter, die bloß durch Bedenken und Prinzipien gezügelt wird.

Da es aber so ersichtlich gerechte *Kämpfe* gibt, und man nicht allen, die an diesen teilnehmen, die Wolfsnatur der Ausbeuter unterstellen kann, will man sich nicht isolieren, bleibt ein Problem. Es wird gelöst durch die Bemerkung, wahrer Friede müsse auf Gerechtigkeit gegründet sein. Was ist Gerechtigkeit? ,,... ein Gefühl von unantastbarer Würde des Menschen, die Anerkennung einer unauslöschbaren und glücklichen Gleichheit zwischen den Menschen, das Grundprinzip der menschlichen Brüderlichkeit, der Achtung und Liebe, die jedem Menschen geschuldet sind, weil er ein Mensch ist.'' Also die Losung der bürgerlichen Revolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, kastriert um die gefährliche Freiheit, die die Einteilung der Menschheit in Unterdrücker und Unterdrückte nahelegen würde. Alles löst sich in einem schwammigen Problem von ,,Ungleichheiten'' auf.

Aber selbst dies schwammige System von Ungleichheiten könnte jemanden dazu bewegen, die Beseitigung derselben zu verlangen. Der Papst ruft dazu laut bravo.

Allerdings: ,,... kann der Friede nicht durch Gewalt herbeigeführt werden.'' Und gleich nach diesem schlägt Wojtylas päpstlich – natürlicher Haß gegen alle und alles, die für revolutionäre Ziele kämpfen, durch: Er krakeelt: ,,Jesus selbst sagte: ,Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen.' Das ist Gottes Wort, und es gebietet dieser Generation gewalttätiger Menschen, von Haß und Gewalt abzulassen und Buße zu tun.'' Und nach einigem Hin und Her noch-

Ich geselle heute meine Stimme zu der Stimme von Paul VI. und meiner anderen Vorgänger, zu den Stimmen Eurer religiösen Führer, den Stimmen aller vernünftigen Männer und Frauen, und ich erkläre, mit der Überzeugung meines Glaubens an Christus und im Bewußtsein meiner Mission, daß Gewalt menschenunwürdig ist. Gewalt ist eine Lüge, weil sie sich gegen die Wahrheit unseres Glaubens, die Wahrheit unserer Menschlichkeit richtet. Gewalt zerstört, was sie zu verteidigen behauptet, die Würde, das Leben, die Freiheit menschlicher Wesen. Gewalt ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, weil sie den wahren Bau der Gesellschaft zerstört. Ich bete mit Euch, daß das sittliche Gefühl und die christliche Überzeugung der irischen Männer und Frauen niemals durch die Lüge der Gewalt verdunkelt und abgestumpft wird, daß niemand je Mord anders als Mord nennt, daß der Spirale der Gewalt niemals der Rang unvermeidlicher Logik oder notwendiger Vergeltung verliehen wird. Laßt uns gedenken, daß das Wort immer gilt: ,Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen'.''

Der Gedankengang ist schon beachtlich. Was ist der Friede? – ,,Produkt moralischer Bedenken und ethischer Prinzipien''. Der Friede wird so von der sozialen Basis, die er in der Arbeit hat, losgetrennt. Übrig bleibt die allgemeine Begehrlichkeit der Ausbeuter, die bloß durch Bedenken und Prinzipien gezügelt wird.

Da es aber so ersichtlich gerechte *Kämpfe* gibt, und man nicht allen, die an diesen teilnehmen, die Wolfsnatur der Ausbeuter unterstellen kann, will man sich nicht isolieren, bleibt ein Problem. Es wird gelöst durch die Bemerkung, wahrer Friede müsse auf Gerechtigkeit gegründet sein. Was ist Gerechtigkeit? ,,... ein Gefühl von unantastbarer Würde des Menschen, die Anerkennung einer unauslöschbaren und glücklichen Gleichheit zwischen den Menschen, das Grundprinzip der menschlichen Brüderlichkeit, der Achtung und Liebe, die jedem Menschen geschuldet sind, weil er ein Mensch ist.'' Also die Losung der bürgerlichen Revolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, kastriert um die gefährliche Freiheit, die die Einteilung der Menschheit in Unterdrücker und Unterdrückte nahelegen würde. Alles löst sich in einem schwammigen Problem von ,,Ungleichheiten'' auf.

Aber selbst dies schwammige System von Ungleichheiten könnte jemanden dazu bewegen, die Beseitigung derselben zu verlangen. Der Papst ruft dazu laut bravo.

Allerdings: ,,... kann der Friede nicht durch Gewalt herbeigeführt werden.'' Und gleich nach diesem schlägt Wojtylas päpstlich – natürlicher Haß gegen alle und alles, die für revolutionäre Ziele kämpfen, durch: Er krakeelt: ,,Jesus selbst sagte: ,Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen.' Das ist Gottes Wort, und es gebietet dieser Generation gewalttätiger Menschen, von Haß und Gewalt abzulassen und Buße zu tun.'' Und nach einigem Hin und Her nochmals: ,,Laßt uns gedenken, daß das Wort immer gilt: ,Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen'.''

Der biblische Text beruht an dieser Stelle auf einem Wortspiel. Das Schwert steht einmal für die Bewaffnung des Volkes (wer das Schwert nimmt) und das andere Mal für die Staatsmacht (wird durch das Schwert umkommen). Das Schwert ist bloß ein anderer Ausdruck für die Staatsgewalt. Wojtyla segnet die Waffen der Unterdrücker.

Religiöse Fesseln gegen das irische Volk

Calvinistische Kolonialideen / Katholizismus bekundet bäuerliche Selbstbehauptung

z.rül. ,,Der Schrei von Jahrhunderten sendet mich hierher'', erklärte Papst Wojtyla vergangene Woche nahe der irischen Stadt Drogheda am zweiten Tag seines Irlandbesuchs. Das war eine Andeutung auf die Geschichte des irischen Volkes, die aus einer Geschichte des Kampfes gegen die englische Kolonialherrschaft in eine Geschichte des Leidens für den katholischen Glauben und die katholische Kirche verfälscht werden sollte, um für die Imperialisten die Spaltungslinien gegen den stattfindenden Befreiungskampf aufrechtzuerhalten. Die Wahl Droghedas für eine solche Rede war kein Zufall.

1652 hatte hier Cromwell, der Führer der englischen Truppen und Führer der Parlamentspartei in der gleichzeitig stattfindenden bürgerlichen Revolution Englands, den ersten nationalen Befreiungskampf der Iren gegen die englische Herrschaft niedergeschlagen. Nach einem zweijährigen Vernichtungs- und Verwüstungsfeldzug durch Irland zwang Cromwell nach längerer Belagerung die Bewohner der Stadt schließlich zur Aufgabe. Unter Bruch aller vorher gemachten Zusagen wurden sodann 30000 katholische Bewohner abgeschlachtet und Tausende als Sklaven nach Westindien deportiert.

Bereits etwa 100 Jahre vor dieser ersten irischen Erhebung hatten die englische Grundbesitzeraristokratie und die eng verbündete Handelsbourgeoisie begonnen, die irischen Bauern systematisch von ihrem Land zu vertreiben und an ihrer Stelle eine englische Grundbesitzerklasse anzusiedeln, die ihre Pachterträge zur Förderung ihrer industriellen und Handelsgeschäfte verwendete. Nach der Niederschlagung des Befreiungskampfes, in dessen Verlauf sie die Bevölkerungszahl bereits von 1,5 Mio. auf etwa 700000 dezimiert hatten, gingen Landlords und Bourgeois nun daran, ganze Arbeit zu machen. ,,Rottet die Amalekiter (Räuber) der irischen Nation mit Stumpf und Stiel aus und besiedelt die abermals verwüsteten Ländereien mit völlig neu ins Land geholten Puritanern'', war ihre Losung. Fast alles Land wurde unter die Mitglieder des Parlaments und der englischen Regierung, die ,,Abenteurer'' (bürgerliche Edelleute, die der Regierung in den elf Kriegsjahren 360000 Pfund geliehen hatten), unter Offiziere und Soldaten verteilt. Wer von den Teilnehmern des Aufstands – und jeder Katholik galt als Teilnehmer – nach dem 1. Mai 1654 noch nördlich des mitten durch das Land verlaufenden Flusses Shannon angetroffen wurde, wurde als Spion entweder gleich aufgehängt oder gevierteilt oder aber enteignet und in die Verbannung geschickt.

Der ,,Kampf gegen den Katholizismus'', das war in der Anfangszeit der Kampf der englischen Bourgeoisie gegen die feudale Reaktion im Land und – in Gestalt Spaniens und des Vatikan – gegen die Hauptmächte der feudalen Reaktion in Europa. Nachdem sie sich unter dieser Losung an den riesigen Kirchengütern im eigenen Land schadlos gehalten und durch deren Raub und die nachfolgende Ausblutung und Vertreibung der Bauern die Grundlagen für die kapitalistische Produktion gelegt hatten, verschaffte ihnen die Eroberung Irlands eine weitere Quelle der Akkumulation.

Unter Königin Anna (1701 bis 1713) und George (bis 1776) wurde ein ,,Strafkodex'' durchgesetzt, dessen Kern die *Unvereinbarkeit von Katholizismus und Eigentum, vor allem Eigentum an Land war.* Katholiken war der Besitz von Land und Unternehmen verboten, sie durften weder ihr Eigentum vererben noch von anderen Erbschaften annehmen. Karl Marx schreibt dazu: ,,Ein Gesetz zur Übertragung des ,Eigentums' von Katholiken an Protestanten, oder um den ,Anglikanismus' zu einem Rechtstitel auf Eigentum zu machen. (...) Die katholische Religion zu lehren, war ein schweres, mit Deportation bestraftes Verbrechen, einen Protestanten zum Katholiken zu machen, war ein Akt des Verrats. Ein katholischer Erzbischof zu sein, bedeutete Verbannung, Rückkehr aus der Verbannung Hochverrat; er wurde erhängt, bei lebendigem Leibe ausgeweidet und danach gevierteilt. (...) Die Katholiken waren des Rechts beraubt, an der Wahl der Parlamentsmitglieder teilzunehmen. *Dieser Strafkodex verstärkte die Macht der katholischen Priesterschaft über das irische Volk.*'' (MEW Bd. 16, S. 448 – 449) Die Masse der irischen Bauern wurde so zwangsweise vertrieben und ausgehungert, der Rest zu Tagelöhnern oder winzigen Unterpächtern unter die großen englischen Pächtern gezwungen.

Auf der einen Seite katholische irische Bauern, ihres Bodens beraubt, ausgeblutet, ausgehungert, ausgebeutet und vertrieben. Auf der anderen Seite protestantische Grundherrn und Siedler, vor allem im Norden des Landes, wo bereits 1608 die englische Krone 320000 Hektar Land beschlagnahmt hatte und Derry und Coleraine als befestigte Kolonialstädte errichtet worden waren. In diesem Gegensatz bewegte sich von nun an der Kampf des irischen Volkes gegen die britische Kolonialherrschaft. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts gab es nur einen einzigen Aufstandsversuch, der sich nicht in dieser religiösen Form bewegte – die Erhebung der Belfaster protestantischen Republikaner und der United Irishmen 1798 für eine unabhängige irische Republik, die wegen der fehlenden Verbindung mit dem Kampf der Bauern niedergeschlagen wurde.

Die Religionen bildeten dabei nur die Verkleidung für den tatsächlichen antagonistischen Klassengegensatz zwischen den irischen Bauern und den Landlords und Bourgeois (Siedlern). Die irischen Bauern waren seit fast 1000 Jahren katholisch. Für sie war Festhalten an ihrem Land gleichbedeutend mit Verteidigung des Katholizismus, und daß der Angriff und Raub ihres Landes unter der Parole der ,,Ausrottung des Katholizismus'' er-



lische Grundbesitzeraristokratie und die eng verbündete Handelsbourgeoisie begonnen, die irischen Bauern systematisch von ihrem Land zu vertreiben und an ihrer Stelle eine englische Grundbesitzerklasse anzusiedeln, die ihre Pachterträge zur Förderung ihrer industriellen und Handelsgeschäfte verwendete. Nach der Niederschlagung des Befreiungskampfes, in dessen Verlauf sie die Bevölkerungszahl bereits von 1,5 Mio. auf etwa 700000 dezimiert hatten, gingen Landlords und Bourgeois nun daran, ganze Arbeit zu machen. ,,Rottet die Amalekiter (Räuber) der irischen Nation mit Stumpf und Stiel aus und besiedelt die abermals verwüsteten Ländereien mit völlig

und George (bis 1776) wurde ein ,,Strafkodex'' durchgesetzt, dessen Kern die *Unvereinbarkeit von Katholizismus und Eigentum, vor allem Eigentum an Land war.* Katholiken war der Besitz von Land und Unternehmen verboten, sie durften weder ihr Eigentum vererben noch von anderen Erbschaften annehmen. Karl Marx schreibt dazu: ,,Ein Gesetz zur Übertragung des ,Eigentums' von Katholiken an Protestanten, oder um den ,Anglikanismus' zu einem Rechtstitel auf Eigentum zu machen. (...) Die katholische Religion zu lehren, war ein schweres, mit Deportation bestraftes Verbrechen, einen Protestanten zum Katholiken zu machen, war ein Akt

Erhebung der Belfaster protestantischen Republikaner und der United Irishmen 1798 für eine unabhängige irische Republik, die wegen der fehlenden Verbindung mit dem Kampf der Bauern niedergeschlagen wurde.

Die Religionen bildeten dabei nur die Verkleidung für den tatsächlichen antagonistischen Klassengegensatz zwischen den irischen Bauern und den Landlords und Bourgeois (Siedlern). Die irischen Bauern waren seit fast 1000 Jahren katholisch. Für sie war Festhalten an ihrem Land gleichbedeutend mit Verteidigung des Katholizismus, und daß der Angriff und Raub ihres Landes unter der Parole der ,,Ausrottung des Katholizismus'' er-



Mehr als 30000 Besatzungssoldaten und Polizisten setzt die britische Finanzbourgeoisie in Irland für die Aufrechterhaltung ihrer Kolonialherrschaft ein. Die Verlustzahlen steigen ständig. Am 27. Juli wurden, neben Mountbatten, 18 Besatzungssoldaten von der IRA getötet. – Bild: Patrouille der britischen Besatzer in Londonderry

Marx und Engels über Irland und die englische Arbeiterbewegung

Marx in einem Brief an Sigfrid Meyer und August Vogt in New York – 9. April 1870 (Übersetzungen in Klammern von uns).

Ich bin nach jahrelanger Beschäftigung mit der irischen Frage zu dem Resultat gekommen, daß der entscheidende Schlag gegen die herrschenden Klassen in England (und er ist entscheidend für die Arbeiterbewegung all over the world) *nicht in England,* sondern *nur in Irland* geführt werden kann. (...)

Irland ist das bulwark (Bollwerk) der *englischen Grundaristokratie.* Die Ausbeutung dieses Landes ist nicht nur eine Hauptquelle ihres materiellen Reichtums. Es ist ihre größte *moralische* Macht. Sie repräsentieren in fact die *Herrschaft Englands über Irland.* Irland ist daher das grand moyen (große Mittel), wodurch die englische Aristokratie *ihre Herrschaft in England* selbst erhält.

Andrerseits: Zieht morgen die englische Armee und Polizei aus Irland fort, und Ihr habt sofort an agrarian revolution (eine Agrarrevolution) in Ireland. Der Sturz der englischen Aristokratie in Irland bedingt aber und hat notwendig zur Folge ihren Sturz in England. Damit wäre die Vorbedingung der proletarischen Revolution in England erfüllt. Weil in Irland die *Landfrage* bis jetzt die *ausschließliche Form* der sozialen Frage ist, weil sie eine Existenzfrage, eine *Frage von Leben und Tod* für die immense Majorität des irischen Volkes ist, weil sie zugleich unzertrennlich von der *nationalen* Frage ist, ist die Vernichtung der englischen Grundaristokratie in Irland eine unendlich leichtere Operation als in England selbst. Ganz abgesehen von dem leidenschaftlicheren und mehr revolutionären Charakter der Irländer als der Engländer.

Was die englische *Bourgeoisie* angeht, so hat sie d'abord (zunächst) mit der englischen Aristokratie das Interesse gemein, Irland in ein bloßes Weideland zu verwandeln, welches for the English market (für den englischen Markt) Fleisch und Wolle zu möglichst billigen Preisen liefert. Sie hat dasselbe Interesse, die irische Bevölkerung auf eine so geringe Zahl durch eviction (Landvertreibung) und zwangsweise Emigration zu reduzieren, daß *englisches Kapital* (Pachtkapital) mit ,,security'' (,,Sicherheit'') in diesem Land funktionieren kann. Sie hat dasselbe Interesse in clearing the estates of Ireland (an der Lichtung der Güter in Irland), welches sie in the clearing of the agricultural districts of (an der Lichtung der landwirtschaftlichen Bezirke von) England und Scotland hatte. Die 6000 – 10000 Pfund Absentee- und anderer irischen Revenuen, die jetzt jährlich nach London fließen, sind auch mitzunehmen.

Aber die englische Bourgeoisie hat noch viel wichtigere Interessen in der jetzigen irischen Wirtschaft. Irland liefert durch die beständig zunehmende Konzentration der Pachten beständig sein surplus für den englischen Labour market (Arbeitsmarkt) und drückt dadurch wages (Löhne) und materielle und moralische Position der English Working class herab.

Und das Wichtigste! Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei *feindliche* Lager *gespalten* ist, englische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den Standart of life (Lebensstandard) herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der *herrschenden Nation* und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten *gegen Irland*, befestigt damit deren Herrschaft *über sich selbst*. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Er verhält sich ungefähr zu ihm wie die poor whites (armen Weißen) zu den niggers in den ehemaligen Sklavenstaaten der amerikanischen Union. Der Irländer pays him back with interest in his own money (zahlt ihm mit gleicher Münze und Zinsen zurück). Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der *englischen Herrschaft in Irland.*

Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebote stehenden Mittel. *Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse,* trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt. (...)

England, als Metropole des Kapitals, als bis jetzt den Weltmarkt beherrschende Macht, ist einstweilen das wichtigste Land für die Arbeiterrevolution, dazu das *einzige* Land, wo die materiellen Bedingungen dieser Revolution bis zu einem gewissen Reifegrad entwickelt sind. Die soziale Revolution in England zu beschleunigen, daher der wichtigste Gegenstand der Internationalen Arbeiterassoziation. Das einzige Mittel, sie zu beschleunigen, ist die Unabhängigkeitsmachung Irlands. Daher Aufgabe der ,,International'', überall den Konflikt zwischen England und Irland in den Vordergrund zu stellen, überall für Irland offen Partei zu nehmen. Die spezielle Aufgabe des Zentralrats in London, das Bewußtsein in der englischen Arbeiterklasse wachzurufen, daß die *nationale Emanzipation Irlands für sie* keine question of abstract justice or humanitarian sentiment (Frage des abstrakten Rechts oder menschenfreundlichen Gefühls) ist, sondern *the first condition of their own social emancipation (die erste Bedingung für ihre eigene soziale Befreiung).*

MEW 32, S. 667 ff.

folgte, bestärkte sie nur darin.

Die Siedler auf der anderen Seite waren Protestanten, vor allem Presbyterianer, eine englische Variante des Calvinismus. Kern des Calvinismus bildet das Dogma der „Gnadenwahl", wonach der irdische Reichtum und die gesellschaftliche Stellung des Menschen Ausdruck der göttlichen Gnade ist und nicht allein Ergebnis seiner Tüchtigkeit. Engels schrieb dazu: „Sein Dogma war den kühnsten der damaligen Bürger angepaßt. Seine Gnadenwahl war der religiöse Ausdruck der Tatsache, daß in der Handelswelt der Konkurrenz Erfolg oder Bankrott nicht abhängt von der Tätigkeit oder dem Geschick des einzelnen, sondern von Umständen, die von ihm unabhängig sind. ‚So liegt es nicht an jemandes Wollen oder Laufen, sondern am Erbarmen' überlegener, aber unbekannter ökonomischer Mächte." (MEW Bd. 22, S. 300)

Ursprünglich religiöse Verkleidung der Interessen der Schweizer und holländischen Handelskapitalisten und ihres Kampfes für eine einheitliche nationale Republik, entwickelte die englische Bourgeoisie die verschiedenen Varianten des Calvinismus wie das Presbyterianertum zu einer willkommenen Form von Siedlerideologie für ihr Kolonialreich weiter. Wo das Glück des Menschen „nicht abhängt von der Tätigkeit oder dem Geschick des einzelnen, sondern von Umständen, die unabhängig von ihm sind" und sich darin das göttliche Erbarmen widerspiegelt, da ist es eben auch göttliches Erbarmen, das den irischen Bauern zum Tagelöhner und Kleinpächter auf dem eigenen, ihm geraubten Land zwingt, während der Siedler und Landlord die Rente einstreicht, durchaus „unabhängig von seiner Tätigkeit". Über die Presbyterianer schreibt der Brockhaus 1966: „In der Welt und im Gemeinschaftsleben der Menschen sehen sie die Möglichkeit, Gottes Willen zu erfüllen, halten sich darum aber auch von allen von der Welt kommenden Zerstreuungen fern. Dadurch sind die Presbyterianer in besonderem Maße an der Entfaltung der modernen, ganz auf die Sache bezogenen Arbeitswelt und Gesellschaft beteiligt." Freilich, „ganz auf die Sache bezogen", oder auch: ganz auf den Profit und die Akkumulation.

Wie man der „Gnadenwahl" etwas unter die Arme greift, bewiesen die englischen Kolonialherren in großem Maßstab seit der Aufhebung der Korngesetze in England 1846: Durch „Lichten" der Pachtungen, d.h. Vertreibung der Pächter und Ausweitung der Viehzucht (vor allem Schafe), drastische Heraufsetzung der Pachten und gleichzeitige Verhinderung jeder industriellen Entwicklung wurden fast zwei Millionen Iren aus dem Land getrieben, eine Million verhungerte. Die Bevölkerungszahl sank von 1841 bis 1866 von 8,22 Mio. auf 5,57 Mio. oder um ein rundes Drittel.

gelöhner und Kleinpächter auf dem eigenen, ihm geraubten Land zwingt, während der Siedler und Landlord die Rente einstreicht, durchaus „unabhängig von seiner Tätigkeit". Über die Presbyterianer schreibt der Brockhaus 1966: „In der Welt und im Gemeinschaftsleben der Menschen sehen sie die Möglichkeit, Gottes Willen zu erfüllen, halten sich darum aber auch von allen von der Welt kommenden Zerstreuungen fern. Dadurch sind die Presbyterianer in besonderem Maße an der Entfaltung der modernen, ganz auf die Sache bezogenen Arbeitswelt und Gesellschaft beteiligt." Freilich, „ganz auf die Sache bezogen", oder auch: ganz auf den Profit und die Akkumulation.

Wie man der „Gnadenwahl" etwas unter die Arme greift, bewiesen die englischen Kolonialherren in großem Maßstab seit der Aufhebung der Korngesetze in England 1846: Durch „Lichten" der Pachtungen, d.h. Vertreibung der Pächter und Ausweitung der Viehzucht (vor allem Schafe), drastische Heraufsetzung der Pachten und gleichzeitige Verhinderung jeder industriellen Entwicklung wurden fast zwei Millionen Iren aus dem Land getrieben, eine Million verhungerte. Die Bevölkerungszahl sank von 1841 bis 1866 von 8,22 Mio. auf 5,57 Mio. oder um ein rundes Drittel.

Etwa um die gleiche Zeit bildeten die irischen Arbeiter in England und den USA in enger Verbindung mit den Bauern und bürgerlichen Kräften die erste nichtkatholische revolutionäre Organisation der unteren Klassen Irlands gegen die Kolonialherrschaft. 1863 gründeten sie die Fenian Brotherhood. Unter ihrem Einfluß lösten sich zum ersten Mal beträchtliche Teile der irischen Bauern von der katholischen Kirche. Auf Versammlungen in Irland wurden Pfaffen am Kragen gepackt und von der Rednertribüne entfernt, wenn sie gegen die Fenier hetzten. Die englische Bourgeoisie reagierte auf die Fenier mit wildem Terror. Tausende tatsächlicher oder angeblicher Fenier wurden ohne Gerichtsurteil oder Anklage jahrelang ins Gefängnis gesperrt, Dutzende dort zu Tode geschunden oder in den Wahnsinn getrieben. Dennoch breitete sich die Bewegung weiter aus. 1879 bildeten irische Bauern die „Landliga" und forderten das Land zurück. Gegen diese bäuerlich-revolutionäre Bewegung gelang der englischen Bourgeoisie dann die entscheidende Spaltung des Kampfes: Durch die neuen „Landgesetze", die seit 1881 erlassen wurden und den Bauern Regierungskredite für den Erwerb von Land anboten, wurden bis Ende des Jahrhunderts an insgesamt 400000 Bauern etwa 5,2 Mio. Hektar Land verkauft zu einem Preis von 128 Mio. Pfund Sterling. Gleichzeitig vertrieben die englischen Pächter weitere 130000 Kleinpächter endgültig von ihrem Land. Dieser großangelegte Spaltungsversuch wurde von der katholischen Kirche nach Kräften unterstützt.

Als sich 1916 und dann erneut unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg unter Führung der Arbeiterklasse das irische Volk gegen die Kolonialherrschaft erhob, zahlte sich für die englische Bourgeoisie diese Politik aus. Mit Unterstützung der katholischen Pfaffen und von eng mit den Imperialisten verbundenen Teilen der Bourgeoisie im Süden und der Siedler im Norden spalteten sie das Land und hielten ihre Kolonialherrschaft im Norden aufrecht. Die Bevölkerung dort sei mehrheitlich (60%) protestantisch und für die Einheit mit Britannien, lautete die Begründung. Was Wunder: Die Bevölkerung der sechs Counties im Norden besteht mehrheitlich aus Nachkommen der Siedler, die Masse der katholischen Iren wurde hier vertrieben in einem Maße wie in keinem anderen Teil des Landes. Aber erst nach einem dreijährigen Bürgerkrieg im Süden gelang es der englischen Bourgeoisie, die irische Republik auf die südlichen Counties zu beschränken, eine Republik, die ganz unter der Fuchtel der englischen Finanzbourgeoisie steht, abgeschnitten von den industriellen Zentren im Norden und so eine leichte Beute des Neokolonialismus.

An die Stelle der Ausplünderung durch die Pächter ist für die irischen Bauern heute die Ausplünderung durch die englischen Banken, Nahrungsmittel-, Dünger- und Landmaschinenkonzerne getreten, gegen die sie nun ihr Land und ihre Existenz als selbständige Produzenten verteidigen müssen, solange die irische Arbeiterklasse ihnen keine revolutionäre Perspektive zur Überwindung der Fesseln der Kleinproduktion und des Privateigentums weist. Die katholische Kirche

verbundenen Teilen der Bourgeoisie im Süden und der Siedler im Norden spalteten sie das Land und hielten ihre Kolonialherrschaft im Norden aufrecht. Die Bevölkerung dort sei mehrheitlich (60%) protestantisch und für die Einheit mit Britannien, lautete die Begründung. Was Wunder: Die Bevölkerung der sechs Counties im Norden besteht mehrheitlich aus Nachkommen der Siedler, die Masse der katholischen Iren wurde hier vertrieben in einem Maße wie in keinem anderen Teil des Landes. Aber erst nach einem dreijährigen Bürgerkrieg im Süden gelang es der englischen Bourgeoisie, die irische Republik auf die südlichen Counties zu beschränken, eine Republik, die ganz unter der Fuchtel der englischen Finanzbourgeoisie steht, abgeschnitten von den industriellen Zentren im Norden und so eine leichte Beute des Neokolonialismus.

An die Stelle der Ausplünderung durch die Pächter ist für die irischen Bauern heute die Ausplünderung durch die englischen Banken, Nahrungsmittel-, Dünger- und Landmaschinenkonzerne getreten, gegen die sie nun ihr Land und ihre Existenz als selbständige Produzenten verteidigen müssen, solange die irische Arbeiterklasse ihnen keine revolutionäre Perspektive zur Überwindung der Fesseln der Kleinproduktion und des Privateigentums weist. Die katholische Kirche
dagegen, die sich auf dieses in solcher Lage zwangsläufig konservative Bestreben der Bauern stützt, ist ein Instrument der Imperialisten, dessen Einfluß die irische Arbeiterklasse zerstören muß, wenn sie das Land von der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung befreit.

1791 – 1798: Die „United Irishmen" führen als erste den Kampf für eine unabhängige Republik

z.acr. Irland war im Laufe des 18. Jahrhunderts von den englischen Kolonialisten mit einem verzweigten System von Steuern und Schutzzöllen ganz auf die Versorgung Englands mit landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen für die wachsende kapitalistische Industrie ausgerichtet. Die Entwicklung einer eigenen irischen Industrie wurde damit verhindert. Die Säulen der Kolonialherrschaft waren die protestantischen Großgrundbesitzer, die das Parlament der Kolonie bildeten, und die englische Armee.

Die aufstrebende irische Bourgeoisie entwickelte Ende des 18. Jahrhunderts in ihrem Kampf gegen die Tributzahlungen an die Kolonialisten ein Programm, das das ganze irische Volk zusammenschließen konnte. Unter Führung des protestantischen Rechtsanwaltes Wolfe Tone aus Dublin gründeten irische Bourgeois 1791 die „United Irishmen". Sie forderten wirtschaftliche, politische und religiöse Freiheit, das allgemeine Wahlrecht, die Enteignung der Großgrundbesitzer, die Abschaffung der Wucherpachten und des Zehnten (an die englische Staatskirche) und als erste die Errichtung einer unabhängigen Republik Irland.

Die „United Irishmen" gewannen die Unterstützung der irischen Bauern, die bisher in regionalen Organisationen gegen die ständig steigenden Pachten kämpften. Anfang des 18. Jahrhunderts hatte das Marionettenparlament der Großgrundbesitzer Gesetze erlassen, die jedem Katholiken den Besitz von Land verboten. Sie erlaubten den irischen Bauern lediglich, kleine Stücke Land für nicht mehr als 30 Jahre zu pachten. 1786 z.B. mußte ein Bauer für ca. 0,5 ha Land 7 Pfund, 15 Shilling und 6 Pence an Pacht, als Zehnten, an Haussteuer und für die Militärausgaben der Kolonialisten zahlen. Die Pacht mußten sie beim Grundherren abarbeiten. Pro Tag bekamen sie dafür 5 Pence.

Gleichzeitig raubten die Kolonialisten den Besitz der katholischen Kirche, übergaben ihn ihrer Staatskirche und verboten die katholische Lehre, das heißt, alle Formen eines eigenen irischen Schulwesens.

Die „United Irishmen" gewannen unter ihrem Programm 1792 die politische Führung in der katholischen Kirche, die bisher vom irischen Adel gestellt wurde. Sie führten Wahlen zu einer kirchlichen Vertreterversammlung durch. Das kam praktisch der Wahl zu einem irischen Parlament gleich, da fast alle Iren Katholiken waren.

1794 verboten die Kolonialisten die „United Irishmen". Diese bereiteten dann im Untergrund den Aufstand vor. Die bürgerliche Führung setzte dabei jedoch vor allem auf die Hilfe durch die gerade an die Macht gekommene französische Bourgeoisie. Als bei Beginn des Aufstandes im Mai 1798 die versprochenen französischen Truppen ausblieben, verriet ein großer Teil der bürgerlichen Führung die Revolution aus Angst vor einer Bauernrevolution und ließ die bereits kämpfenden Bauernmassen ohne führende Organisation zurück. Wolfe Tone wurde von den Kolonialisten verhaftet und verübte kurz vor seiner Exekution im November 1798 Selbstmord.



Vertreibung eines irischen Pächters. Vor den „United Irishmen" (1791) kämpfen Geheimbünde wie die Whiteboys in Munster gegen die Grundherren.

1905 – 1916: Arbeiter und Bauern kämpfen für nationale Befreiung und sozialistische Republik

z.hej. Die irischen Volksmassen erheben sich 1916 unter Ausnutzung des imperialistischen Weltkrieges im „Osteraufstand" gegen den englischen Imperialismus. Die Führung des Kampfes um die nationale Befreiung lag jetzt in den Händen der Arbeiterklasse, an ihrer Spitze James Connolly, der Gründer der Socialist Party (1896).

1909 wird durch Larkin und Connolly die Gewerkschaft Irish Transport and General Workers Union als einheitliche Industriegewerkschaft der gelernten und ungelernten Arbeiter gegründet. 1913 erklärte der Dubliner Kapitalistenführer W.M. Murphy mit der englischen Kolonialherrschaft im Rücken, daß er bereit sei, ¼ Millionen Pfund Sterling für die Zerschlagung der irischen Gewerkschaften zu opfern, und entläßt 200 Straßenbahnarbeiter. Bald steht halb Dublin im Streik und Aufruhr. Die Streiks der irischen Arbeiter werden durch die englischen Gewerkschaften mit Fonds unterstützt. Der Generalstreik wird ausgerufen, der von der englischen Armee niedergeschlagen wird.

Gegen die Streiks wandte sich Arthur Griffith, Führer der Sinn Fein-Partei. Sinn Fein war 1907 mit Unterstützung der Katholischen Kirche gegründet worden. Die Masse der Mitglieder waren Kleinbürger und Bauern. Ziel war nur noch die „Home Rule", Selbstverwaltung innerhalb des englischen Königreiches. Die Irish Volunteers, militärische Organisation der Sinn Fein, war aufgrund der in ihr vereinigten verschiedenen Klasseninteressen in mehrere Fraktionen gespalten.

Connolly gründet aufgrund der Niederschlagung des Dubliner Generalstreiks eine eigene Armee, die „Irish Citizen Army". Im Osteraufstand erhob sich die Irish Citizen Army, unterstützt von Teilen der Irish Volunteers, vor allem der Bauern, im bewaffneten Aufstand gegen die englische Herrschaft. Durch Connolly wird die unabhängige Republik Irland ausgerufen. Der Aufstand wird durch die englische Armee blutig niedergeschlagen, die Führer hingerichtet. Die Niederschlagung gelang, weil die irische Bourgeoisie und die katholische Kirche die Befreiung nicht unterstützten, weil sie eine sozialistische Republik fürchteten und gestützt auf die Home Rule-Politik die Bauern spalteten – der Papst griff öffentlich die katholisch-bäuerlichen „Geheimbünde" an – und die Arbeiterbewegung noch nicht entwickelt und erfahren genug war, um die breiten Volksmassen zu führen.



1918 finden die ersten Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht statt, bei de-

den Kolonialisten verhaftet und verübte kurz vor seiner Exekution im November 1798 Selbstmord.

Vertreibung eines irischen Pächters. Vor den „United Irishmen" (1791) kämpfen Geheimbünde wie die Whiteboys in Munster gegen die Grundherren.

1905 – 1916: Arbeiter und Bauern kämpfen für nationale Befreiung und sozialistische Republik

z.hej. Die irischen Volksmassen erheben sich 1916 unter Ausnutzung des imperialistischen Weltkrieges im „Osteraufstand" gegen den englischen Imperialismus. Die Führung des Kampfes um die nationale Befreiung lag jetzt in den Händen der Arbeiterklasse, an ihrer Spitze James Connolly, der Gründer der Socialist Party (1896).

1909 wird durch Larkin und Connolly die Gewerkschaft Irish Transport and General Workers Union als einheitliche Industriegewerkschaft der gelernten und ungelernten Arbeiter gegründet. 1913 erklärte der Dubliner Kapitalistenführer W.M. Murphy mit der englischen Kolonialherrschaft im Rücken, daß er bereit sei, ¼ Millionen Pfund Sterling für die Zerschlagung der irischen Gewerkschaften zu opfern, und entläßt 200 Straßenbahnarbeiter. Bald steht halb Dublin im Streik und Aufruhr. Die Streiks der irischen Arbeiter werden durch die englischen Gewerkschaften mit Fonds unterstützt. Der Generalstreik wird ausgerufen, der von der englischen Armee niedergeschlagen wird.

Gegen die Streiks wandte sich Arthur Griffith, Führer der Sinn Fein-Partei. Sinn Fein war 1907 mit Unterstützung der Katholischen Kirche gegründet worden. Die Masse der Mitglieder waren Kleinbürger und Bauern. Ziel war nur noch die „Home Rule", Selbstverwaltung innerhalb des englischen Königreiches. Die Irish Volunteers, militärische Organisation der Sinn Fein, war aufgrund der in ihr vereinigten verschiedenen Klasseninteressen in mehrere Fraktionen gespalten.

Connolly gründet aufgrund der Niederschlagung des Dubliner Generalstreiks eine eigene Armee, die „Irish Citizen Army". Im Osteraufstand erhob sich die Irish Citizen Army, unterstützt von Teilen der Irish Volunteers, vor allem der Bauern, im bewaffneten Aufstand gegen die englische Herrschaft. Durch Connolly wird die unabhängige Republik Irland ausgerufen. Der Aufstand wird durch die englische Armee blutig niedergeschlagen, die Führer hingerichtet. Die Niederschlagung gelang, weil die irische Bourgeoisie und die katholische Kirche die Befreiung nicht unterstützten, weil sie eine sozialistische Republik fürchteten und gestützt auf die Home Rule-Politik die Bauern spalteten – der Papst griff öffentlich die katholisch-bäuerlichen „Geheimbünde" an – und die Arbeiterbewegung noch nicht entwickelt und erfahren genug war, um die breiten Volksmassen zu führen.

1918 finden die ersten Wahlen nach allgemeinem Wahlrecht statt, bei de-
nen die Sinn Fein die absolute Mehrheit bekommt und die Nationalist Party, eine Partei der irischen Großbourgeoisie, zur Sinn Fein überlief. 1920 akzeptieren die bürgerlichen Kräfte in der Sinn Fein den vom englischen Parlament verabschiedeten „Government of Ireland Act", die Teilung Irlands und die einseitige Unabhängigkeit Südirlands.



Die Irish Volunteers 1914 in der Nähe von Dublin. Mit der Irish Citizen Army kämpfen sie bewaffnet 1916 gegen die englische Kolonialmacht.

Friedrich Engels, Briefe aus London III – 14. November 1872

Die *liberale* englische Regierung hält gegenwärtig in ihren Gefängnissen nicht weniger als 42 irische politische Gefangene ... Die irischen Internationalen von London beschlossen, im Hyde Park ... eine *Monster*kundgebung für eine allgemeine Amnestie zu organisieren. (...)

Am vergangenen Sonntag, gegen drei Uhr, zogen zwei unendlich lange Züge mit Musikkapellen und Fahnen zum Hyde Park. Die Musikkapellen spielten irische Nationallieder und die Marseillaise; fast alle Fahnen waren irische (grün mit einer goldenen Harfe in der Mitte) oder rote. (...)

Es waren dort wenigstens dreißigtausend Zuschauer zugegen, von denen gering gerechnet die Hälfte ein grünes Band oder ein grünes Blatt im Knopfloch des Rockes trug, um ihre irische Nationalität zu bekunden; die übrigen waren Engländer, Deutsche, Franzosen. Die Menge war zu zahlreich, als daß sie die Reden hätte hören können, und daher organisierte man neben dem ersten ein zweites Meeting, in dem andere Redner zur selben Sache sprachen. Es wurden energische Entschließungen angenommen, die eine allgemeine Amnestie forderten sowie die Abschaffung der Ausnahmegesetze, die Irland einen ständigen Belagerungszustand auferlegten. Gegen fünf Uhr formierten sich erneut die Züge, und die Menge verließ den Park, nachdem sie die Verordnung des Ministeriums Gladstone mit Füßen getreten hatte.

Es ist das erste Mal, daß eine irische Kundgebung im Hyde Park stattfand; sie hatte großen Erfolg: Selbst die bürgerliche Presse in London konnte es nicht leugnen. Es ist das erste Mal, daß sich englische und irische Elemente unserer Bevölkerung herzlich zusammengeschlossen. Diese zwei Elemente der Arbeiterklasse, deren gegenseitige Feindschaft vorzüglich den Interessen der Regierung und der reichen Klassen diente, reichen sich nun die Hand; diese erfreuliche Tatsache verdanken wir vor allem dem Einfluß des vorigen Generalrats der Internationale, der stets alle seine Anstrengungen darauf gerichtet hatte, das Bündnis zwischen den Arbeitern der beiden Nationen auf der Grundlage einer vollständigen Gleichheit vorzubereiten. Die Versammlung am 3. November wird eine neue Ära in der Londoner Arbeiterbewegung einleiten.

MEW 18, S. 188ff.

„Kirchenführer und Politiker sind bankrott" Die Provisorische I.R.A. zum Papstbesuch

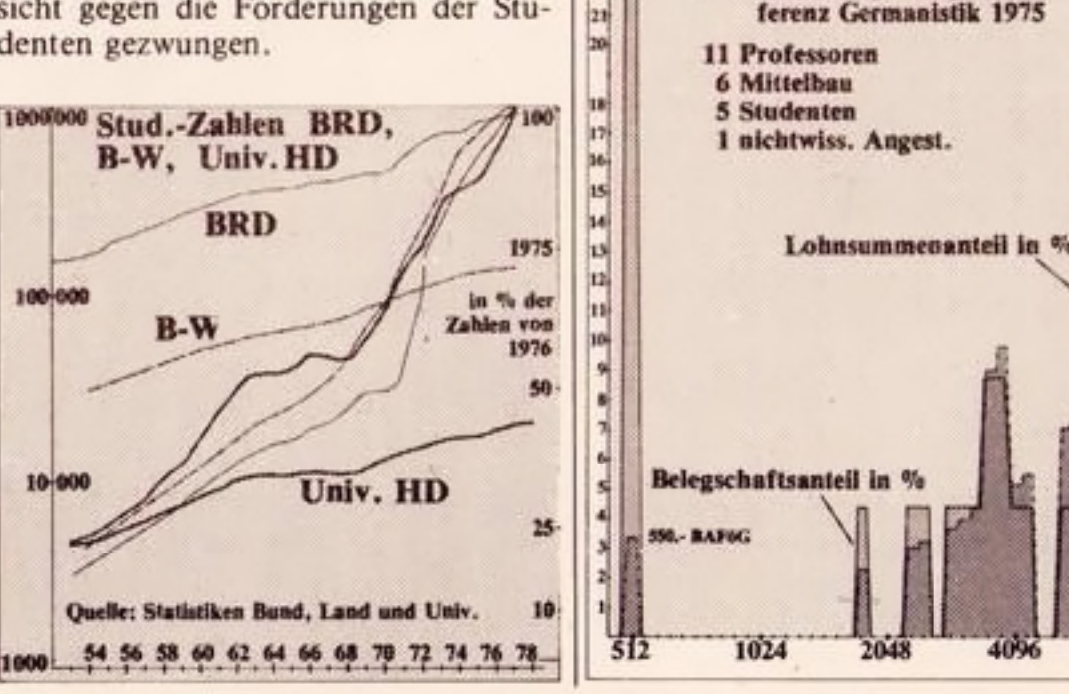
z.hef. Einen Tag nach dem Besuch des Papstes gab die Provisional Irish Republican Army (Provisorische Irische Republikanische Armee) in Belfast eine Erklärung heraus, in der es u.a. heißt: „Die Irische Republikanische Armee bestätigt ihre Haltung in bezug auf den Einsatz von Gewalt, um politische Veränderungen gegen die britische Regierung durchzusetzen. (...) Versuche, diese Probleme friedlich zu lösen, wurden vom Staat mit brutaler Gewalt beantwortet, und das aufgebrachte Volk schlug mit zivilem Ungehorsam und dem Gebrauch von Gewalt zurück. Wir sind voller Bewußtsein der Ansicht, daß Gewalt das einzige Mittel ist, das Übel britischer Präsenz in Irland zu beseitigen. Ihre Einmischung hat das Volk gespalten und unzählige Leiden verursacht. Man sollte nicht von ‚Männern der Gewalt' reden und die bewaffneten Streitkräfte von 33000 Mann in den sechs Counties (Nordirland, Red.) nicht erwähnen, ihre unterdrückerischen Gesetze, die Armeefestungen, die ganze Gebiete in Schach halten, die bewiesenen Fälle von Folter und natürlich die Lage in den H-Blocks. Während wir die Einmischung der britischen Regierung in unsere Angelegenheiten beenden wollen, wollen sie die Republikaner ausrotten und gewaltsam die Forderung nach irischer Selbstbestimmung unterdrücken. Außerdem sind wir der Ansicht, daß die Aussichten auf unseren Sieg durch Beispiele anderer kolonialer Kämpfe gestützt werden, durch unsere fortdauernde Existenz angesichts der Dauer der Unterdrückung und durch die weitreichende Unterstützung, die wir genießen und die unsere Operationen zeigen. Wir wissen auch, daß die Kirche nach unserem Sieg keine Schwierigkeiten haben würde, uns anzuerkennen. Kirchenführer, Politiker und die etablierten Einrichtungen sind bankrott, sie haben nicht vermocht, die massiven sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, die unser Volk erleidet und die durch die britische Einmischung hervorgerufen werden. (...)"



Keine sichere Minute haben die Besatzer. Mitglieder der Provisionals IRA beschießen die britischen Truppen.

Die imperialistische Hochschulreform kann nur mit verschärfter Dienstaufsicht betrieben werden

Insbesondere die Sozialdemokratie in der Regierung legte die Grundlagen der 10 Jahre Hochschulreform. 1969 bewirkte sie die Verfassungsänderung zum Eingriff des Bundes in die Bildungshoheit der Länder. 1971 wurden unter Leussink verabschiedet: Graduiertenförderungsgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Novellierung der Hochschullehrerbesoldung, Sonderforschungsbereichseinrichtung. 1970: erster Entwurf zum HRG, 1971 erste Beratung im Bundestag. Eine der entscheidenden Maßnahmen zur Durchsetzung der Hochschulreform war die Änderung der Besoldungsordnung. Eingerichtet wurden die C 4 Professoren mit Gehältern entsprechend Bundeswehrgenerälen von 4000 – 9500 DM. Sie sitzen auf den Ämtern im Verwaltungsrat, der über die Verteilung der Gelder der Universität entscheidet. Am Germanistischen Institut treiben 12 Professoren heute 18 Assistenten und Akademische Räte an. Im Streik wurden sie mittels Dienstaufsicht gegen die Forderungen der Studenten gezwungen.

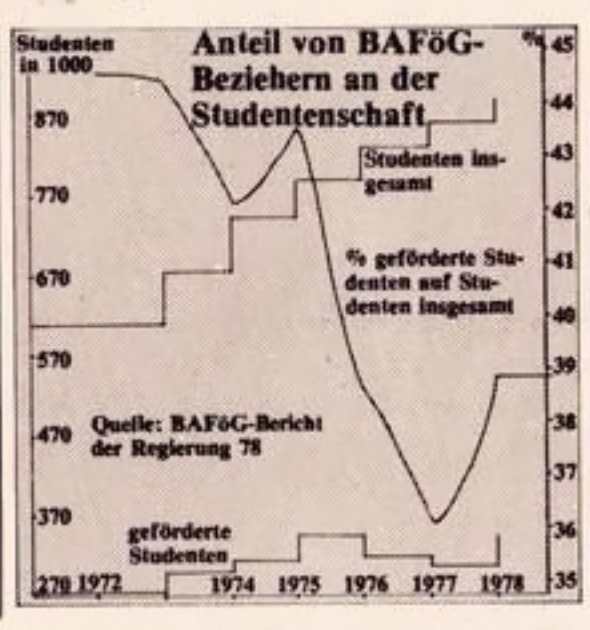


Systematisch betrieb die Bourgeoisie die Überzufuhr an die Hochschulen zur Schürung der Konkurrenz unter den Studentenmassen. Wie die Professoren dabei die Zügel halten, beweist die Lohnverteilung der Fachgruppenkonferenz, wo alle Studien- und Personalentscheidungen fallen.

Das BAFöG ist ein Mittel des Lohnraubs und der Unterdrückung

„Das überwiegend aus BAFöG geförderte Studium erweist sich als das am schnellsten und reibungslosesten abgeschlossene Hochschulstudium." Das schreibt die Regierung in ihrem 3. BAFöG-Bericht. In den Verwaltungsvorschriften wird von voller in Anspruchnahme der Arbeitskraft von 40 Stunden in der Woche ausgegangen. Durch Leistungsnachweise und Förderungshöchstdauer ist das BAFöG gekoppelt an die Studien- und Prüfungsverschärfungen und entscheidendes Mittel zur Durchsetzung der Hochschulreform. Entzug und Rückzahlungsdrohung ist gegen den Kampf der Studenten (z.B. bei Streik) gesetzlich festgelegt. Auf der anderen Seite raubt die Bourgeoisie so immer größere Lohnbestandteile der Massen zur Finanzierung der Hochschulausbildung. Das BAFöG wirkt so als Mittel zum Lohnraub, zur materiellen Fesselung, zur Organisierung der Zwangsarbeit und Schürung der Konkurrenz.

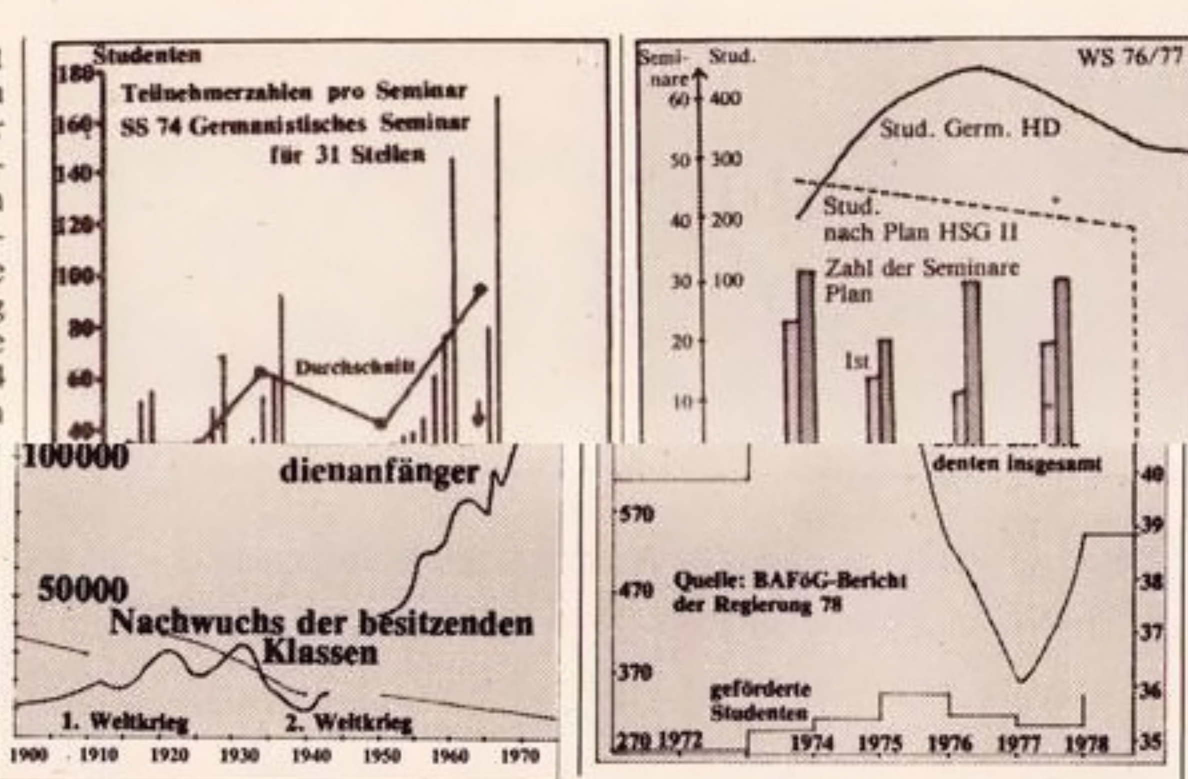




Das Schaubild zeigt die schwindenden Anteile der Bourgeois im Vergleich zu den Studienanfängern. Hat der Bourgeois den Wechsel von zu Hause sicher und holt sich den letzten Schliff, erweist sich die „Chancengleichheit" der besitzlosen Studenten als Zwangsakt, der aus Lohngeldern finanziert werden muß von Eltern, Ehegatten und eigner Lohnarbeit. Versichert gegen Arbeitslosigkeit bei Abbruch oder nach dem Studium sind sie nicht. Nach der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (1976) sind im Semester 45% und während der vorlesungsfreien Zeit ca. 70% zur Lohnarbeit gezwungen. 1963 waren es noch 8% bzw. 34%.

Zuerst Versprechungen – dann Überfüllung – dann Sieberei

Planmäßigkeit und subtile Gemeinheit zeichnet die Politik der Überzufuhr zu den Hochschulen aus. Kultusminister Hahn 1970: „Im Gegensatz dazu bestehen im Bereich der Altstadt bei den Kulturwissenschaften keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr." Aber die Lockung der Studenten an die Uni ging weiter: von SS 71 748 Studenten wurde das Germanistische Institut binnen 4 Jahren um 176% auf 1319 Studenten

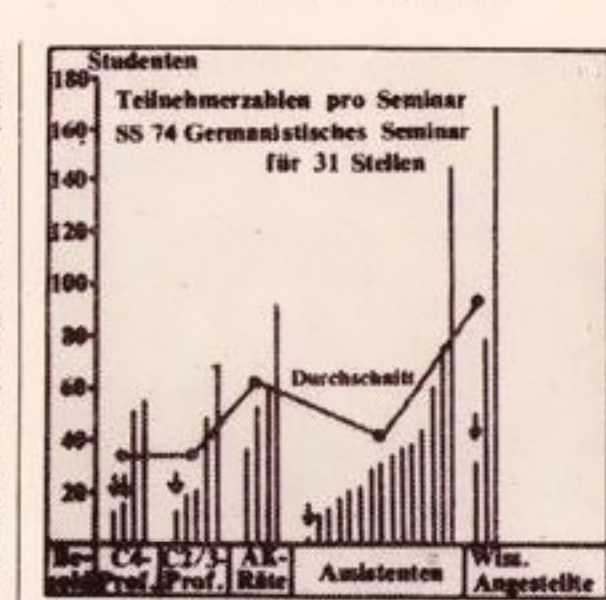


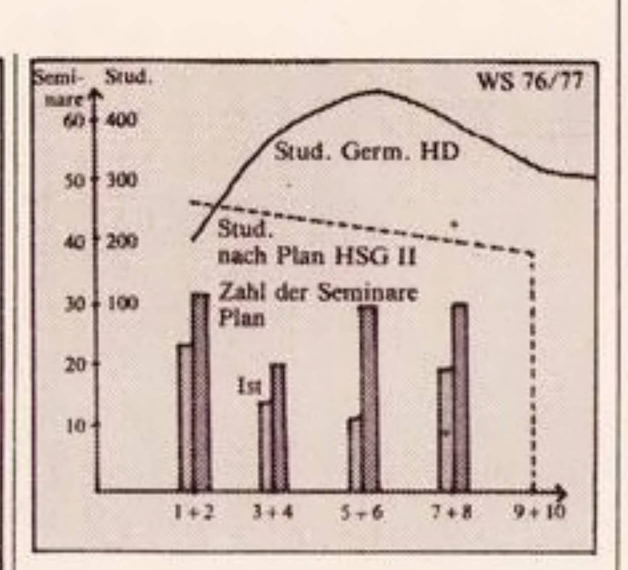
spruchnahme der Arbeitskraft von 40 Stunden in der Woche ausgegangen. Durch Leistungsnachweise und Förderungshöchstdauer ist das BAFöG gekoppelt an die Studien- und Prüfungsverschärfungen und entscheidendes Mittel zur Durchsetzung der Hochschulreform. Entzug und Rückzahlungsdrohung ist gegen den Kampf der Studenten (z.B. bei Streik) gesetzlich festgelegt. Auf der anderen Seite raubt die Bourgeoisie so immer größere Lohnbestandteile der Massen zur Finanzierung der Hochschulausbildung. Das BAFöG wirkt so als Mittel zum Lohnraub, zur materiellen Fesselung, zur Organisierung der Zwangsarbeit und Schürung der Konkurrenz.

Das Schaubild zeigt die schwindenden Anteile der Bourgeois im Vergleich zu den Studienanfängern. Hat der Bourgeois den Wechsel von zu Hause sicher und holt sich den letzten Schliff, erweist sich die „Chancengleichheit" der besitzlosen Studenten als Zwangsakt, der aus Lohngeldern finanziert werden muß von Eltern, Ehegatten und eigner Lohnarbeit. Versichert gegen Arbeitslosigkeit bei Abbruch oder nach dem Studium sind sie nicht. Nach der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (1976) sind im Semester 45% und während der vorlesungsfreien Zeit ca. 70% zur Lohnarbeit gezwungen. 1963 waren es noch 8% bzw. 34%.

Zuerst Versprechungen – dann Überfüllung – dann Sieberei

Planmäßigkeit und subtile Gemeinheit zeichnet die Politik der Überzufuhr zu den Hochschulen aus. Kultusminister Hahn 1970: „Im Gegensatz dazu bestehen im Bereich der Altstadt bei den Kulturwissenschaften keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr." Aber die Lockung der Studenten an die Uni ging weiter: von SS 71 748 Studenten wurde das Germanistische Institut binnen 4 Jahren um 176% auf 1319 Studenten aufgebläht. Hahn schon 1969: „So betrug im WS 68/69 das Verhältnis des Lehrkörpers im weiteren Sinne zu der Zahl der Haupt- und Nebenfachstudenten in Germanistik an der Universität Heidelberg 1 : 47 ... Daß bei solchen Verhältnissen ein ordnungsgemäßes Studium nicht mehr möglich ist, liegt – ungeachtet der Frage, ob ein Bedarf für diese Studierenden ... besteht – auf der Hand." Die Relation Studenten : Stelle entwickelt sich von 1 : 56 im WS 73/74 auf 1 : 57 im WS 75/76 und 1 : 61 im SS 79.



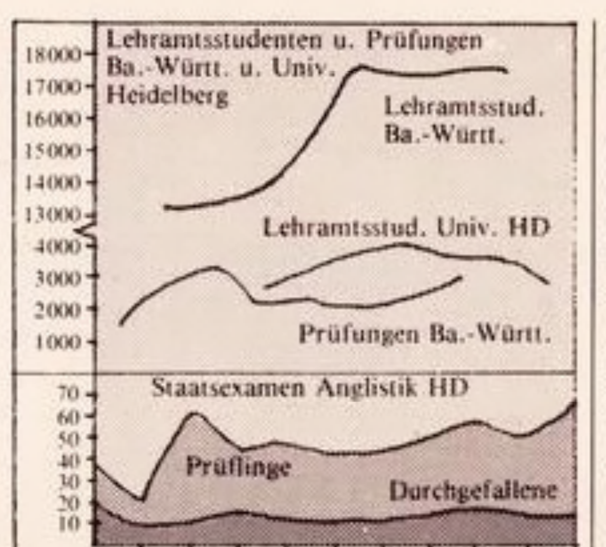


Im linken Schaubild sind die Teilnehmerzahlen in den Seminaren aufgetragen nach Besoldungsgruppen der Seminarleiter. Die Pfeile kennzeichnen die Belastungszeugen im Germanistenprozeß. Die Bestbezahlten und Reaktionärsten sind die Faulsten. Daneben sind aufgetragen die tatsächlichen Zahlen der Studenten in den Lehrveranstaltungen – gemessen an Seminargröße/Studienaufbau – im Gegensatz zu den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Studienbedingungen. Die Kurven geben an, wie die tatsächlichen Studentenzahlen im Vergleich zu den Sollzahlen aus dem Hochschulgesamtplan II weit höher liegen. Die Zahl der Lehrveranstaltungen liegt unter dem, wie sie nach den Richtzahlen nötig wären.

Nach der Steigerung der Konkurrenz durch planmäßige Überfüllung der Hochschulen – Verschärfung der Prüfungsordnungen

1977 tritt die Regelstudienzeit in Kraft, die durch den Kampf der Studenten bis dahin verhindert werden konnte. Dies führt zu einem sprunghaften Anstieg der Prüflingszahlen und der Durchfallquoten. Sobald es der Bourgeoisie gelang, eine große Zahl von Studenten in die Prüfungen zu pressen, setzt sie mit Verschärfung der Prüfungsordnungen nach. Die Prüfungsgewalt wird in die Hände der bestgeschmierten Professoren gelegt, Zwischenprüfungen eingeführt, wo es bisher keine gab, der geprüfte Stoff ausgeweitet und die Notengebung verschärft. Immer weniger Studenten können ihr Studium mit einem ordentlichen Abschluß beenden.

Als die Studenten versuchen, dem Druck in den Lehramtsfächern durch Wechseln auf Magister auszuweichen, werden in den Fakultätskonferenzen auch für die Magisterstudiengänge seit Ende 1978 Prüfungsordnungen entworfen.



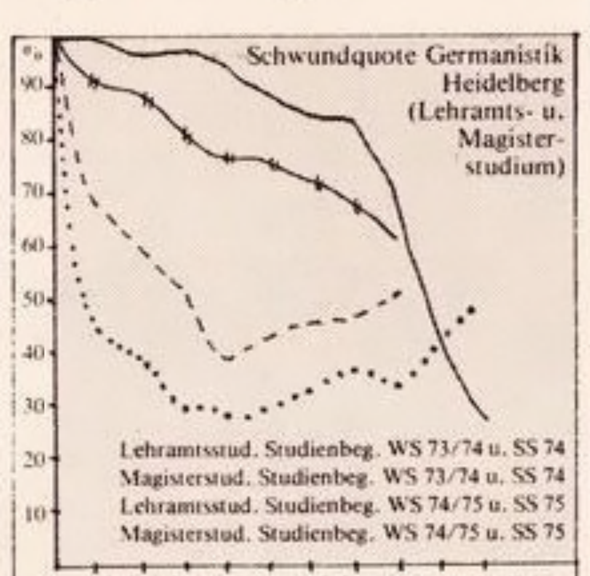


Schaubild 1 (= Entwicklung der Studentenzahlen LA in Baden-Württemberg und Prüfungen usw.) verdeutlicht die Überzufuhr zu den Hochschulen besonders in den Lehramtsfächern. Ab 1970 sprunghafter Anstieg der Prüflingszahlen. Daß die Zahl der Prüflinge zwischen 1973 und 76 nicht steigt, zeigt, daß die Studenten durch Verschärfung der Studien-und Prüfungsbedingungen zur Verlängerung des Studiums gezwungen, Schaubild 2 (= Schwundquote Germanisten), wie die Studienbedingungen am Germanistischen Seminar immer mehr Studenten zum Studienabbruch zwingen. Nach Einführung der Regelstudienzeit für Lehramtskandidaten wechseln viele auf den Magisterstudiengang.

Die Studentenbewegung kann den Germanistenprozeß für die Durchsetzung des Streik- und Koalitionsrechts nutzen

z.bil. Im 8. Monat verhandelt die Strafkammer des Landgerichts Heidelberg gegen drei ehemalige Fachschaftsvertreter des Germanistischen Seminars Heidelberg. Ein halbes Jahr lang war 1976 die Einführung von obligatorischen Klausuren in allen Grundstudiumsfächern der Mittelhochdeutschen Abteilung bestreikt worden. Der Streik wurde – erstmals an der Universität – von über 80% einer Abteilung getragen. Kultusministerium, Rektorat und Institutsleitung reagierten mit Aussperrung.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe, das die Anklage wegen 50 Fällen von Hausfriedensbruch, Nötigung und Körperverletzung bestätigte, führt zur Begründung aus: „In allen Fällen sollen die Angeklagten offensichtlich das Ziel verfolgt haben, einen Aufruf zu studentischem Boykott von Lehrveranstaltungen im Bereich des Germanistischen Seminars zum Zwecke der Änderungen der Studienbedingungen in diesem Fachbereich gegen den Willen der lernwilligen Studenten und der Dozenten durchzusetzen."

Die Verhandlung vor der großen Strafkammer verweigert den Studenten eine zweite Tatsacheninstanz. Das Höchststrafmaß von 3 Jahren, das bei den Schöffengerichten gilt, kann überschritten werden. Über eine Revision entscheidet der Bundesgerichtshof.

Das Germanistische Seminar ist eine Abteilung des öffentlichen Dienstes. Seine Beschäftigungsstruktur ist seit 1968 komplett umgewälzt worden. In keinem Studienfach wurden größere Versprechungen gemacht, als in der Lehrerausbildung. Die Landesregierung war Vorreiter unter den Bundesländern, die, unter dem Ruf nach qualifizierten Lehrern an den Schulen, Arbeitskräfte an die Hochschulen des Landes ansog, um sie sodann mit einem planmäßig ausgefeimtem System von Prüfungsanforderungen und Drill wieder auszusieben. Die Durchfallquote wurde schon im Hochschulgesamtplan Baden-Württemberg 1967 offen mit 22% angegeben. Im Strukturplan 1978 geht die Landesregierung von einer „Erfolgsquote" von 55% aus, d.h. 45% beginnen das Studium mit der Gewißheit, es nicht abschließen zu können. Die Durchführung dieser *planmäßigen* Zufuhr von Arbeitskräften aus den besitzlosen Klassen an die Hochschulen erfolgte unter direkter Regie von zwei Professoren aus dem Management des BASF-Konzerns und verdienten Bourgeois, wie Prof. Dahrendorf und Prof. Weizsäcker. Die *Formen*, in denen die Auslese stattfindet, sind die der Konkurrenz und Dressur. So erhofft die herrschende Kapitalistenklasse, die Gefahr, die mit der Übertragung von Teilen der Staatsgeschäfte auf Angehörige der besitzlosen

Das Germanistische Seminar ist eine Abteilung des öffentlichen Dienstes. Seine Beschäftigungsstruktur ist seit 1968 komplett umgewälzt worden. In keinem Studienfach wurden größere Versprechungen gemacht, als in der Lehrerausbildung. Die Landesregierung war Vorreiter unter den Bundesländern, die, unter dem Ruf nach qualifizierten Lehrern an den Schulen, Arbeitskräfte an die Hochschulen des Landes ansog, um sie sodann mit einem planmäßig ausgefeimtem System von Prüfungsanforderungen und Drill wieder auszusieben. Die Durchfallquote wurde schon im Hochschulgesamtplan Baden-Württemberg 1967 offen mit 22% angegeben. Im Strukturplan 1978 geht die Landesregierung von einer „Erfolgsquote" von 55% aus, d.h. 45% beginnen das Studium mit der Gewißheit, es nicht abschließen zu können. Die Durchführung dieser *planmäßigen* Zufuhr von Arbeitskräften aus den besitzlosen Klassen an die Hochschulen erfolgte unter direkter Regie von zwei Professoren aus dem Management des BASF-Konzerns und verdienten Bourgeois, wie Prof. Dahrendorf und Prof. Weizsäcker. Die *Formen*, in denen die Auslese stattfindet, sind die der Konkurrenz und Dressur. So erhofft die herrschende Kapitalistenklasse, die Gefahr, die mit der Übertragung von Teilen der Staatsgeschäfte auf Angehörige der besitzlosen Klassen entsteht, zu mildern.

Gesetzlich zugesichert wurden den Studenten erträgliche Bedingungen und Zeiten, in denen sie ihr Studium abschließen könnten. Tatsächlich folgte zunächst der Numerus clausus, sodann die Regelstudienzeit, die Exmatrikulation bei Nichteinhaltung der Regelstudienzeit, sowie innerhalb jedes Studienganges Einführung von Klausuren und Zwischenprüfungen. Schriftliche Prüfungen wurden durch Zentralisierung und Ausweitung des Stoffs verschärft. Ein Student im Grundstudium Germanistik mußte 1973 in Heidelberg 4 Seminare absolvieren. Gruppenreferate waren zugelassen.

1974 wird in Mittelhochdeutsch ein zweites Seminar im Grundstudium eingeführt. Ab Sommersemester 1976 muß eine Klausur als allgemeine Scheinbedingung geschrieben werden. Im WS 76/77: Verbot von Gruppenreferaten; SS 1977: generelle Benotung von Scheinen. Im Wintersemester 77/78 wird das 4stündige Linguistik-Seminar in Grundkurs I und II aufgespalten. Ab WS 1978/79 Verbot von Wörterbüchern in der Mittelhoch- und Althochdeutschklausur. Ab 1979 werden 6 Seminare mit jeweils Leistungsanforderungen von Hausarbeiten oder Klausuren im Grundstudium verordnet. Welche *Zeiten* die Studenten nach den Planzahlen aufwenden müßten, ist an einem Beispiel, dem Proseminar „Das moderne Drama" errechnet: Als Literaturliste werden 16 Dramen und 1 Sekundärtext angegeben. 7 der Texte befinden sich nicht in der Präsenzbibliothek, sie müssen gekauft werden. Das BAFöG betrug 1976/77 durchschnittlich an der Universität Heidelberg 378,40 DM. 13 Stunden Lohnarbeit müßte ein BAFöG-abhängiger Student zusätzlich leisten, um sich die Bücher anzuschaffen. Der Seitenumfang der Bücher beträgt 1600, die Lesezeit bei normaler Lesegeschwindigkeit 53,3 Stunden. 6 Stunden sind zugerechnet, um die Bücher zu bestellen und auszuleihen. Bevor also eine einzige Seminarstunde stattgefunden hat, ist bereits eine Arbeitszeit von 71,3 Stunden aufgewendet. Hinzu kommen über das Semester hinweg 14 mal 2 Seminarstunden, Besuch der Sprechstunde des Dozenten (2 Std.), Vor- und Nachbereitung (14 mal 2 Stunden), Erstellung eines Kurzreferates von 5 Stunden, einer Seminararbeit mit Zeitaufwand von 36 Stunden (berechnet nach der bayerischen Prüfungsordnung für das Lehramt an Realschulen). Die Gesamtarbeitszeit für ein einziges Seminar beträgt damit 171,3 Std. Bereits nach dem alten Studienplan 1973 betrug somit die wöchentliche Arbeitszeit 48,95 Std. (171,3 mal 4 Seminare).

Unausweichlich führt die Zusammenziehung großer Studentenmassen

„Das moderne Drama" errechnet: Als Literaturliste werden 16 Dramen und 1 Sekundärtext angegeben. 7 der Texte befinden sich nicht in der Präsenzbibliothek, sie müssen gekauft werden. Das BAFöG betrug 1976/77 durchschnittlich an der Universität Heidelberg 378,40 DM. 13 Stunden Lohnarbeit müßte ein BAFöG-abhängiger Student zusätzlich leisten, um sich die Bücher anzuschaffen. Der Seitenumfang der Bücher beträgt 1600, die Lesezeit bei normaler Lesegeschwindigkeit 53,3 Stunden. 6 Stunden sind zugerechnet, um die Bücher zu bestellen und auszuleihen. Bevor also eine einzige Seminarstunde stattgefunden hat, ist bereits eine Arbeitszeit von 71,3 Stunden aufgewendet. Hinzu kommen über das Semester hinweg 14 mal 2 Seminarstunden, Besuch der Sprechstunde des Dozenten (2 Std.), Vor- und Nachbereitung (14 mal 2 Stunden), Erstellung eines Kurzreferates von 5 Stunden, einer Seminararbeit mit Zeitaufwand von 36 Stunden (berechnet nach der bayerischen Prüfungsordnung für das Lehramt an Realschulen). Die Gesamtarbeitszeit für ein einziges Seminar beträgt damit 171,3 Std. Bereits nach dem alten Studienplan 1973 betrug somit die wöchentliche Arbeitszeit 48,95 Std. (171,3 mal 4 Seminare).

Unausweichlich führt die Zusammenziehung großer Studentenmassen in einem Institut, die niedrige Bezahlung und Überausdehnung der Arbeits-

Auszüge aus dem Beschluß der VDS-Veranstaltung in Heidelberg vom 17.7.79

„Zu 18 Monaten Gefängnis und über 10000 DM Geldstrafe sind Germanistikstudenten und insbesondere deren gewählte Vertreter verurteilt worden, weil sie nach den Beschlüssen von Urabstimmung und Vollversammlungen die Organisierung des Streiks im Wintersemester 76/77 gegen die Neueinführung von Klausuren, gegen die laufende Verschlechterung ihrer Studienbedingungen und gegen das Eintrichtern von reaktionären Studieninhalten durchgeführt haben.

Zur Durchsetzung dieser Interessen und Forderungen haben die Studenten das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Koalition und Streik wahrgenommen. Dagegen richten sich die Prozesse. Deshalb hat Richter Matthes den gewählten Boykottausschuß als „kriminelle Vereinigung" bezeichnet. (...)

Das Gericht behandelt die Streikaktionen als Hausfriedensbruch und Nötigung und lehnt jede Frage der Verteidigung nach den Studienbedingungen und den Gründen des Streiks als unzulässig, weil nicht zur Sache gehörig, ab. Hauptbelastungszeugin und CDU-Bundestagsabgeordnete Wisniewski, Professorin am Germanistischen Seminar, wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Bonn vernommen.

Grundsätzlich soll gerichtlich festgestellt werden, daß Studenten kein Recht auf Bildung von Vertretungsorganen und Streik haben. Da der Prozeß vor dem Landgericht stattfindet, ist keine Berufung gegen ein Urteil möglich.

Ohne vielfältigen Druck auf das Gericht, ohne Protestresolutionen, ohne verstärkten Prozeßbesuch wird dieser Prozeß nicht zu Fall gebracht werden können. Wir rufen deshalb alle Vertretungsorgane und Zusammenschlüsse der Studenten sowie die Gewerkschaften auf, folgende Schritte zu unterstützen:

– Regelmäßige Unterrichtung über Prozeßverlauf und Terminierung an den Mensen und in den Wohnheimen der Studenten, sowie an den Fachbereichen. Wir rufen Gewerkschaften und VDS auf, in ihren Publikationen regelmäßig über den Prozeß und den Kampf dagegen zu berichten. (...)

– Unterschriftensammlung unter den Beschäftigten und dem Lehrkörper der Universität gegen den Prozeß. Einbringen entsprechender Anträge in die Gremien der Universität.

– Die VDS sollen Rechtsschutz geben (...)

– Wir schlagen der Fachschaftsvertreterversammlung an der Universität Heidelberg zusammen mit der Fachschaftsrätevollversammlung in Tübingen und der VDS vor, diese Tätigkeiten zu koordinieren und sie mit Unterstützung aller, die gegen diesen Prozeß sind, zu gewährleisten."

zeit zum koalitionsmäßigen Zusammenschluß mit Forderungen nach Tarifvertrag und Ausbildungsverträgen.

Die Umstrukturierung der Hochschulen zu fabrikmäßiger Vernutzung der Arbeitskraft der Studierenden erfaßt alle Abteilungen des Instituts. Die Gegner sind die von der Landesregierung zum Zweck der Durchsetzung dieser Bedingungen ausgehaltenen Hochschulbeamten. Ihre Bezüge sind durch spezielle Verordnungen geregelt. Sie erhalten frei vereinbarte Zulagen, die sie direkt mit dem Kultusministerium aushandeln. Ihre Besoldung entspricht den Generälen der imperialistischen Armee. Die Arbeitszeitordnung ist für sie ausdrücklich außer Kraft gesetzt; Bestimmungen wie die Versetzung oder Abordnung, durch die die unteren Beamtengruppen ihre Umsetzung in niedrigere Ämter und andere Orte hinnehmen müssen, haben keine Geltung. 1951 wurde durch Verfassungsgerichtsurteil die Mehrheit der Hochschulbeamten in allen universitären Gremien verankert: ,,Der Gesetzgeber muß durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherstellen, daß Störungen und Behinderungen in ihrer freien wissenschaftlichen Tätigkeit durch Einwirkung anderer Gruppen soweit wie möglich ausgeschlossen wird.“ (BVerfGE 35,127)

Zwischen dem kleinen Trupp der Hochschulbeamten und der Masse der Studenten ist ein ,,akademischer Mittelbau“ geschaffen worden. Mit der Aussicht auf Aufstieg in die Reihen der Hochschulbeamten und Versprechungen auf kleine studentische Gruppen (35 Seminarteilnehmer laut Bildungsgesamtplan) in ihrer Hoffnung auf nützliche Ausbildung betrogen, wurde der Mittelbau aufgefüllt. Heute werden die wissenschaftlichen Assistenten nach 6 Jahren entweder Professor oder der Vertrag läuft aus. Diese Entscheidung treffen wiederum mit 51%-iger Mehrheit die Hochschulbeamten. Die persönliche Abhängigkeit, die mittels Weisungsbefugnis, Dienstrecht und der Abfassung der eigenen wissenschaftlichen Arbeit bei den Professoren besteht, ist Grundlage, die Arbeitszeiten der Beschäftigten im Mittelbau auszudehnen und sie in Seminarveranstaltungen mit 100 Studenten zu zwingen. Ihnen obliegt die Korrektur der Hausarbeiten und Klausuren, sie werden als Vollstrecker der ,,Studienreform“ eingesetzt. Im Prozeß vor der großen Strafkammer berichten akademische Räte und wissenschaftliche Assistenten, daß jeder ihrer Versuche, sich der Einführung von Klausuren zu widersetzen und Verhandlungen mit den Studenten zu führen, mit Disziplinarverfahren bedroht wurde.

Das Recht zu streiken wird sowohl den Bediensteten des Mittelbaus wie den Studenten untersagt. Von den Studenten wird behauptet, sie seien ,,nicht koalitionsfähig“, anders als der Prozeß der Arbeit betreibe der Student seine Ausbildung um seiner eigenen Qualifikation willen. Nicht koalitionsfähig sein, heißt, daß keine *vertraglichen*

gesamtplan) in ihrer Hoffnung auf nützliche Ausbildung betrogen, wurde der Mittelbau aufgefüllt. Heute werden die wissenschaftlichen Assistenten nach 6 Jahren entweder Professor oder der Vertrag läuft aus. Diese Entscheidung treffen wiederum mit 51%-iger Mehrheit die Hochschulbeamten. Die persönliche Abhängigkeit, die mittels Weisungsbefugnis, Dienstrecht und der Abfassung der eigenen wissenschaftlichen Arbeit bei den Professoren besteht, ist Grundlage, die Arbeitszeiten der Beschäftigten im Mittelbau auszudehnen und sie in Seminarveranstaltungen mit 100 Studenten zu zwingen. Ihnen obliegt die Korrektur der Hausarbeiten und Klausuren, sie werden als Vollstrecker der ,,Studienreform“ eingesetzt. Im Prozeß vor der großen Strafkammer berichten akademische Räte und wissenschaftliche Assistenten, daß jeder ihrer Versuche, sich der Einführung von Klausuren zu widersetzen und Verhandlungen mit den Studenten zu führen, mit Disziplinarverfahren bedroht wurde.

Das Recht zu streiken wird sowohl den Bediensteten des Mittelbaus wie den Studenten untersagt. Von den Studenten wird behauptet, sie seien ,,nicht koalitionsfähig“, anders als der Prozeß der Arbeit betreibe der Student seine Ausbildung um seiner eigenen Qualifikation willen. Nicht koalitionsfähig sein, heißt, daß keine *vertraglichen*
Bindungen bestehen, aus denen etwas beansprucht oder die *Einhaltung* von Verpflichtungen gefordert werden kann. Der Widerspruch, der für die Bourgeoisie besteht, ist, daß sie mit den gesetzlichen Neuregelungen der Hochschulgesetze gleichzeitig Versprechungen auf ,,Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Studienbetriebs usw.“ abgegeben hat, daß das BAFöG die Mindestverausgabung von 40 Wochenstunden vorsieht und den Zwang, das Studium tatsächlich zu betreiben, festlegt. 1976 erließ das Oberverwaltungsgericht Lüneburg ein Urteil, in dem es die Rückforderung von BAFöG bei Streikaktionen für rechtens erklärte, unabhängig davon, ob der betreffende Student den Streik mit befürwortet hat oder nicht. Das Urteil stützt sich dabei auf die Lehre vom ,,Betriebsrisiko“, in der erstmals der kollektive Charakter von Kampfmaßnahmen der Arbeiter anerkannt wurde, wenn auch nur zu dem Zweck, die Nichtzahlung des Lohns während eines Streiks den Kapitalisten als Druckmittel zur Hand zu geben. ,,Beim Studentenstreik handelt es sich ebenfalls um eine kollektive Erscheinung, die von der studentischen Solidarität geprägt ist. Diese bringt es mit sich, daß auch die nicht streikwilligen Studenten die Mehrheitsbeschlüsse und ihre Befolgung letzten Endes gegen sich gelten lassen müssen“, sagte das Oberverwaltungsgericht. Im März 1978 hebt das Bundesverwaltungsgericht das Urteil auf: ,,Die Feststellungen (der Anwendung der Sphärentheorie) eignen sich nicht als Leitmodell im Bereich der Ausbildung. Die Förderungsleistungen haben keinen Entgeltcharakter ... Es handelt sich vielmehr um individuelle Ausbildungsförderung ... Unbeschadet der kollektiven Aktion fehlt es beim studentischen Lernboykott gerade an der Solidargemeinschaft, die für den legitimen von Gewerkschaften getragenen Arbeitsstreik kennzeichnend ist.“ Der Streit um die Übertragung der Sphärentheorie auf die Kämpfe der Studenten hat Grund. Ist sie anwendbar, kann die Bourgeoisie das Geld zurückfordern und hat ein starkes Erpressungsmittel, Streiks zu brechen. Das ist schlecht für die Studenten, aber sie hätten den Vorteil, für koalitionsfähig zu gelten, nachgewiesener Vertragsbruch auf Seiten der Bourgeoisie fiele unter deren ,,Betriebsrisiko“. Folglich hätte die Anerkennung dieser Theorie für die Bourgeoisie absehbare Folgen. Deshalb mußte das Bundesgericht aufheben. Auf wie lange, ist eine Frage der Änderung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse, denen die Änderung der Rechtsverhältnisse folgen muß. Die Fachtagung Medizin hat 1977 den Kampf für Ausbildungs- und Tarifvertrag aufgenommen. Gefolgt sind jetzt die Fachtagungen Pharmazie und Landwirtschaft. Dieser Kampf findet Unterstützung in den Gewerkschaften. Der VDS-Vorstand mußte auf der von ihm organisierten Veranstaltung gegen die Germanistenprozesse die Forderung nach Koalitionsrecht übernehmen und hat zugesagt, diese Forderungen als Vertreter der Studenten im Prozeß in der Form von Beweis-

Ausbildungsförderung ... Unbeschadet der kollektiven Aktion fehlt es beim studentischen Lernboykott gerade an der Solidargemeinschaft, die für den legitimen von Gewerkschaften getragenen Arbeitsstreik kennzeichnend ist.“ Der Streit um die Übertragung der Sphärentheorie auf die Kämpfe der Studenten hat Grund. Ist sie anwendbar, kann die Bourgeoisie das Geld zurückfordern und hat ein starkes Erpressungsmittel, Streiks zu brechen. Das ist schlecht für die Studenten, aber sie hätten den Vorteil, für koalitionsfähig zu gelten, nachgewiesener Vertragsbruch auf Seiten der Bourgeoisie fiele unter deren ,,Betriebsrisiko“. Folglich hätte die Anerkennung dieser Theorie für die Bourgeoisie absehbare Folgen. Deshalb mußte das Bundesgericht aufheben. Auf wie lange, ist eine Frage der Änderung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse, denen die Änderung der Rechtsverhältnisse folgen muß. Die Fachtagung Medizin hat 1977 den Kampf für Ausbildungs- und Tarifvertrag aufgenommen. Gefolgt sind jetzt die Fachtagungen Pharmazie und Landwirtschaft. Dieser Kampf findet Unterstützung in den Gewerkschaften. Der VDS-Vorstand mußte auf der von ihm organisierten Veranstaltung gegen die Germanistenprozesse die Forderung nach Koalitionsrecht übernehmen und hat zugesagt, diese Forderungen als Vertreter der Studenten im Prozeß in der Form von Beweis-
anträgen vorzutragen.

Einstellung der Germanistenprozesse Uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht



Prof. Wisniewski: Kämpferisch für die Wahrung der ,,Kontinuität der abendländischen Kultur“

Prof. Roswitha Wisniewski, seit 1967 Professorin in Heidelberg, vorher 2 Jahre Leiterin des Departements für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Kairo, 1972 Beginn der steilen Karriere in der CDU, heute Mitglied des CDU-Landesvorstandes Baden-Württemberg, der Kommission Wissenschaft und Bildung der europäischen Frauenunion, seit 1976 Mitglied des Bundestags und Mitglied im Bildungsausschuß, ledig, mindestens 17000 DM Bruttomonatsbezüge. ,,Denn das Idealmodell, nach welchem die radikale Linke verfahren möchte, hat zum Kernstück das Rätesystem ... Über jede Frage kann durch Vollversammlungsbeschlüsse abgestimmt werden ... Es herrscht vollkommenes Mehrheitswahlrecht... Vertreter sind jederzeit abwählbar. Repräsentative Gremien, in die auf Dauer Vertreter entsandt werden, gibt es nicht. Das hat natürlich mit parlamentarischer Demokratie, Gewaltenteilung, Pluralismus und Minderheitenschutz nichts zu tun.“ (W. in: Freiheit der Wissenschaft 4/78)

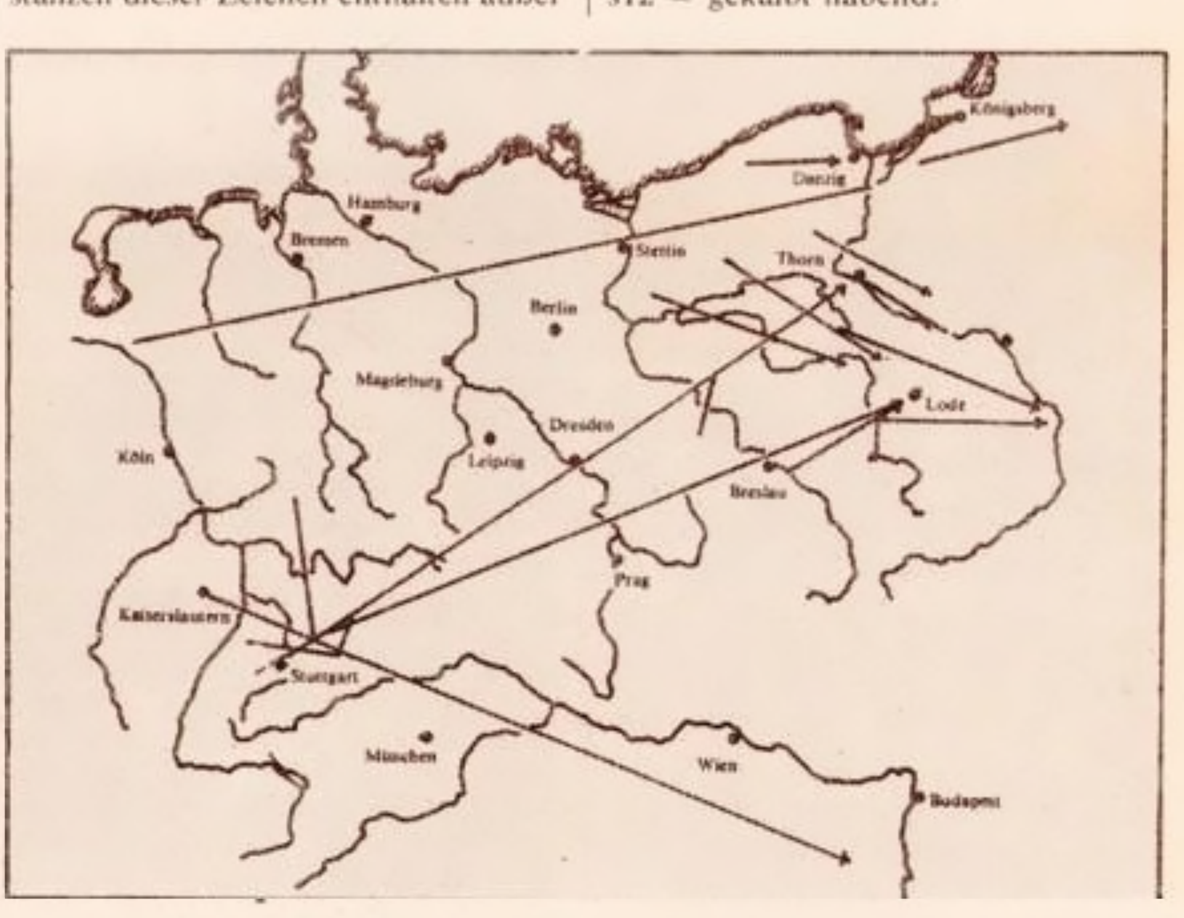
Ihre Doktorwürde erlangte sie über das Nibelungenlied. Der Titel: ,,Das Versagen des Königs“ (Gunther): ,,Er besitzt nicht die zur Verantwortung für ein Land und ein Volk notwendige Entschlußkraft und Härte“ ... er ist nicht in der Lage, ,,die Werte und Inhalte christlichen Glaubens und die Maxime christlichen Lebens zu erhalten und zu verhindern, daß die Menschen wieder heidnischen Mächten anheim fallen.“ Sie lobt ,,Karls des Großen Bemühungen um Zivilisierung und Kultivierung“, denn er ließ Tausende von Sachsen an der Aller niedermetzeln, denn ,,der Kaiser hat die Aufgabe, die vollkommene Harmonie aller Individuen und Gemeinschaften mit dem Universum herzustellen.“ (alle Zitate aus Wisniewskis Dissertation)



Prof. Reichmann: ,,Die Wissenschaft vom Weltbild und der Wesensart eines Sprachvolkes“ (Adolf Bach)

1967 – 1973 Dozent an der Universität Amsterdam. Ab 1974 ordentlicher Prof. Universität Heidelberg. Dissertation: ,,Die Sprachgrenze zwischen dem Freien Grund und dem alten Fürstentum Nassau-Siegen“. Forschungsschwerpunkt: Frühneuhochdeutsch (inhaltlich); Möglichkeiten der Deskription historischer Sprachzustände (methodisch). Vorbilder: Die faschistischen Professoren Bach und Weisgerber. ,,Adolf Bach versucht die divergierenden Meinungen durch die Einführung eines neuen, besonders weitgefaßten Verkehrsbegriffs zu verbinden. Wo deutsche Sprache gesprochen wird und deutsche Kultur blüht, das gehört auch (wort)geographisch zum Inland.“ (Reichmann) ,,Mit dem Schritt von der Synchronie in die Diachronie wird die Worttopologie gleichsam zur Wortgeologie, einer sprach-historischen Schichtenlehre, die die Grundlage moderner Linienverläufe und Raumbildungen in der Geschichte sucht und ... dazu tendiert, die gefundenen historischen Lagerungen als Hilfsgrößen in andere Disziplinen einzubringen.“ (Reichmann in ,,Germanistische Lexikologie“) Er lobt Mitzka, dessen Sprachkarten seit 1930 unverändert sind, für ,,den entscheidenden Fortschritt im Hinblick auf die Größe des Untersuchungsfeldes und die Dichte des Belegungsnetzes.“

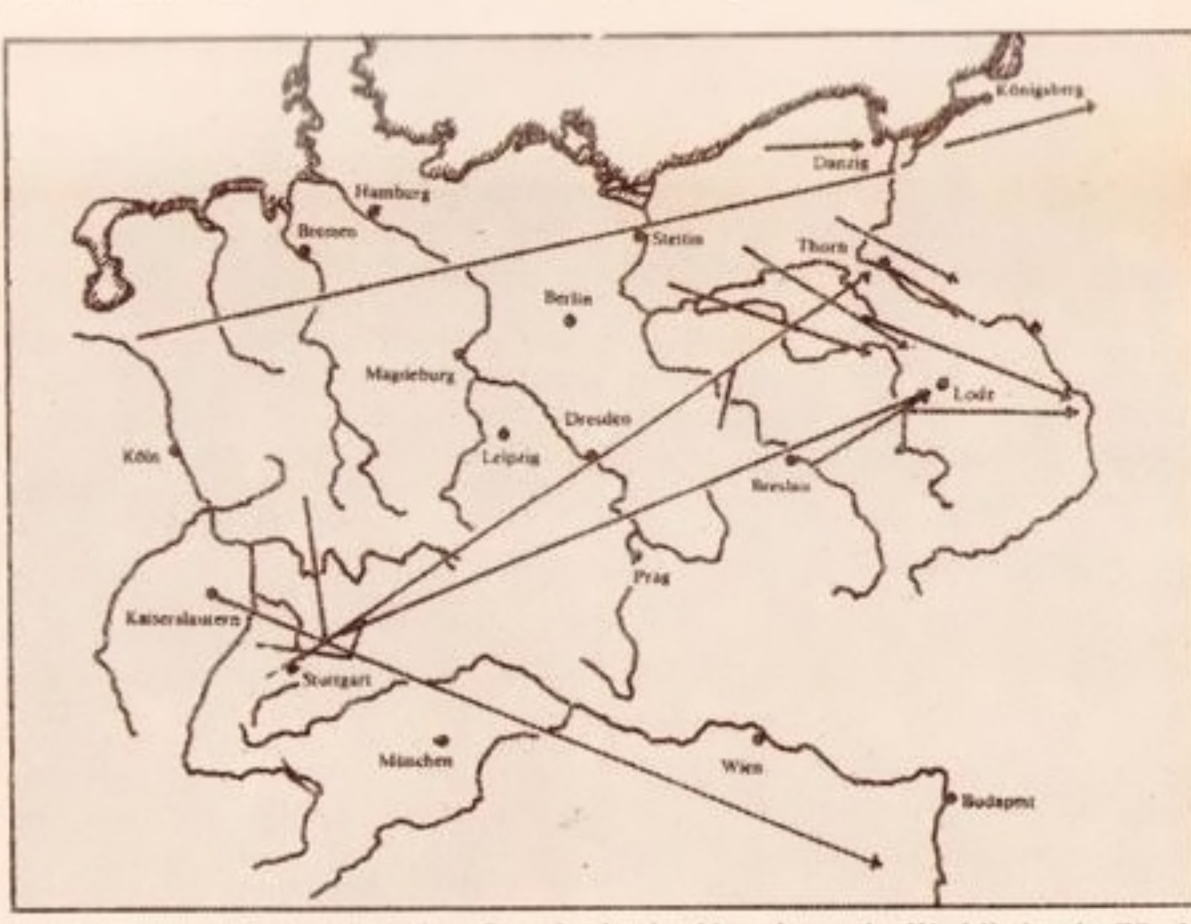
zum Pauken: ,,Für den ... Ausgangsbegriff ,Bos Taurus' (Hausrind) erhalten wir ein onomasiologisches Paradigma von 13 allgemein bekannten lexikalisierten sprachlichen Zeichen ... Es sind dies: Bülleschen, Fahrochse, Jungferntier, Kalb, Kemelkalf, Kuh, Lüpper, Ochse, Ochsenkalb, Reitochse, Rind, Rindchen, Vieh. Die Substanzen dieser Zeichen enthalten außer dem ihnen gemeinsamen und deshalb im Paradigma nicht distinktiven Noem noch die folgenden 12 Seme: s1 = Jung, s2 = ungefähr ¾ Jahre alt, s3 = 1 – 2 Jahre alt, s4 = erwachsen, s5 = männlich, s6 = weiblich, s7 = geschlechtsneutral, s8 = geschnitten, s9 = unverschnitten, s10 = kastrierungsneutral, s11 = nicht gekalbt habend, s12 = gekalbt habend.“



1967 – 1973 Dozent an der Universität Amsterdam. Ab 1974 ordentlicher Prof. Universität Heidelberg. Dissertation: ,,Die Sprachgrenze zwischen dem Freien Grund und dem alten Fürstentum Nassau-Siegen“. Forschungsschwerpunkt: Frühneuhochdeutsch (inhaltlich); Möglichkeiten der Deskription historischer Sprachzustände (methodisch). Vorbilder: Die faschistischen Professoren Bach und Weisgerber. ,,Adolf Bach versucht die divergierenden Meinungen durch die Einführung eines neuen, besonders weitgefaßten Verkehrsbegriffs zu verbinden. Wo deutsche Sprache gesprochen wird und deutsche Kultur blüht, das gehört auch (wort)geographisch zum Inland.“ (Reichmann) ,,Mit dem Schritt von der Synchronie in die Diachronie wird die Worttopologie gleichsam zur Wortgeologie, einer sprach-historischen Schichtenlehre, die die Grundlage moderner Linienverläufe und Raumbildungen in der Geschichte sucht und ... dazu tendiert, die gefundenen historischen Lagerungen als Hilfsgrößen in andere Disziplinen einzubringen.“ (Reichmann in ,,Germanistische Lexikologie“) Er lobt Mitzka, dessen Sprachkarten seit 1930 unverändert sind, für ,,den entscheidenden Fortschritt im Hinblick auf die Größe des Untersuchungsfeldes und die Dichte des Belegungsnetzes.“

In Reichmanns ,,Einführung in die Geschichte der Feldtheorie“ etwas

zum Pauken: ,,Für den ... Ausgangsbegriff ,Bos Taurus' (Hausrind) erhalten wir ein onomasiologisches Paradigma von 13 allgemein bekannten lexikalisierten sprachlichen Zeichen ... Es sind dies: Bülleschen, Fahrochse, Jungferntier, Kalb, Kemelkalf, Kuh, Lüpper, Ochse, Ochsenkalb, Reitochse, Rind, Rindchen, Vieh. Die Substanzen dieser Zeichen enthalten außer dem ihnen gemeinsamen und deshalb im Paradigma nicht distinktiven Noem noch die folgenden 12 Seme: s1 = Jung, s2 = ungefähr ¾ Jahre alt, s3 = 1 – 2 Jahre alt, s4 = erwachsen, s5 = männlich, s6 = weiblich, s7 = geschlechtsneutral, s8 = geschnitten, s9 = unverschnitten, s10 = kastrierungsneutral, s11 = nicht gekalbt habend, s12 = gekalbt habend.“



(Die Ortsbewegung der deutschen Sprache in der Neuzeit, nach: W. Mitzka, in ZS. f. Mundartforschung. 19 (1944), S. 81ff.)

Prof. Michelsen: ,,Wahrhaftig – so heiße ich den, der in götterlosen Wüsten geht und sein verehrendes Herz zerbrochen hat“ (Nietzsche)

Michelsen, Institutsdirektor zur Zeit des Streiks der Germanistikstudenten in Heidelberg 1976, ist seit 1963 Universitätsprofessor. Er ist Mitglied der Lessing-Akademie Wolfenbüttel, die unter dem Aufgabengebiet, ,,den immer wieder bedrohten und verleugneten Gedanken der Toleranz und Humanität ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu heben“, in Zusammenarbeit mit zionistischen Vereinigungen Seminare abhält zu ,,Israels Freunde und Israels Sicherheitsprobleme“ oder ,,Jiddisch – eine sterbende Sprache?“ Michelsen dazu in der Deutschen Universitätszeitung XI/13/14:

,,Heute möchte man nun gern den menschlichen Auswurf, der den Namen Hitler führte, von dem Volke lostrennen, das ihn vergötterte ... Denn darauf allein lief alles hinaus; auf die Vernichtung des Menschen. Sie entsprang dem Nihilismus ... Die Grausamkeiten vergangener Jahrhunderte waren wohl unmenschlich, aber als Leidenschaft, Blutgier und Rachetrieb standen sie noch mit Menschlichem in Beziehung. Die Massenausrottung von Menschen im Zuge eines Verwaltungsaktes ist dagegen zutiefst a-human ... Für uns bleibt die Frage offen, wie es möglich war, daß eine Verbrecherclique mit ihren zum Teil ja von vorneherein geäußerten Absichten und ihren nur im Extremfall verhüllten Untaten sich des Beifalls und der ,Gefolgschaft' der Mehrheit des deutschen Volkes versichern konnte. Diese Frage ist eine aktuelle Frage ... Sonst wird die Berufung auf die Tradition zur Lüge.“

1973 unterstützt er die Novellierung des Landeshochschulgesetzes. ,,Es sei betont, daß die Institute der Universität Heidelberg von den genannten Erscheinungen nicht alle in gleichem Grade erfaßt sind. Man kann unterscheiden in 1) ruhige, die ihre Arbeit normal betreiben, 2) von den Radikalen völlig beherrschte, in deren pervertierter Sprache als ,,befreit“ bezeichnete, und 3) umkämpfte Institute: Das Seminar ist von innen und außen mit Parolen, Hammer und Sichel Emblemen und Sowjetsternen verschmiert ...“



Vom Sozialimperialismus längst beseitigt: Revolutionäre Außenpolitik gegenüber der Türkei

Lenin über die Außenpolitik der Sowjetunion gegenüber der Türkei

1921. ,,Bevor ich mich der inneren Lage zuwende, die natürlich sowohl großes Interesse als auch große Beunruhigung hervorruft, erlauben Sie mir, kurz auf die wichtigsten Neuigkeiten der internationalen Politik einzugehen. Von diesen Neuigkeiten will ich, um mich kurz zu fassen, nur drei herausgreifen. Die erste ist die, daß hier bei uns in Moskau eine Konferenz mit den türkischen Delegierten begonnen hat. Diese Tatsache muß man ganz besonders begrüßen, weil für die unmittelbare Führung von Verhandlungen zwischen uns und der Delegation der türkischen Regierung eine Unmenge von Hindernissen vorhanden war. Wir sind überzeugt, daß jetzt, wo die Möglichkeit besteht, sich hier zu verständigen, eine außerordentlich feste Grundlage geschaffen werden wird zur Annäherung und Freundschaft, und das wird natürlich nicht durch diplomatische Ränke erreicht werden (in dieser Beziehung sind unsere Gegner viel stärker als wir, und wir scheuen uns nicht, das zuzugeben), sondern dadurch, daß beide Völker durch die imperialistischen Mächte in den letzten Jahren unerhört, unaussprechlich viel zu leiden hatten. Einer der Vorredner sprach hier von der Schädlichkeit der Isolierung (Absonderung) von den imperialistischen Ländern. Aber wenn sich der Wolf auf das Schaf stürzt, so hat es natürlich keinen Sinn, dem Schaf zu sagen, es solle sich nicht vom Wolf isolieren ... Wenn indes die Völker des Ostens bisher gegenüber dem imperialistischen Wolf nur Schäfchen waren, so hat Sowjetrußland trotz seiner unerhörten militärischen Schwäche als erstes Land gezeigt, daß es gar nicht so leicht ist, ihm mit Krallen und Zähnen beizukommen. Dieses Beispiel Sowjetrußlands hat sehr viele Völker angesteckt, sogar unabhängig davon, ob sie mit den ,bolschewistischen Ohrenbläsern' sympathisieren oder nicht. Über diese ,Ohrenbläser' spricht man in der ganzen Welt sehr viel, und man bezeichnet uns sogar als bösartige Ohrenbläser, was die Türkei betrifft. Nun, wir konnten natürlich bisher auf diesem Gebiet nichts tun, und dennoch ist es den türkischen Arbeitern und Bauern gelungen zu zeigen, daß der Widerstand der heutigen Völker gegen die Raubpolitik eine Sache ist, mit der man rechnen muß, und daß die Ausraubung, zu der die imperialistischen Regierungen die Türkei verurteilt hatten, einen Widerstand auslöste, der die mächtigsten imperialistischen Staaten zwang, die Finger davonzulassen. Das ist ein Umstand, der uns veranlaßt, diese Verhandlungen mit der türkischen Regierung als eine sehr große Errungenschaft zu buchen. Wir führen keinerlei Ränke im Schilde. Wir wissen, daß die-

der Vorredner sprach hier von der Schädlichkeit der Isolierung (Absonderung) von den imperialistischen Ländern. Aber wenn sich der Wolf auf das Schaf stürzt, so hat es natürlich keinen Sinn, dem Schaf zu sagen, es solle sich nicht vom Wolf isolieren ... Wenn indes die Völker des Ostens bisher gegenüber dem imperialistischen Wolf nur Schäfchen waren, so hat Sowjetrußland trotz seiner unerhörten militärischen Schwäche als erstes Land gezeigt, daß es gar nicht so leicht ist, ihm mit Krallen und Zähnen beizukommen. Dieses Beispiel Sowjetrußlands hat sehr viele Völker angesteckt, sogar unabhängig davon, ob sie mit den ,bolschewistischen Ohrenbläsern' sympathisieren oder nicht. Über diese ,Ohrenbläser' spricht man in der ganzen Welt sehr viel, und man bezeichnet uns sogar als bösartige Ohrenbläser, was die Türkei betrifft. Nun, wir konnten natürlich bisher auf diesem Gebiet nichts tun, und dennoch ist es den türkischen Arbeitern und Bauern gelungen zu zeigen, daß der Widerstand der heutigen Völker gegen die Raubpolitik eine Sache ist, mit der man rechnen muß, und daß die Ausraubung, zu der die imperialistischen Regierungen die Türkei verurteilt hatten, einen Widerstand auslöste, der die mächtigsten imperialistischen Staaten zwang, die Finger davonzulassen. Das ist ein Umstand, der uns veranlaßt, diese Verhandlungen mit der türkischen Regierung als eine sehr große Errungenschaft zu buchen. Wir führen keinerlei Ränke im Schilde. Wir wissen, daß die-

se Verhandlungen in einem sehr bescheidenen Rahmen vor sich gehen werden, aber sie sind insofern wichtig, als die Annäherung der werktätigen Massen der Arbeiter und Bauern aller Völker trotz erbitterter Widerstände immer weiter vorwärtsschreitet, und das darf bei der Einschätzung unserer jetzigen Schwierigkeiten nicht vergessen werden."
(Lenin, Bd. 32, S. 143, Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, 28.2.21)

1922. ,,Unser Programm hinsichtlich der Meerengen (vorläufig natürlich erst ein ungefähres) enthält unter anderem:

Erstens Befriedigung der nationalen Bestrebungen der Türkei. Wir sind der Ansicht, daß das nicht nur die Interessen der nationalen Unabhängigkeit erfordern. Unsere fünfjährigen Erfahrungen bei der Lösung der nationalen Frage in einem Staat, der solch eine Fülle von Nationalitäten in sich vereint, wie sie schwerlich in anderen Ländern zu finden ist, geben uns die feste Überzeugung, daß die einzig richtige Stellung zu den Interessen der Nationen in derartigen Fällen die maximale Befriedigung dieser Interessen und die Schaffung von Verhältnissen ist, die jede Möglichkeit eines Konflikts auf diesem Boden ausschließen. Auf Grund unserer Erfahrungen haben wir die unerschütterliche Überzeugung gewonnen, daß nur größte Beachtung der Interessen der verschiedenen Nationen Konflikten den Boden entzieht, das gegenseitige Mißtrauen beseitigt, die Furcht vor irgendwelchen Intrigen beseitigt und – besonders bei Arbeitern und Bauern, die verschiedene Sprachen sprechen – das Vertrauen schafft, ohne das weder friedliche Beziehungen zwischen den Völkern noch eine halbwegs erfolgreiche Entwicklung alles dessen, was es an Wertvollem in der modernen Zivilisation gibt, überhaupt möglich sind.

Zweitens enthält unser Programm die Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe in Friedens- und in Kriegszeiten. Das ist im unmittelbaren nächstliegenden Interesse des Handels aller Mächte, nicht nur derjenigen, deren Territorium unmittelbar an diese Meerengen grenzt, sondern auch aller übrigen. Man muß bedenken, daß pazifistische Phrasen, Redensarten und Beteuerungen, manchmal sogar Schwüre gegen den Krieg und für den Frieden in der ganzen Welt außergewöhnlich oft zu hören sind, während wir der Bereitschaft, wirkliche Schritte, seien es auch nur die allereinfachsten, zur Sicherung des Friedens zu tun, in den meisten Staaten, besonders in den modernen zivilisierten Staaten, außergewöhnlich selten begegnen. Aber wir möchten sowohl in dieser wie auch in ähnlichen Fragen möglichst wenig allgemeine Erklärungen, feierliche Versprechungen und pompöse Formeln hören und dafür möglichst viele ganz einfache, ganz klare Beschlüsse und Maßnahmen sehen, die tatsächlich zum Frieden führen, von der völligen Beseitigung der Kriegsge-

Furcht vor irgendwelchen Intrigen beseitigt und – besonders bei Arbeitern und Bauern, die verschiedene Sprachen sprechen – das Vertrauen schafft, ohne das weder friedliche Beziehungen zwischen den Völkern noch eine halbwegs erfolgreiche Entwicklung alles dessen, was es an Wertvollem in der modernen Zivilisation gibt, überhaupt möglich sind.

Zweitens enthält unser Programm die Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe in Friedens- und in Kriegszeiten. Das ist im unmittelbaren nächstliegenden Interesse des Handels aller Mächte, nicht nur derjenigen, deren Territorium unmittelbar an diese Meerengen grenzt, sondern auch aller übrigen. Man muß bedenken, daß pazifistische Phrasen, Redensarten und Beteuerungen, manchmal sogar Schwüre gegen den Krieg und für den Frieden in der ganzen Welt außergewöhnlich oft zu hören sind, während wir der Bereitschaft, wirkliche Schritte, seien es auch nur die allereinfachsten, zur Sicherung des Friedens zu tun, in den meisten Staaten, besonders in den modernen zivilisierten Staaten, außergewöhnlich selten begegnen. Aber wir möchten sowohl in dieser wie auch in ähnlichen Fragen möglichst wenig allgemeine Erklärungen, feierliche Versprechungen und pompöse Formeln hören und dafür möglichst viele ganz einfache, ganz klare Beschlüsse und Maßnahmen sehen, die tatsächlich zum Frieden führen, von der völligen Beseitigung der Kriegsge-

fahr gar nicht zu sprechen.

Drittens enthält unser Programm hinsichtlich der Meerengen die volle Freiheit der Handelsschiffahrt."
(Lenin, Bd. 33/373, Interview für den Korrespondenten des ,,Observer", 10.11.22, Prawda)

In der Türkei erstarkt die Bewegung für eine demokratische Revolution.

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Das Osmanische Reich Ende des 19. Jahrhunderts

Die Herrschaft der osmanischen Sultane, die sich im Laufe der Jahrhunderte die Völker und Länder Kleinasiens, Vorderasiens, Südosteuropas und Nordafrikas unterworfen hatten, hatte ihre ökonomische Basis in einer ungeheuren Auspressung der Bauern Kleinasiens über Zehnt und Steuern und der Tributpflicht der unterworfenen nichtmohammedanischen Völker. Grund und Boden waren im Besitz des Sultanats, das das Recht auf Abgabenerhebung und Steuereinziehung gegen die Zahlung einer Pauschalsumme und die Zusicherung, jederzeit Kriegsdienst für das Sultanat zu leisten, verpachtete. Pächter waren die alten Großgrundbesitzer und Feudalherren der unterworfenen Länder, Staatsbeamte, aber auch reiche Handels- und Kaufleute.

1875 war der osmanische Staat nicht mehr in der Lage, seinen Verpflichtungen gegenüber den Gläubigerländern nachzukommen. Er erklärte 1876 seinen Bankrott. Daraufhin gründeten die Gläubigerstaaten auf dem Berliner Kongreß im Jahre 1878 trotz massiven Widerstandes des türkischen Delegierten eine internationale Finanzkommission. Die Kommission, mit Sitz in Istanbul, sollte den Etat des osmanischen Staates planen und verwalten. Schließlich konstituierte sich mit Billigung der osmanischen Regierung (wenn hier überhaupt von Billigung die Rede sein kann) 1881 unter dem Namen ,,Düyunu Umumiye" eine allgemeine Schuldenkommission. Mitglieder der Düyunu Umumiye waren Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien. Auch Vertreter des Osmanischen Reiches und der Ottoman-Bank hatten Sitz im Düyunu Umumiye.



,,Abschiedsdinner beim Berliner Kongress. Der Prinz empfängt seine Gäste."
(Knaurs Weltgeschichte)

Mit der Gründung dieser Institution wurde das Finanzwesen und damit auch die Politik des osmanischen Staates unter die völlige Regie der oben genannten Staaten gestellt. Somit wurde das einst allmächtige Osmanische Reich zu einer Halb-Kolonie der ,,rivalisierenden europäischen Großmächte" (Barthel) degradiert und besaß nur noch eine Schein-Souveränität. Die Verwaltung wichtiger Einnahmequellen des Staates, wie z.B. Tabak- und Salzmonopol, Stempelsteuer, Alkoholsteuer etc., die Fischereiabgabe, der Seidenzehnt in manchen Provinzen, die Tribute Bulgariens, Ostrumäniens, Griechenlands, Serbiens und Montenegros übernahm die Düyunu Umumiye. Laut Bultoglu erreichten allein die Steuern, die von der Düyunu Umumiye eingezogen wurden, knapp ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen. Die Institution entwickelte sich zu einem mächtigen ,,Staat im Staat", welcher alle wichtigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen in seinem Sinne bestimmen konnte. Diese Feststellung wird von allen Autoren übereinstimmend getroffen. Düyunu Umumiye hatte eine umfassende Kontrolle im ganzen Lande aufgebaut. Nach Angaben aus dem Jahre 1912 beschäftigte sie insgesamt 8931 Beamte, von denen 5653 ständig tätig waren.

Parallel zu der Verwaltung verschiedener Wirtschaftsbereiche wurden gleichzeitig ausländische Investitionen vorgenommen. Zutreffend betont Avcioglu, daß das Fremdkapital in dieser Institution seinen zuverlässigen Garanten und ständigen Wächter gefunden hatte.

In kurzer Zeit übernahm das ausländische Kapital die Kontrolle des Bankwesens, der Eisenbahnen, Bergwerke, Hafenanlagen, der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke, Telefongesellschaften, des Handels, manche Bereiche der Landwirtschaft usw. Das Fremdkapital kam insbesondere aus Frankreich, Großbritannien, Belgien und später auch aus Deutschland.

(Keskin Hakki: Die Türkei, S.30f)

Die Bagdad-Bahn



,,Abschiedsdinner beim Berliner Kongress. Der Prinz empfängt seine Gäste."
(Knaurs Weltgeschichte)

Mit der Gründung dieser Institution wurde das Finanzwesen und damit auch die Politik des osmanischen Staates unter die völlige Regie der oben genannten Staaten gestellt. Somit wurde das einst allmächtige Osmanische Reich zu einer Halb-Kolonie der ,,rivalisierenden europäischen Großmächte" (Barthel) degradiert und besaß nur noch eine Schein-Souveränität. Die Verwaltung wichtiger Einnahmequellen des Staates, wie z.B. Tabak- und Salzmonopol, Stempelsteuer, Alkoholsteuer etc., die Fischereiabgabe, der Seidenzehnt in manchen Provinzen, die Tribute Bulgariens, Ostrumäniens, Griechenlands, Serbiens und Montenegros übernahm die Düyunu Umumiye. Laut Bultoglu erreichten allein die Steuern, die von der Düyunu Umumiye eingezogen wurden, knapp ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen. Die Institution entwickelte sich zu einem mächtigen ,,Staat im Staat", welcher alle wichtigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen in seinem Sinne bestimmen konnte. Diese Feststellung wird von allen Autoren übereinstimmend getroffen. Düyunu Umumiye hatte eine umfassende Kontrolle im ganzen Lande aufgebaut. Nach Angaben aus dem Jahre 1912 beschäftigte sie insgesamt 8931 Beamte, von denen 5653 ständig tätig waren.

Parallel zu der Verwaltung verschiedener Wirtschaftsbereiche wurden gleichzeitig ausländische Investitionen vorgenommen. Zutreffend betont Avcioglu, daß das Fremdkapital in dieser Institution seinen zuverlässigen Garanten und ständigen Wächter gefunden hatte.

In kurzer Zeit übernahm das ausländische Kapital die Kontrolle des Bankwesens, der Eisenbahnen, Bergwerke, Hafenanlagen, der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke, Telefongesellschaften, des Handels, manche Bereiche der Landwirtschaft usw. Das Fremdkapital kam insbesondere aus Frankreich, Großbritannien, Belgien und später auch aus Deutschland.

(Keskin Hakki: Die Türkei, S.30f)

Die Bagdad-Bahn

Die Stärke der deutschen Position trat zu Beginn des Jahres 1899 vor allem darin deutlich in Erscheinung, daß es der Anatolischen Eisenbahngesellschaft gelang, die Konzession für die Errichtung und den Betrieb von Hafenanlagen in Haidar-Pascha gegen starke Widerstände durchzusetzen.

Eine französische Beteiligung an dem Bagdadunternehmen konnte dazu beitragen, das russische Mißtrauen gegenüber den von deutscher Seite in der asiatischen Türkei verfolgten Absichten zu beschwichtigen. Aus diesem Grunde waren Verständigungswünsche, die von französischer Seite geäußert wurden, durchaus willkommen. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen führten rasch zum Ziel. Nachdem in Vorbesprechungen die wesentlichen Punkte geklärt und die Möglichkeiten einer Einigung festgestellt worden waren, fanden im Mai 1899 in Berlin Konferenzen statt, bei denen auf der einen Seite die Deutsche Bank und die Anatolische Eisenbahngesellschaft, auf der anderen die Ottomanbank, die Eisenbahngesellschaft Smyrna-Kassaba und die Régie Générale des Chemins de fer durch ihre leitenden Persönlichkeiten vertreten waren. Mit dieser ,,Entente" schien ein erster und entscheidender Schritt auf dem Wege der Internationalisierung und damit der politischen Neutralisierung des Bagdadunternehmens unter voller Aufrechterhaltung der deutschen Führung getan.
(Helferich, Karl: Georg von Siemens, S. 162 f)

(Der deutsche Militarismus, Berlin, S. 292)

Rußlands Expansionismus nach Südosteuropa und zum Mittelmeer





Die russischen Kriege gegen die Türken fallen immer in die Zeiten, wo Rußland an der Westgrenze Frieden hat und Europa womöglich anderweitig beschäftigt ist. Katharina führte zwei solche Kriege. Der erste brachte Eroberungen am Asowschen Meer und die Unabhängigkeit der Krim, die vier Jahre nachher in eine russische Provinz verwandelt wurde. Der zweite schob die Grenze Rußlands vom Bug bis an den Dnestr vor.

Die russische Revolution von 1905 fördert den Befreiungskampf

Nur noch einige kurze Bemerkungen über die weltgeschichtliche Bedeutung der russischen Revolution. Rußland gehört sowohl geographisch als auch ökonomisch und geschichtlich nicht nur Europa, sondern auch Asien an. Und deshalb sehen wir, daß die russische Revolution nicht nur erreicht hat, daß sie das größte und das zurückgebliebenste Land Europas vollständig aus seinem Schlummer erweckte und das revolutionäre Volk, geführt durch das revolutionäre Proletariat, geschaffen hat.

Nicht nur das. Die russische Revolution hat das ganze Asien in Bewegung gebracht. Die Revolutionen in der Türkei, in Persien, in China beweisen, daß die gewaltige Erhebung im Jahre 1905 tiefe Spuren hinterlassen hat und daß ihre Nachwirkungen in dem Fortschritt von *Hunderten* und aber *Hunderten* von Millionen Menschen unausrottbar sind.
(Lenin, Werke Bd. 23, S. 260)

Alltürkischer ökonomischer Kongreß in Izmir (Feb. 1923)

ropa womöglich anderweitig beschäftigt ist. Katharina führte zwei solche Kriege. Der erste brachte Eroberungen am Asowschen Meer und die Unabhängigkeit der Krim, die vier Jahre nachher in eine russische Provinz verwandelt wurde. Der zweite schob die Grenze Rußlands vom Bug bis an den Dnestr vor.

Die russische Revolution von 1905 fördert den Befreiungskampf

Nur noch einige kurze Bemerkungen über die weltgeschichtliche Bedeutung der russischen Revolution. Rußland gehört sowohl geographisch als auch ökonomisch und geschichtlich nicht nur Europa, sondern auch Asien an. Und deshalb sehen wir, daß die russische Revolution nicht nur erreicht hat, daß sie das größte und das zurückgebliebenste Land Europas vollständig aus seinem Schlummer erweckte und das revolutionäre Volk, geführt durch das revolutionäre Proletariat, geschaffen hat.

Nicht nur das. Die russische Revolution hat das ganze Asien in Bewegung gebracht. Die Revolutionen in der Türkei, in Persien, in China beweisen, daß die gewaltige Erhebung im Jahre 1905 tiefe Spuren hinterlassen hat und daß ihre Nachwirkungen in dem Fortschritt von *Hunderten* und aber *Hunderten* von Millionen Menschen unausrottbar sind.
(Lenin, Werke Bd. 23, S. 260)

Alltürkischer ökonomischer Kongreß in Izmir (Feb. 1923)

Die Grundlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik für den Zeitraum von 1923 bis 1929 wurden auf dem ,,Alltürkischen ökonomischen Kongreß" in Izmir, der am 17. Februar 1923 mit 1135 Delegierten aus dem ganzen Land eröffnet wurde, beschlossen:

1. Es wird eine nationale Wirtschaftspolitik betrieben. Sämtliche Wirtschaftszweige sollen nationalisiert werden.
2. Die bisherige Rolle, die die ausländischen oder nichttürkischen Unternehmer gespielt haben, soll die türkische nationale Bourgeoisie übernehmen. Da sie für die Aufgaben noch zu schwach ist, soll sie vom Staat geschützt und unterstützt werden.
3. Der Übergang von der Manufaktur- und Kleinindustrie zur Fabrikindustrie soll beschleunigt werden.
4. Die Position des Fremdkapitals soll geschwächt und nur soweit zugelassen werden, wie es ,,den neuen Gesetzen gehorcht und den nationalen Interessen entspricht".
5. Die Türkei ist noch ein Agrarstaat. Die Produktivität der Landwirtschaft soll durch Modernisierung erhöht werden. Die landwirtschaftlichen Erzeuger sollen vom Staat unterstützt werden.
6. Das einheimische Gewerbe soll gestärkt und vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden.
7. Der Außenhandel soll vom Staat kontrolliert werden.
8. In den Zweigen, wo die privaten einheimischen Unternehmer nicht in der Lage sind zu investieren, soll der Staat diese Aufgabe übernehmen.

(Keskin, Imperialismus, unterentwickelte Militärregierung in der Türkei, S. 60/61)